

STUDY

Study 440 · Mai 2020

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSPOPULISMUS

Erfahrungen und Lernprozesse aus Österreich, Schweden und
den Niederlanden im Vergleich

Sylvia Maria Erben und Hans-Jürgen Bieling

Dieser Band erscheint als 440. Band der Reihe Study der Hans-Böckler-Stiftung. Die Reihe Study führt mit fortlaufender Zählung die Buchreihe „edition Hans-Böckler-Stiftung“ in elektronischer Form weiter.

STUDY

Study 440 · Mai 2020

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSPOPULISMUS

Erfahrungen und Lernprozesse aus Österreich, Schweden und
den Niederlanden im Vergleich

Sylvia Maria Erben und Hans-Jürgen Bieling

Die Autor*innen wurden unterstützt von diesen Assistentinnen:

Kerstin Kopf
Christine Schädel
Monika Silbereis

© 2020 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Gewerkschaften und Rechtspopulismus“ von Sylvia Maria Erben und Hans-Jürgen Bieling ist lizenziert unter **Creative Commons Attribution 4.0 (BY)**.

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Lektorat: Julia Silberer
Satz: DOPPELPUNKT, Stuttgart

ISBN: 978-3-86593-356-0

INHALT

Abkürzungsverzeichnis	9
Danksagung	11
Zusammenfassung	12
1 Rechtspopulismus als gewerkschaftspolitische Herausforderung	17
2 Diskussionsstand und Analyseperspektive	24
2.1 Der gesellschaftspolitische Kontext: Die „soziale Frage“ in der rechtspopulistischen Programmdiskussion	25
2.2 Gewerkschaftliche Handlungsoptionen: Strategiewahl und Machtressourcen	31
2.3 Handlungsräume und strategische Orientierungen im Umgang mit Rechtspopulismus	36
2.4 Leitfragen und Untersuchungsmethoden	41
3 Österreich: Der „freiheitliche“ Rechtspopulismus	44
3.1 Neokorporatistische Verhandlungsdemokratie	45
3.2 Die Freiheitlichen und die „soziale Frage“ in der Koalition Kurz/Strache (2017–2019)	47
3.3 Gewerkschaftliche Problemwahrnehmung	64
3.4 Reaktionen und Strategien der österreichischen Gewerkschaften	75
3.5 Schlussfolgerungen: Protest gegen neoliberale Gesetzgebung	98
4 Schweden: Der rapide Aufstieg der Schwedendemokraten	102
4.1 Solidarischer Universalismus in der Arbeits- und Sozialpolitik	103

4.2	Die Schwedendemokraten und die „soziale Frage“	107
4.3	Gewerkschaftliche Problemwahrnehmung	125
4.4	Reaktionen und Strategien der schwedischen Gewerkschaften	136
4.5	Schlussfolgerungen: Strategische Unterschiede und Gemeinsamkeiten	153
5	Niederlande: Rechtspopulistische Destabilisierung des Poldermodells?	155
5.1	Genese und Operationsweise des Poldermodells	156
5.2	Die Partei für die Freiheit, das Forum für Demokratie und die „soziale Frage“	161
5.3	Gewerkschaftliche Problemwahrnehmung	174
5.4	Reaktionen und Strategien der niederländischen Gewerkschaften	185
5.5	Schlussfolgerungen: Zögerliche Reaktionen der niederländischen Gewerkschaften	198
6	Auswertung und Ausblick	200
6.1	Das programmatische Profil der rechtspopulistischen Parteien und die Reaktionen der Gewerkschaften	201
6.2	Probleme und Schwierigkeiten grenzüberschreitender Lernprozesse	208
6.3	Diskursive Impulse: Gemeinsamkeiten und gelungene Praktiken	212
6.4	Empfehlenswerte Strategieelemente	214
	Literatur	224
	Autor*innen	246

Abbildungsverzeichnis

Schaubild 1: Strategische Grundorientierungen der Gewerkschaften im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften	37
Schaubild 2: Darstellung der Forschungsleitfragen	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Fiskalpolitische Reformvorhaben der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)	51
Tabelle 2: Reform der Familienunterstützung der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)	56
Tabelle 3: Zentrale arbeits- und sozialpolitische Reformen der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)	57
Tabelle 4: Reform der Kassensysteme durch die ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)	59
Tabelle 5: Arbeitsmarktflexibilisierung durch die ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)	61
Tabelle 6: Handlungsempfehlungen österreichischer Gewerkschafter*innen im diskursiv-öffentlichen Handlungsraum	77
Tabelle 7: Ausgewählte programmatische Alternativvorschläge des ÖGB für Mindestsicherung und Arbeitszeitgesetz	82
Tabelle 8: Handlungsempfehlungen österreichischer Gewerkschafter*innen im innerorganisatorischen Handlungsraum	91
Tabelle 9: Kernstrategien der schwedischen Gewerkschaftsverbände	137
Tabelle 10: Handlungsempfehlungen schwedischer Gewerkschafter*innen für den diskursiv-öffentlichen Handlungsraum	138
Tabelle 11: Handlungsempfehlungen schwedischer Gewerkschafter*innen im institutionell-halböffentlichen Handlungsraum	146

Tabelle 12: innerorganisatorischen Handlungsraum	148
Tabelle 13: Kernstrategien der niederländischen Gewerkschaftsverbände	186
Tabelle 14: Handlungsempfehlungen niederländischer Gewerkschafter*innen im diskursiv-öffentlichen Handlungsraum	187
Tabelle 15: Handlungsempfehlungen niederländischer Gewerkschafter*innen im innerorganisatorischen Handlungsraum	195
Tabelle 16: Instrumente im gewerkschaftlichen Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken	217

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AfD	<i>Alternative für Deutschland</i> ; Partei in Deutschland
AK	<i>Arbeiterkammern</i> in Österreich, bestehend aus Bundesarbeitskammer und Länderkammern
AMS	<i>Arbeitsmarktservice</i> ; Dienstleistungsunternehmen des öffentlichen Rechts zur Vermittlung und Unterstützung von Arbeitslosen in Österreich
AUVA	<i>Allgemeine Unfallversicherungsanstalt</i> in Österreich
BVAEB	<i>Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau</i> in Österreich
BZÖ	<i>Bündnis Zukunft Österreich</i> ; Partei in Österreich
CDA	<i>Christen-Democratisch Appel</i> (Christdemokratischer Appell); Partei in den Niederlanden
CNV	<i>Christelijk Nationaal Vakverbond</i> ; christlicher Gewerkschaftsbund in den Niederlanden
DGB	<i>Deutscher Gewerkschaftsbund</i>
FA	<i>Freiheitliche Arbeitnehmer</i> ; gewerkschaftliche Fraktion der FPÖ in Österreich
FNV	<i>Federatie Nederlandse Vakbeweging</i> ; Verband der niederländischen Gewerkschaften
FPÖ	<i>Freiheitliche Partei Österreichs</i> ; Partei in Österreich
FSG	<i>Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen</i> ; gewerkschaftliche Fraktion der SPÖ in Österreich
FvD	<i>Forum voor Democratie</i> (Forum für Demokratie); Partei in den Niederlanden
GLB	<i>Gewerkschaftlicher Linksblock</i> ; parteiunabhängige gewerkschaftliche Fraktion in Österreich
GPA-djp	<i>Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier</i> in Österreich
IF Metall	<i>Industrifacket Metall</i> ; schwedische Gewerkschaft der Industrie- und Metallarbeiter*innen
LO	<i>Landsorganisationen i Sverige</i> ; Verband der schwedischen Gewerkschaften
LPF	<i>Lijst Pim Fortuyn</i> (Die Liste Pim Fortuyn); Partei in den Niederlanden
NGO	Nichtregierungsorganisation
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund

ÖGJ	Österreichische Gewerkschaftsjugend; Jugendorganisation des ÖGB
ÖGK	Österreichische Gesundheitskasse
ÖVP	Österreichische Volkspartei; Partei in Österreich
PvdA	<i>Partij van de Arbeid</i> (Partei der Arbeit); sozialdemokratische Partei in den Niederlanden
PVV	<i>Partij voor de Vrijheid</i> (Partei für die Freiheit); Partei in den Niederlanden
SACO	<i>Sveriges Akademikers Centralorganisation</i> ; schwedischer Gewerkschaftsbund der Akademiker*innen
SAF	<i>Svenska Arbetsgivareföreningen</i> ; schwedischer Arbeitgeber*innenverband; seit 2001 SN (<i>Svenskt Näringsliv</i>)
SAP	<i>Sveriges socialdemokratiska arbetareparti</i> (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens)
SD	<i>Sverigedemokraterna</i> (Die Schwedendemokraten); Partei in Schweden
SER	<i>Sociaal-Economische Raad</i> ; ökonomisches Beratungsgremium des Kabinetts in den Niederlanden
SGP	<i>Staatkundig Gereformeerde Partij</i> (Reformierte Politische Partei); Partei in den Niederlanden
SP	<i>Socialistische Partij</i> ; sozialistische Partei in den Niederlanden
SPÖ	<i>Sozialdemokratische Partei Österreichs</i>
SWF	<i>Sozial- und Weiterbildungsfonds</i> für Arbeitnehmer*innen in Österreich
TCO	<i>Tjänstemännens Centralorganisation</i> ; schwedischer Gewerkschaftsbund der Angestellten
VCP	<i>Vakcentrale voor Professionals</i> ; niederländische Gewerkschaft für Fachkräfte/Akademiker*innen; früher MHP (<i>Vakcentrale voor Middengroepen en Hoger Personeel</i>)
VNL	<i>Voor Nederland</i> (Für die Niederlande); Partei in den Niederlanden
VÖGB	<i>Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung</i>
VVD	<i>Volkspartij voor Vrijheid en Democratie</i> (Volkspartei für Freiheit und Demokratie); Partei in den Niederlanden

DANKSAGUNG

Die vorliegende Studie ist das Ergebnis eines von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) geförderten Forschungsprojektes. Wir möchten uns für die Förderung durch die HBS bedanken. Hierdurch war es uns möglich, die einschlägige Literatur auszuwerten, wichtige Dokumente (Positionspapiere, Pressemitteilungen) zu erschließen und aufschlussreiche Hintergrundgespräche mit Gewerkschafter*innen und Expert*innen zu führen. Der Forschungsprozess wurde durch Daniela Bold und Doreen Bormann als studentische Hilfskräfte unterstützt, die verschiedene Materialien beschafften und die Hintergrundgespräche transkribierten. Ihnen sei von unserer Seite ganz herzlich gedankt. Daniela Bold hat zudem den Kontakt zu Damaris Berger hergestellt, die die Übersetzung der schwedischen Zitate in die deutsche Sprache nochmals überprüft hat. Bei ihr und Julius Himmler, der die Übersetzung der niederländischen Zitate ins Deutsche überprüft hat, möchten wir uns ebenfalls bedanken.

Ein besonderer Dank gebührt Michaela Kuhnhenne, die den Forschungs- und Publikationsprozess mit vielen wichtigen Anregungen und Hinweisen sehr umsichtig begleitet und eine erste Fassung des Manuskriptes hilfreich und konstruktiv kommentiert hat. Darüber hinaus möchten wir uns bei Floris Biskamp bedanken, von dessen Kommentaren und Korrekturen die Überarbeitung des Manuskriptes ebenfalls profitiert hat. Für die verbleibenden Fehler und strittigen, vielleicht sogar fragwürdigen Ausführungen sind freilich allein wir selbst verantwortlich. Selbst wenn sich die eine oder andere Aussage oder Einschätzung als ungenau oder voreilig erweisen sollte, hoffen wir einen konstruktiven wissenschaftlichen Beitrag zu einer wichtigen gewerkschaftspolitischen Diskussion geliefert zu haben.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien stellt in Europa ein nahezu flächendeckendes Phänomen dar. Hieraus ergeben sich vielfältige Gefährdungspotenziale für die Funktionsweise der Demokratie und Formen der Rechtsstaatlichkeit. Auch für die Gewerkschaften bleiben rechtspopulistische Tendenzen – wie etwa Strategien der öffentlichen Stimmungsmache und eine Politik des Ressentiments – nicht ohne Folgen. Ganz im Gegenteil ist die durch den Rechtspopulismus geförderte wohlstandschauvinistische Orientierung auch für die Gewerkschaften höchst problematisch: *Erstens* besteht die Gefahr, dass die Solidarität der Beschäftigten erodiert und deren Fragmentierung verstärkt wird, was sich wiederum negativ auf die betriebliche und überbetriebliche Organisation auswirkt. *Zweitens* korrespondieren mit den rechtspopulistischen Orientierungen oftmals autoritäre und paternalistische Diskurse, die die Bereitschaft zu einem eigenständigen kollektiven gewerkschaftlichen Handeln beeinträchtigen. *Drittens* fördern rechtspopulistische Organisationen antiegalitäre, antidemokratische und antigewerkschaftliche Einstellungen, die wiederum die gesellschaftliche Anerkennung und Legitimation der Gewerkschaften infrage stellen. *Viertens* schließlich ist zu befürchten, dass sich die genannten Gefährdungen in der Einschränkung universalistisch orientierter und kollektivvertraglich ausgestalteter Arbeitnehmer*innenrechte und sozialer Sicherungsleistungen verdichten.

Vor diesem Hintergrund werden in der vorliegenden Studie die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften untersucht. Dies erfolgt in Form einer ländervergleichenden Analyse der politischen Prozesse und gewerkschaftlichen Erfahrungen in Österreich, Schweden und den Niederlanden. Der Ländervergleich soll es ermöglichen, gewerkschaftliche Lernpotenziale zu stimulieren. Die drei Fallstudien befassen sich mit der wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Programmatik der rechtspopulistischen Parteien, den jeweiligen gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen sowie den von den Gewerkschaften selbst identifizierten Gefahren und Erfolgsaussichten im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften.

Trotz der häufig ähnlichen oder zumindest vergleichbaren Lage, in der sich die europäischen Gewerkschaften im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften derzeit befinden, ist der Prozess des intergewerkschaftlichen Lernens bislang eher unterentwickelt. Die vorliegende Studie versteht sich als Beitrag zur Förderung und Reflexion des grenzüberschreitenden Informations- und

Erfahrungsaustausches. Es geht darum auszuloten, ob die Gewerkschaften angesichts ähnlicher Herausforderungen und Handlungsbedingungen – zumindest in den Ländern mit vergleichbaren gewerkschaftspolitischen Kulturen und Organisationsformen – voneinander lernen können. Zur Bearbeitung dieser Zielsetzung werden im Folgenden vier miteinander verknüpfte Fragestellungen beantwortet. Diese lauten:

- Wie greifen die rechtspopulistischen Parteien in den untersuchten Ländern (Österreich, Schweden und Niederlande) die „soziale Frage“ auf? Das heißt, wie positionieren sie sich wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitisch und welche Haltung nehmen sie zu Arbeitnehmer*innenrechten und Formen der Mitbestimmung ein/an?
- Welche durch den Rechtspopulismus hervorgerufenen Probleme werden seitens der Gewerkschaften identifiziert? Inwiefern werden die gewerkschaftlichen Machtressourcen als gefährdet betrachtet? Welche realen oder potenziellen Angriffe auf Arbeitnehmer*inneninteressen von Seiten dieser Parteien werden von den Gewerkschaften als Problem wahrgenommen?
- Wie haben die Gewerkschaften in den vergleichend untersuchten Ländern – Österreich, Schweden und den Niederlanden – auf die programmatischen und strategischen Diskurse und Praktiken der Rechtspopulisten bislang reagiert?
- Welche positiven und negativen Erfahrungen haben sie hierbei gemacht? Lassen sich aus den jeweiligen gewerkschaftlichen Erfahrungen Handlungsempfehlungen ableiten oder vielleicht sogar Good Practices identifizieren, an denen sich die Gewerkschaften in Deutschland orientieren können?

Im Ausblick auf die Forschungsergebnisse der vorliegenden Studie lässt sich feststellen, dass die wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Diskurse und Praktiken der rechtspopulistischen Parteien in allen drei Ländern zwar durch einige Besonderheiten gekennzeichnet sind, übergreifend jedoch einer ähnlichen Bewegung folgen. Diese Bewegung besteht darin, dass die „soziale Frage“ als ein wesentlicher Referenzpunkt im Kampf um politische Deutungsmacht und politische Mehrheiten identifiziert wird. Die Gewerkschaften nehmen dabei, wenn auch in unterschiedlichem Maße, den Rechtspopulismus als eine Kraft wahr, die die eigene Operationsweise bedroht und infrage stellt: zum einen durch die bereits angesprochene strategische Schwächung der gewerkschaftlichen Solidarbeziehungen und zum anderen durch einen Frontalangriff auf die Gewerkschaften. Dieser richtet sich vor allem gegen die

institutionelle Gewerkschaftsmacht. Fast durchgängig geht es den rechtspopulistischen Parteien darum, den politischen Einfluss der Gewerkschaften zu beschneiden: etwa durch die Infragestellung neokorporatistischer Arrangements, die Schwächung der institutionalisierten Mitbestimmung oder die Problematisierung von kollektivrechtlichen Absicherungen und Flächentarifverträgen.

Ungeachtet dieser allgemeinen Tendenzen nehmen die Gewerkschaften den Rechtspopulismus allerdings keineswegs gleichförmig wahr. Dies liegt einerseits am eigenen gewerkschaftlichen Selbstverständnis und den besonderen institutionellen Handlungsbedingungen, andererseits aber auch am programmatischen Profil und Auftreten der rechtspopulistischen Parteien. In Österreich und Schweden waren die Gewerkschaften z. B. insofern früh alarmiert, als in den rechtspopulistischen Parteien – der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) und den *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten, SD) – rechtsextreme bis neonazistische Positionen prägend waren und z. T. immer noch sind. Außerdem waren die wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Konzepte anfangs deutlich neoliberal ausgerichtet. In Schweden erfolgte eine aktive Auseinandersetzung aber erst ab dem Zeitpunkt, ab dem die SD zu einer einflussreichen politischen Kraft wurde; und in den Niederlanden wurde die vom Rechtspopulismus ausgehende Gefahr von den Gewerkschaften erst dann intensiver diskutiert, nachdem Geert Wilders öffentlichkeitswirksam gegen die marokkanischstämmige Bevölkerung gehetzt hatte.

Vor dem Hintergrund spezifischer (gewerkschafts-)politischer Kulturen und Wahrnehmungen sind in den untersuchten Ländern unterschiedliche Strategieprofile im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften erkennbar: eine Status-quo-Orientierung, ein politisches Mandat und eine kulturelle Öffnung. Die Status-quo-Orientierung impliziert, dass sich einige Gewerkschaften für eine aktive argumentative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Diskursen nicht zuständig sehen, sich überfordert fühlen oder eine solche Auseinandersetzung – mit Rücksicht auf die eigene Mitgliedschaft – als gewerkschafts- und gesellschaftspolitisch wenig opportun betrachten. In der Praxis äußern sich derartige Erwägungen in einer Strategie der Verdrängung oder Ignoranz, die – je nach Situation – durch Elemente der Anpassung, manchmal auch der Erziehung und Ausgrenzung angereichert wird. Das konträre Strategieprofil des politischen Mandats besteht darin, die gewerkschaftliche Passivität im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und rechtspopulistisch affinen eigenen Mitgliedern aufzugeben, sich im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung klarer zu positionieren und sich aktiver und eindeutiger in gesellschaftspolitische Debatten einzuschalten. Ein sol-

ches politisches Mandat umschließt inhaltlich eine erweiterte Thematisierung sozialer Fragen in den Betrieben und in der politischen Öffentlichkeit. In Ergänzung zu diesen beiden konträren Profilen lässt sich ein drittes – eher komplementäres – Strategieprofil identifizieren. Dieses betont als Gegenpol zur von Rechtspopulist*innen geforderten ethnischen Homogenität und Privilegierung autochthoner Gruppen vor allem die Prozesse der kulturellen Öffnung, d. h. die Akzeptanz der multikulturellen Gesellschaft und die verbreitete Anwendung und Durchsetzung von Diversitätskonzepten in den Betrieben und politischen Organisationen.

Diese Studie stellt nur einen ersten, keinesfalls abschließenden Versuch dar, einen Überblick über das Feld möglicher gewerkschaftlicher Aktivitäten zu verschaffen. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen sind entsprechend mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren: Gute Erfahrungen haben die Gewerkschaften damit gemacht, zwischen rechtspopulistischen Amtsträger*innen oder Funktionär*innen und rechtspopulistisch affinen Wähler*innen bzw. Gewerkschaftsmitgliedern grundsätzlich zu unterscheiden. Diese Unterteilung ist in der strategischen Kommunikation nicht immer ganz einfach durchzuhalten. So ist davon auszugehen, dass sich Wähler*innen, die sich mit rechtspopulistischen Haltungen und Parteipositionen identifizieren, aufgrund ihrer Parteipräferenz persönlich angegriffen fühlen, wenn die Parteiführung durch die Gewerkschaften kritisiert und angegangen wird. Ob Parteien offen als rechtsextrem oder rechtspopulistisch ausgegrenzt werden, bleibt also nicht ohne Konsequenzen für die Erreichbarkeit der rechtspopulistisch affinen Mitglieder/Wähler*innen. Die Gewerkschaften versuchen dieses Identifikationsdilemma zu lösen, indem sie sich nicht unmittelbar mit den Parteien auseinandersetzen, sondern deren parlamentarisches Abstimmungsverhalten oder die Implikationen einer rechtspopulistisch beeinflussten Regierungspolitik für die abhängig Beschäftigten diskutieren. Einige Gewerkschaften arbeiten der Vorstellung entgegen, dass eine Überparteilichkeit der Gewerkschaften gleichbedeutend ist mit einer apolitischen Grundhaltung sowie einer Ablehnung gesellschaftspolitischer Ziele und eines „politischen Mandats“.

Fast alle Gewerkschaften berichten von Problemen mit einer sogenannten Blaming-Strategie, d. h. mit einer Einordnung von Mitgliedern als rechts(-extrem) oder einem Verantwortlichmachen von Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien für die anschließend praktizierte Parteipolitik. Stattdessen empfehlen sie einen Umgang mit den Mitgliedern, der den Fokus auf deren arbeitsweltliche Probleme, Ängste und Missstände legt. Gleichzeitig gehen die Gewerkschaften davon aus, dass weiterhin auf relativ stabile Solidaritäten

auf betrieblicher Ebene zurückgegriffen werden kann und daher vor allem der Verbreitung rechtspopulistischer Diskurse in informellen Räumen – z. B. Pausenräumen und in der Freizeit – begegnet werden muss.

Grundsätzlich korrespondiert eine „entstigmatisierende“ Herangehensweise mit einer (ergebnis-)offenen Ansprache. Lebensweltliche Problemlagen als Ursachen rechtspopulistischen Wahlverhaltens können auf diese Weise adressiert und auf der Grundlage weiterhin starker innerbetrieblicher Solidaritäten bearbeitet werden. Problematisch wird diese Herangehensweise allerdings dann, wenn sich die Gewerkschaften entpolitisieren und drängende gesellschaftspolitische Themen – etwa die Regulierung von Migration und integrationspolitische Aufgaben – aus dem gewerkschaftlichen Aufgabenfeld ausgeklammert werden. Gewerkschaften laufen im diskursiv-öffentlichen Raum dann Gefahr, in einen Modus der Anpassung zu verfallen und als relevante gesellschaftspolitische Akteure nicht mehr wahrgenommen zu werden.

1 RECHTSPOPULISMUS ALS GEWERKSCHAFTS- POLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Die gesellschaftspolitischen Debatten haben sich in den vergangenen Jahren spürbar verlagert. In Reaktion auf europäische Krisenprozesse – zunächst die Finanz- und Eurokrise, dann die Krise des europäischen Migrationsregimes – haben nationalistische Stimmen vielfach an Gewicht gewonnen. Der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien stellt in Europa ein nahezu flächendeckendes Phänomen dar (Busch/Bischoff/Funke 2018; Manow 2018; Klein 2016). In fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind rechtspopulistische Bewegungen und Parteien inzwischen einflussreich. Sie sind in beträchtlicher Größe in den Parlamenten vertreten und z. T. sogar – mitunter in führender Position – an der Regierung beteiligt. Selbst in den Ländern, in denen die rechtspopulistischen Parteien in der Oppositionsrolle verbleiben, wirken sie über die Öffentlichkeit auf einen politischen Stimmungsumschwung hin (Aalberg et al. 2017; Wodak 2013).

Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte bringt vielfältige Gefährdungspotenziale für die Funktionsweise der Demokratie mit sich. Diese Gefährdungen betreffen in den Ländern, in denen Rechtspopulist*innen die Regierungsgeschäfte leiten – so etwa die *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) in Polen oder *Fidesz* in Ungarn – vor allem zentrale Elemente der Rechtsstaatlichkeit wie die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien oder die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit (Becker 2018a; Krastev 2017). Darüber hinaus wird der demokratische Diskurs dadurch beeinträchtigt, dass rechtspopulistische Organisationen sich Strategien der öffentlichen Stimmungsmache und einer Politik des Ressentiments bedienen – zumeist gegen Migrant*innen und andere Minderheiten gerichtet – und dadurch ein Klima der Intoleranz erzeugen (Olschanski 2015). Es bilden sich wohlstandschauvinistische Orientierungen und Formen einer – ethnisch und sozial – exkludierenden Solidarität heraus, die den sozialintegrativen Wohlfahrtsstaat und die Bedingungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, also wichtige Dimensionen der sozialen Demokratie, infrage stellen.

Für die Gewerkschaften sind die skizzierten Tendenzen in mehrfacher Hinsicht höchst problematisch: *Erstens* besteht die Gefahr, dass die Solidarität der Beschäftigten fragmentierter und brüchiger wird oder sich gar partiell auflöst, was die betriebliche und überbetriebliche Organisation erschwert. Dies gilt umso mehr, als sich in vielen Ländern auch Teile der gewerkschaft-

lichen Basis für rechtspopulistische Positionen empfänglich zeigen und nach rechts driften (Sauer et al. 2018). *Zweitens* korrespondieren mit den rechtspopulistischen, spezifischer: wohlstandschauvinistischen Orientierungen oftmals autoritäre und paternalistische Diskurse, die die Bereitschaft zu einem eigenständigen kollektiven gewerkschaftlichen Handeln beeinträchtigen (Peter/Brecht 2019; Buntenbach 2018). *Drittens* fördern rechtspopulistische Organisationen zudem antiegalitäre, antidemokratische und antigewerkschaftliche Diskurse, die wiederum die gesellschaftliche Anerkennung und Legitimation der Gewerkschaften infrage stellen. *Viertens* schließlich ist zu befürchten, dass sich die genannten Gefährdungen – ungeachtet der sozialen Rhetorik des Rechtspopulismus – in der Einschränkung universalistisch orientierter und kollektivvertraglich ausgestalteter Arbeitnehmer*innenrechte und sozialer Sicherungsleistungen verdichten (Flecker et al. 2019; Becker 2018a). Kurzum gibt es zahlreiche Gründe dafür anzunehmen, dass durch die Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen die rechtlich garantierten und institutionalisierten Beteiligungs- und Teilhaberechte der abhängig Beschäftigten und schwächerer sozialer Gruppen infrage gestellt und beeinträchtigt werden.

Die Infragestellung und Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen durch den Rechtspopulismus erfolgt zugleich „von außen“ wie „von innen“. Der äußere Angriff zielt vor allem darauf, durch die diskursive Verschiebung der politischen Parameter die tradierten arbeits-, sozial- und demokratiepolitischen Rechte und Beteiligungsformen auszuhöhlen und die Gewerkschaften zu entmachten. Der Angriff „von innen“ stellt sich komplexer und widersprüchlicher dar. Er erfolgt nicht zuletzt dadurch, dass sich die rechtspopulistischen Parteien programmatisch neu orientieren und durch eine offensive Thematisierung der „sozialen Frage“ als „neue Arbeiterparteien“ (Röth/Afonso/Spies 2017; Becker/Dörre/Reif-Spirek 2018) zu profilieren versuchen.

Diese Mobilisierungsanstrengungen sind vielfach erfolgreich: Unter Arbeiter*innen und abhängig Beschäftigten erfreuen sich rechtspopulistische Parteien großer Zustimmung (Stöss 2017; Rydgren 2014; Oesch 2008), und auch Gewerkschaftsmitglieder sind für rechtspopulistische Themen nicht selten empfänglich. Beispiele gibt es hierfür ausreichend: Bei den deutschen Bundestagswahlen 2018 stimmten beispielsweise 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die *Alternative für Deutschland* (AfD). Im österreichischen Kärnten konnten die der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) nahen *Freiheitlichen Arbeitnehmer* (FA) bei den Wahlen der *Arbeiterkammern* (AK) im März 2019 einen Zuwachs von 8,5 Prozent (2014) auf 13,1 Prozent ver-

zeichnen. Dies deutet darauf hin, dass sich die kontroversen Debatten, die durch das Aufkommen des Rechtspopulismus losgetreten worden sind, aus zivilgesellschaftlichen Disputen in die gewerkschaftliche und betriebliche Praxis übertragen. Die Voraussetzungen für eine solidarische, gemeinschaftlich getragene Interessenvertretung werden hierdurch geschwächt.

Die Ausprägung und Intensität der hier angedeuteten Problemlagen mag in den europäischen Ländern variieren. Jenseits dieser Varianz stellen sich die Herausforderungen für die Gewerkschaften aber recht ähnlich dar. Entsprechend verwundert es, dass es bislang keinen intensiveren länderübergreifenden Informations- und Erfahrungsaustausch gibt. Diese Studie versteht sich als Versuch, einen solchen Informations- und Erfahrungsaustausch anzuregen. Es geht darum auszuloten, ob die Gewerkschaften angesichts ähnlicher Herausforderungen und Handlungsbedingungen – zumindest in den Ländern mit vergleichbaren Arbeitsbeziehungen, Sozialsystemen und gewerkschaftspolitischen Kulturen und Organisationsformen – voneinander lernen können. In der Bearbeitung dieser Zielsetzung sollen vier miteinander verknüpfte Fragestellungen beantwortet werden. Diese lauten:

- Wie greifen die rechtspopulistischen Parteien die „soziale Frage“ auf, d.h.: Wie positionieren sie sich wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitisch und welche Haltung nehmen sie zu Arbeitnehmer*innenrechten und Formen der Mitbestimmung ein?
- Welche durch den Rechtspopulismus hervorgerufenen Probleme werden seitens der Gewerkschaften identifiziert? Inwiefern werden die gewerkschaftlichen Machtressourcen als gefährdet betrachtet? Welche realen oder potenziellen Angriffe auf Arbeitnehmer*inneninteressen von Seiten dieser Parteien werden von den Gewerkschaften als Problem wahrgenommen?
- Wie haben die Gewerkschaften in den vergleichend untersuchten Ländern – Österreich, Schweden und den Niederlanden – auf die programmatischen und strategischen Diskurse und Praktiken der Rechtspopulisten bislang reagiert?
- Welche positiven und negativen Erfahrungen haben sie hierbei gemacht? Lassen sich aus den jeweiligen gewerkschaftlichen Erfahrungen Handlungsempfehlungen ziehen oder vielleicht sogar Good Practices identifizieren, an denen sich die Gewerkschaften in Deutschland orientieren können?

Für die Auswahl der Länder, die in dieser Studie vergleichend untersucht werden, sind vor allem zwei Kriterien maßgeblich gewesen. Zum einen soll-

te es sich um Länder handeln, in denen rechtspopulistische Parteien bereits seit einiger Zeit politisch relevant sind und auch die Gewerkschaften im Umgang mit ihnen über einen gewissen Erfahrungsschatz verfügen. Zum anderen sollten auch die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen nicht allzu sehr von denen in Deutschland abweichen, um aus der ländervergleichenden Analyse Anregungen für die deutsche gewerkschaftspolitische Diskussion gewinnen zu können.

Das zweite Kriterium ist angesichts der bestehenden Differenzen zwischen den Systemen der Arbeitsbeziehungen in Europa (Schmid/Kohler 2009; Ferner/Hyman 2001) und dem Verlauf der Krisendynamiken (Lehndorff/Dribbusch/Schulten 2017; Bieling/Buhr 2015) nicht leicht zu erfüllen. Da es jedoch vor allem um politische Positionierungen geht, sind maßgeblich solche Länder in den Blick zu nehmen, in denen die Gewerkschaften als parteiübergreifender Einheitsverband einen parteipolitisch inklusiven Charakter haben oder zumindest als pragmatisch-kooperative Vertretungsorganisationen operieren. Dies scheint uns vor allem in Österreich, Schweden und den Niederlanden der Fall zu sein.

In Österreich wurde die FPÖ zwar bereits in den 1950er Jahren gegründet, profilierte sich jedoch erst ab Ende der 1980er Jahre, nachdem Jörg Haider die Parteiführung übernommen hatte, als eine rechtspopulistische Partei. Das programmatische Profil der FPÖ war dabei zunächst deutlich neoliberal zugeschnitten. Im Anschluss an die Beteiligung an zwei Regierungen, interne Abspaltungen und Skandale hat sich die FPÖ unter Heinz-Christian Strache seit Mitte der 2000er Jahre verstärkt als „soziale Heimatpartei“ präsentiert (Ennser-Jedenastik 2016). Bei großen Teilen der Arbeiter*innenschaft erzielte sie damit beachtliche Erfolge – zuletzt war die FPÖ bis zur Ibiza-Affäre 2019 in der Koalition Kurz/Strache Regierungspartnerin. Die zentrale Stellung der FPÖ im österreichischen politischen Diskurs legt es nahe, genauer zu untersuchen, wie der *Österreichische Gewerkschaftsbund* (ÖGB) und seine Einzelgewerkschaften hierauf reagiert haben und wie die konträren Positionen, die im Umgang mit der FPÖ bestehen (Asthleithner/Flecker 2017; Feigl/Breiteneder/Greif 2016), ausbalanciert wurden. Da der ÖGB als Einheitsgewerkschaft operiert und auch die institutionelle Verfasstheit des arbeits- und sozialpolitischen Handlungsfeldes den deutschen Gegebenheiten sehr nahekommt, drängt sich eine Analyse der Entwicklungen in Österreich geradezu auf.

Etwas anders stellt sich die Situation in Schweden dar. Dort wurde die Partei der *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten, SD) 1988 als Fusionsprodukt der rechtsextremen Bewegung *Bevara Sverige Svenskt* („Bewahrt Schweden schwedisch“) und der *Framstegspartiet* (Fortschrittspartei) gegrün-

det. Die SD präsentiert sich vielfach als Verteidigerin des „Volksheims“, d. h. des schwedischen Wohlfahrtsstaates, und mobilisiert dabei wohlfahrtschauvinistische Diskurse (Hellström/Nilsson/Stoltz 2012). Wachsende Teile der Arbeiter*innenklasse fühlen sich inzwischen von ihr angesprochen (Rydgren/van der Meiden 2016), so dass sich auch in den schwedischen Gewerkschaften interne Organisationskonflikte entfalten (Hillebrand-Brem 2015b). Allerdings stellen sich für die einzelnen Gewerkschaften die Probleme unterschiedlich dar. Dies hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die schwedischen Gewerkschaften zwar einheitsgewerkschaftlich orientiert sind, aber auch berufsständische Merkmale eine wichtige Rolle spielen. So organisiert die LO (*Landsorganisationen i Sverige*) als ältester Dachverband die Arbeiter oder Blue-Collar-Worker, die TCO (*Tjänstemännens Centralorganisation*) die Angestellten oder White-Collar-Worker und die SACO (*Sveriges Akademikers Centralorganisation*) die Akademiker.

In den Niederlanden steht die von Geert Wilders im Jahr 2006 gegründete *Partij voor de Vrijheid* (PVV) in der Tradition der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF). Zuletzt hat sie Konkurrenz von einer weiteren rechtspopulistischen Kraft erhalten, dem *Forum voor Democratie* (FvD) von Thierry Baudet, das deutlich neoliberal orientiert ist. Wie andere rechtspopulistische Parteien präsentiert sich die PVV als nationalistisch, EU-kritisch und ablehnend gegenüber Migrant*innen, vor allem Muslim*innen und ethnischen Minderheiten (Krause 2019). Im Unterschied zu anderen rechtspopulistischen Parteien akzeptiert die PVV aber die Rechte von Frauen und Homosexuellen. Sie nahm anfangs eher wirtschaftsliberale Positionen ein, profilierte sich dann – im Verlauf der Finanz- und Eurokrise – punktuell aber auch als Verteidigerin sozialer Anrechte für die einheimische Bevölkerung (van Kessel 2015). Die Zustimmung aus dem Arbeitnehmer*innenmilieu ist beträchtlich. Gleichwohl haben sich die niederländischen Gewerkschaften, vor allem die FNV (*Federatie Nederlandse Vakbeweging*), in deutlicher Abgrenzung von der PVV positioniert. Wie dies gewerkschaftsintern und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, ist aus deutscher Perspektive sicherlich aufschlussreich, auch wenn es in den Niederlanden kein Modell der Einheitsgewerkschaft gibt, sondern nur eines der engen zwischengewerkschaftlichen Kooperation (de Beer/Keune 2017).

Die aufgeführten Leitfragen der Studie werden mit Blick auf diese drei Länder eingehender untersucht und beantwortet. Die Befunde der Fallstudien lassen sich vorab wie folgt zusammenfassen:

Erstens ist auffällig, dass die „soziale Frage“ von den rechtspopulistischen Parteien sehr viel stärker aufgegriffen wird als noch in den 1980er und 1990er

Jahren. Arbeits- und sozialpolitisch geht es vielfach um die Verteidigung erungener Statusvorteile gegenüber Migrant*innen, ethnischen Minderheiten und Personen mit Lebensentwürfen, die sich traditionellen Rollenbildern entziehen. Bestehende Schutzrechte für Arbeitnehmer*innen werden z. T. verteidigt (SD und PVV), z. T. aber auch gezielt demontiert (FPÖ und FvD). Grundlegende Skepsis bis Ablehnung besteht zumeist gegenüber Formen der Mitbestimmung, die sich wirtschaftsdemokratisch nutzen lassen und hierarchischen Entscheidungsabläufen entgegenstehen. Darüber hinaus werden in der wirtschaftspolitischen Diskussion – zur Verbesserung der Beschäftigungssituation – zuweilen auch Instrumente der Staatsintervention oder des Protektionismus befürwortet.

Zweitens reagieren die Gewerkschaften auf die programmatischen Annäherungsversuche und Erfolge der rechtspopulistischen Parteien recht unterschiedlich – sowohl von Land zu Land als auch innerhalb der betrachteten Länder. Dies ist unter anderem den institutionalisierten arbeits- und sozialpolitischen Handlungsbedingungen geschuldet, die ungeachtet ihres neokorporatistischen Charakters in wichtigen Punkten differieren. Außerdem unterscheidet sich auch die soziale Basis, d. h. die Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Gewerkschaften, mitunter beträchtlich. Von den Differenzen einmal abgesehen, versuchen die Gewerkschaften allgemein eine deutliche Distanz zu den rechtspopulistischen Führungskadern zu markieren, zugleich aber die Problemsichten und Bedürfnisse der Wähler*innen – vor allem aus dem Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsmilieu – zu berücksichtigen. So richten sie den Fokus übergreifend auf den Kampf gegen die Prekarisierung der Beschäftigung und die Erosion der sozialen Absicherung. Die Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen Programmatik – bis hin zu strategischen Gegenentwürfen – erfolgt nicht immer, aber doch oft in Abstimmung mit den Parteien links der Mitte. Auf der betrieblichen und lokalen Ebene setzen die Gewerkschaften aber auch eigenständige Akzente.

Drittens weist die anhaltend hohe Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien darauf hin, dass die Identifikation gewerkschaftlicher Good Practices schwierig ist. Trotz fortbestehender Schwierigkeiten scheinen gewerkschaftliche Strategien im Umgang mit Rechtspopulist*innen mittel- und langfristig dann am überzeugendsten zu wirken, wenn sie sich nicht anbieten, sondern kritisch-argumentativ die Probleme und Widersprüche der rechtspopulistischen Programmatik aufzeigen. Diese direkte Auseinandersetzung stößt jedoch an Grenzen. Gewerkschaften sind vor allem dann erfolgreich, wenn sie die Erfahrungswelt und die Wahrnehmungen der Gewerkschaftsmitglieder – auch jener, die sich rechtspopulistischen Parteien

zuwenden – in ihren politischen Schwerpunktsetzungen berücksichtigen und aufgreifen; wenn sie sich also, gestützt auf eigenständige politische Projekte und Initiativen, darauf konzentrieren, Formen einer inkludierenden Solidarität zu stärken, und diesen Prozess – z. B. durch gelebte Formen der Partizipation und Mitbestimmung – alltagspraktisch unterfüttern.

Diese Befunde werden nachfolgend in den Fallstudien länderspezifisch kontextualisiert und erläutert. Zuvor legen wir jedoch den wissenschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Diskussionsstand und unsere eigene Analyseperspektive dar. Wir stützen uns dabei vor allem auf die machtresearchtheoretisch unterfütterte Konzeption der „strategischen Wahl“ (Brinkmann et al. 2008) und entwickeln hiervon ausgehend eine analytische Heuristik gewerkschaftlicher Handlungsräume und Operationsmodi. Die Elemente dieser Heuristik werden in [Kapitel 2](#) erläutert; ebenso der Forschungsstand, der veränderte gesellschaftspolitische Kontext und die methodische Vorgehensweise.

Die nachfolgenden Kapitel beschäftigen sich mit der Rekonstruktion der Handlungskonstellation sowie der gewerkschaftlichen Strategien, Praktiken und Erfahrungen in den ausgewählten Fallstudien. [Kapitel 3](#) befasst sich mit Österreich, [Kapitel 4](#) mit Schweden und [Kapitel 5](#) mit den Niederlanden. In [Kapitel 6](#) werden die Ergebnisse vergleichend zusammengeführt und diskutiert. Dies schließt auch den Versuch mit ein, die zentralen Befunde für die deutsche gewerkschaftspolitische Diskussion nutzbar zu machen.

2 DISKUSSIONSSTAND UND ANALYSEPERSPEKTIVE

Die sozialwissenschaftliche Diskussion hat sich lange schwergetan, das Phänomen des erstarkten Rechtspopulismus zu begreifen und zu erklären. Inzwischen gibt es zwar einige mehr oder minder plausible Definitionen des Phänomens und zahlreiche Erklärungsbausteine, aber keinen umfassenden theoretischen Ansatz, der das Zusammenspiel von politökonomischen, soziokulturellen und institutionellen Faktoren synthetisierend zu Konzeptualisieren und empirisch zu plausibilisieren vermag. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass ein solcher Anspruch nicht nur zu ambitioniert, sondern auch dem Gegenstand unangemessen ist. So stellen sich die Ursachen und Dynamiken, die den Rechtspopulismus hervorrufen und stimulieren, innerhalb wie zwischen den europäischen Gesellschaften sehr spezifisch dar. Darüber hinaus scheinen sich die programmatischen Orientierungen, insbesondere die wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Vorstellungen wie auch die soziale Basis rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen im Laufe der Zeit zumindest partiell zu verändern.

Angesichts der Vielschichtigkeit und Variabilität des Rechtspopulismus sollen nachfolgend nur diejenigen Konzeptionen diskutiert werden, die für die Bearbeitung der hier verfolgten Fragestellungen instruktiv sind. Die Diskussionen zur kategorialen Einordnung und zu den Ursachen werden also nur insofern in den Blick genommen, als dies für das Verständnis und die Einordnung der gewerkschaftlichen Strategiedebatte erforderlich ist ([Kapitel 2.1](#)). Unser forschungsstrategisches Hauptinteresse liegt vor allem darin zu identifizieren, wie die Gewerkschaften in Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit, aber auch organisationsintern und zum Teil auch in den Betrieben, sinnvoll und effektiv auf rechtspopulistische Diskurse und Praktiken reagieren. Um diese Frage bearbeiten zu können, beziehen wir uns zum einen auf die Überlegungen zur „strategischen Wahl“ der Gewerkschaften und den ihnen hierbei zur Verfügung stehenden Machtressourcen ([Kapitel 2.2](#)). Zum anderen entwickeln wir eine Heuristik gewerkschaftlicher Handlungsräume, einschließlich der darin verfolgten strategischen Ziele und praktizierten Interaktionsformen ([Kapitel 2.3](#)). Das Kapitel endet mit einigen methodischen Erläuterungen zur empirischen Umsetzung des Forschungsdesigns ([Kapitel 2.4](#)).

2.1 Der gesellschaftspolitische Kontext: Die „soziale Frage“ in der rechtspopulistischen Programmdiskussion

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion ging es lange Zeit vor allem darum, das Phänomen des Rechtspopulismus – oder allgemeiner: des Populismus – kategorial einzufangen (Müller 2016; Priester 2012). Jenseits einiger Differenzen und Spezifizierungen kommen die meisten Konzeptionen überein, dass der Populismus eine inhaltlich wenig ausgestaltete, d.h. „dünne“ Ideologie darstellt (Mudde 2007). Diese zeichnet sich durch eine Reihe allgemeiner Merkmale aus: so vor allem durch einen Bezug auf das „wahre“ oder eigentliche Volk, das im Fall des Rechtspopulismus zumeist als ethnisch homogen konstruiert wird; durch den Bezug auf den Alltagsverstand oder die Common-Sense-Orientierung der normalen Bürger*innen; durch die Kritik an den „abgehobenen“ Eliten aus Wirtschaft, Staat, Wissenschaft und Medien; durch eine Zurückweisung intermediärer Institutionen – so auch der Gewerkschaften – sowie eine mitunter sehr ausgeprägte Moralisierung und Personalisierung der Politik (Priester 2012). Diese formalen oder prozeduralen Merkmale entfalten ihre Wirkung letztlich nur in der Verknüpfung mit substanzielleren Weltanschauungen, im Fall des Rechtspopulismus mit traditionalistischen, nationalistischen, mitunter reaktionären Ideologien.

Die Frage, wie das Verhältnis von Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus oder (Neo-)Faschismus zu fassen ist, wird in der wissenschaftlichen Diskussion unterschiedlich beantwortet. Einige betonen die Differenz zum Rechtsextremismus und verweisen darauf, dass die rechtspopulistischen Parteien die Anwendung von Gewalt ablehnen und die Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie grundsätzlich akzeptieren, wenngleich bestimmte Aspekte der Rechtsstaatlichkeit, z.B. die Gewaltenteilung und die Wissenschafts-, Presse- und Meinungsfreiheit, eingeschränkt werden (Mudde 2007; Müller 2016; Berman 2016). Andere heben die fließenden Übergänge hervor und betrachten den Rechtspopulismus als moderate Verkehrsform innerhalb der extremen Rechten (Bathke/Hoffstadt 2013).

In Ergänzung zu den konzeptionellen Überlegungen zur Klassifikation rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen sind viele Studien empirisch-analytisch ausgerichtet. Auf der Suche nach den Ursachen des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien gibt es einige Untersuchungen, die stärker gesellschaftstheoretisch und zeitdiagnostisch angelegt sind (Koppetsch 2019; Russell Hochschild 2016). Andere Betrachtungen nehmen eine international vergleichende Perspektive ein, um zu generalisierbaren Aussagen zu gelangen (Busch/Bischoff/Funke 2018; Manow 2018; Wodak 2013).

In der Diskussion werden vor allem zwei Dimensionen in den Blick genommen: Die Angebotsdimension bezieht sich auf die programmatischen, strategischen und praktischen Aktivitäten der rechtspopulistischen Parteien in den nationalen Öffentlichkeiten. Auffällig ist dabei, dass das rechtspopulistische Profil – jenseits einiger nationaler Besonderheiten – durch eine ganze Reihe gemeinsamer Referenzpunkte geprägt ist, die übergreifend wirksam werden. Neben dem bereits erwähnten ethnischen Nationalismus (Eckert 2010) sind dies: die Kritik an der bestehenden Einwanderungspraxis und Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft (Mudde 2007); eine antimuslimische Grundhaltung (Hafez 2014), die häufig von antifeministischen und homophoben Diskurselementen begleitet wird (Mayer/Ajanovic/Sauer 2014); eine grundsätzlich skeptische, zuweilen explizit ablehnende Haltung gegenüber dem Prozess der europäischen Integration, d.h. der Übertragung von politischen Kompetenzen an die Europäische Union (Kriesi 2014); und die Verknüpfung von nationaler und sozialer Frage zur Sicherung spezifischer wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischer Privilegien (Bieling 2017; Eribon 2016; Nachtwey 2016).

Komplementär hierzu bezieht sich die Nachfragedimension auf die politischen Einstellungen und Präferenzen in der Wahlbevölkerung. In diesem Sinne werden in den meisten Ländern regelmäßige Erhebungen durchgeführt, um die Konstanz und auch den Wandel politischer Orientierungen zu erfassen (Decker/Kiess/Brähler 2016; Zick/Küpper/Hövermann 2011). Einige Beobachter sehen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien durch eine sogenannte Repräsentationslücke gefördert, da sich größere Bevölkerungsgruppen von den etablierten Parteien nur noch unzureichend repräsentiert sehen (Patzelt 2018). Andere vermuten, dass der übergreifende Trend zum Rechtspopulismus durch nachhaltige gesellschaftliche Strukturveränderungen und eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie gestützt wird. Allerdings ist diese Konfliktlinie nicht leicht zu bestimmen. Die Entgegensetzung von Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern (Kriesi et al. 2008) wirkt ebenso grobmaschig wie die von Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen (Zürn/de Wilde 2016). Möglicherweise ist es daher sinnvoller, von einer Mehrzahl sich überlagernder Konfliktlinien auszugehen, die in rechtspopulistischen, vor allem nationalistischen Diskursen gelegentlich bedingt mobilisiert werden (vgl. auch Biskamp 2019).

In der Zusammenführung der Angebots- und Nachfragedimension haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte einige Veränderungen ergeben. Für die hier verfolgte Fragestellung sind vor allem zwei Entwicklungen bedeutsam. Die erste Entwicklung besteht darin, dass die wissenschaftliche

Diskussion allmählich über die oft sehr stark stilisierte Entgegensetzung von kulturellen oder konstruktivistischen (so etwa Akkerman/de Lange/Roodu-ijn 2016; Mudde 2007) und materiellen oder rationalistischen Erklärungsangeboten (Manow 2018; Kriesi/Pappas 2015) hinausdrängt. Es wird stattdessen – unter anderem im Rückgriff auf die theoretisch-konzeptionellen Überlegungen von Karl Polanyi oder Pierre Bourdieu (Koppetsch 2018; Bieling 2017) – vermehrt danach gefragt, wie und unter welchen Bedingungen sich in rechtspopulistischen Erfolgen sozioökonomisch geprägte Interessenlagen und kulturelle Prozesse der Bedeutungsproduktion und Sinnstiftung artikulieren (Gidron/Hall 2017). Die veränderte theoretisch-konzeptionelle Perspektive korrespondiert mit einer zweiten Entwicklung, die die politische Programmatik betrifft. Hier deutet vieles darauf hin, dass die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen ihre in den 1980er und 1990er Jahren noch häufig ungebremste neoliberale Orientierung aufgegeben haben (Röth/Afonso/Spies 2017; Lefkofridi/Michel 2014).

Doch darüber, was dies genau bedeutet, gehen die Auffassungen auseinander. Dies hat zum einen damit zu tun, dass sich die arbeits- und sozialpolitischen Konzepte und Strategien der rechtspopulistischen Parteien als wenig kohärent präsentieren. Innerhalb der Parteien gibt es mitunter stark divergierende Positionen und Kämpfe zwischen wirtschafts- bzw. neoliberalen und wohlfahrtsstaatlich-nationalistischen Kräften; und auch im internationalen Vergleich stellt sich das arbeits- und sozialpolitische Profil – je nachdem, welche Kräfte sich durchgesetzt haben – sehr unterschiedlich dar (vgl. unter anderem Fenger 2018, S. 189; Afonso/Rennwald 2018; Ennser-Jedenastik 2018). Eine einheitliche, länderübergreifende Kategorisierung sozioökonomischer Programme ist demzufolge nicht möglich.

In der wissenschaftlichen Diskussion ist stattdessen der Versuch unternommen worden, die Differenzen unterschiedlichen wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Profilen zuzuordnen. Joachim Becker (2018a, S. 2–14) differenziert z. B. zwischen einem neoliberalen, einem nationalkonservativen und einem faschistischen Staats- und Gesellschaftsmodell. Diese Modelle werden jeweils von unterschiedlichen Parteien und Bewegungen der radikalen populistischen Rechten präferiert. Nicht selten bestehen sie in den Parteien allerdings nebeneinander und werden spezifisch kombiniert. Für die hier verfolgte Fragestellung können wir – mit Blick auf die ausgewählten rechtspopulistischen Parteien – die faschistischen Vorstellungen vorerst ausklammern. Die Differenzierung zwischen einem neoliberalen und einem nationalkonservativen Profil scheint hingegen instruktiv und hilfreich. Das nationalkonservative Profil entspricht in etwa der Wohlfahrtsnostalgie (Fen-

ger 2018, S. 190–191), die sich in der Verteidigung des eigenen sozialen Status und der tradierten Lebensweise eher diffus gegen unterschiedliche soziale Gruppen – Migrant*innen, atypisch Beschäftigte, Frauen, Studierende oder Kosmopolit*innen – wendet. Zu unterscheiden ist hiervon das wohlfahrtsschauvinistische Profil, das eine explizit ethnisch bis rassistisch geprägte, die nichtautochthone Bevölkerung diskriminierende Stoßrichtung hat. Zu den drei Profilen im Einzelnen:

Das *neoliberale Profil* richtet sich gegen die Kontrollinstitutionen des freien Marktes und tritt für eine weitreichende Deregulierung des Wohlfahrtsstaates und die Liberalisierung von Handel und Kapitalbewegungen ein. Zu Beginn der 1990er Jahre war ein ausdrücklich liberales Programm als ein zentrales Merkmal rechtsnationaler Parteien identifiziert worden (Betz 1993, S. 417–418; Betz 1994). Die ökonomische Programmatik rechtsnationalistischer Parteien wurde dabei begriffen als „political weapon against the established political institutions“ (Betz 1993, S. 418) – so auch gegen den Wohlfahrtsstaat. Zugleich ging es darum, die Ökonomie zu depolitisieren. Piero Ignazi (1992, S. 21) zufolge befürworteten extrem rechte Parteien die „völlige Demontage des Wohlfahrtssystems“ durch eine umfassende Kommodifizierung und Kommerzialisierung sozialer Leistungen. Wie Menno Fenger ergänzt, soll die soziale Wohlfahrt durch die Instrumente des Marktes organisiert werden:

„From the neo-liberal perspective, we might expect support for all measures that cut back on the welfare state and all the regulation involved in. So, if PRRPs’ [political radical right parties’] ideology indeed depends on the neo-liberal agenda, there will be support for austerity measures, for modernization measures that are aimed at deregulation, for instance in the area of dismissal laws and labour conditions regulations. Moreover, from this perspective we can expect very limited support for social investment measures, as these tend to increase the role of government in the economy.“ (Fenger 2018, S. 192)

In dieser Perspektive ist auch zu erwarten, dass sich neoliberal profilierte rechtspopulistische Parteien dafür aussprechen, demokratische Mitbestimmungsmechanismen zu beschneiden und sozial- und marktpolitische Verfahren der (sozialpartnerschaftlichen) Kontrolle und Gestaltung zugunsten der Marktfreiheit abzubauen.

Das *wohlfahrtsschauvinistische Profil* hat seit einiger Zeit – auch aufgrund der negativen sozialen Folgen der neoliberalen Restrukturierung – in den rechtspopulistischen Parteien programmatisch an Bedeutung gewonnen (Afonso/Rennwald 2018; Ennser-Jedenastik 2016). Es zeichnet sich durch eine – zumindest punktuell – skeptische Haltung gegenüber den Konzepten

eines sich selbst regulierenden Marktes und der neoliberal induzierten Depolitisierung aus:

„Although scholars generally place these parties [new rightist populist parties] at the far-right end of the political spectrum, new-rightist parties do not necessarily adopt typical rightist stances when it comes to issues of economic redistribution and the state. These parties are not by definition opposed to high levels of economic redistribution from the rich to the poor, economic interference by the state, and an extensive welfare state.“ (de Koster/Achterberg/van der Waal 2013, S. 4)

Die rechtspopulistische Kritik am Wohlfahrtsstaat ist demzufolge nicht zwingend als Zurückweisung ökonomischer Umverteilung zugunsten „des kleinen Mannes“ zu interpretieren. Es geht vielmehr darum, sozialstaatliche Leistungen im wohlfahrtschauvinistischen Sinne auf autochthone Bevölkerungsgruppen zu begrenzen:

„Consequently, many new-rightist populist parties stand out not only because of their well known rightist cultural agenda, but also because they combine economic egalitarianism with the stance that entitlement to welfare arrangements should be restricted to the native population.“ (de Koster/Achterberg/van der Waal 2013, S. 6)¹

Das *nationalkonservative Profil* schließlich – zuweilen ist auch von wohlfahrts-nostalgischen Positionen die Rede (Fenger 2018; Häusermann/Picot/Geering 2013) – zeichnet sich dadurch aus, dass die tradierten wohlfahrtsstaatlichen Organisationsformen in Erinnerung an frühere Arbeits- und Lebensweisen verteidigt und sozial exklusiver definiert werden. Im Unterschied zum Wohlstandschauvinismus befürwortet das nationalkonservative Profil diffuse, aber sozial weiter ausgreifende Formen des Ausschlusses. Die Exklusion von Sozialleistungen ist demzufolge nicht notwendigerweise rassistisch motiviert, sondern betrifft Frauen ebenso wie Arbeitnehmer*innen in prekären bzw. nichttraditionellen Arbeitsverhältnissen oder (langzeit-)arbeitslose Menschen; und darüber hinaus all jene Lebensformen, die von der nationalen, männlich-hegemonial idealisierten Kultur abweichen und als nachrangig erscheinen. Vergleichsstudien – etwa zu Belgien, Polen und Ungarn (Becker 2018b, S. 39) – weisen darauf hin, dass der praktizierte restriktive Zugang

1 Zoe Lefkofridi und Michel Elie (2017, S. 234) zufolge ist die Inanspruchnahme einer nationalistischen „redistributiven Solidarität“ vor allem als Framing-Leistung rechtspopulistischer Parteien zu verstehen, um linken Solidaritätsverständnissen ein rechtes Modell der Verteilungsgerechtigkeit entgegenzusetzen.

zum Wohlfahrtsstaat darauf zielt, soziale Unterschiede aktiv zu konservieren. Exklusion bildet in diesem Sinne eine Reaktion der „Modernisierungsverlierer“, um über Prozesse der sozialen Schließung gewisse Privilegien zu institutionalisieren. Menno Fenger (2018, S. 191) versteht Wohlfahrtsnostalgie zusammenfassend als

„policy positions that are aimed at securing or reinforcing the social position of the modernization losers based on traditional economic and family patterns. This perspective differs from the welfare chauvinism perspective and its core is not the exclusion of foreigners, but the restoration of ‚traditional‘ labour relations and social rights.“

Welches dieser programmatischen Profile sich in welchen Ländern in welcher zeitlichen Perspektive durchsetzt, ist eine wichtige, aber aufgrund der politischen Kämpfe in den rechtspopulistischen Parteien vielfach noch offene Frage. Jenseits der nationalen Besonderheiten zeichnet sich ab, dass die Bearbeitung der „sozialen Frage“ von rechtspopulistischen Akteuren vielfach offensiv angegangen wird. Indem sie sich die Abstiegsängste zunutze machen, die durch die Dynamiken der Prekarisierung, Polarisierung und Fragmentierung genährt werden (Nachtwey 2016), haben rechtspopulistische Parteien nicht nur, aber eben auch in strukturschwachen Gebieten und Arbeiter*innenmilieus beachtliche Wahlerfolge erzielen können. Vor dem Hintergrund der bestehenden Probleme und Krisenerfahrungen (Sauer et al. 2018) bringen die rechtspopulistischen Parteien ihrerseits – auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik im weitesten Sinne – Initiativen der sozialen Protektion in Anschlag und mobilisieren hierbei nationalistisch exkludierende Solidaritäten (Dörre et al. 2018; Lefkofridi/Michel 2017; Kymlicka 2015).

In der wissenschaftlichen wie auch in der gewerkschaftlichen Diskussion besteht Unsicherheit darüber, wie die skizzierten programmatischen Verschiebungen und die damit verknüpften politischen Praktiken genau einzuschätzen und zu kategorisieren sind. Einerseits verweist die Rede von der „Arbeiterbewegung von rechts“ (Becker/Dörre/Reif-Spirek 2018) darauf, dass die rechtspopulistischen Parteien auf unterschiedliche Art und Weise eine – keineswegs konsequente – Abkehr von der vormaligen dominanten neoliberalen Orientierung vollzogen haben. Andererseits bestehen Zweifel daran, dass es sich hierbei um einen substantiellen Kurswechsel handelt. Die „Entdeckung der sozialen Frage“, so Hans-Jürgen Urban (2018, S. 107), müsse als „sozialopportunistische Strategieergänzung gefasst werden, um in traditionell eher links besetzte, proletarische Wählermilieus vorzustoßen“. Auch Flecker et al. (2019) sehen im Aufgreifen der „sozialen Frage“ und der Ausarbeitung von

Pro-Wohlfahrtsstaats-Programmen – sofern diese überhaupt fassbar werden – vor allem ein Konzept der Wähler*innenmobilisierung. Jan Rovny (2013) und Alexandre Afonso (2015) argumentieren ebenfalls, dass rechtspopulistische Parteien ein strategisches Position-Blurring praktizieren, um eine möglichst breite Wähler*innenbasis anzusprechen und ideelle Widersprüche oder Konflikte mit sozioökonomischen Parteipositionen zu verdecken. Es ist also zu vermuten, dass die neoliberale, nationalkonservative oder wohlfahrtsschauvinistische Profilierung der Parteien wenig konsistent ist und die programmatischen Orientierungen in der parlamentarischen und regierungspolitischen Praxis selten kohärent umgesetzt werden.

In gewisser Weise befinden sich die rechtspopulistischen Parteien in einem Positionierungsdilemma – vor allem dann, wenn sie nach erfolgreichen Wahlen in der Regierungsverantwortung stehen (Afonso 2015, S. 272). Während ihre Wahlprogramme darauf zielen, Arbeitnehmer*innen mit wohlfahrtsschauvinistischen Forderungen zu mobilisieren, sehen sie sich in der Regierung nicht nur mit Vorschlägen zum Sozialstaatsabbau seitens ihrer (zumeist) neoliberal orientierten Koalitionspartner konfrontiert. Sie laufen auch Gefahr, eben jene sozialen Gruppen, die sie an die Macht gebracht haben, unmittelbar zu betrügen. Nicht selten bleibt der Kampf gegen die Organisationen der Arbeitnehmer*innen Teil ihrer autoritären wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Strategie. In den Worten von Mosimann/Rennwald/Zimmermann (2019, S. 67):

„The strategy of the radical right thus consists of attacking labour movement organizations and undermining their core principles while simultaneously appropriating and re-using some of their demands and struggles.“

2.2 Gewerkschaftliche Handlungsoptionen: Strategiewahl und Machtressourcen

Vor dem Hintergrund der skizzierten wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Diskussionen besteht der nächste Schritt nun in der Analyse, welche Schlüsse sich aus dem Erfolg und Bedeutungsgewinn rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen für die Gewerkschaften in unterschiedlichen Handlungsräumen ziehen lassen. Um den Blick für die Gefahren zu schärfen, die sich für die Gewerkschaften aus dem Rechtspopulismus ergeben, schließen wir an die Überlegungen an, die zur Bestimmung der Strategiewahl und den spezifischen gewerkschaftlichen Machtressourcen angestellt worden sind. Ursprünglich waren der Machtressourcenansatz (Schmalz/Dörre 2014)

und die darin angelegte konzeptionelle Operationalisierung – d. h. Messbar-
machung – gewerkschaftlicher Strategie- und Handlungsfähigkeit mit Blick
auf Handlungsmöglichkeiten in der gewerkschaftspolitischen Revitalisie-
rungsdebatte entwickelt worden.² Das Ziel dieser Debatte bestand in der ge-
naueren Bestimmung, welche Machtmittel die Gewerkschaften mobilisieren
können, um sich unter den Bedingungen eines veränderten politökonomi-
schen, politisch-institutionellen und kulturellen Kontextes zu behaupten
(Schmalz/Dörre 2014, S. 218).³

Für das in dieser Studie behandelte Thema – die Wahrnehmung von und
der Umgang mit den Herausforderungen durch rechtspopulistische Parteien
von Seiten europäischer Gewerkschaften – ist die analytische Konzeption ver-
schiedener Machtressourcen in zweifacher Hinsicht hilfreich, um das Ver-
ständnis der vielschichtigen Dynamik von Rechtspopulismen zu strukturie-
ren: Zum einen lässt sich mit Bezug auf die unterschiedlichen Quellen und
Formen gewerkschaftlicher Macht genauer bestimmen, inwiefern diese
durch die Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien beschnitten oder verän-
dert wird und welche besonderen Herausforderungen sich daraus für die Ge-
werkschaften ergeben. Zum anderen ist es mit Hilfe der analytischen Heuris-
tik möglich, die Effekte und Implikationen gewerkschaftlicher (Gegen-)
Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen
genauer zu erfassen.

Der Machtressourcenansatz konzentriert sich auf vier unterschiedliche
Quellen und Formen gewerkschaftlicher Macht: die strukturelle, organisatio-
nale, institutionelle und gesellschaftliche Macht.

Die Quellen und Formen der *strukturellen Macht* beziehen sich auf die
Stellung der Lohnabhängigen im ökonomischen System. Sie basieren vor
allem auf der Stellung der Arbeitnehmer*innen und Angestellten im Produk-

2 Die analytische Heuristik schließt dabei an Studien aus dem angloamerikanischen Raum an. Sie greift unter anderem die Unterscheidung von struktureller Macht (structural power) und Organisationsmacht (associational power) auf, die durch Erik Olin Wright (2000) und Beverly J. Silver (2005) in die Diskussion eingebracht worden ist, um die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital operativ zu erfassen. Der Machtressourcenansatz ist im Rahmen der kontroversen Debatte über den mutmaßlichen Niedergang der Gewerkschaften zu verorten, die zu Beginn der 2000er Jahre vor allem in den westlichen Industrieländern geführt wurde (Pernicka/Stern 2011, S. 335; Brinkmann et al. 2008, S. 19–20).

3 Als Indikatoren für eine reduzierte Gewerkschaftsmacht werden zumeist benannt: ein Mitglieder-rückgang der Gewerkschaften, sinkende Organisationsgrade, eine abnehmende betriebliche Verankerung der Gewerkschaften, die Erosion von Flächentarifverträgen, eine stagnierende Reallohnentwicklung und der Rückgang des politischen Einflusses (Schmalz/Dörre 2014, S. 218; Voss/Sherman 2000; Turner 2006; Chun 2009; Lévesque/Murray 2010).

tionsprozess (Produktionsmacht) sowie auf dem Niveau der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit. Wie viele Menschen in Arbeit stehen, bestimmt die (Markt-)Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen (Marktmacht). Brinkmann und Nachtwey (2010, S. 21) zufolge ist seit mehreren Jahrzehnten eine Schwächung der Stellung der Lohnabhängigen im Produktionsprozess zu beobachten. Dies hängt mit dem industriellen Wandel, neuen Technologien, der Globalisierung, einer strukturell erhöhten Erwerbslosigkeit und einer gestärkten Verhandlungsmacht des Kapitals zusammen. Auch der Zuzug neuer (migrantischer) Beschäftigter trägt dazu bei, die Handlungsspielräume der Unternehmen zu erweitern. Zudem fällt es den Gewerkschaften aufgrund der gesteigerten Konkurrenz zwischen den Beschäftigten schwer, Gegenmacht aufzubauen. Erschwerend kommt hinzu, dass rechtspopulistische Diskurse diese bestehende Fragmentierung und Konkurrenz zwischen Beschäftigten ethnisch aufladen – d. h. Konflikte über Bruchlinien der Nationalität deuten und verschärfen. Sie wirken darauf hin, die Klassenkonflikte zu verdecken und zu entpolitisieren. Für die Gewerkschaften stellt sich die Frage, ob sie in der Lage sind, die interne Fragmentierung zu überbrücken, indem sie entlang der dominierenden Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital inklusive Solidarnormen – gestützt auf die Verfolgung gemeinsamer Ziele und auf der Grundlage geteilter Interessen und Werte (Dörre et al. 2009, S. 35) – mobilisieren.

Eine zweite Dimension, über die ein solcher Prozess maßgeblich gefördert wird, bildet die *Organisationsmacht*. Sie entsteht aus dem Zusammenschluss individueller Arbeiter*innen zu „kollektiven politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen“ (Brinkmann/Nachtwey 2010, S. 25). Häufig wird die numerische Größe der Mitgliederzahlen, genauer: der Organisationsgrad zu ihrer Bestimmung angeführt. Darüber hinaus reflektiert die Organisationsmacht die „Fähigkeit zum kollektiven Handeln“ (Haipeter/Dörre 2011; Brinkmann/Nachtwey 2010; Dörre/Holst/Nachtwey 2009). Die Fähigkeit zu kollektivem Handeln, z. B. durch politische Mobilisierungs- oder Aufklärungskampagnen, ist für die strategische Begegnung und Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen von grundlegender Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als in vielen Ländern, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, Teile der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis für rechtspopulistische Positionen empfänglich sind (vgl. Mosimann/Rennwald/Zimmermann 2019). Häufig wird die gewerkschaftliche Mitgliedschaft und zeitgleiche Aktivität in rechten Parteien nicht als widersprüchlich wahrgenommen (Bose 2018, S. 229). Es besteht mithin die Gefahr, dass die gemeinsame Wertorientierung – ein geteiltes Gerechtigkeitsempfinden, also

die Basis einer für die organisatorische Kampfkraft essenziellen Kollektividentität – geschwächt wird. Dies kann sich durch innergewerkschaftliche Hetze und Polarisierung durch rechte Funktionär*innen oder Trittbrettfahrer*innen äußern, oder, so z. B. in Deutschland, in der Neugründung konkurrierender rechter Gewerkschaftslisten (Schroeder et al. 2019). Der Rechtspopulismus wirkt somit darauf hin, die Kooperation der Beschäftigten durch die sich ausbreitenden Vorstellungen exkludierender Solidarität zu unterlaufen. Zumindest besteht die Gefahr, dass die – tendenziell universalistisch orientierten – gewerkschaftlichen Solidarbeziehungen nicht nur fragmentierter und brüchiger werden, sondern sich partiell auflösen, und eine effektive, sowohl betriebliche als auch überbetriebliche Interessenvertretung erschwert oder sogar unmöglich wird.

Drittens lassen sich die Formen der *institutionellen Macht* als das Resultat von Aushandlungen und Konflikten begreifen, die auf struktureller Macht und Organisationsmacht beruhen. Die institutionelle Macht ist dabei Ausdruck von historisch geronnenen und gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen. Sie umfasst

„gesetzliche, normative und/oder soziokulturelle Regelungsmuster (z. B. Tarifautonomie und duales System der Interessensvertretung, regelmäßige Beteiligung der Sozialpartner am Rechtsetzungsprozess, bewährte Verhandlungspraktiken), welche die Arbeitnehmer*innenvertretungen unabhängig von kurzfristigen Konjunkturen und Änderungen der Kräfteverhältnisse dauerhaft begünstigen.“ (Pernicka/Stern 2011, S. 338)

Auch die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements lassen sich – insbesondere dann, wenn sie durch die Beteiligung der Sozialpartner mitgestaltet werden – als Formen einer institutionalisierten Solidarität und als Ausdruck institutioneller Macht interpretieren. Rechtspopulistische Kräfte stellen die institutionellen Fundamente von Arbeitnehmer*innenvertretungen bisher nicht nur diskursiv, sondern – in der Regierungsverantwortung – auch sehr praktisch infrage. Ein anschauliches Beispiel ist hierfür die *Fidesz*-Regierung in Ungarn, die die tripartistischen Institutionen „mehrfach umgebaut und geschwächt“ hat (Becker 2018c, S. 105).

Eine vierte Quelle und Form der Macht bildet schließlich die *gesellschaftliche Macht*. Diese ist geprägt durch die „Handlungsspielräume, die aus tragfähigen Kooperationszusammenhängen mit anderen sozialen Gruppen und Organisationen sowie der Unterstützung der Gesellschaft für die gewerkschaftlichen Forderungen entspringen“ (Schmalz/Dörre 2014, S. 230). Gesellschaftliche Macht baut damit zentral auf den beiden Ressourcen der

Kooperationsmacht und der Diskursmacht auf. Diskursive Macht als wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Macht basiert darauf, dass gewerkschaftliche Anliegen in der Bevölkerung als angemessen und gerecht empfunden werden (Schmalz/Dörre 2014, S.231). Eine ernstzunehmende Gefahr besteht für die Gewerkschaften in den Versuchen rechtspopulistischer Parteien, die öffentliche Akzeptanz der Gewerkschaften und ihrer Aktivitäten infrage zu stellen – z.B. dadurch, dass diese als Teil des „Establishments“ dargestellt werden. Hiermit ist entweder – im Falle eines neoliberalen Programmprofils – der Vorwurf verbunden, dem nationalen Wirtschaftsstandort zu schaden. Oder – dies entspräche eher einem wohlfahrtschauvinistischen oder wohlfahrtsnostalgischen Programmprofil – die Gewerkschaften werden als „Verräter“ der Interessen der heimischen Arbeitnehmer*innen dargestellt und für Entlassungen, prekäre Beschäftigung und unsichere Zukunftsperspektiven mitverantwortlich gemacht (vgl. Urban 2018, S.108). Nicht selten erfolgen derartige Anklagen auf der Grundlage „rassistisch verzerrter Krisendeutungen und chauvinistischer ‚Lösungsvorschläge‘“ (ebd.). In „mitunter stark emotionalisierten Konfliktsituationen“ geht es darum, „den Gewerkschaften die Deutungshoheit streitig zu machen und die mediale Öffentlichkeit für eigene Agitationszwecke zu nutzen“ (ebd.).

Gelingt es den rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, im wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Diskurs selbst Deutungshoheit zu erlangen, sind die Gewerkschaften als öffentlich anerkannte Akteure in ihrer diskursiven Normsetzungsfähigkeit bedroht. So zielen die rechtspopulistischen Aktivitäten vornehmlich darauf, soziale (Klassen-)Konflikte entlang spezifischer kultureller Konfliktlinien – also mit Verweis auf ethnische oder religiöse Kriterien – umzudeuten. Es geht darum, bestehende arbeits- und sozialpolitische Regulierungen (wohlfahrtsstaatliche Sicherung, tarifpolitische Übereinkunft, Formen der betrieblichen Mitbestimmung etc.) im Sinne einer exkludierenden, also ausschließenden Solidarität neu zu definieren. Dies geschieht im gesellschaftlichen Raum, etwa in den Auseinandersetzungen über die Reichweite und Funktionsweise der sozialen Sicherungssysteme, aber auch auf der betrieblichen Ebene in den Konflikten über die Modi der Interessenvertretung, der Beschäftigungssicherung, Eingruppierung etc. Kurzum stellen die rechtspopulistischen Diskurse die bestehenden Formen einer inklusiv orientierten institutionalisierten Solidarität infrage und schwächen die diese stützende gewerkschaftliche (Gegen-)Macht.

2.3 Handlungsräume und strategische Orientierungen im Umgang mit Rechtspopulismus

Die skizzierte Konzeptualisierung gewerkschaftlicher Machtpotenziale ist für uns nicht nur relevant, um die Gefahren des Rechtspopulismus genauer zu bestimmen. Sie macht es auch möglich, die strategischen Ausrichtungen und Schwerpunktsetzungen im Umgang mit Rechtspopulismus und die hierbei mobilisierbaren Ressourcen und Formen der Macht besser erfassen zu können.

Um die unterschiedlichen Reaktionen und Strategien der Gewerkschaften zu erfassen, ist es hilfreich, in Handlungsräumen zu denken. Die strategischen Handlungsräume sind jeweils durch besondere organisatorische, institutionelle und rechtliche Bedingungen wie auch durch spezifische Formen der Konfliktaustragung geprägt. In ihnen gibt es jeweils eine Anzahl von mehr oder weniger erprobten Konzepten im Umgang mit rechtspopulistischen Akteuren und Diskursen. Diese zu systematisieren, ist alles andere als einfach. Ein möglicher Zugriff erfolgt über den Strategiebegriff. Strategien sind längerfristige Handlungserwägungen, die durch eine (klare) Zielformulierung, verfügbare Mittel und einen spezifischen Anwendungsbereich unter Mitwirkung weiterer Akteure definiert werden. In Ergänzung hierzu existieren vielfältige Praktiken, die auf Konventionen oder intuitiven Reaktionen basieren. Diese Praktiken sind nicht notwendigerweise Ausdruck von Strategien, insofern ihnen eine klar formulierte, strukturierte und zielgerichtete Handlungsdimension fehlt. Sie bilden jedoch eine wichtige Grundlage für strategische Erwägungen, auch für die gewerkschaftlichen Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften.

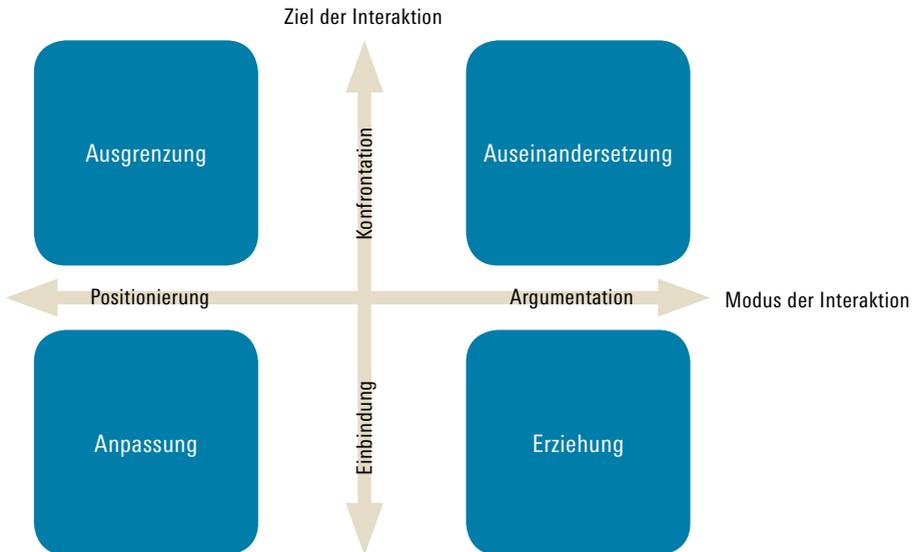
Die verschiedenen Bereiche oder Arenen, in denen Gewerkschaften auf die Bedrohung ihrer Machtressourcen durch den Rechtspopulismus reagieren, lassen sich in drei spezifische, miteinander verknüpfte Handlungsräume untergliedern: Erstens gibt es den *halböffentlich-institutionellen Handlungsraum*. Dieser umfasst die Tarifpolitik und die Einwirkung der Gewerkschaften auf wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitische Entscheidungen. Dieser Handlungsraum wird gemeinhin dazu genutzt, in politischen – sozialpartnerschaftlichen oder korporatistischen – Arrangements institutionelle Macht aufzubauen und zu reproduzieren. Hiervon ist analytisch ein zweiter, *innerorganisatorischer Handlungsraum* zu unterscheiden. Dieser bezieht sich in erster Linie auf die Prozesse der innergewerkschaftlichen Diskussion und Willensbildung, die – in der Bearbeitung der internen Fragmentierung – Organisationsmacht erzeugen. Im dritten, *diskursiv-öffentlichen Handlungsraum* geht es

schließlich um die Präsenz gewerkschaftlicher Themen und Perspektiven in Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit, also die Generierung gesellschaftlicher Macht durch die Kooperation mit anderen sozialen Akteuren.

Die hier angedeutete Zuordnung der Handlungsräume zu den unterschiedlichen Machtformen sollte nicht eng verknüpft gedacht werden. Schließlich geht es auch im institutionell-halböffentlichen Handlungsraum um gesellschaftliche Macht oder die Absicherung von Organisationsmacht; und auch der innergewerkschaftliche Handlungsraum ist mit Formen der gesellschaftlichen und institutionellen Macht gleichsam durchzogen. Das Spektrum der gewerkschaftlichen Orientierungen ist in den jeweiligen Handlungsräumen zudem vielfältig. Was die strategischen Grundorientierungen betrifft, die den Umgang mit rechtspopulistischen Akteuren anleiten, unterscheiden wir in der Verknüpfung der jeweiligen Ziele und Modi der Interaktion idealtypisch vier Strategiekonzepte (vgl. [Schaubild 1](#)).

Schaubild 1

Strategische Grundorientierungen der Gewerkschaften im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften



Quelle: Eigene Darstellung

Am deutlichsten unterscheiden sich die Strategiekonzepte der Auseinandersetzung und der Anpassung. Strategien der Anpassung sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie den Rechtspopulist*innen großes Verständnis entgegenbringen, Konflikte zu vermeiden versuchen und einige Positionen inhaltlich übernehmen. Im Kontrast hierzu wird durch Strategien der Auseinandersetzung der Konflikt stimuliert, um über Prozesse der Überzeugung und Reflexion die politischen Kräfteverhältnisse zu verändern. Im Prinzip ist Letzteres auch das Ziel bei Strategien der Ausgrenzung, allerdings mit dem gewichtigen Unterschied, dass die politische Positionierung und nicht der Dialog als Interaktionsmodus gewählt wird. Spiegelverkehrt verhält es sich mit der Strategie der Erziehung. Diese sucht zwar – auch mit dem Ziel der Einbindung und Begegnung – den Dialog, behält aber einen paternalistischen Grundtenor: In erzieherischen Maßnahmen, sei es in Form von Seminaren, Schulungen oder auch informeller Begegnung, verhindert ein (un-)ausgesprochenes Erziehungsziel einen ergebnisoffenen Dialog.

In der Praxis werden zur Realisierung dieser Strategiekonzepte vielfältige – teils sogar widersprüchlich erscheinende – Instrumente der programmatischen und kommunikativen Interaktion genutzt. Dies wird erkennbar, wenn wir die bereits angesprochenen Handlungsräume im Folgenden genauer in den Blick nehmen, um zu verdeutlichen, welche Rolle sie im gewerkschaftlichen Umgang mit dem Rechtspopulismus spielen.

Im *innergewerkschaftlichen Handlungsraum* sind die Adressat*innen der Strategiekonzepte unterschiedliche Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsfunktionär*innen. Diese sind entweder rechtspopulistisch nichtaffin, rechtspopulistisch affin oder sogar Amtsträger*in einer rechtspopulistischen Partei. Es ist zu vermuten, dass die gewerkschaftlichen Reaktionen und die gewählten Instrumente der kommunikativen Interaktion unterschiedlich ausfallen, je nachdem, wie sich der Problem- und Handlungskontext darstellt, wer Adressat*in ist und welche Ziele genau erreicht werden sollen: So dürfte im Fall von Agitationsversuchen durch rechtspopulistische Parteifunktionär*innen mit Gewerkschaftsmitgliedschaft die gewerkschaftliche Strategie vor allem auf Ab- und Ausgrenzung setzen, um einer verstärkten internen Fragmentierung entgegenzuwirken (Allmendinger 2017). Deutlich moderater, auch ambivalenter – z.B. in Form von Strategiekonzepten der Auseinandersetzung, Erziehung, vielleicht der Anpassung –, dürfte der Umgang mit rechtspopulistisch affinen, aber dialogbereiten Mitgliedern ausfallen. Nochmals anders dürften die gewerkschaftlichen Strategien ausgerichtet sein, wenn es darum geht, die Solidaritäten und Kompetenzen gegen rechts bei rechtspopulistisch nichtaffinen Mitgliedern zu mobilisieren.

Die Strategiekonzepte im *institutionell-halböffentlichen Handlungsraum* beziehen sich zum einen auf die Formen der Mitbestimmung und Kontrolle betrieblicher Prozesse seitens der Beschäftigten, zum anderen auf den Umgang mit Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Arbeitgeber*innenverbänden. Es geht also um die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit anderen Akteuren in sozialpartnerschaftlichen oder korporatistischen Strukturen. Die strategische Orientierung der Gewerkschaften ist, was den Umgang mit rechtspopulistischen Akteuren betrifft, in diesem Handlungsraum mehrstufig angelegt. Auf einer allgemeinen Ebene wird von Wissenschaftler*innen wie Gewerkschafter*innen gerne empfohlen, sich klar gegen die Tendenzen einer ethnischen oder rassistischen Diskriminierung zu positionieren. Das bedeutet in der Umsetzung, sich klar ausgrenzend gegenüber rechtspopulistischen Parteien zu verhalten, Kooperation in jedweder Form auszuschließen und damit eine – in deutschen Gewerkschaftsdebatten viel postulierte – „klare Kante gegen rechts“ zu fahren. Mitunter wird empfohlen, dass „die Gewerkschaften Problemlösungen entlang ihrer eigenen Wertvorstellungen anbieten und die völkisch-nationalistischen Angebote [...] konsequent ablehnen“ (Stöss 2017, S. 100) sollten. Ebenso wird häufig auf die Notwendigkeit einer substanziiell „sozialen Politik“ als Antwort auf rechtspopulistische Diskurse verwiesen. Wie diese allgemeinen Orientierungen auf einer konkreteren Ebene zu spezifizieren sind, ist allerdings selten genauer dargelegt. Relativ deutlich wird noch Joachim Becker (2018a, S. 124–125), der sich für eine kritische Auseinandersetzung mit der sozioökonomischen Programmatik rechtspopulistischer Parteien ausspricht und zu der Einschätzung gelangt:

„Bei Fragen wie den Arbeitsbedingungen, Löhnen und der Qualität von Gesundheitsdiensten hat sich gezeigt, dass neonationalistische Kräfte bei sozialen Fragen in die Defensive gedrängt werden können.“ (Becker 2018a, S. 125)

Über solche Empfehlungen hinaus fällt es den Gewerkschaften jedoch schwer, Bündnispartner für eine alternative wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitische Agenda zu finden. Vielfach gibt es Probleme der politischen Allianzbildung. Es ist zumindest nicht ganz einfach, im institutionell-halböffentlichen Handlungsraum eine Kooperation mit den politischen Parteien aufzubauen, die sich gegen die rechtspopulistischen Kräfte richtet und zugleich eine progressive Agenda verfolgt.

Aufgrund der gemeinsamen Wurzeln in der historischen Arbeiter*innenbewegung liegt es nahe, dass die Gewerkschaften mit linken, d. h. sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien kooperieren. Dies ist nach wie

vor vielfach der Fall. Gleichwohl erodieren die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kooperation. Die Ursachen für die Auflösung der „natürlichen Allianz“ der Gewerkschaften mit Parteien links der Mitte bestehen zum einen in den sozialdemokratischen Wahlverlusten, zum anderen im ideellen Auseinanderdriften politischer Antworten auf die Krisenphänomene des 20. Jahrhunderts:

„Social democracy, under electoral and fiscal pressure, has either lost its radical edge or its original meaning and many of the parties which once professed it have moved into the centre, unable or unwilling to offer the kinds of policies that used to be taken for granted – not least by Trade Unions. As a result, these left-of-centre parties might now be regarded as embarrassing encumbrances rather than natural allies.“ (Allern/Bale 2017, S. 22)

Neben den derzeit strukturell erschwerten Bedingungen der Kooperation kann eine zu enge gewerkschaftliche Fokussierung auf die Formen der institutionellen Macht negative Konsequenzen haben. Pernicka und Stern (2011, S. 338) vertreten die Position, dass eine ausgeprägte institutionelle Einbettung der Gewerkschaften ins soziopolitische System die Anreize mindert, sich auf Mitgliederwerbung und damit die Mobilisierung von Organisationsmacht zu konzentrieren. Mit Bezug auf Mancur Olson (1968) argumentieren die Autor*innen, dass sich die Gewerkschaften grundsätzlich zwischen zwei Handlungslogiken bewegen: einer Mitgliedschaftslogik (Konfliktorientierung, hohe Streikaktivität, normative Mitgliederbindung) und einer Einflusslogik. Letztere bezieht sich sowohl auf die Prozesse einer sozialpartnerschaftlichen betrieblichen Interessenvertretung als auch auf die Prozesse der Interessendurchsetzung innerhalb korporatistischer Arrangements unter Beteiligung von Arbeitgeber*innen und Staat. Oft korrespondieren die Formen einer konsensorientierten Kooperation mit einer instrumentellen Mitgliederbindung und einer geringen Streikaktivität (Pernicka/Stern 2011, S. 339). In der Konsequenz erscheinen die Gewerkschaften hierdurch – zumindest in den Augen der potenziellen Anhänger rechtspopulistischer Parteien – nicht selten als Organisationen des institutionalisierten Establishments.

Der *diskursiv-öffentliche Handlungsraum* – und mit ihm die Option der Mobilisierung gesellschaftlicher Macht – stellt für die Gewerkschaften ein Korrektiv zur institutionellen Vereinnahmung dar. Dieser Handlungsraum ist im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften vor allem deswegen bedeutsam, weil sich diese Kräfte – z. B. durch die Kritik an Willkommenskultur, multikultureller Gesellschaft, religiöser Toleranz oder an der europäischen Integration – sehr stark in der politischen Öffentlichkeit profilieren. Für die

Gewerkschaften geht es darum, sich im diskursiv-öffentlichen Handlungsraum in die Auseinandersetzung zwischen rechtspopulistisch affinen und nichtaffinen Beschäftigten einzuschalten, d. h. eigene Argumente und Positionen einzubringen. Ihre strategischen Aktivitäten sollten, so die nachdrückliche Empfehlung von Oliver Geden (2007, S.23), darauf hinwirken, die diskursive Relevanz gewerkschaftlicher Problemdeutungen und Lösungsansätze zu stärken und rechtspopulistische Diskurse zu desartikulieren:

„Gegenstrategien müssen [...] ein Zurückdrängen sowohl rechtspopulistischer Gestaltungs- als auch Deutungsmacht zum Ziel haben. [...] Politische Gegenstrategien müssen darauf zielen, dass die rechtspopulistische ‚story line‘ insgesamt an Überzeugungskraft verliert – allem voran die Selbststilisierung als uneigennütziges ‚Stimme des Volkes‘, die die mannigfachen Verfehlungen des ‚Establishments‘ kompromisslos anprangert.“

Jenseits dieser allgemeinen Orientierung – d. h. einer scharfen Kritik rechtspopulistischer Diskurse und gleichzeitigen Stärkung gewerkschaftlicher, solidarisch-inklusive Werte – bleiben die Vorschläge für gewerkschaftliche Strategiekonzepte und Praktiken im diskursiv-öffentlichen Handlungsraum oft relativ vage. Dies hat auch damit zu tun, dass sich die rechtspopulistischen Aktivitäten – von Politikfeld zu Politikfeld und im Zeitverlauf – als relativ variabel darstellen. Es gibt einige Idealvorstellungen, Grundüberzeugungen und programmatische Kernnormen – so vor allem der Nationalismus, das Primat der autochthonen Bevölkerung oder die Kritik an supranationalen Institutionen, Islam, Migration und Formen der Rechtsstaatlichkeit –, die als relativ konsistent und beständig erscheinen. Unterhalb dieser normativen und programmatischen Grundorientierungen sind die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen im alltäglichen politischen Prozess oft aber weniger leicht zu fassen. Dies macht es für andere Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure – so auch die Gewerkschaften – erforderlich, ihre Strategiekonzepte programmatisch zu spezifizieren, durch passende Instrumente zu unterfüttern und flexibel-pragmatisch auf die unterschiedlichen Politikfelder zuzuschneiden.

2.4 Leitfragen und Untersuchungsmethoden

In dieser Studie wird nun untersucht und diskutiert, welche Strategien und Praktiken die Gewerkschaften im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften in anderen europäischen Ländern – Österreich, Schweden und den Niederlanden – entwickelt haben und welche Erfahrungen sie damit jeweils ge-

macht haben. Im Zentrum der Betrachtung stehen die vier miteinander verknüpften Leitfragen (vgl. **Schaubild 2**): *Erstens* sollen die wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Positionen der rechtspopulistischen Parteien in den untersuchten Ländern spezifiziert werden. *Zweitens* soll rekonstruiert werden, ob und inwiefern der Bedeutungsgewinn des Rechtspopulismus neue Probleme und Gefahren für die Gewerkschaften mit sich bringt und wie diese jeweils wahrgenommen und interpretiert werden. Die *dritte* Frage adressiert die strategischen und alltagspraktischen Reaktionen der Gewerkschaften. *Viertens* geht es schließlich darum, die bisherigen – positiven wie negativen – Erfahrungen mit den unterschiedlichen Reaktionen zu diskutieren.

Die Leitfragen lassen erkennen, dass es sich bei der Studie in erster Linie um eine exemplarische empirische Bestandsaufnahme jüngerer politischer Prozesse handelt. Soweit möglich werden allerdings auch – in explorativer Absicht – einige Zusammenhänge diskutiert. Diese betreffen z. B. die Gründe für das jeweilige programmatische Profil der rechtspopulistischen Parteien, die nationalen Besonderheiten in der Beschaffenheit der gewerkschaftlichen Handlungsräume oder die Identifikation übergreifender Handlungsmuster, die in allen Fallstudien erkennbar werden. Wir sind uns bewusst, dass die Erkenntnisse, die sich aus der vergleichenden Betrachtung der Fallstudien herleiten lassen, aufgrund der begrenzten Fallzahl mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten sind.

Insgesamt stützt sich das Forschungsprojekt auf einen Mix von Erhebungs- und Auswertungsmethoden, der sich für die Beantwortung der Leitfragen wie folgt darstellt: Was die wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen

Schaubild 2

Darstellung der Forschungsleitfragen



Quelle: Eigene Darstellung

Positionen der rechtspopulistischen Parteien betrifft, so stützen sich die nachfolgenden Ausführungen auf die Auswertung der einschlägigen Fachliteratur und grundlegender Dokumente, so etwa der verfügbaren Partei- und Wahlprogramme, Strategiepapiere oder auch aufschlussreicher Reden oder Statements einflussreicher Politiker*innen. Etwas anders verhält es sich mit der Wahrnehmung und Interpretation rechtspopulistischer Aktivitäten seitens der Gewerkschaften und deren strategischen und alltagspraktischen Reaktionen. Auch hier greifen wir auf Strategiepapiere, Reden, Statements und Presseberichte zurück. Da die Quellenlage jedoch einige Lücken offenbart, wurden zudem auf Grundlage halbstandardisierter Fragebögen insgesamt 18 Telefoninterviews durchgeführt. Die Interviews haben nicht zuletzt die Funktion, wesentliche Aspekte der nationalen Handlungskontexte – wie z. B. spezifische Erwägungen und Motive – in der Interpretation der gewerkschaftlichen Strategieentwicklung zu berücksichtigen. Das Gleiche gilt für die Erfahrungen, die mit den jeweiligen Strategien und praktischen Verhaltensweisen bislang gemacht wurden. Auch sie wurden maßgeblich unter Berücksichtigung der Interviews erhoben und interpretiert.

3 ÖSTERREICH: DER „FREIHEITLICHE“ RECHTSPOPULISMUS

Österreich ist eines der Länder in der Europäischen Union, in denen ein politisch erfolgreicher Rechtspopulismus eine längere Tradition hat. Zwischenzeitlich hat sich die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) durch interne Zerwürfnisse und Skandale zwar immer wieder selbst geschwächt, ebenso aber auch – aufgrund eines relativ großen Wählerreservoirs – wiederholt konsolidiert. Selbst nach der sogenannten Ibiza-Affäre des langjährigen Bundesparteiobmanns Heinz-Christian Strache kam die FPÖ bei den Nationalratswahlen im September 2019 noch immer auf 16,2 Prozent der Stimmen. Sie stellt nach wie vor einen bedeutenden Faktor in der österreichischen Politik dar und vermag die öffentlichen Diskussionen weiterhin zu beeinflussen.

Die langjährigen Erfahrungen mit rechtspopulistischen Diskursen und Initiativen sind aber nur einer der Gründe, die Entwicklungen in Österreich genauer in den Blick zu nehmen. Ein anderer besteht darin, dass das System der Arbeitsbeziehungen in Österreich dem deutschen System recht ähnlich ist. Wichtige Merkmale der österreichischen Arbeitsbeziehungen sind z. B. ein ausgeprägter, stark institutionalisierter Korporatismus, eine sozialpartnerschaftliche Orientierung von Gewerkschaften und Arbeitgeber*innenverbänden und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, das unterschiedliche parteipolitische Präferenzen zu berücksichtigen und organisationspolitisch aufzunehmen beansprucht. Die politische Programmatik und die Aktivitäten der FPÖ stehen in einem Spannungsverhältnis zur neokorporatistisch verankerten Kultur der Sozialpartnerschaft. Einige der rechtspopulistischen Diskurse und Initiativen zielen – zumindest partiell – darauf, die institutionalisierten Formen gewerkschaftlicher Macht und Einflussnahme zu unterminieren.

Um die Entwicklung in Österreich genau nachvollziehen zu können, wird nachfolgend zunächst die neokorporatistische Verhandlungsdemokratie einschließlich des diese tragenden Systems der Arbeitsbeziehungen skizziert ([Kapitel 3.1](#)). Danach wird ausführlicher erläutert, wie sich die FPÖ programmatisch und praktisch mit Blick auf soziale Fragen – also wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitisch – positioniert hat ([Kapitel 3.2](#)). Die anschließende Darstellung und Diskussion der gewerkschaftlichen Wahrnehmungen ([Kapitel 3.3](#)) und strategischen Reaktionen ([Kapitel 3.4](#)) verweist auf ein insgesamt sehr hohes Problembewusstsein innerhalb der Gewerkschaften. Gleichwohl lassen sich die Strategien der österreichischen Gewerkschaften angesichts des

nachhaltigen Erfolgs der FPÖ und einiger organisationspolitischer Besonderheiten aber nur sehr begrenzt für die deutsche Gewerkschaftspraxis nutzbar machen (Kapitel 3.5).

3.1 Neokorporatistische Verhandlungsdemokratie

Das politische System Österreichs wird häufig als eine neokorporatistisch geprägte Konkordanz- oder Verhandlungsdemokratie bezeichnet (Talós/Stromberger 2004). Demnach werden unter anderen Interessenverbänden auch die Gewerkschaften über geregelte – formal institutionalisierte und informelle – Verfahren in die Aushandlung kollektiv bindender Entscheidungen miteinbezogen. Diese Einbeziehung stützt sich auf mehrere Pfeiler oder politische Arenen (Traxler 1998; Pernicka/Hefler 2015, S. 43–52):

Erstens ist hervorzuheben, dass der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und seine sektoralen Mitgliedsverbände relativ umfassend und systematisch in die Prozesse der politischen Entscheidungsfindung einbezogen werden – zumindest dann, wenn die *Sozialdemokratische Partei Österreichs* (SPÖ) an der Regierung beteiligt ist (Astleithner/Flecker 2017, S. 174–177). Der Einfluss konzentriert sich vor allem auf Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik, also die (Re-)Organisation von Arbeitsmärkten und sozialen Sicherungssystemen, umschließt aber auch wirtschaftspolitische Prozesse, also Fragen der Konjunktur- und Strukturpolitik.

Enge Verbindungen bestehen hierbei – trotz der offiziellen Unabhängigkeit – zu den *Arbeiterkammern* (AK), dem *zweiten* Pfeiler der institutionalisierten Arbeitnehmer*innenvertretung (Astleithner/Flecker 2017, S. 174). Die AK, die auf der Grundlage einer Pflichtmitgliedschaft aller abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Auszubildenden sowie Wehr- und Zivildienstleistenden operieren, werden von den Mitgliedern im Fünfjahresrhythmus gewählt. Während der ÖGB sich als Organisation darauf beruft, politisch überparteilich zu sein, sind die AK parteipolitisch eindeutiger profiliert. Sie werden bislang durch deutliche Mehrheiten der volksparteinahen Fraktionen dominiert. Bei einer recht niedrigen Wahlbeteiligung von knapp 40 Prozent erlangte 2019 die *Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen* (FSG) gut 60 Prozent und der konservative *Österreichische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund* (ÖAAB) knapp 19 Prozent der Stimmen, während sich die *Freiheitlichen Arbeitnehmer* (FA) mit nur 10 Prozent und die *Fraktion Alternative und Grüne Gewerkschafter/Unabhängige Gewerkschafter* (AUGE/UG) mit gut 5 Prozent der Stimmen zufriedengeben mussten.

Den *dritten* Pfeiler bildet das stark zentralisierte System der Tarifbeziehungen. Diskursiv vorbereitet und umrahmt durch die informell operierende *Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen* (PKLP), sind die zentralen tarifpolitischen Akteure die *Wirtschaftskammern* (WKÖ) und der ÖGB. Die beiden Dachverbände schließen zumeist allerdings nur Generalkollektivverträge ab und übertragen die Aushandlung der konkreten Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen ihren sektoralen Unterorganisationen. Die Tarifbindung liegt bei 100 Prozent, da nicht nur die *Arbeiter-*, sondern auch die *Wirtschaftskammern* auf dem Prinzip der Pflichtmitgliedschaft aufbauen und die in ihnen organisierten Unternehmen die ausgehandelten Tarifabschlüsse übernehmen müssen.

Viertens gibt es in Österreich im Arbeitsverfassungsgesetz verankerte Beratungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten (Pernicka/Hefler 2015, S. 47–48). Diese Rechte sind, ähnlich wie in Deutschland, auf zwei Ebenen in den Betrieben institutionalisiert: zum einen in Form der Betriebsrät*innen, die für die Einhaltung der ausgehandelten und gesetzlich festgelegten Arbeitsbedingungen zuständig sind; und zum anderen in Form einer Aufsichtsratsvertretung bei börsennotierten Unternehmen. In Großunternehmen mit über 1.000 Beschäftigten gibt es nahezu durchweg Betriebsrät*innen. Insgesamt existiert jedoch nur für knapp 50 Prozent aller abhängig Beschäftigten eine institutionalisierte Vertretung – Tendenz fallend. Obgleich beide formal separiert sind, arbeiten die Betriebsrät*innen und Gewerkschaften eng zusammen.

Fünftens schließlich üben die Sozialpartner, so auch der ÖGB, eine relativ starke Rolle und Mitsprache auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung aus (Pernicka/Hefler 2015, S. 48–52). Die berufliche Ausbildung erfolgt – wie in Deutschland – in einem dualen System, das neben den betrieblichen auch überbetriebliche Komponenten umfasst.

Die hier nur knapp skizzierten Dimensionen der neokorporatistischen Verhandlungsdemokratie haben sich im Laufe des 20. Jahrhunderts, vor allem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet (Traxler 1998, S. 240–242; Thamm 2019, S. 159–166). Die starke Institutionalisierung von Arbeitnehmer*innenrechten wurde dabei getragen von einem Kapitalismusmodell, das bis in den 1970er Jahre hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und Produktivitätssteigerungen aufwies, sich auf einen relativ umfassenden staatlichen Sektor – gerade auch in den Grundstoffindustrien – stützte und in einem keynesianischen Sinne strukturpolitisch organisiert wurde. Obgleich sich das institutionelle Setting in mancher Hinsicht als relativ bestandsfähig erwiesen hatte, begann sich der soziale Charakter der neokorporatistischen

Verhandlungsdemokratie seit den 1980er und 1990er Jahren zu wandeln. Dies ist grundsätzlich auf die Prozesse der Globalisierung, die europäische Integration und den sektoralen Strukturwandel zurückzuführen. Infolge dieser Prozesse veränderten sich auch die gesellschaftlichen Machtbeziehungen. Nicht zuletzt erodierte die Bereitschaft vieler Beschäftigter, sich gesellschafts- und gewerkschaftspolitisch zu engagieren. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist auf unter 28 Prozent (2015) gefallen (Astleithner/Flecker 2017, S. 177–178). Ebenso wurde der keynesianische Gestaltungsansatz seit den 1990er Jahren zurückgedrängt und durch stärker neoliberal orientierte Konzepte vorangetrieben, d. h. durch eine voranschreitende Deregulierung des Wohlfahrtsstaates, die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Infrastruktur sowie die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

Die hier angesprochenen strukturellen Veränderungen wurden dabei in spezifischen politischen Konstellationen, so etwa in der ersten schwarz-blauen⁴ Regierungskoalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und FPÖ von 2000 bis 2006, systematisch forciert. Die neoliberalen Reformen des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsstaates, insbesondere der Alterssicherung, waren gegen die abhängig Beschäftigten gerichtet und umgingen die in Österreich vormals praktizierte formale und informelle Beteiligung der Sozialpartner. Überhaupt ging es der ÖVP-FPÖ-Koalition und dann der Koalition der ÖVP mit dem *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) vor allem darum, die institutionalisierte Mitsprache der Gewerkschaften zu schwächen (Astleithner/Flecker 2017, S. 179–180; Thamm 2019, S. 178–181). Unter anderem sollte die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abgeschafft werden. Letztlich ruderte die FPÖ bzw. das BZÖ dann aber zurück; nicht zuletzt, weil sich der öffentliche Widerstand gegen die eingeleiteten Reformen mehrte und die Legitimation des schwarz-blauen Projektes erodierte (Hinterseer 2017).

3.2 Die Freiheitlichen und die „soziale Frage“ in der Koalition Kurz/Strache (2017–2019)

Eine Bilanz und Einordnung der programmatischen Diskurse und politischen Zielsetzungen der schwarz-blauen Koalition von Dezember 2017 bis Mai 2019 fällt nicht ganz leicht. Auf der einen Seite gab es zahlreiche Elemente der Kontinuität mit der ÖVP-FPÖ-/BZÖ-Regierungspraxis von 2000 bis

4 Seit 2017 gibt sich die ÖVP selbst die Farbe Türkis. Der Einheitlichkeit und Verständlichkeit halber ist die ÖVP im Folgenden jedoch weiterhin mit der Farbe Schwarz belegt.

2006. Das programmatische Profil der FPÖ war in der ersten Phase deutlich neoliberal zugeschnitten (zu programmatischen Wandlungen der FPÖ vgl. Pelinka 2019, S. 137–140). Im Vorfeld der Regierungsbeteiligung im ersten Kabinett Schüssel (2000–2003) propagierte die FPÖ zwar eine Form des Wohlfahrtspopulismus, der z.B. Steuersenkungen für Beamt*innen und Politiker*innen vorsah und zugleich den Ausbau und die Sicherung von Rechten und Zuwendungen für Arbeitnehmer*innen versprach (Röth/Afonso/Spies 2017, S. 19). In der Praxis ging es dann aber vor allem darum, den Wohlfahrtsstaat durch Maßnahmen der Privatisierung und Deregulierung sowie den Rückbau sozialstaatlicher Programme zu verschlanken (Röth/Afonso/Spies 2017, S. 19; Ditz 2010, S. 245). Der neoliberale Kurs der FPÖ wurde nach dem Zusammenbruch der Koalition Ende 2002 relativiert, als klar wurde, wie essenziell sich viele Wähler*innen in ihren Interessen verletzt sahen (Heinisch 2003). Doch auch die ÖVP-FPÖ-Folgeregierung, das zweite Kabinett Schüssel, hielt am neoliberalen Kurs grundsätzlich fest, fokussierte dabei aber Bereiche, in denen die unmittelbaren Konsequenzen für ihre Wähler*innenklientel weniger offensichtlich waren (ebd.).

„For both the ÖVP and the FPÖ, privatization was much less controversial than welfare reform because it involved lower electoral costs and even concrete strategic benefits for both parties. For the ÖVP, privatization was a way to weaken trade unions and social democrats, whose power base lay in the state monopolies. For the FPÖ privatization was a way to dismantle the political cartel that controlled large parts of the Austrian political economy, to which they had never belonged, and perhaps place some of their officials in bureaucratic positions of influence.“ (Röth/Afonso/Spies 2017, S. 20)

Ungeachtet der wirtschaftsliberalen Kontinuitätselemente hat sich die FPÖ seitdem sozialpolitisch neu orientiert. So wurden erste wohlfahrtschauvinistische, wählergruppenspezifische sozialstaatliche Programme in Anschlag gebracht, die insbesondere Verbesserungen für die FPÖ-Zielgruppen enthielten (Ditz 2010, S. 254; Ennser-Jedenastik 2016, S. 420).

Unter ihrem langjährigen Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache (2005–2019) versuchte sich die FPÖ darüber hinaus verstärkt als „soziale Heimatpartei“ zu profilieren. Mit dem Slogan „Fair, Sozial, Gerecht“ nahm die Partei für sich in Anspruch, eine Politik der „sozialen Gerechtigkeit“ zu praktizieren. Eine gezielte wahlpolitische Mobilisierung von abhängig Beschäftigten – etwa die Skandalisierung von Lohnungleichheit (des „Systems der Schandlöhne“, Strache zitiert nach FPÖ 2009) oder von fehlenden sozialstaatlichen Leistungen für autochthon-österreichische Arbeiter*innen, oft in Verbindung mit Eliten- und Establishment-Kritik – blieb nicht ohne Wirkung.

Bei großen Teilen der Arbeiter*innenschaft erzielten die Freiheitlichen seit 2006 in wachsendem Maße Erfolge. Bei den Nationalratswahlen 2017 mobilisierte die FPÖ in der Zielgruppe der Arbeiter*innen 59 Prozent der Stimmen.

In der Regierungspraxis der nach den Wahlen formierten Koalition aus *Volkspartei* und *Freiheitlichen* unter Sebastian Kurz (2017–2019) kam es zu einem primär strategischen Zugriff der FPÖ auf die „soziale Frage“, der im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Wähler*innenmobilisierung stand und sich nicht erst – wenn seither auch verstärkt – mit der zunehmenden Migration geflüchteter Menschen nach Österreich im Jahr 2015 vollzog. Dabei wurden Inkohärenzen zwischen programmatischen wohlfahrtschauvinistischen Forderungen und der Implementierung marktliberaler sozial- und arbeitspolitischer Maßnahmen sichtbar. So war z. B. die diskriminierende Haltung gegenüber nichttraditionellen Arbeits- und Lebensverhältnissen – insbesondere bei langzeitarbeitslosen Menschen – weniger wohlfahrtschauvinistisch als wohlfahrtsnostalgisch motiviert. Zudem wurde die Stellung der abhängig Beschäftigten im Arbeits- und Sozialsystem durch die Beschneidung sozialer Leistungen und Rechte oft empfindlich geschwächt.

Erschwert wird die Einordnung der politischen Programmatik und Praxis der FPÖ dadurch, dass sich auch die ÖVP unter Sebastian Kurz rechtspopulistisch ausgerichtet hat. Anton Pelinka zufolge waren es gerade die Erfolge der FPÖ, die dazu führten, dass sich andere Parteien des „vermeintlichen Erfolgsrezeptes der Freiheitlichen“ bedienen und einen „Rechtspopulismus light“ praktizierten (Pelinka 2019, S. 134). So sind in der Regierungskoalition seit Winter 2017 neoliberale Positionen der ÖVP in Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verstärkt rechtspopulistisch aufgeladen worden. Traditionelle neoliberale, gegen den Wohlfahrtsstaat gerichtete Praktiken wurden von rechtspopulistischen – zuweilen prorassistischen oder nationalkonservativen – Argumentationsmustern überlagert und legitimiert. Nicht selten hatten die rechtspopulistischen Aus- und Abgrenzungslinien – nach außen, nach oben, nach unten – die Funktion, eine neo- oder zumindest marktliberale, auf das Prinzip der individuellen Verantwortung setzende Sozialgesetzgebung in Stellung zu bringen.

Im Nachfolgenden werden wir genauer darlegen, wie die FPÖ ungeachtet der neoliberalen Kontinuitätslinien die „soziale Frage“ in den vergangenen Jahren – insbesondere seit ihrer Regierungsbeteiligung 2017 – adressiert hat. Der Blick richtet sich hierbei *erstens* auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Prioritäten, *zweitens* auf den Umbau des Wohlfahrtsstaates und hierbei insbesondere der sozialen Sicherungssysteme sowie *drittens* auf die Reform der Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen.

3.2.1 Wirtschafts- und Finanzpolitik: Sparpolitik und Klientelismus

Was die allgemeine strategische Orientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik betrifft, so veränderte sich im Vergleich zur ersten schwarz-blauen Koalition in der Regierungsphase zwischen 2017 und 2019 wenig (Brait/Kranawetter 2018). Im Unterschied zur Koalition der frühen 2000er Jahre, die eher kurzfristig und verhandlungstaktisch zustande gekommen war, war die schwarz-blaue Zusammenarbeit 2017 vorbereitet gewesen. Bereits während des Wahlkampfes hatten sich programmatische Kongruenzen zwischen ÖVP und FPÖ abgezeichnet (vgl. Becker 2018c, S. 103).

Den programmatischen Versprechen einer Senkung der Abgabenquote, von Kürzungen bei den Sozialausgaben (FPÖ 2017, S. 32–33) sowie eines flexibleren Arbeitsrechts (ebd., S. 43) stand die Regierungspolitik dann auch in nichts nach: Wie in der ersten Hälfte der 2000er Jahre ging es der ÖVP-FPÖ-Regierung sichtlich darum, die öffentlichen Haushalte austeritätspolitisch, also auf dem Wege der Sparpolitik zu konsolidieren. Zudem sollten die Investitions- und Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen durch eine verringerte Kostenbelastung, d.h. niedrigere Steuern, Löhne und Sozialabgaben, verbessert werden. Das Leitbild eines schlanken Wettbewerbsstaates befindet sich grundsätzlich in Übereinstimmung mit den Zielvorgaben der europäischen *Wirtschafts- und Währungsunion* (WWU) sowie den hierauf bezogenen Prozessen der Koordinierung. Die FPÖ setzte hierbei allerdings einige spezifische Akzente (Becker 2018a, S. 20–24): *Erstens* artikulierte sie insofern eine skeptische und nationalistische Position, als sie sich gegen alle Vorschläge einer weitergehenden Vergemeinschaftung wendete und das Prinzip der nationalen Souveränität hervorhob. *Zweitens* forderte sie – mit dem Ziel der Schwächung von Ministerialbürokratie und neokorporatistischen Arrangements – zuweilen mehr direktdemokratische Verfahren ein. *Drittens* sollte ihres Erachtens eine Reindustrialisierung der österreichischen Ökonomie durch allgemein verbesserte Rahmenbedingungen – z. B. niedrige Steuern, weniger Regulierung, flexiblere Arbeitszeiten, günstige Kredite und mehr Venture-Capital – ermöglicht werden. *Viertens* schließlich strebte sie eine sehr niedrige Abgabenquote von etwa 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie eine deutliche Reduktion der Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuern an.

Zu hohe Lohnnebenkosten waren nach Auffassung der FPÖ eine wesentliche Ursache dafür, dass Österreicher zusehen mussten, wie „ihre Jobs“ von Arbeitskräften aus Ostmitteleuropa „besetzt“ wurden (FPÖ-Bildungsinstitut

Tabelle 1

Fiskalpolitische Reformvorhaben der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)

Initiative	konkrete Maßnahmen	in Kraft
Mehrwertsteuer	Senkung des Mehrwertsteuersatzes im Tourismus von 13 auf 10%	01.11.2018
Umsatzsteuer	Anhebung der Umsatzsteuergrenze auf 35.000 € Jahreseinkommen (zuvor 30.000 €)	01.01.2020
Werbekostenpauschale	Anhebung der Werbekostenpauschale auf 300 €	01.01.2021
Körperschaftsteuer (KöSt)	Senkung der KöSt von 25 auf 21% (entspricht 1,5 Milliarden € pro Jahr)	01.01.2022
Einkommensteuer	Senkung der Einkommensteuer um 2 bis 5 Prozentpunkte in den unteren Tarifstufen (bisher 25%, 35% und 42%)	01.01.2021/ 01.01.2022

Quelle: Eigene Darstellung

2017, S. 42). Das Hauptanliegen bestand offensichtlich darin, eine „Chancengleichheit“ für Unternehmer*innen herstellen zu wollen.⁵ Unerwähnt blieb, dass die angestrebte Senkung von Sozialabgaben und die Aushöhlung bestehender Kollektivvertragsregelungen auf eine Schlechterstellung der Arbeitnehmer*innen hinausliefen.

Die distributiven Effekte der programmatischen Überlegungen liegen auf der Hand. Sie lassen erkennen, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen der FPÖ in hohem Maße von den Industrie- und Wirtschaftsverbänden beeinflusst waren, zu denen – vermittelt über die Burschenschaften – augenscheinlich recht enge Kontakte bestehen (Bonvalot 2017, S. 90–94). Bereits das Nationalratswahlprogramm der FPÖ (2017) war wirtschaftspolitisch deutlich an Forderungen der Industriellenvereinigung ausgerichtet worden (Becker 2018c, S. 103). Die meisten der fiskalpolitischen Vorhaben blieben bis Ende der Regierungsbeteiligung der FPÖ Mitte 2019 allerdings noch in Vorbereitung, wurden also nicht mehr realisiert (vgl. [Tabelle 1](#)). In Kraft ge-

⁵ Für die ausführliche Schilderung der Maßnahmen zum „Schutz österreichischer Arbeitnehmer und Kleinunternehmer“ vgl. FPÖ-Bildungsinstitut (2017), S. 43–45. Auffällig ist, dass trotz des mutmaßlichen Schutzes von Arbeitnehmer*innen nahezu alle Maßnahmen Erleichterungen für Unternehmen mit sich bringen.

treten war am 01.11.2018 vorerst nur eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes im Tourismus von 13 auf 10 Prozent. Im Rahmen der Steuerstrukturreform 2020 sollte es der Koalition zufolge zu einer Anhebung der Umsatzsteuer-grenze auf 35.000 Euro Jahreseinkommen, zu einer Anhebung der Werbekostenpauschale auf 300 Euro und zu einer Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 21 Prozent kommen. Vorgesehen war ferner eine Senkung der Einkommensteuer in niedrigen Tarifstufen, die wiederum durch Kürzungen im Sozialsystem refinanziert werden sollte.

In der Vergangenheit trug die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der FPÖ deutlich klientelistische Züge. Neben dem Unternehmenssektor privilegierten die *Freiheitlichen* tendenziell die Agrarwirtschaft, den ländlichen Raum und die Familien. Die programmatischen Schwerpunkte weisen darauf hin, dass sich hieran bis in die jüngere Vergangenheit nur wenig geändert hat. Demgegenüber nimmt die Privatisierungsagenda keine so prominente Rolle wie noch in den 2000er Jahren ein. Hierin reflektiert sich, dass viele Privatisierungsprojekte inzwischen realisiert worden sind. Außerdem gibt es auch in Österreich inzwischen eine gewisse Privatisierungskepsis. Doch auch wenn die Euphorie nunmehr verflogen ist, bleibt die Zurückdrängung des Staates in der Programmatik der FPÖ eine wesentliche Komponente. In den Worten von Brait und Kranawetter (2018, S. 58):

„So sollen etwa bei der angekündigten Steuerreform die private Altersvorsorge gestärkt und im Gesundheitsbereich Regulierungen für private Anbieter zurückgedrängt werden. In der Wohnpolitik sollen die Mietpreisbindung geschwächt und mehr Wohnungen dem unregulierten Markt überlassen werden.“

3.2.2 Reform der sozialen Sicherungssysteme

Grundlegend beeinflusst das primäre Ziel der FPÖ, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Ökonomie zu verbessern, auch deren sozialpolitische Diskussionen. Die normativen Erwägungen der FPÖ – Vorstellungen einer „neuen“ und „sozialen Gerechtigkeit“ (Hartinger-Klein in Nationalrat XXVI. GP 66./1 2019) – stützen sich dabei auf einen nationalistischen, wohlfahrt-schauvinistischen Antagonismus. Die bestehenden Effizienzprobleme und Verteilungsgerechtigkeiten sozialstaatlicher Sicherungssysteme werden maßgeblich und nahezu ausschließlich der Migration und einer Systemausnutzung durch Migrant*innen zugeschrieben, wie die folgende Äußerung der FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein zur Familiensicherung zeigt:

„Es hat den Anschein, als ob die Mindestsicherung in der Vergangenheit mehr ein Förderprogramm für ausländische Großfamilien war. Damit ist jetzt Schluss! [...] Eine Einwanderung in unser Sozialsystem soll zukünftig nicht mehr möglich sein. [...] Leistungen der Mindestsicherung für Personen aus Drittstaaten und aus Mitgliedsstaaten der EU werden erst nach fünfjährigem Aufenthalt in Österreich gewährt.“ (FPÖ TV [YouTube] 2019, min 0:10)

Die Argumentation der FPÖ folgt einer klassischen Nullsummenlogik: Demnach können ausreichende Sozialleistungen für Inländer*innen nur dann gewährt werden, wenn zugleich die vermeintlich zu üppigen Leistungen für geflüchtete bzw. migrierte Menschen beschnitten werden. Eingebettet in eine wohlstandschauvinistische Programmatik rückt damit „der kleine Mann“ – all jene, die „wirklich Hilfe brauchen“ (ebd.) – in den Mittelpunkt.

Trotz der sehr deutlich unternehmensorientierten Fiskalpolitik nahm die FPÖ auch in der Regierungsphase wiederholt für sich in Anspruch, die Interessen der sozial Schwachen – insbesondere der gesellschaftlich anerkannt prekären Gruppen – zu vertreten und sozialstaatliche Leistungen für Alleinerziehende, alte Menschen, Familien, Pflegebedürftige und Geringverdiener*innen zu stärken. Finanziert werden sollte die Stärkung sozial schwacher Gruppen, so der Plan der FPÖ, durch Kürzungen in anderen, vor allem wohlfahrtsstaatlichen Bereichen, die derzeit vermeintlich „die Migrant*innen“ unterstützen: z. B. der insgesamt 130 Millionen Euro, die der *Arbeitsmarktservice* (AMS) für die Grundversorgung arbeitssuchender Asylberechtigter zur Verfügung stellt; der 250 Millionen Euro, die der Bund für die Mindestsicherung für Asylbewerber*innen einplant; oder der 80 Millionen Euro, die im Rahmen einer spezifischen Familienbeihilfestaffelung entfallen, was zu Lasten kinderreicher – mutmaßlich vieler ausländischer – Familien ginge.

In ihrer Zielrichtung fordern die FPÖ-Programme nicht nur die chauvinistische, nationalistisch exkludierende Reorganisation der sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Auch die gesellschaftliche Ausgrenzung anderer sozialer Gruppen wird verschärft. Schließlich ist aus Perspektive der FPÖ vor allem ein „Ausgabenproblem“ (Handelsblatt 2017) für die sozialen Ungerechtigkeiten des Systems verantwortlich. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass durch umfassende Kürzungen der Sozialausgaben und eine gleichzeitige Steuerentlastung von insgesamt zwölf Milliarden Euro durch die Koalition – vor allem durch die Senkung der Mehrwertsteuer, Körperschaftsteuer und Einkommensteuer – mehr soziale Gerechtigkeit realisiert werden sollte. Dabei war in der Programmatik ein Widerspruch angelegt. Es ist zumindest nicht erkennbar, wie das Versprechen, höhere Förderleistungen für sozial prekäre Statusgruppen zu gewähren, mit den praktisch vorgesehenen Kürzungen von bis

zu 55 Prozent der Ausgaben für Familie, Arbeit, Soziales und Gesundheit zur Schaffung eines „nachhaltig finanzierten Sozialstaates“ mit „vernünftigen quantitativen Zielen“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2017, S. 39) zu realisieren gewesen wäre. Das durch die Partei propagierte Leitbild „Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness“ erhielt dadurch einen antisozialen Beiklang.

Die durch die FPÖ vorgesehene „merkliche Verringerung der Staatsausgaben (FPÖ-Bildungsinstitut 2017, S. 32) ist vor diesem Hintergrund als Chiffre für umfassende Kürzungen und Sparmaßnahmen zu verstehen. Diese Kürzungen wurden zwar über wohlfahrtschauvinistische Argumentationslinien, also eine „nationale Präferenz“ (Flecker et al. 2019, S. 214) begründet. Sie treffen letztlich jedoch nicht „nur“ Migrant*innen und Asylbewerber*innen, sondern schließen auch viele von nationalkonservativen Positionen diskriminierte Statusgruppen mit ein. Die Einschätzung, dass die FPÖ für einen faktischen Abbau des Sozialstaates unter dem „Deckmantel der Verteidigung der Sozialleistungen für ‚Inländer‘“ (Flecker/Altreiter/Schindler 2018, S. 248) eintritt, scheint durchaus begründet. Im Kleid einer Systemoptimierung und Umverteilungsrhetorik – die schwarz-blaue Koalition sprach von „Harmonisierung, Neuausrichtung und Weiterentwicklung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Bedarfsorientierter Mindestsicherung“ (ÖVP/FPÖ 2017, S. 143) – wurde ein Umbau der sozialen Sicherungssysteme angestrebt.

In der Praxis der ÖVP-FPÖ-Regierung schien sowohl eine starke wohlfahrtschauvinistische, daneben aber auch eine tiefgreifende neoliberale Profilierung vorzuliegen. Die angestrebten Reformperspektiven orientierten sich nicht zuletzt an der neoliberalen Grundlogik eines kommodifizierten Subjekts. Was dies impliziert, verdeutlichte unter anderem die „Neugestaltung der Mindestsicherung“. So wurden durch das neue Sozialhilfe-Grundgesetz die Leistungen des AMS von 1,406 Milliarden Euro auf 1,23 Milliarden Euro abgesenkt und insbesondere die Fortbildungs- und Unterstützungsleistungen für Arbeitssuchende empfindlich beschnitten.⁶ Gerechtfertigt wurden verschärfte Sanktionsmechanismen und Kürzungen der Sozialhilfe durch eine Rhetorik der sozialen Gerechtigkeit, die die normativen Grundsätze sozialstaatlicher Hilfe- und Unterstützungsleistungen uminterpretiert: Mit einer „neuen“ und „sozialen Gerechtigkeit“, wie sie die (am 01.06.2019 in Kraft getretene) reformierte Mindestsicherung gestalten werde, sollte jenen geholfen werden, die „WIRKLICH Hilfe brauchen“ (Nationalrat XXVI.

6 Paradoxerweise wurden auch Leistungen für Sprachkurse gekürzt, während zugleich eine Sprachfähigkeit von mindestens B1 in Deutsch oder C1 in Englisch als Grundvoraussetzung für eine volle Mindestsicherungsberechtigung für Nichtösterreicher*innen verlangt wurde.

GP 66./1 2019) – im Unterschied zu jenen, die nur so tun, als würden sie Hilfe brauchen. Der gezielte Ausschluss von Bevölkerungsgruppen aus sozialstaatlichen Leistungen aufgrund von Unterstützungsunwürdigkeit wurde als soziale Maßnahme dargestellt, die Verteilungsgerechtigkeit herstellt und „hart verdientes Steuergeld“ nicht weiter an „ausländische Wirtschaftsflüchtige“ oder nicht Arbeitswillige verteilt, so Bundessozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) in der Nationalratsdebatte am 27.03.2019. Wie Sebastian Reinfeld in einer Studie über rechte Regierungsparteien in Europa anmerkt, wurde faktisch jedoch „der Kreis derer, die durch das soziale Netz abgesichert werden sollen, von der Partei immer enger definiert“ (Reinfeldt 2017, S. 79).

Die Argumentation einer zunächst zu erringenden Würde, die erst anschließend die sozialstaatliche Unterstützung rechtfertigt, läuft nicht nur dem menschenrechtlichen Würde-, sondern auch dem Sozialstaatsgedanken entgegen; zumindest insofern, als die sozialstaatliche Unterstützung nicht einfach nur eine Versicherung, sondern eine solidarische Leistung darstellt. Zugleich folgte die Gesetzesänderung einer neoliberalen Grundlogik, die Sozialleistungen als Entlohnung der Produktivität des Individuums begreift. Dieser Logik gemäß sind Gründe für Arbeitslosigkeit nicht systemischer Natur oder den Dynamiken des Wirtschaftssystems geschuldet. Die Schuld und die damit einhergehende Unterstützungsunwürdigkeit sind stattdessen individuell begründet:

„Arbeitslosigkeit wird nicht als Produkt des ökonomischen Wandels, bedingt durch strukturelle, konjunkturelle Veränderungen des Wirtschaftens unter globalisierten Bedingungen wahrgenommen, sondern als Individualschuld verortet, die aus fehlender Marktfähigkeit und mangelnder Motivation resultiert.“ (Stelzer-Orthofer/Tamesberger 2018, S. 17)

Rhetorisch mögen die Kürzungen auf die Diskriminierung von insbesondere (langzeit-)arbeitslosen Menschen zielen. In der Wirkung erstrecken sie sich – auch wenn sie mit Verweis auf den Kinderreichtum von Familien mit Migrationsgeschichte legitimiert werden – auf alle kinderreichen Familien in der Mindestsicherung (vgl. [Tabelle 2](#)). Die Maßnahmen sollten, so das ÖVP-FPÖ-Verständnis, die Familienförderung in der sozialen Mindestsicherung mit dem Argument „fehlender vergleichbarer Arbeitsanreize“ degressiv ab dem dritten Kind verringern – „bei der Mindestsicherung in kinderreichen Familien kürzen wir ein Stück weit, damit ein Abstand entsteht zu all jenen, die arbeiten gehen“ (Kurz [YouTube] 2018). Auffällig ist, dass die Schaffung dieser „Arbeitsanreize“ als sozial und familienfreundlich dargestellt und als Maßnahme der Inklusion gesellschaftlich benachteiligter Gruppen präsen-

tiert wurde – primär von Alleinerziehenden, von Menschen mit Behinderung und pflegebedürftigen Menschen, die durch die neue Mindestsicherung Zuschläge erhalten. Einzelne Maßnahmen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes aus dem Juni 2019 wurden dann auch vom Verfassungsgerichtshof Österreichs gekippt. Die Bedarfsdeckelung bei Mehrkindfamilien wurde als verfassungswidrige Schlechterstellung abgewiesen. Der Gerichtshof sah im verpflichtenden Nachweis von qualifizierten Deutsch- oder Englischkenntnissen zur Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Die skizzierte Dynamik entfaltete sich auch bei der Umgestaltung der Notstandshilfe und des Arbeitslosengeldes in das „Arbeitslosengeld Neu“. Diese nicht mehr in Kraft getretene Gesetzesinitiative sollte durch empfindliche Sanktions- und Kürzungsmechanismen „Arbeitsanreize“ schaffen. Die Überlegungen hierzu wurden von der ÖVP-FPÖ-Koalition kurz vor ihrem Zerbrechen im Mai 2019 vorgestellt, im Nationalrat aber nicht mehr beschlossen. Vorgesehen war die Abschaffung der – bislang auch längerfristig beziehbaren – Notstandshilfe durch eine Integration in das „Arbeitslosengeld Neu“, das maximal zwei Jahre bezogen werden kann. Mögliche Bezüge sollten maßgeblich beschnitten werden, indem die vollständige Lohnersatzrate

Tabelle 2

Reform der Familienunterstützung der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)

Initiative	konkrete Maßnahmen	in Kraft
Familienbonus Plus	Einführung eines Steuerabzugsbetrages von bis zu 1.500 € pro Kind und Jahr, sofern Anspruch auf Familienbeihilfe besteht und das Kind in Österreich lebt: Der Abzugsbetrag ist nach Einkommen und Kindern im Haushalt gestaffelt. Er umfasst 1.500 € in Fällen von einem Kind und einem Bruttoeinkommen von mindestens 1.700 €, im Falle zweier Kinder und einem Bruttoeinkommen von mindestens 2.200 € sowie im Falle mindestens dreier Kinder und einem Bruttoeinkommen von 3.000 €. Gehaltsunabhängig erhalten Alleinerzieher- und Alleinverdiener*innen einen Kinder-mehrbetrag von 250 € pro Kind und Jahr. Im Gegenzug erfolgt jedoch die Streichung des Kinderfreibetrages von 440 € (je 300 €, wenn beide Erziehungsberechtigten den Steuerabzug geltend machen). Gestrichen wird in diesem Fall auch die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (von bis zu 2.000 € pro Kind und Jahr).	01.01.2019

Quelle: Eigene Darstellung

von 65 Prozent nur dann ausgezahlt wird, wenn eine lange Einzahl- bzw. Versicherungsdauer von mindestens zehn Jahren vorliegt.

Besteht kein Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld, fallen bedürftige Menschen in die Mindestsicherung. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen in Fragen von Berufsschutz, Wegzeiten und Lohnerhalt (vgl. [Tabelle 3](#)) hätte für Erwerbslose die Gefahr verstärkt, in eine gesellschaftliche Abwertungs- und Prekarisierungsschleife zu geraten. Dies hätte neben jungen Menschen, die sich nach Ausbildungsschluss in beruflich unsicheren Übergangsphasen befinden, auch die Gruppe der 30- bis 40-Jährigen betroffen. Ihnen hätte damit im Falle einer – auch vorübergehenden – Erwerbslosigkeit gedroht, trotz ihrer bisherigen Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung aufgrund erhöhter Bezugsanforderungen rasch in die neue Mindestsicherung abzurutschen.

Tabelle 3

Zentrale arbeits- und sozialpolitische Reformen der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)

Initiative	konkrete Maßnahmen	in Kraft
Notstandshilfe/ Arbeitslosengeld Neu	Integration der Notstandshilfe in das auf max. 2 Jahre befristete „Arbeitslosengeld Neu“ (bei langer Versicherungsdauer von mind. 10 Jahren unbefristet auf 50%); Abschaffung des zeitlich unbegrenzt möglichen Notstandshilfebezugs; Erhöhung der Ersatzrate auf 65% in den ersten Monaten (nur bei langer Versicherungsdauer); Vermögensverwertung bei kurzer vorhergehender Arbeitszeit – Aufbrauchen aller Vermögenswerte, die ca. 4.300 € übersteigen	nicht beschlossen
Verschärfung der Zumutbarkeits- bestimmungen	Ausdehnung der Fahrzeiten zum Arbeitsplatz auf bis zu 2,5 Stunden; Beschränkung des Berufsschutzes auf 100 Tage; Verringerung des individuellen Entgeltsschutzes auf bis zu 75% des vorherigen Entgelts; Sanktionen bei mangelnder Arbeitswilligkeit: Sperrmöglichkeit für max. 8 Wochen bei wiederholter Pflichtverletzung	nicht beschlossen
Arbeitskräfte- überlassungs- gesetz (AÜG)	Fortschreibung des Arbeitgeberbeitrags von Leiharbeitsfirmen zum <i>Sozial- und Weiterbildungsfonds</i> (SWF) für Arbeitnehmer*innen auf 0,35% (entgegen der geplanten Erhöhung auf 0,8% bis 2021)	Nationalratsbeschluss vom 14.03.2019 (Drucksache 153/BNR)

Ausbildungs- förderung	Senkung der staatlich finanzierten Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene über 18 Jahre in einer überbetrieblichen Ausbildung von 753 € auf 325,80 € (Pendant zu Lehrlingsentschädigung bzw. Lehrlingsgehalt)	01.09.2018
	Senkung der staatlichen Beihilfe für junge Erwachsene über 18 Jahre in ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen von bislang 17,99 € bis 25,60 € Entlohnung pro Tag auf eine Entlohnung von 11,08 € pro Tag	01.06.2019
Sozialhilfe- Grundsatzgesetz	Kürzungen für kinderreiche Familien durch Sozialsatzstaffelung pro Kind (erstes Kind: 25% des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes – 2018 bei 216 Euro; zweites Kind: 15%; ab drittem Kind: 5%)	Nationalratsbeschluss vom 01.06.2019
	„Arbeitsqualifizierungsbonus für Vermittelbarkeit“ – massive Kürzungen für Zuwanderer mit schlechten Deutschkenntnissen – 65% der regulären Leistung (2019 bei 575 €)	aufgehoben durch das Verfassungsgerichtsurteil vom 12.12.2019 (G 164/2019–25, 171/2019–24)
	Bonus für Alleinerziehende (ein Kind: 12%; zwei Kinder: 21%; drei Kinder: 27%; weitere Kinder: +3 Prozentpunkte); Zuschlag für Personen mit Behinderung von 18% (159 €); Deckelung der Sozialbezüge für Wohngemeinschaften mehrerer Sozialhilfeempfänger; Vermögenszugriff und Verwertung ab 5.300 €	Nationalratsbeschluss vom 01.06.2019
Arbeitsmarkt- service	Kürzung der AMS-Mittel von 1,406 Milliarden € auf 1,25 Milliarden €	01.01.2019

Quelle: Eigene Darstellung

Ebenso deutlich sind die Verteilungseffekte der grundlegenden Reform der Kassensysteme im Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG). Durch die hier vorgenommene „Verschlankung“ sollte, so das verkündete Ziel, eine Milliarde Euro eingespart werden. Diese Zielmarke erschien finanztechnisch unsicher. Erkennbar war hingegen, dass systemische Ungleichheiten etabliert und Versorgungshierarchien verfestigt werden sollten. Die Art und Weise, wie die FPÖ die „soziale Frage“ praktisch aufgriff, führte letztlich zu einer Begrenzung des Zugangs zu sozialstaatlichen Leistungen und zu einer Absenkung des sozialen Sicherungsniveaus. Konkret ging es bei der Reform darum, die 21 Sozialversicherungsträger zu insgesamt fünf Kassen zusammenzulegen (vgl. [Tabelle 4](#)). Unselbstständig Beschäftigte fallen nunmehr nicht mehr in

Reform der Kassensysteme durch die ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)

Initiative	konkrete Maßnahmen	in Kraft
Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG)	Zusammenführung der neun Gebietskrankenkassen zur <i>Österreichischen Gesundheitskasse</i> (ÖGK); Zusammenführung der Versicherungsanstalten der gewerblichen Wirtschaft und der Bauern zur <i>Sozialversicherung der Selbständigen</i> (SVS); Zusammenführung der Versicherungsanstalten für Eisenbahnen und Bergbau und für Beamte zur <i>Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau</i> (BVAEB); Schaffung eines Dachverbands mit verringerter Arbeitnehmer*innenvertretung	01.01.2019 und 01.01.2020
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)	Sparauflagen um 500 Millionen €; Senkung der Arbeitgeber*innenbeiträge von 1,3 auf 1,2%	01.01.2019
Pensionsanpassungsgesetz	Erhöhung kleiner und mittlerer Pensionen um bis zu 2,6%; Begrenzung von Ruhebezügen über der Höchstgrenze des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) auf einen Pauschalbetrag unter der Inflationsrate von 2%	01.01.2019
Versicherungsbeiträge für geringverdienende Menschen	Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Geringverdiener*innen (bis 1.681,00 €: 0%, von 1.681,01 bis 1.834,00 €: 1%, von 1.834,01 bis 1.987,00 €: 2%)	01.01.2019

Quelle: Eigene Darstellung

die neun Gebietskrankenkassen, sondern werden der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zugeordnet. Darüber hinaus gibt es berufsgruppenbezogene Versicherungsanstalten für Selbstständige, darunter auch Bäuer*innen, (SVS) sowie für öffentlich Bedienstete, die Eisenbahnen und den Bergbau (BVAEB). Während die Opposition im neuen Kassensystem eine immens verstärkte Gefahr der Ungleichbehandlung verschiedener Berufsgruppen sah, die in keiner Weise eine Harmonisierung der Leistungen für unselbstständige Beschäftigte, öffentlich Bedienstete und Selbstständige fördert, galt die Reform den *Freiheitlichen* als Verwirklichung der von ihnen im Wahlkampf versprochenen Ablehnung der „Mehrklassenmedizin“ (FPÖ 2017, S. 32). Das neue System soll nicht nur den „Stillstand“ und die „Selbstlähmung in diesem System“ auflösen, sondern für „mehr Fairness für alle

Versicherten“, „effizientere Strukturen“ und die „bestmöglichen Leistungen“ der Kassen sorgen (Gerhard Kaniak in der Nationalratsdebatte vom 13.12.2018, Österreich zuerst [YouTube] 2018a).

Den geplanten Entlastungen bei den Krankenversicherungsbeiträgen stehen ebenso massive finanzielle Entlastungen und eine institutionelle Macht- ausweitung der Arbeitgeber*innen gegenüber. Die Position der Arbeitnehmer*innen hat sich durch die Kassenreform insofern verschlechtert, als auf der Vertretungsebene Arbeitgeber- und -nehmer*innen nun mit jeweils sechs Vertreter*innen gleich stark vertreten sind, obwohl in Österreich auf elf Beschäftigte nur ein*e Unternehmer*in kommt. Zudem wird die Selbstverwaltung der Arbeitnehmer*innen mit der Neuregelung aufgrund der starken, rechtlich verankerten Kontrolle durch die Regierung de facto aufgehoben. Keine Stimme haben in den neu zu bildenden Gremien der ÖGK hingegen die Senior*innen, obgleich sie fast 30 Prozent der Beiträge zahlen – und damit knapp mehr als die Arbeitgeber*innen.

Auch die Kürzungen bei der *Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt* (AUVA), die auf den Wegfall sogenannter versicherungsfremder Leistungen zielten und die Arbeitgeber*innenseite entlasten sollten (Beitragssenkung von 1,3 auf 1,2 Prozent), verfestigen den Eindruck einer unternehmensorientierten ÖVP-FPÖ-Politik. Diese präsentiert sich in der Programmatik zwar „sozialpolitisch“ solidarisch, schwächt letztlich jedoch den politischen Einfluss und die sozialen Leistungen für Arbeitnehmer*innen, indessen die Position der Arbeitgeber*innenseite gestärkt wird.

Ähnliches gilt für die programmatisch propagierte Generationengerechtigkeit. Obwohl die FPÖ immer wieder – nicht zuletzt auf ihren Wahlplakaten – alternde Menschen und ihre (Einzahlungs-)Leistungen für das System hervorhebt, wird die Gruppe der Älteren in der sozialpolitischen Praxis oft wenig geschätzt. So erwog die schwarz-blaue Bundesregierung noch kurz vor ihrem Zusammenbruch Anfang Mai 2019, zur Gegenfinanzierung ihrer Steuerreform Einsparungen bei den „Sonderpensionsprivilegien“ zu prüfen (vgl. Die Presse 2019), die Frühpensionierungen ermöglichen. Unter anderem sollten Versicherungsansprüche durch sogenannte Teilpflichtversicherungen begrenzt werden und Gelder, wie bereits im Regierungsprogramm angekündigt, durch die „Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionalter“ eingespart werden. Tatsächlich passen derartige Einsparungsintentionen nicht zu den programmatischen Äußerungen der FPÖ. Diese bringen den Anspruch zum Ausdruck, durch Pensionserhöhungen (vgl. Pensionsanpassungsgesetz 01.01.2019) insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Pensionen so zu unterstützen, dass sie, wie Sozialministerin Beate

Hartinger-Klein (FPÖ) in der Nationalratsdebatte zum Gesetzesentwurf am 20.12.2018 betonte,

„die Kaufkraft haben, die sie brauchen. Sie haben so viel getan für unser Land, dass [es] mir als Sozialministerin eine Selbstverständlichkeit ist, ihnen Wertschätzung entgegenzubringen. [...] WIR bringen diese soziale Kälte zum Schmelzen. Weil [bei] uns Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness im Mittelpunkt steht!“ (Beate Hartinger-Klein in der Nationalratsdebatte vom 20.12.2018, Österreich zuerst [YouTube] 2018b)

3.2.3 Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen: Flexibilisierung und Reorganisation

Auch die Diskussionen über die Reform der Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen bewegte sich im Spannungsfeld zwischen dem programmatischen Anspruch, „eine moderne Arbeitsmarktpolitik“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2017) realisieren zu wollen, und der faktischen Stärkung von Arbeitgeber*innenrechten. Dies betrifft nicht zuletzt den sehr umstrittenen Vorstoß der Kurz-Strache-Koalition zur Arbeitszeitflexibilisierung. Dieser wurde im Juni 2018 mittels Initiativantrag zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes (AZG) und des Arbeitsruhegesetzes (ARG) unter Auslassung der üblichen Teilhabe- und Mitbestimmungsprozesse der Sozialpartner beschlossen und ist seit Oktober 2018 in Kraft (vgl. [Tabelle 5](#)).

Inhaltlich ging es im Kern darum, die erlaubte Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche anzuheben, um – so die Begründung der Regierungskoalition – die Attraktivität des österreichischen

Tabelle 5

Arbeitsmarktflexibilisierung durch die ÖVP-FPÖ-Regierung (2017–2019)

Initiative	konkrete Maßnahmen	in Kraft
Änderung des Arbeitszeitgesetzes (AZG; Arbeitszeitflexibilisierung)	Anhebung der Höchstgrenze der Arbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche	01.10.2018
Änderung des Arbeitsruhegesetzes (ARG)	Ausnahmeregelungen zur Unterbrechung von Wochenend- und Feiertagsruhe bis zu viermal pro Jahr	01.10.2018

Quelle: Eigene Darstellung

Wirtschaftssystems und die – vor allem durch mittelständische Unternehmen getragene – Spitzenproduktion zu sichern. Die Änderung sorgte dafür, dass, obschon der Achtstundentag gesetzliche Normalarbeitszeit bleibt, seit September 2018 bis zu zwölf Stunden täglich gearbeitet werden darf und eine Ausnahmeregelung zur Unterbrechung der Wochenend- und Feiertagsruhe eingeführt wurde, die bis zu viermal im Jahr genutzt werden kann. Programatisch geht der Vorschlag auf die ÖVP zurück. Noch im Nationalratswahlkampf 2017 hatte Norbert Hofer (FPÖ) eine Arbeitszeitausweitung abgelehnt (Neuwalcom [YouTube] 2017). Allerdings hatte sich die FPÖ ihrerseits im Wirtschaftsprogramm für eine gestärkte Wettbewerbsfähigkeit ausgesprochen, die mit der Arbeitszeitflexibilisierung kompatible Effekte erzeugen sollte. Die konkreten Forderungen zielten überwiegend auf die Kürzung von Leistungen für Ausländer*innen und die Etablierung von Zugangsbeschränkungen, um „Sozialleistungen und sonstige Aufwendungen für Wirtschaftsmigranten zu minimieren“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2017, S. 44).

Auffallend war dann allerdings, dass die Arbeitszeitflexibilisierung speziell durch die FPÖ vehement als eine soziale und rechtliche Sicherungsmaßnahme im Interesse der Arbeitnehmer*innen verteidigt wurde. Aussagekräftig war hier nicht zuletzt der Redebeitrag des Vizekanzlers Heinz-Christian Strache in der Nationalratsdebatte am 29.06.2018. In dieser Debatte argumentierte er auf Grundlage der „Freiwilligkeitsgarantie“⁷, dass die Gesetzesänderung ein Rechtssystem schaffe, in dem Freiwilligkeit von Arbeit und Arbeitnehmer*innenschutz gestärkt würden (siehe Nationalrat XXVI. GP 33 2018). Überdies, so Strache, würde der Achtstundentag als gesetzliche Norm verankert und daher einklagbar.

Auch bei der Finanzierung des *Sozial- und Weiterbildungsfonds* (SWF) für Arbeitnehmer*innen kam die Regierung der Arbeitgeber*innenseite entgegen. Der SWF fördert Weiterbildungsmaßnahmen für die rund 120.000 in Österreich beschäftigten Leiharbeitskräfte. Er gewährt überdies finanzielle Zuschüsse wie z. B. Überbrückungsgeld während Stehzeiten oder bei Arbeitslosigkeit und ermöglicht durch Weiterbildungsmöglichkeiten einen Ausstieg aus prekären Arbeitsverhältnissen (Staudacher 2019). Ursprünglich sollte der Arbeitgeber*innenbeitrag von Leiharbeitsfirmen zum SWF bis zum Jahr 2021 von 0,35 auf 0,8 Prozent angehoben werden. Die schwarz-blaue Koalition hat die bisherige Quote dann aber festgeschrieben. Argumentativ wurde dies dadurch gerechtfertigt, dass Zeitarbeitsfirmen für die österreichische

7 Diese wurde erst nachträglich aufgrund der massiven Proteste in den Gesetzestext aufgenommen (Stelzer-Orthofer/Tamesberger 2018, S. 35).

Volkswirtschaft sehr wichtig und zu unterstützen seien, um zur Deckung von Produktionsspitzen genügend Arbeitskräfte verfügbar zu haben.⁸

Trotz ihres öffentlichen Anspruchs, eine Arbeiter*innenpartei zu sein, trieb die FPÖ praktisch die Demontage der institutionalisierten Arbeitnehmer*innenvertretungen voran. So erfolgte die Reform des Kassensystems und auch die Arbeitszeitflexibilisierung – unter Umgehung der in Österreich üblichen Praxis – ohne Mitwirkung der Sozialpartner. Dies ist keineswegs überraschend, war diese Zielsetzung der institutionellen Schwächung doch bereits im Wahlkampf von 2017 formuliert worden. Die FPÖ hatte gefordert, die obligatorische Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abzuschaffen bzw. die Mitgliedsbeiträge zu senken. Joachim Becker führt dies in einer ersten Studie zur schwarz-blauen Arbeitsmarktpolitik auf die schwache Positionierung der FPÖ im Kammersystem und die Liaison mit dem Großkapital zurück (Becker 2018c, S.104). Positionierungen im Regierungsprogramm zur Zukunft der Sozialpartnerschaft blieben demgegenüber zunächst vage:

„Wie in allen Systemen gilt es jedoch auch nach bereits teilweise erfolgreich durchgeführten Reformen, weitere Effizienz- und Einsparungspotentiale zu heben, um einerseits die Menschen zu entlasten und andererseits diese Institutionen noch bürgernäher zu gestalten.“ (ÖVP/FPÖ 2017, S.128)

Die gewerkschaftskritische bis gewerkschaftsfeindliche Grundhaltung der FPÖ ist schwer zu übersehen. Sie wurde bereits zu Beginn der schwarz-blauen Koalition erkennbar, als die FPÖ sozialpartnerschaftlich orientierte Parteimitglieder mehr oder minder systematisch von den Regierungsämtern ausschloss. Was die FPÖ betrifft, so speist sich die Gewerkschaftskritik vor allem aus zwei Überzeugungen. Die eine Überzeugung lässt sich als marktliberal oder spezifischer: als neoliberal klassifizieren. Ihr zufolge handelt es sich bei – von Sozialpartnern ausgehandelten – Kollektivverträgen und Sozialleistungen um institutionelle Mechanismen, die die Logik des freien Marktes hemmen und zugleich die Erwerbslosigkeit fördern (Stelzer-Orthofer/Tamesberger 2018, S.17). Die andere Überzeugung verweist auf die populistische Orientierung der FPÖ. So erscheinen im FPÖ-Diskurs die Sozialpartner – vor allem die Arbeitnehmer*innenvertretungen wie Gewerkschaften und AK – als Organisationen einer vom Volk entfremdeten, sich selbst bereichernden

8 Die SPÖ wies in der Debatte mehrfach darauf hin, dass die Institutionalisierung einer Arbeitsstiftung für arbeitslose frühere Leiharbeiter, die die Sozialpartner im Gegenzug aushandeln sollten, bis dato nicht in Sicht gewesen sei und somit die sozialpartnerschaftlichen Kompromissbeschlüsse nicht eingehalten würden.

Elite. Es liegt auf der Hand, dass die in diesem Diskurs artikulierten politischen Positionen letztlich darauf hinauslaufen, die Grundlagen und Handlungsmöglichkeiten einer effektiven gewerkschaftlichen Interessenvertretung substantiell infrage zu stellen.

3.3 Gewerkschaftliche Problemwahrnehmung

Doch wie werden diese Prozesse von den Gewerkschaften selbst wahrgenommen und eingeordnet? Welche Entwicklungen erscheinen ihnen als unmittelbar, welche als mittelbar bedrohlich? Wie identifizieren sie Bedrohungspotenziale für gewerkschaftliche Machtressourcen durch den freiheitlichen Rechtspopulismus? In der Bearbeitung dieser Fragen wird recht schnell erkennbar, dass innerhalb des ÖGB ein insgesamt sehr großes Problembewusstsein besteht. Die Besorgnis richtet sich dabei primär auf die Fragmentierung der institutionellen Macht der Arbeitnehmer*innenvertretungen, weniger auf die innergewerkschaftliche oder betriebliche Fragmentierung von Solidarverhältnissen. Derzeit organisiert der ÖGB sieben Teilgewerkschaften.⁹ In den strategischen Diskussionen auf Ebene des ÖGB-Vorstandes, im Rahmen der politischen Bildungsarbeit, in Fokusgruppen und auch in Bezug auf die Ausgestaltung themenrelevanter Kampagnen setzen sich die Gewerkschaften regelmäßig, oft sehr intensiv, mit den gesellschafts- und insbesondere den arbeits- und sozialpolitischen Implikationen des erstarkten Rechtspopulismus auseinander [Ö-13, Z. 302–305].

Gesprächsübergreifend sehen alle Interviewpartner*innen die größte Bedrohung in der Umsetzung „neoliberaler“, arbeitnehmer*innenfeindlicher Gesetze bei gleichzeitiger Propagierung einer sozialen Gerechtigkeit *im Interesse* von Arbeitnehmer*innen.

„Es ist nicht unbedingt das Problem: Oh, auf einmal kommt der Rechtsextremismus und steht vor der Tür. Sondern das Problem ist halt wirklich einfach dieses: Die machen antisoziale Politik! Und wenn sie das machen, geht das zu Lasten von unseren Mitgliedern. DAS ist das Problem. Und das orientiert sich gar nicht so sehr an der Frage: Wie stehen die [politisch] so? Also das findet man nicht so gut. Aber es ist jetzt nicht diese Frage, an der sich die Konflikte entzünden.“ [Ö-15, Z. 476–9]

9 Die größte Teilgewerkschaft ist die GPA-djp mit 280.633 Mitgliedern, danach folgen die Beamten-gewerkschaft GÖD und die Produktionsgewerkschaft PRO-GE.

Die Auseinandersetzungen erfolgen aus gewerkschaftlicher Sicht vor allem auf dem Terrain der oben skizzierten arbeits- und sozialpolitischen Initiativen und Diskurse. Die gewerkschaftlichen Reaktionen sind vielseitig. Sie beziehen sich auf die unmittelbaren materiellen Verteilungsfragen, reichen über diese aber insofern hinaus, als es auch um die Verteidigung der organisationalen, institutionellen und gesellschaftlichen Gewerkschaftsmacht geht.

3.3.1 Institutionelle Gefährdung: Erosion der österreichischen Sozialpartnerschaft

Grundsätzlich wurde in den vergangenen Jahren die institutionelle Macht der österreichischen Gewerkschaften als hoch eingeschätzt. Die beachtliche Einfluss- und Gestaltungskraft hatte sich nicht zuletzt in der Finanzkrise gezeigt, als die Gewerkschaften darauf drängten, wirtschafts- und beschäftigungspolitisch gegenzusteuern (Astleithner/Flecker 2017; Feigl/Breiteneder/Greif 2016). Außerdem konnte der ÖGB seit 2016 über 10.000 neue Mitglieder gewinnen. Hierdurch schien sich zunächst die Gefahr zu reduzieren, an Repräsentationsfähigkeit und institutioneller Einflusskraft einzubüßen. Zugleich nahmen die Gewerkschaften aber wahr, dass die institutionellen Arrangements durch die rechtspopulistischen Diskurse und Praktiken infrage gestellt wurden. Sie wehrten sich gegen die von rechtspopulistischen Kräften befürwortete neoliberale Spar- und Unternehmenspolitik. Vor allem problematisierten sie die arbeitnehmer*innenfeindliche Orientierung der Regierungspraxis, insbesondere die Schwächung der institutionellen Zusammenarbeit der Regierung mit den Sozialpartnern. Von eher nachgelagerter Bedeutung waren die gesellschaftspolitische Orientierung und die ideologische Verortung der Parteien. Aufgrund der Überparteilichkeit des ÖGB und des Fokus auf die Verteidigung der Arbeitnehmer*inneninteressen war dies nicht unerwartet.

Die öffentliche Einschätzung der FPÖ durch den ÖGB unterliegt dabei Veränderungen. Noch 2016 sprach sich der damalige ÖGB-Präsident Erich Foglar dafür aus, dass die SPÖ ihr Verhältnis zur FPÖ angesichts des großen Wähler*innenzuspruchs der Partei „neu definieren müsse“ (Die Presse 2016). In der Vergangenheit hatte es zwischen SPÖ und FPÖ auf Bundesebene nur einmalig eine Regierungskoalition von 1983 bis 1986 gegeben, bevor Jörg Haider Parteivorsitzender wurde. Obgleich die Äußerungen Foglars viel Widerspruch erzeugt hatten (vgl. unter anderem Kleine Zeitung 2016), zeigte sich der ÖGB zu Beginn der schwarz-blauen Koalition zumindest öffentlich

wenig besorgt. Es wurde nicht befürchtet, dass die ÖVP-FPÖ-Koalition eine über Dekaden hinweg stabile sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit aufkündigen könnte. Der leitende ÖGB-Sekretär Bernhard Achitz verwies noch Anfang 2018 im gewerkschaftseigenen Meinungsmagazin *Arbeit & Wirtschaft* darauf, dass es bislang immer der „Schlüssel zum Erfolg“ gewesen sei, Uneinigkeiten „partnerschaftlich am Verhandlungstisch mit Argumenten ausdiskutieren“ (Achitz, zitiert nach Fercher 2018, S. 19). Sicherlich ist es üblich, dass Sozialpartner zu Anfang neuer Regierungsphasen ihre Bereitschaft zur guten Zusammenarbeit zeigen. Rückblickend ist es dennoch überraschend, dass der ÖGB und die AK nicht kritischer auf die Regierungskoalition blickten. Schließlich hatten bereits die Schüssel-Kabinette in der ersten Hälfte der 2000er Jahre geplant, die institutionelle Mitsprache und Absicherung der Gewerkschaften substanziell zu schwächen (Fritzl 2018).¹⁰ Mit dem „Großangriff auf den Sozialstaat und auf ArbeitnehmerInnenrechte“ durch die Regierung Kurz/Strache – so Rainer Wimmer, Vorsitzender der PRO-GE (Wimmer in ÖGB 2018f) – verschärfte sich dann der Ton und die Substanz der gewerkschaftlichen Gefahreneinschätzung. Einem Onlinebericht des *Deutschen Gewerkschaftsbunds* (DGB) zufolge wurde die Erosion der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit als zentrales Thema bereits auf dem ÖGB-Kongress im Juni 2018 diskutiert (Wixforth 2018):

„Seit der neuen Regierungskoalition sehen sich ÖGB und Arbeiterkammer, die Vertretungen der österreichischen Beschäftigten, einem scharfen Wind ausgesetzt. Die Gewerkschaften sind mit einem Angriff auf alle Errungenschaften der gewerkschaftlichen Arbeit der letzten 100 Jahre konfrontiert: Einrichtungen der Beschäftigten und das Modell der Selbstverwaltung sind von der Auflösung oder der finanziellen Austrocknung bedroht, wie die Arbeiterkammern oder die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt.“

Zum Ende der Regierungskoalition im Frühjahr 2019 benannten Vertreter*innen des ÖGB die Bedrohungen durch die ÖVP-FPÖ-Regierung relativ unverblümt. Im April 2019 kritisierte beispielsweise die ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann im Interview mit dem DGB:

„Es war von Anfang an klar, dass die ArbeitnehmerInnen-Vertretung für diese Regierung keine Bedeutung hat. Ziel war und ist es, diese zu schwächen und zurückzudrängen. Das Modell der Sozialpartnerschaft – jahrelanger Garant für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand – existiert in der bisherigen Form

10 Dokumente der AK verweisen auf den bereits damals geplanten Abbau der Arbeitnehmer*innenrechte, die Reform der Pensionsregelungen und die Absenkung der Kammerumlagen (Mullej 2017).

nicht mehr. Der ÖGB wird nicht mehr in Gesetzgebungsprozesse eingebunden. Einzig auf Länderebene und bei Kollektivverträgen diskutieren und verhandeln wir mit.“ (Schumann, zitiert nach DGB 2019)

Auch die von uns interviewten Expert*innen blickten im Frühjahr 2019 sehr besorgt darauf, „dass diese Regierung mit einer einfachen Mehrheit im Parlament das Arbeiterkammern-Geschäft verhindern kann!“ [Ö-I2, Z. 65–6]. Zum Teil kann diese Situation auf die Schwächung des gewerkschaftspolitischen Transmissionsriemens zurückgeführt werden. Die historisch relativ engen Beziehungen zwischen dem ÖGB und der SPÖ zeigen sich noch immer in der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion in den AK sowie spezifischen personellen Banden. Sowohl Bernhard Achitz, bis 2019 Leitender Sekretär des ÖGB, als auch der aktuelle ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian und sein Vorgänger Erich Foglar sind Parteimitglieder der SPÖ und besetzten oder kandidierten in der Vergangenheit für Parteiämter. Bis in die 1980er Jahre ermöglichten dem ÖGB die engen Beziehungen zur SPÖ, die eigenen Perspektiven und gesellschaftspolitischen Vorstellungen in den politischen Prozess einzuspeisen. Durch die dürftigen Wahlergebnisse der SPÖ – 21,2 Prozent bei der Nationalratswahl 2019 (2010: 26,8 Prozent; 2008: 29,4 Prozent; 2006: 36 Prozent) – ist dies jedoch zunehmend weniger der Fall. Kurzum ist insbesondere in Oppositionszeiten der SPÖ die gewerkschaftliche politische Gestaltungsmacht augenscheinlich geschwächt.

Die Erosion der institutionellen Gewerkschaftsmacht, die seit Ende 2017 durch die schwarz-blaue Koalition vorangetrieben wurde, umfasst dabei mehrere Aspekte:

Erstens standen die ÖVP-FPÖ-Regierung und die sie stützende parlamentarische Mehrheit den etablierten neokorporatistischen Kommunikations- und Verhandlungsstrukturen tendenziell skeptisch bis ablehnend gegenüber. Formen der institutionellen gewerkschaftlichen Einflussnahme wurden entsprechend geringgeschätzt, umgangen und geschwächt. In der Praxis schlug sich dies unter anderem darin nieder, dass die Sozialpartner in die Arbeitsmarktreformen (2018) nicht einbezogen wurden und ihre substantielle Kritik an den Neuerungen missachtet wurde. Nach Ansicht der von uns interviewten Gewerkschafter*innen waren diese Reformen ein Beispiel dafür, wie „Gesetze durchgepeitscht werden, ohne den Sozialpartner ernsthaft in Verhandlungen einzubeziehen“ [Ö-I3, Z. 143–144].

Zweitens bestand die Gefahr, dass die von der ÖVP-FPÖ-Regierung geplanten Reformen die finanzielle Sicherheit der AK als zweite institutionelle Säule der Arbeitnehmer*innenvertretung infrage stellten. Durch die debattierte Kürzung der gesetzlichen Pflichtbeiträge um bis zu 0,6 Prozentpunkte

wäre die Handlungsfähigkeit der AK durch den Abbau ihrer Finanzmittel nachhaltig beschnitten worden. Eine solche Kürzung hätte auch weitreichende Auswirkungen auf die Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmer*innenbewegung gehabt. Deren Einfluss beruht nicht zuletzt darauf, dass sie in der Lage ist, Expert*innen zu finanzieren. Die Einflussfähigkeit und Berücksichtigung der AK durch die SPÖ und auch die ÖVP baute in der Vergangenheit stark auf deren Expertise zu arbeitsmarktpolitischen Themen auf (Fritzl 2018).

Während der Status der AK formal vorerst gesichert werden konnte, bezog sich die gewerkschaftliche Problemwahrnehmung *drittens* auf die strukturell verschlechterte Position der Arbeitnehmer*innen gegenüber den Arbeitgeber*innen. Das regierungspolitische „Wunschkonzert für die Industrie“ (Jirez/Meister 2018, S. 5–6) erstreckte sich für den ÖGB nicht nur auf finanzielle (Steuer-)Erleichterungen. In den letzten Jahren wurden die „Geschenke der Regierung an die Arbeitgeber*innen“ in den ÖGB-Medien umfassend und mit geschärftem Blick auf die Schlechterstellung von Arbeitnehmer*innen und deren reduzierte Einflussfähigkeit thematisiert. Gewerkschaftsvertreter*innen warnten im Interview davor, dass Arbeitnehmer*innen durch die Neuorganisation der Sozialversicherung und die Arbeitszeitflexibilisierung gegenüber den Arbeitgeber*innen strukturell in ihrer Selbstverwaltung so geschwächt würden, „dass man von Selbstverwaltung gar nicht mehr sprechen“ könne [Ö-I1, Z. 65–6]; dass die (kollektivvertragliche) Verhandlungsmacht durch die Verlagerung der tariflichen Aushandlungen auf die betriebliche Ebene beeinträchtigt würde; dass durch die gewachsene Macht der Arbeitgeber*innen die traditionellen betrieblichen Konfliktlösungsmechanismen oft nicht mehr funktionierten („Früher hat man das mit dem Chef ausgemacht. Und die Chefs haben jetzt Überhand.“ [Ö-I3, Z. 212–3]); und dass auch auf europäischer Ebene Sozialthemen während der Ratspräsidentschaft Österreichs in den Hintergrund gerückt seien.

3.3.2 Wandel öffentlicher Diskurse

Die diskursive Kraft der gewerkschaftlichen Aktivitäten ist nicht leicht zu beurteilen. Im Zuge der Bearbeitung der Finanzkrise war sie vor einiger Zeit wieder stärker geworden:

„With regard to discursive power, workers organisations have gained stronger capabilities to form public discourse in the context of a rising critique of main-

stream neoliberal policies, at least to some extent. As the examples showed, they are also more willing and able to form alliances with new social movements, which allows them to address people outside the unionised workforce.“ (Astleithner/Flecker 2017, S. 186)

Vor diesem Hintergrund können die österreichischen Gewerkschaften grundsätzlich auch im Umgang mit dem Rechtspopulismus auf zivilgesellschaftliche Netzwerke und Mobilisierungsstrukturen zurückgreifen. Allerdings konzentrieren sich die Gewerkschafter*innen sehr stark auf die Bearbeitung arbeits- und sozialpolitischer Themen. Sorge bereitet ihnen die (rechts-)populistische Aufladung sozialer Fragen, d.h. eine Ethnisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsdebatten. Die Problemdeutungen schwanken zwischen eher „neoliberalen“ (Wirtschaftspolitik) und „wohlfahrtschauvinistischen“ Erwägungen (Arbeits- und Sozialpolitik). Die Reichweite der rechtspopulistischen Diskurse ist inzwischen beachtlich. Wie in anderen Gesellschaften haben auch in Österreich sozioökonomische Verunsicherungen (Prekarisierung der Arbeit, Abstiegsängste, ein steigender Leistungsdruck etc.), Gefühle eines sozialen, politischen und kulturellen Kontrollverlustes sowie soziale Kränkungen (fehlende Wertschätzung und alltägliche Diskriminierungen) die Verallgemeinerung rechtspopulistischer Weltansichten begünstigt (Flecker/Altreiter/Schindler 2018, S. 246–250). Die rechtspopulistische Interpretation sozioökonomischer Missstände entlang ethnischer Bruchlinien droht, so die Perspektive, eine Fragmentierung der Arbeiter*innensolidarität voranzutreiben, die – im Worst-Case-Szenario – auch auf der betrieblichen Ebene Fuß fassen könnte. Problematisch ist in diesem Kontext unseren ÖGB-Gesprächspartner*innen zufolge mittlerweile nicht mehr nur der pöbelnde Rechtspopulismus der FPÖ, sondern auch der „höfliche“ Rechtspopulismus von Sebastian Kurz und der ÖVP:

„Also die ÖVP versteht es perfekt, das Nummer-Eins-Thema Asyl, Migration, Sozialstaat zu framen und die Leute zu sich zu holen. [...] JEDE politische Debatte bei uns in Österreich wird unter dem Aspekt Asyl, Flüchtlinge, Migration geführt. Also so wird der Sozialstaat diskutiert. Man diskutiert nicht vernünftig über Pro und Contra, sondern darüber, dass die Asylbewerber den Sozialstaat aushöhlen und für UNSERE Leute dann kein Geld mehr da ist. Und das geht natürlich rein bei unserer Zielgruppe. Aber jede Debatte in Österreich wird unter einem rassistischen Gesichtspunkt geführt. Jede! Gesundheitspolitik. Die nehmen nur aus, die haben nie eingezahlt, und, und, und – all das!“ [Ö-13, Z. 41–49]

Zwischen der „Hegemonie einer rechtsorientierten Haltung“ [Ö-12, Z. 24–28], der „Enttabuisierung rechter Deutungsmuster“ [ebd.] und dem wahrgenom-

menen Verlust der gewerkschaftlichen „Deutungshoheit“ [Ö-15, Z. 216–217] wird im ÖGB somit ein Zusammenhang gesehen. Die wohlfahrtschauvinistischen Interpretationen sozioökonomischer Schief lagen werden von Gewerkschafter*innen durchaus als Problem wahrgenommen. Dennoch konzentriert sich die gewerkschaftliche Aufgabenbestimmung nahezu ausschließlich auf die Bekämpfung der arbeitnehmer*innenfeindlichen Aspekte der ÖVP-FPÖ-Politik. Nicht selten wird mit Rücksicht auf die Einstellungen vieler Gewerkschaftsmitglieder und ihre z.T. xenophoben Positionen und Neigungen bei der Definition arbeits- und sozialpolitischer Probleme die Dimension einer wohlfahrtschauvinistischen Überformung ausgeklammert. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass sich der ÖGB in gesellschaftspolitischen Debatten mit Rücksicht auf die eigene Überparteilichkeit gerne zurückhält.

Die Verwirklichung von Arbeitnehmer*inneninteressen ist häufig auf die Unterstützung durch – eher linke und sozialdemokratische – Parteien angewiesen. Die Schwäche dieser Parteien und die begrenzte Ausstrahlungskraft sozialdemokratischer und grün-alternativer Politikangebote haben in den vergangenen Jahren auch die diskursive Deutungsmacht der Gewerkschaften beeinträchtigt. Die Gewerkschaften vermögen ihrerseits diese Schwäche nicht zu kompensieren. Schon in der Vergangenheit hatten sie sich gesellschaftspolitisch eher zurückgehalten. Durch die veränderten politischen Mehrheiten sahen sie sich zuletzt stark in die Defensive gedrängt. Ihre Mitglieder handeln oft widersprüchlich und stimmen bei der Betriebsratswahl für die FSG-Liste, entscheiden sich bei der Nationalratswahl aber für die FPÖ [Ö-14, Z. 64–67]. Einige Gewerkschafter*innen sehen die Gründe für diese Diskrepanz vor allem in einem fehlenden Verständnis von Politik und in Unwissenheit, Verdrängung oder fehlender Reflexion. Rassistische und wohlfahrtschauvinistische Beweggründe der Wähler*innen werden hierbei eher ignoriert oder zumindest hintangestellt, um zugleich zentrale Arbeitnehmer*inneninteressen hervorzuheben:

„Die Hälfte unserer Mitglieder sagt: Die Arbeit der Bundesregierung ist gut. Das sagt die Hälfte unserer Mitglieder! Wenn du aber fragst: Macht die Regierung genug für Arbeitnehmer? Dann sagen 80 Prozent: Nein, das tut sie nicht! Wenn du fragst: Ist der Zwölfstundentag eine gute Idee? Dann sagen 82 Prozent: Nein, das ist keine gute Idee! [...] Bei uns gibt es einfach auch Leute, die nicht wirklich viel nachgedacht haben. Aber wer gibt denn schon Falsches vor [anderen] Leuten zu?“ [Ö-13, Z. 121–136]

Die Selbstdarstellung der FPÖ als neue Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen erzeugte eine breite Resonanz. Obwohl viele FPÖ-Wähler*innen

dieser Selbstverortung aufgrund der arbeits- und sozialpolitischen Programmatik und Praxis skeptisch gegenüberstanden, trug sie dazu bei, dass – zumindest im öffentlichen Diskurs – inkludierend-solidarische von exkludierend-solidarischen Handlungsoptionen vielfach verdrängt und nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen wurden.

Die gesellschaftspolitische Kommunikations- und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften hat in diesem Sinne Defizite. Diese genauer zu bestimmen, ist allerdings nicht leicht. In unseren Interviews schätzten Gewerkschafter*innen ihre eigene gesellschaftspolitische Präsenz als eher schwach ein. Folgende Probleme trugen aus ihrer Sicht zu dieser Schwäche bei: *erstens* die geringe Beteiligung und gesamtgewerkschaftliche Reichweite politischer Bildungsformate [Ö-I5, Z. 301]; *zweitens* eine fehlende Öffentlichkeitswirksamkeit gewerkschaftseigener Zeitungen und Medien bei gleichzeitiger Gewerkschaftsfeindlichkeit der großen Zeitungen und der Boulevardpresse [Ö-I2, Z. 153–158]; *drittens* die nach wie vor begrenzte Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren; *viertens* der gewerkschaftliche Kommunikationsfokus auf Fakten und Daten bei fehlender Emotionalisierung: „Wir überlassen Emotionen ausschließlich den Rechtspopulisten und tun so, als wäre Emotion fehl am Platz“ [Ö-I3, Z. 336–346]. Ein effektives Storytelling, das emotionale Identifikationsfläche bietet und an Alltagsrealitäten anbindet, ist zumindest unterentwickelt:

„Ein einfaches Video, wo ein Gewerkschafter mit einem Pflasterer auf die Bühne geht und mit dem Pflasterer erzählt, was der Zwölfstudenten Tag für Auswirkungen hat [...]: Was heißt das für den Pflasterer, wenn er statt acht Stunden zwölf Stunden pro Tag [...] über sein Kreuz bringen muss? Dieses eine Video, wo nicht groß die Gesundheitspolitik, sondern einfach der einzelne Mensch, der Günther heißt, [zeigt,] was das für ihn bedeutet; und dieses Video dann 800.000 Mal auf Facebook und 900.000 Mal auf YouTube angeschaut wird – in Summe 1,7 Millionen Mal –, dann weiß ich, dass diese Geschichte geht. Aber wir sind nicht in der Lage, diese Geschichten zu erzählen!“ [Ö-I3, Z. 351–370]

3.3.3 Organisationspolitische Probleme

Die FPÖ wird in erheblichem Maße von Arbeiter*innen unterstützt. Nachdem es ihr 1999 erstmals gelungen war, mehr Arbeiter*innen für sich zu mobilisieren als die SPÖ, versuchten wissenschaftliche Studien bereits Anfang und Mitte der 2000er Jahre, den Erfolg der rechtspopulistischen Partei im Arbeiter*innenmilieu zu ergründen (McGann/Kitschelt 2005; Oesch 2008). Seither ist die Mobilisierungsquote für die FPÖ unter Arbeiter*innen stetig

gewachsen. Sie erhöhte sich 2013 auf 34 Prozent (ORF 2013) und bei der Nationalratswahl 2017 auf 59 Prozent (SORA/ISA 2017, S. 5). Erst zuletzt, bei den Nationalratswahlen 2019, sank die Unterstützungsquote wieder auf circa 48 Prozent der Arbeiter*innen (SORA/ISA 2019, S. 11).

Es lässt sich zunächst annehmen, dass gerade die Gewerkschaften, die in Österreich immerhin insgesamt 1.211.465 Mitglieder (Hochrechnung 2018, vgl. ÖGB 2019) und damit ein gutes Achtel der österreichischen Bevölkerung vertreten, organisationsintern mit der starken FPÖ-Orientierung der eigenen Mitglieder zu kämpfen haben. Studien von Simon Oesch (2008), Line Rennwald (2015) und zuletzt Mosimann/Rennwald/Zimmermann (2019) haben in der Vergangenheit allerdings aufgezeigt, dass nichtgewerkschaftlich organisierte Wähler*innen mit höherer Wahrscheinlichkeit FPÖ wählen. In diesem Sinne lässt sich der Gewerkschaftsmitgliedschaft ein abschwächender Effekt beimessen.

Nichtsdestoweniger sind die organisationspolitischen Folgen des Rechtspopulismus für die Gewerkschaften problematisch. Die von uns interviewten Expert*innen und Gewerkschaftsvertreter*innen stehen den Angriffen auf die institutionelle Macht der Arbeitnehmer*innen geradezu alarmiert gegenüber. Die Reichweite rechter Diskurse in die Gewerkschaften hinein bewerten sie hingegen sehr zurückhaltend. Ein Erklärungsfaktor für diese – auch im europäischen Ländervergleich mit den Niederlanden und Schweden – eher unaufgeregte Einschätzung der innergewerkschaftlichen Fragmentierungsprozesse mag die langjährige Präsenz der FA im fraktionspolitischen Gefüge des ÖGB sein. Diesen gelang es trotz wiederholter Versuche bislang nicht, „einen Fuß in die Betriebe“ zu bekommen. Bei den letzten Arbeiterkammerwahlen konnte insbesondere die FSG mit 60,5 Prozent einen historischen Erfolg erringen. Im Vergleich hierzu steigerte sich die FA-Fraktion nur um 0,39 Prozentpunkte auf 10,07 Prozent (Der Standard 2019).

„Der FPÖ ist es nicht gelungen – das haben sie vor allem in den 1980er Jahren oder [in den] 90er [Jahren] noch versucht –, in der Gewerkschaftsbewegung Fuß zu fassen. Im öffentlichen Dienst, in einzelnen Bereichen bei der Polizei, sind die Freiheitlichen Arbeitnehmer doch stark geworden. Aber wenn man sich die Arbeiterkammerwahlen anschaut oder die Kräfteverhältnisse im ÖGB, dann ist ihnen nicht gelungen, was sie machen wollten: Sie wollten da stärker rein! Und vor allem ist es deshalb ein Gegensatz zu den Wahlerfolgen bei bestimmten Gruppen der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Nationalratswahlen oder Landtagswahlen [...]. Und d. h. auch, dass für die FPÖ die Gewerkschaften und Arbeiterkammern immer noch die Gegner sind!“ [Ö12, Z. 50–57]

Die Gefahr, dass rechte Funktionär*innen von innen die Fragmentierung und Erosion der solidarischen Wertebasis und Mobilisierungskraft der Gewerkschaften vorantreiben, scheint allgemein nicht besonders groß zu sein. Gemäß der Einschätzung unserer Interviewpartner*innen bekennen sich derzeit nur wenige amtierende Betriebsrät*innen zu den FA [Ö-I3, Z. 29–35]. Öffentliche Diskussionen über die Notwendigkeit von Ausschluss- oder Amtenhebungsverfahren aufgrund rechtsextremer Haltungen hat es im ÖGB bislang kaum gegeben. Nur einzelne Gewerkschaftsfraktionen – darunter vor allem der *Gewerkschaftliche Linksblock* (GLB) in seinem Grundsatzprogramm – fordern schon länger den Ausschluss der FPÖ aus dem ÖGB (Rybak 2010; GLB 2018). Grundsätzlich scheinen im ÖGB allerdings keine großen Sorgen zu bestehen, dass durch die FPÖ-Vertreter*innen im ÖGB-Vorstand die Organisationskraft in arbeits- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen geschwächt werden könnte. Der Einfluss der kleinen freiheitlichen Fraktion sei sehr gering [Ö-I1, Z. 237–238] und Positionen im Vorstand häufig nicht kontrovers. Grundsätzlich erfreue man sich der Unterstützung der christlichen Arbeitnehmer*innen [vgl. Ö-I1, Z. 390–395] ebenso wie derjenigen der FA:

„Die Freiheitlichen sind schon seit den 70er Jahren Teil des ÖGB. Die haben einen Platz im Bundesvorstand. Und wir setzen uns damit auseinander. Das Problem ist: Der Freiheitliche, der im Bundesvorstand sitzt, der stimmt IMMER mit uns ab. Es ist alles einstimmig! Aber das ist ja auch der Freiheitliche, der bei uns auch sitzt. Das ist ja wirklich ein Gewerkschafter. Kein Parteilicher!“ [Ö-I3, Z. 528–532]

Gering erschien unseren Gesprächspartner*innen auch die Gefahr einer Fragmentierung der innerbetrieblichen Solidarität. Sie berichteten, dass österreichische Betriebe zwar mit (eher allgemeinen) diskriminierenden und rassistischen Äußerungen in ihrer Belegschaft zu kämpfen hätten, dass in der Abwehr solcher Äußerungen aber nach wie vor auf sehr stabile innerbetriebliche Solidaritätsstrukturen zwischen den Mitarbeiter*innen zurückgegriffen werden könne. Obwohl also diffuse – im zivilgesellschaftlichen Diskurs verankerte – Aversionen, besonders gegenüber Migrant*innen, das Betriebsklima merklich beeinflussen, fragmentiert dieser Antagonismus bislang nicht die Arbeiter*innenkollegialität. Wie unser*e ÖGB-Gesprächspartner*in anmerkte, komme es bei Nachfragen eher zu solidarisierenden Statements im Stil von:

„Ja, um die [unsere Kolleg*innen] geht es ja nicht. Bist du verrückt? Da ist der Assem; der ist ja selber arm! Das ist ja unser Kollege!“ [Ö-I3, Z. 83–84]

Zugleich gibt es in den Reihen der Gewerkschafter*innen aber auch Zweifel, ob die alltäglichen gewerkschaftlichen Praktiken in den Betrieben vom gesellschaftspolitischen Kursschwenk und der Diffusion rechtspopulistischer Weltbilder gänzlich unberührt bleiben. Vor einiger Zeit wurden hierzu erste Untersuchungen durchgeführt (Flecker/Kirschenhofer 2007). Die jüngeren Entwicklungen betreffend liegt bislang jedoch noch kein gefestigtes Wissen vor. Bei den Beteiligten gibt es eher eine beträchtliche Unsicherheit:

„Aber sich auch wirklich mal genauer anzuschauen, wie in so einem Betrieb Einstellungsprozesse ablaufen – wie redet man mit wem über was, was wird thematisiert, was wird nicht thematisiert, gibt es Räume für politischen Austausch, ja – nein, wie sehr hängt das vom Betriebsrat ab und solche Sachen. Da gibt es einfach kein Wissen. Das ist auch so eine Blackbox.“ [Ö-15, Z. 501–504]

Für das österreichische Kapitalismusmodell sind stark institutionalisierte Modi der neokorporatistischen Interessenaushandlung und politischen Einflussnahme konstitutiv. Vertreter*innen des ÖGB sehen in der bislang sehr stabilen Sozialpartnerschaft und der enorm hohen tariflichen Abdeckung von 98 Prozent (Berechnung 2017, OECD 2019) wichtige Gründe dafür, dass (rechten) Einstellungen auf der Mitgliederebene bis dato eher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde:

„Das österreichische Modell der Arbeitsbeziehungen funktionierte bislang super und deswegen hat man beim Rechtspopulismus immer gesagt: Das braucht man nicht! Mit dem Thema braucht man sich nicht zu beschäftigen.“ [Ö-15; Z. 684–689]

All diese Aspekte verweisen auf eine starke organisationspolitische Kontinuität. In Reaktion auf die rechtspopulistische Infragestellung der klassischen gewerkschaftlichen Einflusskanäle scheint es allerdings auch zu einer verstärkten Mitgliederorientierung zu kommen. Die österreichischen Gewerkschaften führten angesichts herber und konstanter Mitgliederverluste bereits in den 2000er Jahren Revitalisierungsdebatten (Die Presse 2014). Obwohl die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit 2016 wieder zunimmt (ÖGB 2019), zeigen sich die Gewerkschafter*innen besorgt darüber, dass eine jahrelang schwache Mobilisierungsorientierung des ÖGB die organisatorische Kampfkraft gegen den Rechtspopulismus lähmen könnte. Die Gründe hierfür sehen unsere Gesprächspartner*innen allerdings weniger in der exkludierenden Solidarität des Rechtspopulismus, die die gewerkschaftlichen Wertorientierungen unterminiert, als in einer allgemeinen, strukturelleren Problematik: Viele Mitglieder sind abseits von Kollektivvertragsverhandlungen und Lohn-

erhöhungen kaum noch dazu bereit, sich gewerkschaftspolitisch zu engagieren. Die Gewerkschaften werden häufig nur noch als bezahlte Dienstleister wahrgenommen, weniger aber als solidarische Interessenorganisationen, die auf die Kampf- und Mobilisierungsbereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen sind. Die Kommunikation und Praxis der Gewerkschaften selbst sind hierfür mitverantwortlich:

„Wir sehen an der Sozialpartnerschaft, dass du [als Gewerkschaftsvertreter*in] nach dem Grundsatz arbeitest: ‚Wir machen das für euch! Ihr zahlt einen Beitrag und wir machen das.‘ Das ist das Prinzip. Aber wenn du dieses Prinzip hast – wie es ja schon immer in der Sozialpartnerschaft gewesen ist – dann sind die Leute nicht bereit zu kämpfen, sondern sagen: ‚Nein entschuldige! Der Deal war: Ich zahle und du regelst. Also regele!‘“ [Ö-13, Z. 160–168]

Die mit der Serviceorientierung verbundene Entpolitisierung der Gewerkschaften bildet nun ihrerseits ein potenzielles Einfallstor für die FPÖ. Diese hat in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, die Arbeitnehmer*innenvertretungen als Teil einer sich selbst bereichernden, korrupten Politelite darzustellen und durch die Verwendung von „durchaus nationalsozialistischen Begriffen wie Bonzen“ [Ö-I1, Z. 63–64] das öffentliche Ansehen und die Legitimation der Gewerkschaften zu schwächen; hierbei handelt es sich um einen Prozess, der durch einige Skandale der Gewerkschaften gefördert wurde.¹¹

3.4 Reaktionen und Strategien der österreichischen Gewerkschaften

Es ist ein Kernanliegen des ÖGB, Diskurse abzuwehren, die auf eine ethnisch exkludierende Umgestaltung von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat zielen. Verschiedene Faktoren erschweren es ihm jedoch, eine konfliktive und ausgrenzende Strategie gegenüber der FPÖ zu praktizieren. Spätestens seit der mehrmaligen Regierungsbeteiligung – und der damit einhergehenden Normalisierung der Partei im öffentlichen Diskurs – kommt eine Cordon-sanitaire-Strategie gegenüber der rechtspopulistischen Partei nicht mehr infrage.

11 Zu erwähnen ist insbesondere der BAWAG-Skandal, der vor allem darin bestand, dass die ÖGB-eigene Österreichische Bank für Wirtschaft und Arbeit zu Beginn der 2000er Jahre beträchtliche Verluste (etwa zwei Milliarden Euro) bei Spekulationsgeschäften erlitt, die schließlich vom ÖGB und den Mitgliedern getragen werden mussten.

Konfrontative Konfliktstrategien sind bei den österreichischen Gewerkschaften auch deswegen nicht zu beobachten, weil der ÖGB selbst intern nach Fraktionen organisiert ist. Seit den 1970er Jahren sind auch die FA Teil eines überparteilichen innergewerkschaftlichen Aushandlungsprozesses. Die Aufrechterhaltung einer überparteilichen internen Operationsweise hindert den Dachverband daran, gezielt Stellungnahmen gegen die FPÖ zu veröffentlichen. Entsprechende Dokumente oder Pressemitteilungen sind daher nicht zu finden. Darüber hinaus ist dem gewerkschaftlichen Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken daran gelegen, der hohen Zahl seiner rechtspopulistisch affinen Mitglieder nicht vor den Kopf zu stoßen. Der ÖGB steht also vor der Aufgabe, die rechtspopulistischen Diskurse der FPÖ nicht unbeantwortet zu lassen, ohne die Partei direkt anzugreifen. Er setzt hierzu auf ein spezifisches Set an Strategieelementen:

- Konzentration auf arbeiternehmer*innenfeindliche und neoliberale Elemente der Regierungspolitik;
- Information und Mobilisierung der eigenen Mitglieder und FPÖ-Wähler*innen durch die Thematisierung der Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital;
- Verzicht auf eine paternalistische Bevormundung;
- Erarbeitung gewerkschaftspolitischer Alternativen im Bereich der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik;
- Befähigung von Betriebsrät*innen und Mitgliedern zum Umgang mit rechten Diskursen im Betrieb

3.4.1 Diskursiv-öffentlicher Handlungsraum: Zwischen Politisierung und Entpolitisierung

Den Gewerkschaften fällt es nicht leicht, sich im diskursiv-öffentlichen Raum eindeutig zu positionieren. Zum einen wollen sie ihren eigenen Vertretungsanspruch für alle abhängig Beschäftigten festigen und hierbei die „Hegemonie“ rechter Diskurse durchbrechen; zum anderen können sie sich als Einheitsgewerkschaft kaum parteipolitisch positionieren. In diesem Spannungsfeld haben die österreichischen Gewerkschaften unterschiedliche strategische Zugänge entwickelt (vgl. [Tabelle 6](#)). Sie versuchen zu differenzieren zwischen der Partei- und Regierungspolitik der FPÖ auf der einen und den Einstellungen rechtspopulistischer affiner Wähler*innen auf der anderen Seite.

Um den Anspruch der politischen Überparteilichkeit nicht aufzugeben, sehen die Gewerkschaften vielfach davon ab, die FPÖ als Partei direkt anzu-

Handlungsempfehlungen österreichischer Gewerkschafter*innen im diskursiv-öffentlichen Handlungsraum

zu empfehlen

Selbstdarstellungen der FPÖ als sozial und arbeitnehmer*innenfreundlich widerlegen, indem die Schlechterstellung der Arbeitnehmer*innen durch die Regierungspolitik kritisiert wird

innerbetriebliche solidarische Bindungskräfte nutzen und die betriebliche Arbeitsmarktintegration vorantreiben

Anschlusspotenziale nutzen, indem alltagsweltliche Probleme der Wähler*innen thematisiert und die Konsequenzen der FPÖ-Politik erklärt werden

programmatische Alternativvorschläge erarbeiten

nicht zu empfehlen

Parteien als solche als rechtspopulistisch oder rechtsextrem angreifen

annehmen, dass innerbetrieblich nicht auf Solidarität zwischen Arbeitnehmer*innen zurückgegriffen werden kann

Wähler*innen der FPÖ als rechtspopulistisch „stigmatisieren“

sich auf die Erarbeitung programmatischer Alternativen durch die Parteien links der Mitte verlassen

Quelle: Eigene Darstellung

greifen. Sie richten nach eigenen Angaben ihre Aufmerksamkeit stattdessen auf deren Politik in der ÖVP-FPÖ-Koalition (2017–2019) und zeigen sich recht findig darin, die FPÖ – und auch die ÖVP – indirekt zu kritisieren. Zugleich versuchen sie ihre eigenen Ziele, d. h. die Verteidigung von Arbeitnehmer*inneninteressen (gesicherte Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung), als unpolitisch oder vielmehr: als überparteilich zu markieren, sich also jenseits der politischen Lager zu verorten – nach dem Motto: „Wir sind keine politische Opposition. Das heißt, wir sind immer für Verhandlungen bereit“ [Ö-I1, Z. 379–380]. Als „überfraktionelle“ und „unpolitische“ Organisation sei es bedeutsam, „nicht Parteien, sondern einzelne Maßnahmen“ [Ö-I3, Z. 59] zu kritisieren. Weil nun überparteiliche Positionen leicht und häufig mit wertfreien Positionen verwechselt werden, hat diese Perspektive mitunter problematische Konsequenzen. Sie birgt unter anderem die Gefahr, auch für rechtspopulistisch affine Personen, z. B. solche mit rassistischen, frauenfeindlichen oder homophoben Grundeinstellungen, eine gewerkschaftliche Identifikationsfläche bereitzustellen.

Dabei sehen die meisten Funktionär*innen des ÖGB die eigene Organisation durchaus als politisch, nur nicht als parteipolitisch festgelegt. Die parteipolitische Vermittlung eigener Interessen und Ziele in den Gesetzgebungsprozess hinein bleibt damit zumeist implizit. Der ÖGB mischt sich im Unterschied zur schwedischen LO (*Landsorganisationen i Sverige*) nicht direkt, z. B. in Form eines offiziellen Wahlaufrufs, in den Wahlkampf ein. Allerdings tragen Dokumente – z. B. der Wahlprogramm-Check des ÖGB Burgenland (ÖGB Burgenland 2019) – zur öffentlichen Positionierung der Gewerkschaften bei, indem sie sichtbar machen, welche Parteiprogramme mit den Zielen der Arbeiter*innenbewegung übereinstimmen. Auch die Ersteinschätzung des Regierungsprogramms durch den ÖGB folgt diesem Muster (ÖGB 2018a). In den nachfolgenden zwei Regierungsjahren wurde nicht nur die Programmatik, sondern auch die Praxis der FPÖ seitens des ÖGB intensiv unter die Lupe genommen. Selbst nach dem Zusammenbruch der Regierungskoalition im Frühjahr 2019 wurde das parteipolitische Abstimmungsverhalten der FPÖ weiter sehr aufmerksam beobachtet.¹²

Die Vorgehensweise des ÖGB und seiner Einzelgewerkschaften, sich in erster Linie auf die Kritik der Regierungspolitik zu konzentrieren, gestaltet sich allerdings weder leicht noch strategisch kohärent. So unterstützt der ÖGB seit vielen Jahren die öffentliche antirassistische Bildungsarbeit und ist Gründungs- und Finanzierungsmitglied des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ), das sich im Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen um die Aufarbeitung des historischen Nationalismus wie auch um die Beobachtung, (wissenschaftliche) Begleitung und pädagogische Bearbeitung aktueller rechter bis rechtsextremer gesellschaftlicher Weltbilder kümmert. Die öffentliche Thematisierung der nationalsozialistischen Parteiwurzeln der FPÖ verdeutlicht die grundlegend ablehnende Haltung des ÖGB. Auch die Charakterisierung der FPÖ-Politik als rechtspopulistisch – häufig sogar rechtsextrem – ist in den ÖGB-Gewerkschaften weit verbreitet und im alltäglichen Gewerkschaftsdiskurs durchaus präsent. Nicht wenige Gewerkschafter*innen sehen in der FPÖ ein drittes großes politisches Lager, das einen „ganz rechten politischen Diskurs aufrechterhält“ [Ö-15, Z. 81–82] und „ausgeprägt rechtsextrem bis rechtspopulistisch“ [Ö-11, Z. 10] ist.

12 Dies gilt z. B. für Beiträge der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE 2019), die das Abstimmungsverhalten der FPÖ bezüglich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Nachtschwerarbeiter*innen genau verfolgte. Besonders aktiv in ihrer öffentlichen Arbeit gegen rechts zeigte sich bislang die größte ÖGB-Teilgewerkschaft GPA-djp.

Mit ähnlicher Stoßrichtung veröffentlichten der ÖGB und die AK in ihrer Zeitschrift *Arbeit & Wirtschaft* im Oktober 2017 ein Schwerpunktheft zum Thema Populismus, das gezielt vor dem freiheitlichen als einem rechtspopulistischen Wirtschaftsprogramm warnte (Evers 2017, S.16). Im Heft 10/2018 derselben Zeitschrift wurde die institutionelle Bedrohung der AK mit Angriffen auf die Arbeiter*innenvertretungen im Nationalsozialismus verglichen.¹³ Auch aktuelle Veröffentlichungen aus dem ÖGB-Verlag nehmen die Partei, ihre faschistischen, aber auch neoliberalen Strömungen sehr direkt in den Blick (vgl. Bonvalot 2017). Seit 2017 veröffentlicht das Mauthausen Komitee beispielsweise jährlich (zuletzt im August 2019) „Einzelfallstudien“ zu den rechtsextremen Aktivitäten von FPÖ-Abgeordneten (MKÖ 2019). Die Publikationen stellen infrage, dass sich die FPÖ hinreichend von ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit gelöst hat und sie wirklich als regierungsfähig betrachtet werden sollte.

Jenseits dieser allgemeinen Einordnung lag der Fokus des ÖGB in den vergangenen zwei Jahren vor allem darauf, die neoliberale und arbeitnehmer*innenfeindliche Praxis der schwarz-blauen Regierung offenzulegen. Unseren Interviewpartner*innen zufolge waren die strategischen Reaktionen der ÖGB-Führung aufgrund der prekären Balance zwischen gesellschaftspolitischem Engagement und parteipolitischer Zurückhaltung partiell ambivalent:

„Das ist eben auch immer die Schwierigkeit: Die Balance zu finden im Vorstand des ÖGB. Mal als EINE Stimme fraktionsübergreifend zu agieren, dann aber auf eine Regierung zu antworten, wenn diese arbeitnehmerfeindliche Politik betreibt.“ [Ö-15, Z. 197–199]

Ungeachtet der fortbestehenden Ambivalenzen und punktueller Meinungsunterschiede ist allerdings erkennbar, dass sich der ÖGB im öffentlichen Diskurs derzeit weniger darauf konzentriert, Antagonismen zwischen rechtspopulistisch und nichtrechtspopulistisch aufzubauen, als vielmehr – mit Bezug auf soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten – soziale Spaltungslinien zwischen Arbeit und Kapital sichtbar zu machen, wie z. B. aus folgen-

13 Unter dem Titel „Die Knebelungsstrategie“ findet sich auf Seite 4 ein ausführlicher Rekurs auf die nationalsozialistische Entmachtung der Arbeitnehmer*innenvertretung; und auch an anderer Stelle wird die versuchte Einschüchterung von Betriebsrät*innen unmissverständlich als politische Repression beschrieben. „Das sind Methoden aus dem 19. Jahrhundert, mit welchen kritische ArbeitnehmervertreterInnen mundtot gemacht werden sollen“, äußert sich Rudolf Silvan, der Vorsitzende der AUVVA-Landesstelle Wien in der ÖGB-Zeitschrift *Solidarität* (2019, S. 18) zur versuchten Einschüchterung von Betriebsrät*innen der AUVVA.

dem Meinungsbeitrag der Autoren Schnetzer und Rehm im Magazin *Arbeit & Wirtschaft* hervorgeht:

„Diese Regierung muss daran gemessen werden, ob ihre Politik der Vermögenselite dient oder ob sie die Lebensbedingungen für die ArbeitnehmerInnen und die Arbeitslosen verbessert.“ (Schnetzer/Rehm 2018)

Nicht selten wurde in ÖGB-Beiträgen die neoliberale und arbeitnehmer*innenfeindliche Regierungspraxis der ÖVP/FPÖ hervorgehoben, ohne diese als Teil eines rechtspopulistischen Profils zu identifizieren. Zahlreiche Meinungsbeiträge zur Kritik der neoliberalen Perspektiven der FPÖ finden sich in den gewerkschaftlichen Zeitschriften und Onlineblogs (vor allem *Arbeit & Wirtschaft*). Gängig sind auch separate Positionierungen verschiedener Flügel und Organisationen im ÖGB (vgl. z. B. Beiträge der *Linken Gewerkschaftsjugend* in Auzinger 2018). Besonders aktiv in der Veröffentlichung kritischer Pressemitteilungen zeigt sich darüber hinaus die *Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier* (GPA-djp).

Die Reaktionen des ÖGB nehmen oft auch sehr direkt Bezug auf Interpretationen und Selbstbezeichnungen der FPÖ als „soziale Heimatpartei“ und „Arbeiterpartei“. In politischen Statements, Pressemitteilungen und (Bildungs-)Materialien versucht der ÖGB, die von der Regierung als „sozial“ präsentierten Maßnahmen – z. B. Reformen in der Familien- und Kindersicherung – in ihrer Wirksamkeit zu hinterfragen und die negativen sozialen und verteilungspolitischen Konsequenzen für Arbeitnehmer*innen herauszustreichen. Eine Resolution der ÖGB-Vorständekonferenz im Mai 2018 verankerte diese Herangehensweise als offizielle Strategie (Wilfingseder 2018). In der gemeinsamen Resolution heißt es:

„In einem ersten Schritt werden wir mit Information und Aufklärung auf unhaltbare Stimmungsmache von RegierungsvertreterInnen reagieren, die – Beispiel Sozialversicherung – durch Fakten nicht haltbar ist. Wenn notwendig, werden in ganz Österreich Belegschaftsvertretungskonferenzen einberufen.“ (ÖGB 2018e)

Das Dokument gibt sehr ausführlich die Positionen und Forderungen des ÖGB zur Reform der Sozialversicherung, der Arbeitszeit und der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung wieder (ÖGB 2018e, S. 3–6). Auch die ÖGB-Pressemitteilungen, die in den vergangenen Jahren in Reaktion auf die Reform- und Gesetzesvorhaben der Regierung zahlreich und vielfältig waren, veranschaulichen die strategische Schwerpunktsetzung auf „Information und Aufklärung“. In ihrer kämpferischen Sprache dienen sie darüber hinaus der

Mobilisierung und Politisierung: „Das ist keine Reform, das ist ein Anschlag auf die Versorgung der Versicherten“ (ÖGB 2018c). Eine „Jagd auf Kranke“ (Heute 2018), kommentierte beispielsweise Wolfgang Katzian – seit Juni 2018 Präsident des ÖGB – die Reform der Sozialversicherung. Dass viele der von der ÖVP-FPÖ-Koalition eingeleiteten Maßnahmen, so auch die Arbeitszeitflexibilisierung, die Rechte der Arbeitnehmer*innen sichtbar schwächen, hat es den österreichischen Gewerkschaften leicht gemacht, sich – auch rhetorisch – auf die traditionelle Konfliktlinie des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital zu beziehen. In der ÖGB-Mitteilung „Arbeitnehmer sind keine Untertanen“ verkündete Katzians Amtsvorgänger Erich Foglar (ÖGB 2018d):

„Es ist ein sehr durchsichtiges Manöver, das die Regierung der Bosse und Konzerne hier durchführt. Auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen wird die Industrie mit Steuergeschenken und der 60-Stunde[n]-Woche belohnt. Um diese Arbeitszeitflexibilisierung gut zu verkaufen, schreckt die Regierung leider auch nicht vor der Verbreitung von ‚Fake-News‘ zurück.“

In Ergänzung zur Kritik werden seitens der Gewerkschaften auch programmatische Alternativen in der Gestaltung der Arbeits- und Sozialpolitik genannt. Dies verweist darauf, dass sich Gewerkschafter*innen nicht auf die Erarbeitung politischer Antworten durch die Parteien verlassen, sondern selbst initiativ werden (vgl. z. B. [Tabelle 7](#)). Die diskursive Verteidigung des Sozialstaates durch die österreichischen Gewerkschaften hebt dabei die positiven Effekte hervor, die starke inklusive sozialstaatliche Leistungssysteme für die Arbeitnehmer*innen und auch für die Arbeitgeber*innen haben (Fadler 2019, S. 15): so etwa die stabilisierende Wirkung für das österreichische Wirtschaftssystem, eine Stärkung der Standortqualität, ein hohes Wohlstandsniveau und eine verbesserte allgemeine Sicherheit durch soziale Sicherheit (vgl. Knopp/Seelhofer 2019, S. 19).

Der ÖGB verfolgt mit seiner Strategie verschiedene Ziele: *Erstens* soll öffentlicher Druck auf die Regierung aufgebaut werden, um weitere Einschnitte in die institutionelle Macht der Arbeitnehmer*innenvvertretungen – notfalls mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen – zu verhindern. Ein *zweites* Ziel der ÖGB-Strategie besteht darin, über ihr gewerkschaftliches Engagement auch weiterhin (potenzielle) FPÖ-Wähler*innen anzusprechen und ungeachtet deren rechtspopulistischen Affinitäten für die Kritik der Regierungspolitik zu mobilisieren. Scharfe gewerkschaftliche Positionierungen dienen *drittens* dazu, die Wahrnehmung der Gewerkschaften bei ihren eigenen Mitgliedern zu verbessern und eine größere Zustimmung für die eigenen arbeits- und sozialpolitischen Aktivitäten zu erhalten. Eine gestärkte gewerkschaft-

Ausgewählte programmatische Alternativvorschläge des ÖGB für Mindestsicherung und Arbeitszeitgesetz

Vorschläge des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mindestsicherung	Berufsschutz stärken; Berufswahlfreiheit für Frauen stärken; Wiedereinstiegschancen nach Karenzzeiten stärken; betriebliche Arbeitsbedingungen stärken statt Zumutbarkeitsbestimmungen verschärfen; gute Betreuung arbeitsloser Menschen durch ausreichende Mittel für den AMS gewährleisten (unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheit etc.); Aktion 20.000 als Wiedereingliederungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Menschen fortführen ¹⁴
Arbeitszeitflexibilisierung	Gestaltungsautonomie der Arbeitnehmer*innen (Zeitausgleich, Abbau von Überstunden); lebensphasenspezifische Arbeitszeitanpassung; Schutz des*der Einzelnen vor überbordenden Anforderungen der Arbeitswelt; Schutz der Gesundheit; Hervorhebung emanzipatorischer Aspekte (arbeitsgesetzliche Absicherung von Arbeitszeitsouveränität); Arbeitspolitik als Hebel zur Stärkung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer*innen durch Kollektivvertragsverhandlungen

Quelle: Eigene Darstellung

liche Deutungsmacht soll unter anderem erreicht werden durch eine Sichtbarmachung früherer Erfolge der Gewerkschaften – z.B. durch inhaltliche Beiträge zur Lohnsteuerreform 2016 oder zur Rentenreform 2004 – ebenso wie durch die Vermittlung von Informationen über die Geschichte, Aufgaben und Leistungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Die gewerkschaftliche Strategie gegenüber rechtspopulistisch affinen Wähler*innen ist so angelegt, dass die jeweiligen Kontextbedingungen und Motive berücksichtigt werden. Sie hat in diesem Sinne einen stark einbindenden Charakter und greift auf die Annahme zurück, dass Arbeitneh-

¹⁴ Bei der „Aktion 20.000“ handelte es sich um ein Förderprogramm für langzeitbefristete ältere Menschen über 50 Jahre. Indem der Bund die Lohn- und Lohnnebenkosten für zwei Jahre übernahm, sollten bei Gemeinden, gemeinnützigen Organisationen und sozialen Unternehmen insgesamt 20.000 staatlich geförderte und kollektivvertraglich bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Aktion wurde von der ÖVP-FPÖ-Koalition vorzeitig beendet.

mer*innen vermehrt mit sozioökonomischen Misständen zu kämpfen haben und mitunter deshalb rechtspopulistische Parteien wählen.

„Der Druck wird größer, das Einkommen bleibt gleich und ich muss immer mehr für das Wohnen ausgeben. Und diese Vorwurfshaltung der Leute ist da. Und früher haben sie gesagt, da muss sich was ändern, und haben die FPÖ gewählt!“ [Ö-I3, Z. 252–255]

Die Gewerkschaften versuchen auch diese Wähler*innen zu erreichen, indem sie ihnen die negativen Effekte der Regierungspolitik – vor allem für sie selbst – vor Augen führen. Die Entkopplung der Diskussion vom Rechtspopulismus und von Rassismuskorrekturen soll bewirken, dass Arbeitnehmer*innen sich – wieder – mit den Gewerkschaften und den Zielen der Arbeitnehmer*innenbewegung identifizieren. Diese Vorgehensweise impliziert eine Entstigmatisierung der Wähler*innen, die oft als uniformiert, unwissend und naiv betrachtet werden. Vertreter*innen des ÖGB betonen, dass sie aufgrund der starken Abwehrreaktionen mittlerweile davon absehen, Einzelpersonen verantwortlich zu machen, z. B. im Stil von „Ja du bist schuld! Weil du die Drecksbagage gewählt hast“ [Ö-I3, Z. 128]. Stattdessen sollen ein „Aha-Effekt“ und ein Solidarisierungsmoment mit allen Arbeitnehmer*innen herbeigeführt werden, à la: „Schon arg, wie die [FPÖ], die DU gewählt hast, DICH ver-rät, indem sie den Zwölfstundentag einführt“ oder: „Das hätte ich der FPÖ nicht zugetraut, dass sie die kleinen Leute im Stich lassen“ [Ö-I3, Z. 134].

Ein zentrales Anliegen der gewerkschaftlichen Kommunikation besteht demzufolge *erstens* darin, eine persönliche Identifikation von Arbeitnehmer*innen mit den Negativkonsequenzen der Regierungspolitik herbeizuführen („Was bedeutet das für DICH persönlich, der Zwölfstundentag“ [Ö-I3, Z. 427]), ohne die Regierung als solche anzugreifen und damit einen unpolitischen, fraktionsübergreifenden Anspruch zu verlieren. *Zweitens* geht es darum, die Folgen der FPÖ-Politik für Arbeitnehmer*innen an lebensweltlichen Beispielen zu illustrieren, z. B. die Folgen der Arbeitszeitregelung für Alltag und Freizeit. Was passiert z. B. „wenn man ein Fußballticket fürs Stadion hat, aber der Chef einem trotz ‚Freiwilligkeitsregelung‘ nicht freigibt.“ [Ö-I3, Z. 402–410]). *Drittens* schließlich soll die emotionale persönliche Identifikation von Arbeitnehmer*innen mit den Gewerkschaften gestärkt werden, indem z. B. Angriffe auf die Arbeitnehmer*innenvertretungen als Angriff auf die eigene Person interpretiert werden.

Die wachsenden Mitgliederzahlen des ÖGB und eine hohe Beteiligung an dessen Demonstrationen (ca. 120.000 Menschen bei der Demonstration gegen die Arbeitszeitflexibilisierung im Sommer 2018) zeigen, dass diese diskursiven

Strategien im öffentlichen Raum erfolgreich sind. Gleichwohl lässt sich hinterfragen, ob durch die tendenzielle Ausklammerung des „Migrationsthemas“, wie sie durch den ÖGB praktiziert wird, einer Erosion der Solidarität mit Arbeitskräften mit Migrationsgeschichte begegnet werden kann. In dieser Ausklammerung oder zumindest Zurückhaltung des ÖGB reflektiert sich die Rücksichtnahme auf unterschiedliche politische Fraktionen in der Organisation. Unseren Gesprächspartner*innen zufolge gibt es dort „keine Mehrheiten“ [Ö-I5, Z. 161–165]. Entsprechend versuche man „das Thema gar nicht zu streifen“ [ebd.] und „wirkliche Arbeitszeitfragen, Sozialthemen und was auch immer“ [ebd.] zu diskutieren, ohne deren ethnische oder rassistische Aufladung zu thematisieren. Die Nichtthematisierung des „Migrationsthemas“ außerhalb der betrieblichen Kontexte [Ö-I3, Z. 48–49] scheint symptomatisch für die gesellschaftspolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften zu sein. Dies verweist zugleich auf eine beträchtliche Anschlussfähigkeit migrationsfeindlicher FPÖ-Positionen bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern.

„Das Thema ‚Flüchtlingsbewegung‘ war auf Arbeitnehmer*innenseite in Österreich niemals ein Thema, bei dem es leichtgefallen ist, eine progressive politische solidarische Position zu entwickeln. Weil das typische am europäischen Sozialmodell ist, dass es auf nationalem Protektionismus aufbaut und immer darum gegangen ist zu schauen, dass man im eigenen Land gute Löhne hat. Dass man im eigenen Land schaut, dass alles gut reguliert ist.“ [Ö-I5, Z. 147–160]

Nicht selten korrespondiert die migrationspolitische Zurückhaltung mit einer diskursstrategischen Ignoranz gegenüber wohlfahrtschauvinistischen und rassistischen Positionen. Dass sich derartige Prozesse angesichts der ausländerfeindlichen Begleitrhetorik der ÖVP-FPÖ-Regierung – z. B. bei der Reform der Mindestsicherung – haben verdrängen lassen, ist höchst unwahrscheinlich. Mehr noch: Es bestand und besteht auch künftig die Gefahr, dass die Gewerkschaften der diskursiven und materiellen Marginalisierung sozialer Gruppen durch die rechtspopulistische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu wenig entgegensetzen.

Derartige Gefahren werden von den österreichischen Gewerkschaften durchaus auch selbst gesehen. Von uns interviewte Gewerkschafter*innen verweisen vor allem auf die hohe Relevanz der betrieblichen Integrations- und Solidarisierungskräfte einerseits und die Notwendigkeit der Verschränkung mit gesellschaftlichen Solidaritätsbewegungen andererseits:

„Wir haben keine Probleme mit Rassismus im Betrieb! [...] Also wenn wir es schaffen, dass die Menschen [mit Migrationsgeschichte] in die Arbeit kommen und somit am Tag im Pausenraum der Firma sind; dann ist die Baustelle

sozusagen ein Schutzraum. Das ist, glaube ich, der WIRKSAMSTE Weg, um das zu bekämpfen: [...] Es ist ein bisschen banal, wie es sich anhört, aber ich habe keine anderen Erfahrungen gemacht, als dass die Menschen sich dann gegenseitig in Schutz nehmen.“ [Ö-13, Z. 88–92]

Über dieses Plädoyer für eine bessere Arbeitsmarktintegration migrierter und geflüchteter Menschen hinaus versuchen Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene speziell dort einzugreifen, wo einzelne Maßnahmen Migrant*innen betreffen, z. B. wenn Lehrlinge mit Migrationshintergrund während ihrer Lehrzeit abgeschoben werden.

In Ergänzung hierzu versuchen die österreichischen Gewerkschaften, wohlfahrtschauvinistischen Dynamiken durch öffentliche antirassistische Stellungnahmen und die innergewerkschaftliche Bildungsarbeit entgegenzuwirken. Die Kooperationen von Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen sind dem österreichischen Sozialstaat aufgrund seiner neokorporatistischen Operationsweise institutionell eingeschrieben und allgemein anerkannt. So betrachtet sind die Gewerkschaften in der Interaktion mit anderen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und sozialen Bewegungen zivilgesellschaftlich durchaus präsent. Gleichwohl werden die zivilgesellschaftlichen Kooperationsformen und Möglichkeiten, gesellschaftliche Macht in der direkten Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus zu mobilisieren, bislang eher zurückhaltend eingeschätzt:

„Die Gewerkschaften sind mit dem Zwölfstundentag beschäftigt. Die NGOs sind mit den Abschiebungen von Flüchtlingen beschäftigt, bzw. mit Umweltthemen [...]. Also dieses gemeinsame Arbeiten ist gar nicht so einfach, weil jeder an der eigenen Front zu kämpfen hat.“ [Ö-15, Z. 585–589]

Einiges spricht dafür, dass die Gewerkschaften potenzielle Kooperationsmöglichkeiten bislang nur z. T. genutzt haben. Positiv zu vermerken ist in diesem Zusammenhang der Austausch zwischen den gewerkschaftlichen Bildungssektretär*innen im Rahmen des Bildungsrates. Dieser soll einen Überblick über die „in der Praxis“ bestehenden Aktivitäten gegen den Rechtspopulismus generieren. Außerdem beteiligen sich die ÖGB-Gewerkschaften auch an einigen internationalen Treffen mit Expert*innen zum Thema Rechtspopulismus. Demgegenüber werden einige Potenziale bisher nicht oder nur unzureichend erschlossen. Dies betrifft z. B. allgemein den Austausch mit NGOs zu arbeitspolitischen Themen oder spezieller die Intensivierung zivilgesellschaftlicher Kooperationsformen während oder im Anschluss an Donnerstagsdemonstrationen, mit denen gegen die schwarz-blaue Koalition protestiert wird.

3.4.2 Institutionell-halböffentlicher Handlungsraum: Kämpfe um die Organisationsformen der Sozialpartnerschaft

Die Angriffe der schwarz-blauen Koalition auf die institutionelle Gewerkschaftsmacht – z. B. die Infragestellung oder operative Beschneidung der AK und der gesetzlich festgelegten Arbeitszeiten – ermöglichen es den ÖGB-Gewerkschaften, sich in der Öffentlichkeit als wichtige oppositionelle Kraft im Kampf für die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu profilieren. Die Sorge um die Stabilität der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit gab es bereits vor Amtsantritt der ÖVP-FPÖ-Koalition. So versuchte der ÖGB-Bundesvorstand im Herbst 2017 mittels einer Resolution, eine öffentliche und parteiliche Unterstützung gegen die Erosion der Sozialpartnerschaft zu generieren, und forderte ein „Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft und Konsensdemokratie“ (ÖGB 2017; vgl. auch Kleine Zeitung 2017). Nach der Wahl agierte die ÖGB-Spitze gegenüber der Regierung Kurz/Strache zunächst aber eher konsensorientiert und wenig konfrontativ, indem sie bewährte Aushandlungsmuster der Sozialpartnerschaft hervorhob. Im gewerkschaftlichen Kampf um die Organisationsformen der Sozialpartnerschaft wurden somit im Wesentlichen zwei Strategieansätze sichtbar: eine konfrontative, teils sehr kämpferische öffentliche Entgegnung auf der einen und eine konsenssuchende, kompromissbereite Haltung in der direkten Kommunikation mit den Sozialpartnern und Parteien auf der anderen Seite.

Bei näherer Betrachtung sind diese manchmal unvereinbar erscheinenden Kommunikationsansätze wenig erstaunlich: Der Versuch, die Initiativen der ÖVP-FPÖ-Koalition abzuwehren oder auf sie Einfluss zu nehmen, bleibt – angesichts der Schwächung der institutionalisierten politischen Beteiligungsformen – auf die Erzeugung diskursiven gesellschaftlichen Drucks angewiesen. Zugleich sind die Arbeitnehmer*innenvertretungen aber angehalten, Kommunikationskanäle, die eine Rückkehr zur sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit ermöglichen, offen zu halten.

Ob, wann und in welcher Form öffentlicher Druck erzeugt werden soll, ist in den österreichischen Gewerkschaften selbst durchaus umstritten. Die Befürchtungen einer aktiven Demontage der neokorporatistischen Beteiligung wurden innerhalb der vergangenen zwei Jahre in gewerkschaftseigenen Publikationsmedien, öffentlichen Demonstrationen und Pressemitteilungen des ÖGB oft sehr kämpferisch skandalisiert. Im Gespräch betonten unsere Interviewpartner*innen nachdrücklich, dass „eine ‚Symbolpolitik‘, in der der Sozialpartner nur ‚pro forma‘ gehört“ [Ö-11, Z. 122] wird, mit dem ÖGB nicht zu machen sei. Gewerkschaftsvertreter*innen griffen gerade in medien-

wirksamen Auftritten regelmäßig zu einer sehr bildhaften Sprache, wie etwa der ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, der die „Raubzüge der Regierung“ kritisierte und „Widerstand auf allen Ebenen“ ankündigte (Kleine Zeitung 2018b). Rhetorisch wurde dennoch Platz zur Aussöhnung gelassen: „Dieses Gesetz ist in weiten Teilen verfassungswidrig“, verkündete Katzian zur Sozialversicherungsreform (ÖGB 2018c) und forderte einen Neustart mit einer Rückkehr zu intensiven Verhandlungen mit Expert*innen. Als Teil einer klassischen gewerkschaftlichen Kampfrhetorik blieben auch Streikandrohungen nicht aus: „Mögliche Streikmaßnahmen sind immer eine Option“, verkündete AK-Präsidentin Renate Anderl in der Debatte zum, wie sie es nannte, „Fusionsfiasco“ der Sozialkassenreform (Kleine Zeitung 2018b). Faktisch adaptierten die Gewerkschaften auf institutioneller Ebene – im Gegensatz zum diskursiv-öffentlichen Handlungsraum – konfliktive Strategien allerdings nur sehr begrenzt. Die AK Tirol und Oberösterreich etwa bemühten eine Verfassungsklage, um der Beschneidung der institutionellen Macht der Arbeitnehmer*innen durch die Neustrukturierung der Leitungs- und Vorstandsgremien im Rahmen der Kassenreformen (2019 und 2020) entgegenzutreten.

Insbesondere dem GLB gingen die Maßnahmen des ÖGB häufig nicht weit genug; da „zwar immer wieder gegen den Sozialabbau und das Aufkündigen der Sozialpartnerschaft gewettert“ wurde, aber „am Ende des ‚Verbalradikalismus‘ der Knopf vom ‚verbalen Kampfmodus‘ auf das Bitten zur Rückkehr zum Verhandlungstisch gestellt wurde“ (Stingl 2019). Die Kernstrategie der Gewerkschaften im institutionell-halböffentlichen Handlungsraum bestand dementsprechend darin, aktiv Kritik zu üben, Forderungen der Regierung – wie z. B. Einsparungen im Budget (Pfeiffenberger 2018) – zurückzuweisen und „Gegenvorschläge vorzulegen“ [Ö-I1, Z. 89]: Dazu gehörte beispielsweise die Veröffentlichung sehr ausführlicher Reflexionen der von der schwarz-blauen Regierung initiierten Gesetzesvorhaben (vgl. beispielhaft die 18-seitige Stellungnahme des ÖGB zum Sozialversicherungsgesetz, ÖGB 2018b).

Das anfängliche, vom ÖGB öffentlich zur Schau gestellte Vertrauen in die Aufrechterhaltung der sozialpartnerschaftlichen Tradition gründet sich darin, dass trotz der Schwächung oder Umgehung der institutionellen Gewerkschaftsmacht deren Formen grundsätzlich bestehen blieben. Die institutionellen Komponenten – Formen der Beteiligung, Mitbestimmung oder auch der Bestand arbeits- und sozialrechtlicher Garantien – fördern eine kooperative sozialpartnerschaftliche Praxis. Über diese institutionellen Komponenten wird zuweilen – vor allem in Phasen ihrer Infragestellung – zwar

auch kontrovers diskutiert, zumeist verbleibt die politische Kommunikation aber unterhalb des Radars der öffentlichen Aufmerksamkeit. Einige Gewerkschaftsvertreter*innen interpretierten diese Ambivalenz zu Anfang der ÖVP-FPÖ-Regierung so, dass man „ohne großes Aufsehen und ohne große mediale Begleitung“ weiterhin demokratisch an der Basis arbeiten könne und zugleich offene Konflikte und die hierdurch erzeugte Gegnerschaft im Hinblick auf die künftige Verhandlungskultur vermeiden müsse:

„Man begegnet sich ja in der Sozialpartnerschaft nicht nur einmal im Leben, sondern in regelmäßigen Abständen zu verschiedensten Themen. Und wenn man da einmal einen großen Sieg erreicht und der andere der Verlierer ist, dann sind die nächsten Verhandlungen nicht mehr unbelastet. [...] Insofern ist es oft einmal gescheiter, Konflikte am grünen Tisch zu belassen. Dann fällt es einem leichter, Lösungen zu finden, die es ermöglichen, beim nächsten Mal wieder offen und freundlich aufeinander zuzugehen.“ (Achitz, zitiert nach Fercher 2018, S. 19)

Im Gegensatz zu einer antagonistischen Strategie nehmen sich die Gewerkschaften also selbst in die Pflicht, ihre interne Lösungskompetenz zu nutzen und sich erst an Regierung und Parlament zu wenden, wenn sie ein „Alternativmodell für ein Arbeitszeitrecht ausgearbeitet haben, von dem wir meinen, dass es wesentlich besser ist als das, was jetzt Gesetz geworden ist“, so der damalige leitende Gewerkschaftssekretär Bernhard Achitz Mitte 2018 (zitiert nach Fercher 2018, S. 18). Erst dann werde man versuchen, mit einer großen öffentlichen Diskussion Druck zu entwickeln. Vorerst soll sich der kommunikative Prozess aber im inner- und interorganisatorischen Raum vollziehen. Entsprechend wird die Aufmerksamkeit nicht nur auf eigene Politikangebote gelegt, sondern zugleich auf die Nutzung sozialpartnerschaftlicher Vermittlungskontakte und Kommunikationskanäle.

Diese Doppelstrategie, einerseits eigene Politikangebote zu entwickeln, andererseits die bestehenden sozialpartnerschaftlichen Kommunikationskanäle zu nutzen, stellt sich auf der internationalen, nationalen und betrieblichen Ebene spezifisch dar. Die Einbeziehung der FPÖ in die sozialpartnerschaftlichen Kooperationsformen erfolgt vornehmlich über die nationalen neokorporatistischen Settings. Erfordernisse einer *internationalen* Kooperation können jedoch dazu beitragen, kooperative Tendenzen zu verstärken. So versuchen die österreichischen Gewerkschaften auf europäischer Ebene, über Gesetzesinitiativen wie das Lohn- und Sozialdumpinggesetz die Eingliederung internationaler Arbeitnehmer*innen und die Solidarität diesen gegenüber in Österreich zu fördern. Darin wird grundlegend auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der FPÖ offengelassen:

„Wenn es um Lohn- und Sozialdumping geht, und wir haben hier ein Arbeitsfrühstück mit Abgeordneten und Betriebsräten, dann laden wir alle österreichischen Abgeordneten ein, auch die der FPÖ. Einfach weil sie ja Teil des österreichischen – wie soll ich sagen – Spektrums sind. Und aber wie gesagt, de facto hat das keine großen Auswirkungen. De facto gibt es da kaum Kontakte.“ [Ö-I1, Z. 460–464]

Auf *nationaler* Ebene bestand in Österreich während der ÖVP-FPÖ-Koalition zwischen den potenziell antagonistischen Sozialpartner*innen zunächst auch weiterhin eine starke Kooperationsorientierung. Diese schlug sich etwa im Bestreben der AK nieder, mit der WKÖ ein eigenes Steuerreformkonzept auszuarbeiten. Die Kooperationswilligkeit zeigte sich, wie eine*r unserer ÖGB-Gesprächspartner*innen anmerkte, auch in einem aktiven Zugehen des ÖGB auf die Regierungsparteien:

„Unsere Führung geht schon auch noch auf die Opposition zu. Aber es ist immer so ein bisschen ein Zwischending. Viele versuchen sich die Einflusskanäle zu sichern. Und man will natürlich auch schauen: Gibt es in der Regierung nicht doch noch Leute, die die Sozialpartner wichtig finden und so? Und da halt mit denen ein bisschen den Kontakt zu halten. Also man muss vielleicht ein bisschen die Leute, die im sozialen Lager [der FPÖ] sind, so ein bisschen an Bord holen. Aber es ist nicht so einfach. Man weiß es nicht. Es ist ein unsicheres Spiel!“ [Ö-I1, Z. 305–322]

Im Vergleich zur Verlagerung von gewerkschaftlichen Aktivitäten auf die internationale Ebene scheint die Stärkung der *betrieblichen* Ebene der Interessenvertretung eher dazu beizutragen, die gewerkschaftlichen Solidarbeziehungen zu fragmentieren. Dies hat vor allem Folgen für die Vorbereitung und Organisation tarifpolitischer Auseinandersetzungen. Ungeachtet der betrieblichen Fragmentierung werden die tarifpolitischen Strategien vermehrt zum Schauplatz gewerkschaftlicher Reaktion gemacht: Im „business as usual“ [Ö-I1, Z. 167] soll Verlorenes aus Konflikten mit der Regierung durch Kollektivvertragsverhandlungen „wieder reingeholt“ [Ö-I5, Z. 247] werden.

„Wir haben Gegenvorschläge vorgelegt. Wir sind auch immer verhandlungsbereit. Allerdings hat die Regierung nicht reagiert auf unsere Forderungen und auch nicht auf unsere Angebote. Und da haben wir gesagt: Gut, wenn das so ist und das Parlament das [die Arbeitsgesetzgebung] durchsetzt – und wir haben Respekt vor den Mehrheiten dort – dann müssen wir uns diesen Verlust – auch finanziellen Verlust für viele Arbeitnehmer – an anderer Stelle wiederholen: Nämlich dort bei denen, die sich das Ganze gewünscht haben: bei den Unternehmern! [...] Das ist sozusagen die Antwort, um diese Verschlechterung zumindest abzumildern.“ [Ö-I1, Z. 92–100]

3.4.3 Innerorganisatorischer Handlungsraum: Zwischen Entstigmatisierung und Auseinandersetzung

Grundsätzlich lassen sich die Strategien und Reaktionen des ÖGB im innerorganisatorischen Handlungsraum in drei Felder untergliedern: Umgangsstrategien mit (rechtspopulistisch affinen) Mitgliedern, Befähigungsstrategien für den Umgang mit (rechtspopulistisch affinen) Mitgliedern und organisatorische Partizipationsstrategien zur besseren Einbindung und Mobilisierung von Mitgliedern.

Obwohl die Gefahr einer fragmentierten innergewerkschaftlichen Solidarität und Wertekohärenz eigentlich als gering eingeschätzt wird, wussten die von uns interviewten Gewerkschafter*innen von unterschiedlichen Herangehensweisen im Umgang mit rechtspopulistisch affinen Mitgliedern zu berichten. Zurückzuführen ist diese Ambivalenz im Wesentlichen auf zwei Faktoren: *Erstens* kann der ÖGB mit dem MKÖ und dem *Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung* (VÖGB) auf eine langjährige und gut ausgebaute (antirassistische) gewerkschaftliche Bildungsarbeit zurückblicken. *Zweitens* scheint es gerade von Seiten der österreichischen Gewerkschaften, insbesondere auch des VÖGB, starke Bemühungen zu geben, Lernpotenziale über Einschätzung, Umgang und Begegnung mit Rechtspopulismus innerhalb und zwischen den eigenen Organisationen, aber auch im Austausch mit internationalen Schwestergewerkschaften nutzbar zu machen. Entsprechend konnten gerade unsere österreichischen Interviewpartner*innen einige Empfehlungen im innerorganisatorischen Handlungsraum nennen, die in [Tabelle 8](#) festgehalten sind und nachfolgend reflektiert werden.

Umgangsstrategien mit rechtspopulistisch affinen Mitgliedern

Keine*r unserer gewerkschaftlichen Gesprächspartner*innen wusste von rechtspopulistischer Agitation im Gewerkschaftsumfeld zu berichten. Eine FPÖ-Mitgliedschaft – auch die Ausübung von Parteimandaten – ist mit einer ÖGB-Mitgliedschaft und -Aktivität grundsätzlich vereinbar. Zur Abgrenzung gegenüber einer offensichtlich normativ problematischen und mit gewerkschaftlichen Statuten nicht vereinbaren Diskriminierung verwiesen Gewerkschafter*innen vor allem auf die Gültigkeit strafrechtlicher Grenzen. Gerade weil die Rechtspopulismusaffinität vieler Gewerkschafter*innen auf Unwissen über die praktischen Konsequenzen der FPÖ-Politik auf der einen Seite und auf sozioökonomische Ängste und Unzufriedenheiten auf der anderen Seite zurückgeführt wird, raten ÖGB-Vertreter*innen von einer Stigmatisierung der Gewerkschaftskolleg*innen ab:

Handlungsempfehlungen österreichischer Gewerkschafter*innen im innerorganisatorischen Handlungsraum

ÖGB	zu empfehlen	nicht zu empfehlen
Umgang	sich offen und diskussionsbereit zeigen	Mitgliedern das Gefühl geben, sie „pädagogisch“ erziehen zu wollen
	personenbezogen nachfragen und Menschen über Beweggründe und Einschätzungen erzählen lassen	hauptsächlich selbst reden
	Themen besetzen und Formate entwickeln, die nicht unmittelbar mit Rechtspopulismus – aber mit Solidaritätserfahrungen – zu tun haben (z. B. Zivilcourage-Workshops), um eine breite Zielgruppe zu erreichen	zu wenig Anbindungsfähigkeit an Alltagssituationen bieten
	inhaltlich aufzeigen, wie die Regierung Arbeitnehmer*innen gegeneinander ausspielt	sich in „Migrationsdiskussionen“ hineinziehen lassen und dabei ethnische Argumentationslinien bedienen
	schlechte und offensichtlich rechtspopulistisch affine Betriebsrät*innen abwählen	schlechte und rechtspopulistisch affine Betriebsrät*innen ignorieren
	Präsenz in Pausenräumen zeigen, um der Verbreitung exklusiver Solidaritätsdiskurse entgegenzuwirken	nur offizielle Gewerkschaftsveranstaltungen organisieren, die nicht an Alltagssituationen der Belegschaft anbinden
	für mehr Präsenz sozial diskriminierter und schwacher Gruppen auch in Gewerkschaftsstrukturen sorgen (z. B. Betriebsrät*innen mit Migrationsgeschichte gezielter fördern)	keine Begegnungsmöglichkeiten schaffen, die Solidaritätserfahrungen ermöglichen
Befähigung zum Umgang	Betriebsrät*innen besser fördern und auf Diskussionen vorbereiten	Betriebsrät*innen mit ihren Problemen im Betrieb allein lassen
	Social-Media-Strategien im Umgang mit Hass und Hetze im Netz entwickeln	Einflusspotenzial von Onlinediskursen unterschätzen
	Sensibilisierung für rechtspopulistische Einstellungen und Praktiken im Lehrangebot der Gewerkschaftsschulen verankern	davon ausgehen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (z. B. Alltagsrassismus) nicht von allen Menschen ausgeübt werden kann

Quelle: Eigene Darstellung

„Zu Diskursen selber und Leuten, die solche Ängste und Äußerungen dort [in Gewerkschaftsgruppen] mitteilen: Die würde ich jetzt noch nicht als rechtspopulistisch bezeichnen. Sondern wirklich: So rechtspopulistische, rechtsextreme Positionen sind mir nicht untergekommen. Und wenn das käme, dann würde ich dem ganz klar widersprechen und würde mich an unser Programm halten. Das spricht sich ganz klar gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und so weiter aus.“ [Ö-I1, Z. 296–301]

Über diese vage Einschätzung hinaus scheint die Definition der – im deutschen Gewerkschaftsdiskurs häufig betonten – „roten Linien“ allerdings eher unüblich. Grundsätzlich herrscht im ÖGB eine Perspektive vor, nach der zwischen Parteifunktionär*innen und Mitgliedern, die FPÖ wählen oder empfänglich für rechtspopulistische Diskurse sind, klar unterschieden wird:

„Nein, nein, das sind doch keine Parteifunktionäre oder so was. Das sind einfache Leute – das sagen unsere Umfragen. Die spüren, es wird immer schwieriger für uns als Arbeitnehmer.“ [Ö-I3, Z. 251–256]

Entsprechend wird davor gewarnt, Mitglieder in die faschistische Ecke zu stellen oder zu versuchen, diese mit klassischer antifaschistischer Bildungsarbeit erreichen zu wollen. Eine eher skeptische Klassifizierung antifaschistischer Bildungsarbeit ist insofern interessant, als es sich hierbei eigentlich um ein pädagogisch weit ausdifferenziertes Feld handelt, das es sich vielfach zur Aufgabe macht, alltägliche Erscheinungsformen menschenfeindlicher Weltbilder zu thematisieren.

Der Fokus der organisationsinternen Aktivitäten liegt – ebenso wie in der Beeinflussung öffentlicher Diskurse – darauf, die gewerkschafts- und arbeitnehmer*innenfeindlichen Elemente rechtspopulistischer Einstellungen und Praktiken zu problematisieren. Für sehr wesentlich hielten unsere Gesprächspartner*innen hierfür die Vermittlung alternativer – gewerkschaftlicher – Lösungsangebote für aktuelle sozioökonomische Probleme. Vor allem durch Informationspolitik, aber auch durch die persönliche Begegnung und Einbindung soll gewährleistet werden, dass Mitglieder, die die FPÖ gewählt haben, erreicht werden. Die Möglichkeit einer solchen Erreichbarkeit wird grundlegend angenommen.

In der direkten Auseinandersetzung mit Mitgliedern, bei denen eine rechte Diskursanschlussfähigkeit vermutet wird, empfehlen die Gewerkschafter*innen von paternalistischen Erziehungsansätzen abzusehen und stattdessen – ohne Angst vor der Begegnung – auf einer ganz alltäglichen Basis das Gespräch zu suchen. Wichtig sei dabei, nicht selbst in – häufig faktenüberladene – Monologe oder einen welterklärerischen Diskussionsstil ab-

zugleiten, sondern vor allem die Gesprächspartner*innen zu Wort kommen zu lassen. Während menschenfeindlichen Aussagen im Sinne einer „klaren Kante“ entgegengetreten werden soll, stehen im Zentrum der individuellen Gesprächsstrategie vor allem zur Reflexion anregende Fragen. Es geht

„auf keinen Fall um Belehrung! Es geht darum, Raum zu gewinnen. Also zu glauben, dass man Seminare gibt, in denen man vermittelt: Das sind unsere Positionen. Und die gebt ihr jetzt in den Betrieb weiter, das geht nicht. [...] Also Solidarität kann man nicht so lernen, sondern muss man leben.“ [Ö-14, Z. 505–512]

Grundsätzlich verweist dieser Kommentar auf die Notwendigkeit, alltagsweltliche Solidaritätsstrukturen erlebbar zu machen und nicht auf einer theoretischen Ebene zu belassen. Diese Befähigung zum solidarischen Handeln gestaltet sich jedoch weder im Feld der gewerkschaftlichen Bildung noch im betrieblichen Alltag leicht. Die österreichischen Gewerkschafter*innen verweisen in diesem Zusammenhang auf das Potenzial betrieblicher Solidarbeziehungen: Demnach muss die Thematisierung arbeitsweltlicher Probleme – und die gewerkschaftliche Bearbeitung ethnischer und exkludierender Diskurse – durch Diskussionen nicht nur Eingang in die Betriebsversammlungen oder die offiziellen Vortrags- und Veranstaltungsforen des ÖGB finden, sondern auch in die inoffiziellen betrieblichen „Pausenräume“.

Thematisch empfehlen die österreichischen Gewerkschafter*innen darüber hinaus, sich nicht primär auf „den Rechtspopulismus“ zu konzentrieren, sondern für Mitglieder und Betriebsbelegschaften Seminare zu anderen, möglicherweise anschlussfähigeren Themen anzubieten, wie z. B. zu Fragen der Zivilcourage. Auf diese Weise könne praktisches solidarisches Handeln bearbeitet werden, ohne Mitglieder zu stigmatisieren und zu verprellen. Überdies ließe sich damit eine weitaus größere Zielgruppe abseits der bereits sensibilisierten Gewerkschaftsmitglieder erreichen, der dann auch ein Diskussionsraum geboten werden könne:

„Es gibt halt nun mal Konfliktpotenzial und da ist es auch unsere Aufgabe, dem Raum zu lassen und in Bildungssettings zu diskutieren; zwar keinen Platz für Hetze zu geben, aber sehr wohl Platz für kurzfristige Diskussion.“ [Ö-14, Z. 152–155]

Befähigungsstrategien für den Umgang mit rechtspopulistisch affinen Mitgliedern

Wie bereits angemerkt ist die Sicht auf den Rechtspopulismus im ÖGB nicht immer kohärent und widerspruchsfrei. Obgleich bei den von uns interview-

ten Gewerkschafter*innen die Annahme ausgesprochen ausgeprägt ist, dass rechte und rechtspopulistische Argumentationsweisen in den Gewerkschaften eine eher geringe Rolle spielen, gibt es eine beachtliche Bandbreite an Befähigungsstrategien für den Umgang mit rechtspopulistisch affinen Mitgliedern. Die meisten Befähigungsstrategien zielen bewusst darauf ab, Gewerkschafter*innen im Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen zu schulen und ihnen ein passendes Handwerkszeug zu geben. Neben der Unterstützung einer Handy-App des Roten Kreuzes (ÖGB 2014), die Argumentationshilfen bereitstellt, und einer verfügbaren CD mit Informations- und Argumentationshilfen bietet der Bildungsverband VÖGB – teils auch die GPA-djp – mittlerweile mehrere Seminare zur Fortbildung im Themenfeld an: so z. B. Trainings gegen Stammtischparolen (VÖGB 2019) oder Trainings und eine Leitfadenerarbeitung zur Argumentation auf dem Gebiet von Flucht und Asyl (GPA-djp 2016). Viele Seminare dienen dazu, sich Wissen über rechtspopulistische Diskurse anzueignen, um diese auch zu erkennen. Sie erreichen vor allem bereits sensibilisierte Betriebsrät*innen. Seminare, die sich gezielt *gegen* den Rechtspopulismus richten, liegen nicht auf der ÖGB-Linie der „Entstigmatisierung“ und stoßen bei rechtspopulistisch affinen Mitgliedern auf keine positive Resonanz. Dies verdeutlicht beispielsweise der Ausschreibungstext zum Seminar „Ich bin kein Rassist, aber ... – Rassismen in Betrieb und Alltag“:

„Dieses Seminar soll Klarheit zu verschiedensten Begriffen bringen, versteckte und der Gesellschaft oft unsichtbare Symboliken sichtbar machen. Das Seminar soll mit guten Argumenten ausstatten, um gegen die ewiggestrigen Vorurteile etwas parat zu haben, die nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in Betrieben oft fallen, wenn es um MigrantInnen und andere Minderheiten geht. Zu guter Letzt lädt das Seminar dazu ein, Vielfalt anzuerkennen und in der eigenen Struktur widerzuspiegeln. Anhand von konkreten Fallbeispielen rassistischer Diskriminierung in der Arbeitswelt, die von der ZARA-Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus dokumentiert und bearbeitet wurden, werden die Möglichkeiten der Umsetzung einer antidiskriminatorischen Betriebsvereinbarung aufgezeigt.“ (VÖGB 2015)

Von unseren Gesprächspartner*innen wird die Vermittlung von Wissen und Argumentationskompetenzen für Betriebsrät*innen als besonders relevant angesehen. Diese sollten *erstens* wissen, wie man als Betriebsrät*in reagieren kann, wenn am Stammtisch oder in den Betriebspausen gegen geflüchtete Menschen gehetzt wird. *Zweitens* sollten sie darüber informiert sein, wie Beispiele gelungener Integration geflüchteter Menschen in den Betriebsablauf aussehen können. *Drittens* sollte Klarheit bestehen, wann auch einmal eine

Kündigung angebracht wäre. *Viertens* schließlich sollten sie auch ein Gespür dafür haben, wann es eine „zweite Chance“ für Beschäftigte geben sollte, die durch Fremdenfeindlichkeit aufgefallen sind.

Schließlich spielen in den Seminaren des VÖGB auch die Präsenz von Gewerkschaftsmitgliedern im Internet und ihr Onlineaktivismus eine Rolle. Dabei herrscht zuweilen Ratlosigkeit, wie den Hasskommentaren und der gefühlten Übermacht der Hetze im Netz begegnet werden kann [Ö-I4, Z. 383–397]. Gleichwohl werden im Onlineaktivismus und der Onlinekommunikation wichtige Ressourcen gesehen, um rechter Hetze zu begegnen. Social-Media-Seminare des ÖGB beschäftigen sich gezielt mit der Frage, wie „Gefahren im Netz erkannt werden können“ oder „Selbstschutz und Schutz anderer“ vor der „braunen Ecke im Internet“ stattfinden kann.¹⁵ Beachtliche Bausteine zur Informations- und Kompetenzvermittlung liefert auch die Social-Media-Strategie des ÖGB mit ihren Kurzvideos mit einer Länge von bis zu fünf Minuten. Diese Videos werden über YouTube veröffentlicht und in die Homepage eingebettet. So werden komplexe, vielseitige Argumentationsstrukturen in bewusst kurzen thematischen Einheiten zusammengefasst, um verschiedene Problematiken, z.B. auch die der neuen Sozialversicherung, nachvollziehbar, zugänglich und vermittelbar zu machen (ÖGB 2018c).

Partizipationsstrategien zur Einbindung und Mobilisierung von Mitgliedern

Auf die Beschneidung ihrer institutionellen Rechte reagierten die österreichischen Gewerkschaften in den vergangenen zwei Jahren sukzessive mit der Mobilisierung ihrer Mitglieder. Eine wachsende Streik- und Mitgliederorientierung des ÖGB korrespondiert mit der Aktivierung der innergewerkschaftlichen Partizipations- und Organisationsstrukturen:

„Auf die Bedrohung der institutionellen Verankerung der Gewerkschaften in Österreich reagieren wir ganz eindeutig kämpferisch. Obwohl es in Österreich keine große Tradition hat, sind wir auf die Straße gegangen und haben eine der größten Demonstrationen mit über 100.000 Teilnehmern auf die Beine gestellt; und zwar innerhalb kürzester Zeit – innerhalb weniger Tage – gegen diese sogenannte Reform.“ [Ö-I1, Z. 76–80]

In Ergänzung zum herkömmlichen gewerkschaftlichen Bildungsprogramm, das sich primär auf arbeitspolitische Themen konzentriert, wenden sich seit

15 Vgl. z.B. die Ausschreibung zum Seminar „Ganz rechts im Netz“ der Gewerkschaft Bau-Holz in Zusammenarbeit mit dem VÖGB im März 2017 (vgl. Bau-Holz 2017).

dem Ausschluss der Sozialpartner aus den Prozessen der Politikaushandlung auch spezifische Aktionismus- und Streikseminare des ÖGB gegen die arbeitnehmer*innenfeindliche Politik der schwarz-blauen Koalition. Für den ÖGB ist erkennbar geworden, dass er „nicht mehr an den Tisch eingeladen wird und deswegen anders arbeiten muss“ [Ö-I4, Z. 80–87]. Der institutionelle Ausschluss wird organisationsintern für die politische Mobilisierung der Mitglieder genutzt:

„Wir sagen in einigen Bereichen: ‚Du, das, wir können das nicht mehr für dich regeln. Was wir anbieten können, ist: dich zu organisieren, zu unterstützen, dir Methoden zu geben, wie du diesen Kampf gemeinsam mit deinen Kolleginnen und Kollegen führst.‘“ [Ö-I3, Z. 200–203]

Ungeachtet dieser Perspektiven blieb die Gewerkschaftspolitik letztlich jedoch primär kooperativ orientiert. Nur in der Verteidigung wichtiger institutionalisierter Arbeitnehmer*inneninteressen griff der ÖGB zu einer „radikaleren Gegenwehr“. Die von den Gewerkschaften selbst als „symbolisch“ [Ö-I5, Z. 250] erachtete Eskalation war nicht unerheblich. In Reaktion auf die Arbeitszeitflexibilisierung mobilisierte der ÖGB im Juni 2018 mehr als 120.000 Demonstrant*innen. Wesentlich geringer war mit ca. 4.000 Demonstrant*innen die Beteiligung an den Protesten gegen die Kassenreformen. Im vergleichsweise streikarmen Österreich lässt sich grundsätzlich eine gewachsene Streikbereitschaft feststellen. Umfassende Streiks, wie sie im Jahr 2018 im Metall- und Eisenbahnbereich stattfanden, sind nach Einschätzung von Gewerkschafter*innen seit zehn Jahren nicht mehr an der Tagesordnung gewesen [Ö-I3, Z. 216].¹⁶ Bei den Bahngewerkschafter*innen liegt die Streikbereitschaft laut Umfragen der *Österreichischen Bundesbahnen* (ÖBB) beispielsweise bei 85 Prozent (Nachrichten.at 2018). In Reaktion auf das von Arbeitgeber*innenseite geschaffene Klima, „das es so in dieser Form in Österreich bei [Kollektivvertrags]-Verhandlungen noch nicht gegeben hat“, und die versuchte Verlagerung der Verhandlungen über Sabbaticals und die 38,5-Stunden-Woche auf die betriebliche Ebene legten Teile der Eisenbahner*innen im November 2018 die Arbeit nieder, woraufhin die ÖBB aus Sicherheitsgründen den gesamten Bahnverkehr in Österreich einstellten (Die Presse 2018b). Bereits im Oktober 2018 kündigte die Produktionsgewerkschaft

16 Tatsächlich fand im vergleichsweise wenig streikorientierten Arbeitssystem Österreichs der letzte Metallstreik im Jahr 2011 statt (453.363 Streikstunden) – der größte Streik überhaupt im Jahr 2003 (10,4 Millionen Streikstunden). Letzterer wandte sich gegen eine geplante Pensionsreform, die von der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung geplant worden war (vgl. unter anderem Staudacher 2018).

PRO-GE nach vier erfolglosen Verhandlungsrunden „gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen“ in Form von Warnstreiks an (Die Presse 2018a). Zur „Eskalation“, wie Roman Hebenstreit, der Vorsitzende der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft *vida*, es nennt, sei es nur aufgrund einer verstärkten „Beharrungshaltung“ der Arbeitgeber*innenvertretung gekommen (Nachrichten.at 2018).

Die hohe Responsivität von Arbeitnehmer*innen für eine streik- und demonstrationsorientierte Kampfstrategie war für einige Gewerkschafter*innen überraschend. Diese waren aufgrund ihrer starken Stellvertreterorientierung von einer tendenziell erlahmenden Mobilisierungskraft ausgegangen:

„Das Spannende ist, dass es ein Aha-Erlebnis bei den Funktionärinnen und Funktionären gibt: dass die Bereitschaft zu kämpfen größer ist als angenommen.“ [Ö-13, Z. 226–230]

Auch die verstärkte Sichtbarwerdung von Interessengruppen innerhalb der Gewerkschaften weist z. T. in diese Richtung. So protestiert z. B. die *Österreichische Gewerkschaftsjugend* (ÖGJ) nicht nur gegen die von der Regierung geplante Abschaffung der Jugendvertrauensräte und die damit verbundene Beschneidung der Mitbestimmungsrechte von Auszubildenden, sondern auch gegen das neue Arbeitszeitgesetz und die hierdurch vereinfachte „Ausnutzung von Lehrlingen als billige Arbeitskräfte“ (Kasper 2018). In den Diskussionen über den Umgang mit der FPÖ werden aber ebenso innergewerkschaftliche Konfliktlinien sichtbar. Die Onlinekampagne #ÖGBaufrütteln und Protestaktionen der ÖGJ bei einer Rede von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) vor dem ÖGB-Kongress im Juni 2018 (Kleine Zeitung 2018a) sind auch sichtbare Zeichen heißer innergewerkschaftlicher Debatten. Gleiches gilt für die Kritik des GLB an der „Schockstarke“ des ÖGB nach der Aufkündigung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit (vgl. z. B. den Beitrag des Bundesfraktionsvorsitzenden Josef Stingl, Stingl 2019). Bereits 2017 hatte die ÖGJ in ihrem Antrag „Solidarität – Einheit – Stärke“ gefordert, keine Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ zu dulden (ÖGJ 2017).

Weitere Mobilisierungsimpulse im ÖGB resultieren aus der Entwicklung neuer Beteiligungsstrukturen. Befürworter dieser Impulse gehen davon aus, dass die Empfänglichkeit für den Rechtspopulismus auch ein fehlendes Repräsentationsempfinden der Mitglieder durch die Gewerkschaften ausdrückt, und plädieren für eine aktive Einbindung. Speziell in den AK gibt es Stimmen, die die Notwendigkeit betonen, die organisationsinternen Strukturen in Reaktion auf die Kritik von Seiten der ÖVP und FPÖ zu „verschlanken“

[Ö-15, Z. 286], so dass es „für unsere Mitglieder passt“ [ebd.]. Die verstärkte Mobilisierung stimuliert ansatzweise also einen Wandel der tradierten Organisationsformen. Eine solche Tendenz entspricht durchaus den Erwartungen in der wissenschaftlichen Diskussion, die davon ausgeht, dass eine geschwächte institutionelle Gewerkschaftsmacht es den Gewerkschaften nahelegt, auf Massenmobilisierung, Beteiligungskultur und interorganisationale Kooperation zu setzen. Für Österreich gilt in diesem Sinne:

„Sie [die Regierungsparteien] haben gelernt, uns gut auszuspielen. Wir müssen andere Methoden finden, als Gegenmacht fähig zu werden. Wir MÜSSEN sie finden! [...] Also ich sag Ihnen ganz ehrlich: Für mich persönlich, ist es nicht das Allerschlimmste, was passieren kann: dass eine Gewerkschaft MEHR kämpft; MEHR auf die Straße geht und somit GEZWUNGEN wird, ihre Mitglieder einzubinden und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen!“ [Ö-13, Z. 189–195]

Die erhöhte Partizipationsorientierung des ÖGB lässt sich schließlich auch an programmatischen Beteiligungsaufforderungen festmachen, so etwa in einem YouTube-Video des ÖGB-Präsidenten Wolfgang Katzian. Dieser fordert in seinem etwa einminütigen Statement die Arbeitnehmer*innen dazu auf, die Arbeitszeitrecht-Initiative des ÖGB aktiv zu unterstützen:

„Wir machen uns jetzt auf den Weg. Wie angekündigt, werden wir Initiativen für ein neues, für ein modernes Arbeitszeitrecht starten. Und dafür brauchen wir genau Ihre Erfahrung, Ihre Meinung und Ihre Eindrücke davon, was tatsächlich wichtig ist, wenn es um die Gestaltung der Arbeitszeit geht. Also, meine Einladung und meine Aufforderung an Sie: Schicken Sie uns Videos, schicken Sie uns Fotos, schicken Sie uns Berichte, schreiben Sie in wenigen Sätzen zusammen, was Ihnen wichtig ist. Ich verspreche Ihnen: Das wird in den Diskussionsprozess einfließen. Das wird Teil unserer Kommunikation rund um das Thema Arbeitszeit werden.“ (OEGBOnline [YouTube] 2019).

Die Reichweite solcher Aufforderungen bleibt angesichts der nur 145 Aufrufe des Videos und nur 615 Abonnenten des Kanals (Stand am 29.05.2019) allerdings sehr gering.

3.5 Schlussfolgerungen: Protest gegen neoliberale Gesetzgebung

Die Ibiza-Affäre um Vizekanzler Heinz-Christian Strache zog im Mai 2019 eine Reihe von Ereignissen nach sich. Der hieraus folgende Rücktritt Straches am 18.05.2019 und die durch Sebastian Kurz beantragte Entlassung des amtierenden Innenministers Herbert Kickl am Tag darauf lösten am

21.05.2019 – mit Ausnahme der parteilosen, aber von der FPÖ nominierten Außenministerin Karin Kneissl – den Rücktritt aller FPÖ-Regierungsmitglieder aus und führten zum Zerschlagen der Koalition. Nach einer sehr kurzen Minderheitsregierung der ÖVP unter Sebastian Kurz erfolgte am 27.05.2019 ein parlamentarisches Misstrauensvotum durch die SPÖ (mit Zustimmung der FPÖ und JETZT). Die Regierung Kurz I wurde schließlich am 28.05.2019 durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen nach einem Jahr und 161 Tagen Regierungsdauer des Amtes entlassen.

Angesichts der seit dem 07.01.2020 bestehenden Regierungskoalition zwischen der ÖVP und den *Grünen* scheint die unmittelbare Gefahr von rechtspopulistisch motivierten und arbeitnehmer*innenfeindlichen Reformen erst einmal gebannt und eine Rückkehr zum bewährten System der Sozialpartnerschaft wahrscheinlich. Die Regierungsphase von ÖVP und FPÖ mit ihrer hohen Beschluss- und Initiativdichte bleibt allerdings keineswegs folgenlos für die Gewerkschaften. Maßnahmen wie etwa die Kassenreform oder der Zwölfstundentag haben die Position der Arbeitnehmer*innen und ihrer Vertretung nachhaltig geschwächt. Die nach wie vor hohen Wahlerfolge der FPÖ von 16,2 Prozent in der Nationalratswahl vom 29.09.2019 zeigen überdies, dass sich an den Zustimmungsraten für die Partei und ihre Programmatik nur wenig geändert hat.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Bedeutungsgewinn des „freiheitlichen“ Rechtspopulismus die Handlungsbedingungen für die ÖGB-Gewerkschaften deutlich verändert hat. Diese haben ihrerseits auf den verstärkten Rechtspopulismus und die von ihm initiierten politischen Aktivitäten reagiert. Die strategischen Reaktionen der Gewerkschaften sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet: *erstens* durch eine gewisse Separierung von Maßnahmen, die sich gegen rassistische Diskriminierungen, etwa in der gewerkschaftlichen Bildung, und gegen die neoliberale Gesetzgebung wenden; *zweitens* durch die vornehmliche Fokussierung auf die öffentlichen Proteste gegen die neoliberale Gesetzgebung, so vor allem gegen das Arbeitszeitgesetz, die Sozialreformen oder die Infragestellung der institutionellen politischen Beteiligung; und *drittens* durch eine organisationspolitische Mobilisierung, die verstärkt die individuellen Erfahrungen, Wahrnehmungen und Betroffenheiten der abhängig Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder zu berücksichtigen bestrebt ist.

Dieses strategische Profil der ÖGB-Gewerkschaften stellt sich in seiner Entwicklung und Wirkung insgesamt ambivalent dar. Durch die Konzentration auf die arbeits- und sozialpolitischen Reformen und deren Folgen für die Beschäftigten ist es dem ÖGB recht gut gelungen, einen gegen die schwarz-

blaue Regierung und die Unternehmen gerichteten solidarischen Interessenvertretungsanspruch zu formulieren, der unterschiedliche soziale Gruppen – Migrant*innen, Männer sowie Frauen, sozialistisch, aber auch national oder konservativ orientierte Beschäftigte – umfasst.

Die erhöhte Protest- und Streikbereitschaft der Gewerkschaften stützt sich auch auf bisherige Nichtgewerkschaftsmitglieder und sogar auf frühere Wähler*innen der FPÖ [Ö-I3, Z. 251–256]. Sie wird durch ein erhöhtes betriebliches Engagement ergänzt und unterfüttert. So sind unseren Gesprächspartner*innen zufolge in den vergangenen Jahren durchgängig „viel, viel mehr“ Besucher*innen zu Betriebsversammlungen gekommen – teils hunderte mehr, als die Funktionär*innen erwartet hatten. Diese Mobilisierungserfolge sind mehr als beachtlich. Gleichzeitig hat die enge Fokussierung auf arbeits- und sozialpolitische Fragen aber auch beträchtliche soziale und politische Kosten. Wichtige gesellschaftspolitische Themen und Probleme werden nur am Rande aufgegriffen und als nachrangig behandelt. Die Gewerkschaften überlassen die Migrations- und Integrationsdebatte damit weitgehend den Medien und politischen Parteien; und sie setzen sich auch nur partiell mit den unterschiedlichen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit öffentlich auseinander. Dies hat zur Folge, dass viele Vorurteile und rassistische Diskriminierungen fortbestehen. Anders formuliert: Dem Rechtspopulismus überlassen die Gewerkschaften zwar „nicht die Hallen“ [Ö-I3, Z. 712], und sie versuchen auch nicht, ihn „wie Zahnweh“ [Ö-I3, Z. 722] zu ignorieren, aber zentrale wohlfahrtchauvinistische Motivationsstrukturen, die für die Wahl der FPÖ ausschlaggebend waren, werden von ihnen nur bedingt aufgegriffen und problematisiert.

Nun wäre es freilich eine deutliche Überschätzung des gewerkschaftlichen Einflusses, deren strategische Orientierung für die Persistenz rechtspopulistischer Positionen verantwortlich zu machen. Ganz im Gegenteil zeugen die Bestrebungen, durch die öffentliche Mobilisierung gegen die schwarz-blaue Koalition die gesellschaftliche Gewerkschaftsmacht zu stärken und durch die Aktivierung von abhängig Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern die eigene Organisationsmacht zu revitalisieren, eher davon, dass sich die Gewerkschaften in der Defensive befinden. Sie reagieren hiermit vor allem auf die Schwächung ihrer institutionellen Macht, wobei diese Schwächung angesichts der fortbestehenden neokorporatistischen Arrangements keineswegs umfassend ist. Trotz aller Proteste halten auch die ÖGB-Gewerkschaften am Modell der Sozialpartnerschaft fest. Gleiches gilt für die *Arbeiterkammern* als Ausdruck der institutionalisierten Sozialpartnerschaft:

„Das Problem besteht zur Zeit in der Tagespolitik darin, dass die Arbeiterkammern unter diesem [finanziellen] Druck sehr handzahn geworden sind und sich nicht trauen, öffentlich allzu sehr gegen die Regierung zu mobilisieren. Also sie sind in einer Defensive und man gewinnt den Eindruck, dass die Arbeiterkammer zwar bei wichtigen Themen was sagt, gegen die Regierungspläne und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber dass sie sich auch wohl verhalten wollen, in der Hoffnung, dass sie dann relativ ungeschoren davonkommen.“ [Ö-12, Z. 81–87]

Die Formen der institutionellen Macht, d. h. die bestehenden Arbeits- und Sozialrechte und institutionalisierten Verfahren der Beteiligung und Einflussnahme, bilden für die österreichischen Gewerkschaften nach wie vor einen wesentlichen Referenzpunkt ihrer Aktivitäten. Sie erklären z. T., warum sie sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus – zumindest mit Blick auf die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung spezifischer sozialer Gruppen – eher zurückhalten. Eine wirksame arbeits- und sozialpolitische gewerkschaftliche Interessenvertretung impliziert bislang, dass die ÖGB-Gewerkschaften bei der Strategieentwicklung und Politikformulierung auf die Positionen von FPÖ- und ÖVP-orientierten Mitgliedern und Listen Rücksicht nehmen müssen. Die parteipolitische Zurückhaltung und „offene Begegnung“ ist dementsprechend eine wichtige Grundlage im Umgang mit rechtspopulistischen Positionen.

Ob sich gewisse Lehren aus dem Fallbeispiel Österreich für die Gewerkschaften in anderen Ländern gewinnen lassen, lässt sich nicht leicht bestimmen. Unbestritten haben die ÖGB-Gewerkschaften inzwischen eine sehr intensive und langjährige Erfahrung, die bis Ende der 1980er Jahre zurückreicht und zwei Regierungsphasen der FPÖ (2000–2006 und 2017–2019) umschließt. Zugleich sind die „Erfolge“, die die Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus errungen haben, als überschaubar bis bescheiden zu qualifizieren. In diesem Sinne lässt sich abschließend festhalten:

„Es sind Dinge, wo wir sagen: Ja, kennen wir eigentlich alles; und das Problem, dass man sagen kann rückblickend: Das Patentrezept, wie man damit umgehen kann, haben wir auch nicht.“ [Ö-11, Z. 29–31]

4 SCHWEDEN: DER RAPIDE AUFSTIEG DER SCHWEDENDEMOKRATEN

Bis vor kurzem galt Schweden aufgrund der Abwesenheit einer starken rechtspopulistischen Partei in den Parlamenten in der Rechtspopulismusforschung als europäischer Ausnahmefall (Rydgren 2002; Rydgren/van der Meiden 2018). Doch im Jahr 2010 hat der Einzug der *Sverigedemokraterna* (Schwedendemokraten, SD) mit 5,7 Prozent in den Reichstag die Situation nachhaltig verändert. Seitdem feiert die Partei wiederholte Wahlerfolge. Bei den Reichstagswahlen 2014 erhielt sie 13 Prozent und bei den Europawahlen 2019 15,4 Prozent der Stimmen. Seit 2018 ist sie mit 17,5 Prozent der Stimmen und 62 Sitzen hinter der *Sveriges socialdemokratiska arbetareparti* (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens, SAP) und der bürgerlich-konservativen *Moderaterna* die drittgrößte Partei des schwedischen Reichstags.

Obleich die SD bislang nicht Teil schwedischer Regierungskoalitionen ist, sollte ihr politischer und diskursiver Einfluss nicht unterschätzt werden. Der Partei kommt im Parlament die Rolle eines „strategic balancer“ (Mulinari/Neergaard 2017, S. 263) zu, der seit 2010 ein berechenbares und effektives Regieren verhinderte oder zumindest erschwerte: zunächst ab 2010 für die Minderheitsregierung aus Konservativen, Christdemokraten, Liberalen und der Zentrumsparlei und dann seit 2014 für die nachfolgende Minderheitsregierung unter Führung der SAP. Inhaltlich hat die SD zumeist die marktliberalen Forderungen der Zentrumsparlei und der Christdemokraten unterstützt – ihr Abstimmungsverhalten stand dabei nicht selten in Konflikt mit ihrem programmatischen Anspruch, eine arbeiter*innenfreundliche und wohlfahrtsfördernde Politik zu betreiben.

Der Blick auf die schwedische Entwicklung ist aus deutscher Perspektive aus mehreren Gründen interessant: *Erstens* ist der Aufstieg der SD ähnlich rasch erfolgt wie der der AfD in Deutschland. *Zweitens* weist die SD ein ähnliches programmatisches Profil auf, das – in widersprüchlicher Weise – neoliberale und wohlfahrtsstaatliche, letztlich vor allem wohlfahrtschauvinistische Elemente vereint. *Drittens* sorgt die bis weit in die Gewerkschaften hineinreichende Wähler*innenbasis bei diesen für eine beträchtliche Verunsicherung. *Viertens* schließlich stellen sich auch die gewerkschaftspolitischen Handlungsoptionen vergleichbar dar. Allerdings sind die Formen einer neokorporatistischen Interessenaushandlung in Schweden hochgradig institutionalisiert. Auch sorgt die dreigliedrige Struktur der gewerkschaftlichen Dach-

verbände – mit der *Landsorganisationen i Sverige* (LO) als Dachverband der Industrie-, genauer: der Arbeiter*innengewerkschaften; der *Tjänstemännens Centralorganisation* (TCO) als Dachverband der Dienstleistungs-, genauer: der Angestelltengewerkschaften; und der *Sveriges Akademikers Centralorganisation* (SACO) als Gewerkschaft der Akademiker*innen – für ein insgesamt komplexes Gesamtbild der wirtschafts-, arbeits- und sozial- sowie gesellschaftspolitischen Orientierungen.

Diese Komplexität gilt es nachfolgend durch Systematisierung zu reduzieren. Hierzu werden in einem ersten Schritt die spezifischen institutionellen Probleme der untersuchten Akteure innerhalb des schwedischen Modells der neokorporatistischen Politikaushandlung betrachtet. Dieses Modell war in der Vergangenheit beträchtlich durch Formen einer „solidarischen Lohnpolitik“ in Verbindung mit einem universalistischen Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet (Kapitel 4.1). Danach gehen wir genauer darauf ein, wie sich die SD in Fragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik programmatisch positioniert und in der politischen Praxis verhalten hat (Kapitel 4.2). In der anschließenden Rekonstruktion und Diskussion der gewerkschaftlichen Wahrnehmungen (Kapitel 4.3) und strategischen Reaktionen (Kapitel 4.4) reflektieren sich die Differenzen zwischen der sozialen Basis und den parteipolitischen Orientierungen der drei Dachverbände und ihrer Mitgliedsgewerkschaften. Die hierbei erkennbaren Schwankungen und Unsicherheiten verdeutlichen die Schwierigkeiten der Gewerkschaften, eine übergreifende und kohärente Strategie im Umgang mit dem Rechtspopulismus zu entwickeln (Kapitel 4.5).

4.1 Solidarischer Universalismus in der Arbeits- und Sozialpolitik

Schweden galt lange Zeit als sozialdemokratisches Musterland. Wesentliche Merkmale der sozialdemokratischen Hegemonie waren dabei (vgl. unter anderem Fleisch 2019, S.30–41; Jochem 2010; Michelsen 1997): ein hochproduktives, stark exportorientiertes Kapitalismusmodell, das wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitisch eingebettet und umfassend reguliert wurde; ein universalistisch konzeptualisierter Wohlfahrtsstaat – auch „Volksheim“ genannt –, der durch eine inklusive soziale Absicherung, eine entwickelte öffentliche Infrastruktur und eine aktive Arbeitsmarktpolitik die ökonomische Partizipation förderte; ein auf sozialen Ausgleich und Mitbestimmung fokussiertes System der Arbeitsbeziehungen, das durch eine „solidarische Lohnpolitik“ ebenfalls darauf zielte, soziale Ungleichheiten zu reduzieren; und

eine gesellschaftliche Kräftekonstellation, in der unter Führung der SAP – in Kooperation mit den Gewerkschaften – nicht nur die Arbeiter*innenklasse, sondern auch die Bäuer*innen und später die Mittelklasse in die politische Kultur des sozialen Ausgleichs miteinbezogen wurden.

Die verschiedenen Komponenten des schwedischen Modells haben sich über einen langen Zeitraum als stabil erwiesen. So stützte sich die schwedische Exportindustrie zunächst auf den Automobilsektor (*Volvo, Saab*), die Elektrotechnik (*AGA*) und den Maschinenbau (*SKF, Sandvik*), dann ebenso auf den pharmazeutischen Industrie- und den Telekommunikationssektor (*Ericsson, Astra*) und schließlich auf die Möbelindustrie (*IKEA*), die Energieversorgung (*Vattenfall*) sowie den Software- und den Finanzsektor (Bengtsson/Ryner 2017, S. 281–282). Die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser und anderer Branchen und Unternehmen wurde nicht nur durch die hoch entwickelte öffentliche Infrastruktur (Verkehrswege, Forschung und Ausbildung), sondern auch durch ein neokorporatistisch organisiertes System der Arbeitsbeziehungen gefördert. In der Fortschreibung des 1938 zwischen der LO und dem schwedischen Arbeitgeberverband SAF (*Svenska Arbetsgivareföreningen*) geschlossenen Abkommens von Saltsjöbaden war vor allem das Anfang der 1950er Jahre implementierte Rehn-Meidner-Modell von zentraler Bedeutung. Den Kern dieses Modells bildete eine solidarische Lohnpolitik, d. h. die Aushandlung zentraler Rahmenabkommen, die nur geringe Lohndifferenzen vorsahen.

Dieser Ansatz wirkte im Sinne einer „Produktivitätspeitsche“. Nicht wettbewerbsfähige Unternehmen wurden aus dem Markt gedrängt. Die hochproduktiven Exportsektoren profitierten hingegen von der eher moderaten Lohnentwicklung und staatlichen Investitionsförderung. Die „zentralisierte Selbstregulierung“ der Sozialpartner (Kjellberg 1998, S. 79–83) wurde also durch den Staat flankierend gestützt: zum einen durch eine relativ strenge Fiskalpolitik, die durch hohe Steuern und die Vermeidung öffentlicher Defizite inflationäre Tendenzen zu unterbinden bestrebt war; und zum anderen durch eine aktive Gestaltung des ökonomischen Strukturwandels. Neben den Instrumenten der Investitionsförderung sind hier vor allem die aktive Arbeitsmarktpolitik und der Ausbau des öffentlichen Sektors zu nennen, die bis Anfang der 1990er Jahre eine sehr hohe Beschäftigungsquote – gerade auch für Frauen – also Vollbeschäftigung zu gewährleisten vermochten.

Die hier skizzierte Abstimmung zwischen der Tarifpolitik auf der einen und den wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten auf der anderen Seite erfolgte durch die enge Kooperation der SAP-geführten Regierungen mit der LO. Der LO kam als Dachverband aller Branchengewerkschaften, die die so-

genannten Blue-Collar-Worker organisierten, innerhalb des Rehn-Meidner-Modells eine Führungsrolle zu. Diese Führungsrolle erodierte jedoch seit den 1980er Jahren. Ein wesentlicher Grund hierfür lag im strukturellen Wandel der Ökonomie, vor allem der Tertiarisierung der Beschäftigung, dem arbeitsweltlichen Wandel von der Industrieproduktion zu Dienstleistungen. So verloren die einfachen Arbeiten, insbesondere im Industriebereich, immer mehr an Bedeutung, während die Angestelltenverhältnisse expandierten. Der Anteil der Arbeitnehmer*innen, die sich gewerkschaftlich in der LO organisierten, ging jedenfalls relativ zurück. Zugleich gewannen die Angestellten, für die die TCO, und die Akademiker*innen, für die die SACO zuständig war, quantitativ und relational an Bedeutung (Bengtsson/Ryner 2017, S. 278–279).¹⁷ Da sich die TCO und SACO als parteipolitisch „neutral“ verstehen, impliziert dies zugleich eine Begrenzung des sozialdemokratischen Einflusses. Zwischen der SAP und der LO bestehen noch immer recht enge – persönliche und operative – Beziehungen. Im Jahr 1990 wurde jedoch – nach einer Phase heftiger wirtschafts- und arbeitspolitischer Konflikte – „die kollektive Mitgliedschaft der LO-Gewerkschaftsmitglieder in der SAP beendet“ (Jochem 2010, S. 230).

Die Verschiebungen in der Beschäftigungs- und Organisationsstruktur verweisen mithin auf eine erodierende Grundlage und Ausstrahlungskraft sozialdemokratischer Konzeptionen. Dies zeigte sich seit den 1990er Jahren vermehrt auch in den veränderten wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien der unterschiedlichen Regierungskoalitionen. Noch in den 1980er Jahren war es in Schweden gelungen, durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Expansion der öffentlichen Beschäftigung eine Situation der Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Im Kontext der tiefen Rezession zu Anfang der 1990er Jahre und der erhöhten öffentlichen Verschuldung schwenkten dann jedoch nicht nur die konservativen Parteien, sondern auch die SAP auf eine marktliberale, angebotsorientierte Strategie um (Fleisch 2019, S. 60–69; Schalauske/Streb 2008). Durch die Liberalisierung, Privatisierung und Modernisierung des öffentlichen Sektors, durch Steuersenkungen für Unternehmen, durch wohlfahrtsstaatliche Reformen (in der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) und eine Dezentralisierung der Tarifpolitik sollte die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schwedischen Modells wieder gestärkt werden.

17 Gemäß einer Liste des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* (IGB) hatte im Jahr 2017 die LO 1.564.767, die TCO 1.382.300 und die SACO 662.865 Mitglieder (vgl. hierzu ITUC, o. J.).

Der letzte Aspekt verdeutlicht, dass sich die wettbewerbsorientierte Modernisierung auch auf die Arbeitsbeziehungen erstreckte. Der schwedische Arbeitgeberverband SAF, seit 2001 SN (*Svenskt Näringsliv*), drängte vehement auf die Dezentralisierung und zog sich Anfang der 1990er Jahre z. T. aus den tradierten Formen der neokorporatistischen Konzertierung zurück (Jochem 2010, S. 235–238). Dies galt weniger für das „Remiss-System“, das System von Ausschüssen in der Politikberatung, als vor allem für den sozialpartnerschaftlichen Verwaltungskorporatismus und die konzertierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, nicht zuletzt für die „solidarische Lohnpolitik“. Ohne diese kooperative Rahmenregulierung verlagerten sich die tarifpolitischen Aushandlungsprozesse auf die sektorale und verstärkt auch auf die betriebliche Ebene. Erst nach heftigen arbeitspolitischen Konflikten erklärte sich die SAF ab 1996 erneut bereit, sogenannte Industrieabkommen auszuhandeln. Die Industrieabkommen erinnern ein wenig an das alte Rehn-Meidner-Modell, sind jedoch deutlich unverbindlicher und informeller angelegt sowie stärker sektoral orientiert (Bengtsson/Ryner 2017, S. 275–276). Sie sind in diesem Sinne Ausdruck eines neokorporatistisch koordinierten Prozesses der tarifpolitischen Dezentralisierung.

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die schwedischen Gewerkschaften auf der nationalen Ebene (Dachverbände), der sektoralen Ebene (Branchengewerkschaften) sowie der betrieblichen und auch lokalen Ebene noch immer präsent und handlungsfähig sind. Der hohe Organisationsgrad – er liegt noch immer bei etwa 70 Prozent – ist auch dem Sachverhalt geschuldet, dass die Gewerkschaften für die Verwaltung der – freiwilligen – Arbeitslosenversicherung (*A-kassa*) zuständig sind (Bandau 2018). Deren Reform hat – wie die marktliberale Modernisierung des schwedischen Modells insgesamt – zwar die gewerkschaftlichen Machtressourcen und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme reduziert, aber nicht aufgehoben (Anxo 2017). Insgesamt stellt sich die Situation für die Gewerkschaften ambivalent dar (Fleisch 2019, S. 69–72; Hillebrand-Brem 2015a): So wurde eine radikale Dezentralisierung der Arbeitsbeziehungen neokorporatistisch abgefedert. Trotz des Rückzugs des Staates, vor allem des öffentlichen Sektors infolge der Privatisierung, konnten relative hohe Standards von Entlohnung und Beschäftigung gewahrt werden. Wohlfahrtsstaatliche Reformen sind – mit Ausnahme der Rentenpolitik – zumeist moderat, so dass von einem sozialpolitischen Paradigmenwechsel keine Rede sein kann. Zugleich hat die soziale Verunsicherung auf der Grundlage einer erhöhten Erwerbslosigkeit, einer Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen und vermehrter Konflikte über Migrations- und Integrationsfragen zugenommen. Hervorzuheben ist in diesem Zusam-

menhang die hohe Jugenderwerbslosigkeit, da offenbar die Übergänge von der Ausbildung in den Beruf häufig nicht gelingen.

4.2 Die Schwedendemokraten und die „soziale Frage“

Der Aufstieg und das programmatische Profil der SD wie auch die Optionen der Gewerkschaften, sich mit den Rechtspopulist*innen strategisch auseinanderzusetzen, sind vor dem Hintergrund der skizzierten sozioökonomischen und institutionellen Entwicklungen zu betrachten. Die SD ist 1988 als Fusionsprodukt der rechtsextremen Bewegung *Bevara Sverige Svenskt* („Schweden soll schwedisch bleiben“) und der *Framstegspartiet* (Fortschrittspartei) gegründet worden. Sie präsentiert sich vielfach als Verteidigerin des „Volksheims“, d. h. des schwedischen Wohlfahrtsstaates, und mobilisiert dabei wohlfahrtsschauvinistische Diskurse (Hellström/Nilsson/Stoltz 2012). Wachsende Teile der Arbeiter*innenklasse fühlen sich inzwischen von ihr angesprochen (Rydgren/van der Meiden 2016), so dass sich auch in den schwedischen Gewerkschaften interne Organisationskonflikte entfalten (Hillebrand-Brem 2015b). Die Partei wird heute dem Rechtspopulismus zugeordnet, pflegte jedoch bis in die späten 1990er Jahre offen Kontakte mit Aktivist*innen des nationalsozialistischen Spektrums (Widfeldt 2016). Noch heute kommt es regelmäßig zu Skandalen, in denen die Unterstützung nationalsozialistischer Bewegungen durch Repräsentant*innen der Schwedendemokraten nachgewiesen werden können. Nach einer Phase des Ausschlusses offen nationalsozialistischer Parteimitglieder in den 1990er Jahren und der Übernahme des Parteivorsitzes durch Jimmie Åkesson im Jahr 2005 durchlief die SD eine Phase der programmatischen Modernisierung, in der sie versuchte, sich als konservative Partei oder „national-demokratische Partei der Mitte“ (ebd.) zu etablieren. In diesem Rahmen schloss Åkesson seit 2012 mehr als 100 Mitglieder von der Parteimitgliedschaft aus (vgl. unter anderem Calamur 2018).

Die programmatische Modernisierung der SD schloss auch eine gewisse Ausweitung ihrer thematischen Schwerpunkte mit ein. Wohlfahrtsschauvinistische Elemente und die Ablehnung supranationaler Regelungen bildeten in diesem Sinne einen wesentlichen Bestandteil der SD-Programmatik. Gleichwohl ist die Partei in Schweden lange als One-Issue-Partei wahrgenommen worden. Nach ihrem Parlamentsseinzug 2010 konnte sie unter anderem mit der Forderung in der Öffentlichkeit punkten, keinerlei Asylbewerber*innen mehr nach Schweden zu lassen. Die sogenannte Issue-Salience von Migration gewann besonders im Wahlkampf 2014 an Relevanz: Nicht nur von den

Schwedendemokraten wurde die steigende Zahl an Asylbewerber*innen politisiert. Auch die Mitte-rechts-Koalition unter Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt warnte vor den Folgen der Migration und förderte indirekt die Mobilisierungsfähigkeit der SD (Rydgren/van der Meiden 2018, S.6–7). Letztlich wäre es jedoch verkürzt, die Wahlerfolge der SD allein auf die Migrationsfrage zu reduzieren. Einiges spricht dafür, dass die Wähler*innenmobilisierung – zumindest z. T. – auch auf sogenannten Grievances beruht, die durch den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen in den 1990er Jahren gefördert wurden (Therborn 2019). Carl-Ulrik Schierup und Simone Scarpa (2017) argumentieren, dass neoliberale und austeritätsorientierte Reformen das Integrationspotenzial von Sozialpolitik geschwächt haben und ausschlaggebend sind

„in shaping the current reality of deepening, and increasingly ethnically tinged, class divisions and long-term social exclusion of sizeable population groups from substantial citizenship rights.“ (Schierup/Scarpa 2017, S.45–46)

Jenseits der Fokussierung auf die Migrationsfrage ist die programmatische Orientierung der SD durch eine „nationale Neuausrichtung des Wohlfahrtsstaates“ (Nordensvard/Ketola 2015) gekennzeichnet. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der Gesundheitsfürsorge, des Rentensystems und der polizeilichen Sicherheit. Um nachvollziehbar zu machen, wie die Vorstellungen nationalistisch exkludierender Solidarität in die unterschiedlichen Politikbereiche diffundieren, wird nachfolgend zunächst die programmatische Grundargumentation der SD skizziert. Danach wird erläutert, wie die SD diese Grundargumentation in unterschiedlichen Politikfeldern spezifiziert: d. h. in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und den Arbeitsbeziehungen sowie der Reform der sozialen Sicherungssysteme.

4.2.1 Grundargumentation und diskursive Verortung

Die Schwedendemokraten nehmen für sich in Anspruch, die „einzige schwedische Partei zu sein, die noch hinter dem schwedischen System steht“ (SD 2019a, S.28), und einen leistungsstarken Wohlfahrtsstaat sowie eine umfassende Kooperation der Sozialpartner verteidigt. Darüber hinaus bezeichnet sich die SD (im Vergleich zur Sozialdemokratie) als die „bessere Arbeiterpartei“ (Martinsson 2018a), die speziell die Interessen der Arbeiter*innen vertritt. Die Wähler*innenwanderungen der vergangenen Jahre von der sozialdemokratischen hin zur schwedendemokratischen Partei und die hohen

SD-Zustimmungsraten in den LO-Gewerkschaften (zuletzt 26,5 Prozent bei den Europawahlen 2019) stützen die Annahme, dass diese Rhetorik auf fruchtbaren Boden fällt (Oskarson/Demker 2013). Den meisten Beobachter*innen zufolge ist für die breite Unterstützung der SD durch Arbeiter*innen die positive und bewahrende Bezugnahme auf den Wohlfahrtsstaat maßgeblich mitverantwortlich (Sannerstedt 2014, S. 450).

Was die Umsetzung dieser Rhetorik in der politischen Praxis betrifft, stellt sich die Situation allerdings anders dar: So zeugen das parlamentarische Abstimmungsverhalten und die durch die SD eingebrachten Anträge im Bereich der Arbeitspolitik von einer eher marktliberalen Grundhaltung. Von der Verwirklichung einer arbeiter*innenorientierten Politik sind die Rechtspopulist*innen oft weit entfernt. In den Diskussionen über die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist erkennbar, dass der SD-Programmatik ein traditionell-autoritäres Familien- und Gesellschaftsbild zugrunde liegt und der Ausschluss nicht autochthon-schwedischer Menschen gefordert wird. Die positive Forderung der SD nach einem starken Wohlfahrtsstaat ist entsprechend sehr vordergründig. Ihre Vorstellungen bauen allenfalls partiell auf einem egalitären Verständnis von Geschlecht oder Herkunft auf. Sie stehen damit auch im Gegensatz zum öffentlichen Diskurs, in dem der Wohlfahrtsstaat als ein exzeptionell gutes und (geschlechter-)gerechtes Modell betrachtet wird.

Wesentliche Eigenschaften des wohlfahrtsstaatlichen Modells – so vor allem Gleichheit, Rücksichtnahme, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft (Schmid 2010, S.222) – werden häufig mit der Metapher „folkhemmet“ („Volksheim“) zum Ausdruck gebracht. Diese Metapher wurde 1928 durch den sozialdemokratischen Premierminister Per-Albin Hansson geprägt und ist verbunden mit Vorstellungen von Sicherheit, Gleichberechtigung und Gleichstellung, die durch gesicherte Arbeitsplätze, gerechte Pensionsleistungen und einen starken Wohlfahrtsstaat erreicht werden (Kierkegaard 2018). In den 1950er Jahren von der sozialdemokratischen Regierung etabliert, betonte sie später vor allem den inklusiven Charakter des schwedischen Wohlfahrtsstaates:

„The folkhem served as a unifying concept for a political project envisaged to symbolically offer a protective roof for the (implicitly homogeneous) Swedish people, both men and women, consolidating the idea of a gender-equal welfare state.“ (Norocel 2016, S. 375)

Mit dem Versprechen, das schwedische System durch „den Schutz der übergreifenden nationalen Interessen“ (SD 2019c, S.28) zu verteidigen, bedient

die SD etablierte, nostalgische Vorstellungen einer „goldenen Wohlfahrtsvergangenheit“ des schwedischen Staates (Elgenius/Rydgren 2019). Die vormalige Stärke sozialstaatlicher Leistungen, so die Annahme der SD, wird durch die Einwanderung, d. h. die wachsende Bedeutung nicht wertkompatibler Kulturen, unterminiert und zerstört. Neben der Unterfinanzierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungssysteme für autochthone Schwed*innen erodieren laut SD durch die Migration auch die normativen Grundlagen des „Volksheims“, nicht zuletzt die „schwedische Neigung“ zu Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit. Das wohlfahrtsstaatliche Framing der SD ist dabei stark nationalistisch orientiert, wie die Partei selbst in folgendem Parlamentar Antrag konkretisiert:

„Die Schwedendemokraten sind eine sozialkonservative Partei mit einer nationalistischen Grundanschauung, die die Werte des Konservatismus und den Erhalt des solidarischen Wohlfahrtsmodells als wichtigste Instrumente der Konstruktion einer guten Gesellschaft erachtet. Das übergreifende Ziel der Partei ist es, eine demokratische, politische Bewegung zu formieren, die die gemeinsame nationale Identität beschützt, die die Grundlage für das Wachstum des Wohlfahrtsstaates und die friedliche und demokratische Entwicklung unseres Landes gewährleistet hat.“ (Motion till riksdagen 2018/19:1956, S. 1)

Die wohlfahrtschauvinistischen Positionen der SD sind als radikal, essenziellierend und rassistisch zu charakterisieren (Mulinari/Neergaard 2017; Rydgren 2006). Sie werden, wie Sager und Mulinari (2018) aufzeigen, indirekt durch eine seit den 1990er Jahren beobachtbare *allgemeine* Ethnisierung wohlfahrtsstaatlicher Diskurse gestützt. Migrant*innen werden als Last für den Wohlfahrtsstaat sowie als inkompatibel mit „westlichen Werten“ dargestellt, ihre Rechte sowie die asylsuchender Menschen durch die Einführung restriktiver Migrationskontrollen massiv beschnitten (ebd., S. 150). Auch jenseits der SD liegen dem schwedischen Wohlfahrtsdiskurs folglich Annahmen einer Cultural Distinctiveness zugrunde. Vorstellungen davon, dass das migrantisch Andere und „das Schwedische“ sich gegenüberstehen, sind durchaus auch ein Merkmal der breiter gefassten, teils auch der multikulturell orientierten schwedischen Wohlfahrtsstaatsdiskussion (Dahlstedt/Neergaard 2019, S. 129).

4.2.2 Wirtschafts- und Finanzpolitik: Unternehmensorientierter Wohlfahrtschauvinismus

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Konzepte der SD haben sich seit dem ersten Parteiprogramm aus dem Jahr 1989 insgesamt nur punktuell geändert.

Markt- und unternehmensfreundliche Prämissen sind bis heute erhalten geblieben und treten je nach politischer Diskurslage hervor: so etwa die Orientierung und der Verlass auf die Regelungsprinzipien des freien Marktes (SD 1989, S. 6), die Förderung mittelständischer Unternehmen, die Förderung von Atomkraft als „nachhaltige Energiepolitik“ (Motion till riksdagen 2018/19:164) oder die Ablehnung supranationaler Regelungen. Einige Programmpunkte, die für eine bessere Beteiligungsstruktur von Arbeitnehmer*innen – sogar Co-Ownership-Modelle in Betrieben (SD 1989, S. 6; Motion till riksdagen 2018/19:164) – plädieren, sind demgegenüber in den Hintergrund gerückt.

Den wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen der SD sind häufig wohlfahrtschauvinistische Argumentationsmuster eingeschrieben. Die Möglichkeit, durch die „Beendigung der Migration“ und eine Entbürokratisierung der Einwanderungsverfahren Geld zu sparen, wurde bereits 1989 erwähnt (SD 1989, S. 7). Im Manifest von 2011, das bislang die größten programmatischen Änderungen mit sich brachte (Widfeldt 2016, S. 194–195), wird ein kulturessenzialistisches Marktverständnis eingeführt, das die Schädlichkeit von Migration für wirtschaftliches Wachstum nahelegt:

„Gewohnheiten, Bräuche, Normen und Werte haben einen großen Einfluss auf die Wirtschaft und verändern sich von Kultur zu Kultur, von Nation zu Nation. Deshalb betreffen große kulturelle und bevölkerungsbedingte Veränderungen innerhalb eines Staates alle Aspekte der Wirtschaft und die Fähigkeit, Wachstum zu schaffen.“ (SD 2011a, S. 31)

Wie unter anderem aus dem Budgetplan 2019 hervorgeht, rückt die SD die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit – vor allem kleiner und mittelständischer Unternehmen – in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Überlegungen. Freihandelsverträge werden insgesamt befürwortet, hingegen die EU-Marktregulierung als Wettbewerbsschädigung eher abgelehnt.

„Von Seiten Schwedens können wir mehr für das Wohlergehen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Handelsbedingungen unserer einheimischen Betriebe tun. Indem wir unnötige überzogene Implementierungen der EU-Richtlinien stoppen, können wir effektiv eine Vereinfachung der Regularien ermöglichen und kleine und mittelgroße Betriebe in ihrem Export dabei unterstützen, schwedischen Wohlstand und Wachstum zu stärken.“ (SD 2019a, S. 17)

Auch in dem Papier „Industrieland Schweden“ (2015, vgl. Samtiden 2015) und dem Antrag zu „wachstumsorientierter Politik für ein industrialisiertes Schweden“ (Motion till riksdagen 2018/19:164) sind stark unternehmensori-

enterte Positionen zu finden. Die Dokumente plädieren für gezielte Steuer-senkungen für Unternehmen, höhere staatliche Kreditlinien für Unter-nehmen, mehr Risikokapital, Infrastrukturverbesserungen für die Industrie (Fransson/Bäckström Johansson/Molinder 2015), Finanzierungshilfen in prä-kommerziellen Phasen und Investitionen in neue Industriestandorte. Die Priorisierung einer industriefreundlichen Politik illustrieren auch die nach-folgenden Maßnahmen: *Erstens* soll der „Unternehmergeist“ kleinerer Unter-nehmen durch eine Steuererleichterung für die ersten zehn Angestellten gefördert werden (SD 2011b, S. 5). *Zweitens* sind für die derzeitige Legislatur-perioden (2018–2022) Investitionen von fünf Milliarden Schwedischen Kro-nen (ca. 500 Millionen Euro) für den „marknadskompletterande Riskkapital-fond“ (den Risikokapitalfonds) geplant. *Drittens* soll die Wettbewerbsfähigkeit durch die Einführung eines Ausbildungssystems gefördert werden, das es den Unternehmen ermöglicht, Lehrlinge zu 75 Prozent des eigentlichen Ein-stiegsgehalts für zwölf (statt sechs) Monate einzustellen (Rensmo 2014). *Vier-tens* sollen Unternehmer*innen neugegründeter Betriebe künftig bereits in jüngerem Alter (ab 20 statt 25 Jahren) und länger (neun statt sechs Monate) subventioniert werden (Rensmo 2014).

In ihrer deutlich unternehmensorientierten Politik bezieht die SD in der Verteidigung der industriellen Produktivität auch prowohlfahrtsstaatliche Positionen: Die Industrie wird hierbei als zentrale Grundlage der Wohlfahrt hervorgehoben (Motion till riksdagen 2018/19:164). Die Schwedendemokra-ten blicken mit Sorge auf diese Finanzierungsgrundlagen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen einerseits. Andererseits hinterfragt die Partei in ihren Pro-grammen regelmäßig, ob Leistungen angemessen sind. Sie verweist z. B. kritisch auf die abnehmenden staatlichen Ausgaben im Bereich der Famili-en-, Renten- und Krankheitssicherung (SD 2019b, S. 31). Bereits im Wahl-kampf 2010 versprach die SD eine Reduktion der Pensionssteuer und einen höheren Sorgerechtsbeitrag. Im Jahr 2019 schlug sie vor, die Steuern für Ar-beitnehmer*innen und Rentner*innen bis 2022 jährlich um zehn Milliarden Kronen zu senken sowie die Ausgaben für die Mindestsicherung im nächsten Jahr um 3,3 Milliarden Kronen und für Pflege und Betreuung um 4,5 Milliar-den Kronen zu erhöhen. Die faktische Reichweite solcher Umverteilungs-maßnahmen wäre allerdings stark begrenzt:

„Das letzte [von den Schwedendemokraten vorgeschlagene] Budget bestätigt, dass die Schwedendemokraten eine Partei sind, die die Einkommensteuer deutlich senken will. Die Steuersenkung soll durch eine Erhöhung der kom-munalen Einkommensteuer [schwed. ‚jobbskatteavdrag‘] erfolgen. Die ‚jobbskatteavdrag‘ trägt dazu bei, die Kluft zwischen Rentner*innen und Menschen,

die ihr Einkommen aus der Arbeit beziehen, zu vergrößern. Darüber hinaus will die SD die Spitzensteuersätze [schwed. ‚marginalskatterna‘] senken. Die im Antrag vorliegenden Berechnungen der SD zeigen, dass die reichsten 10% der Bevölkerung mehr als doppelt so hohe Steuersenkungen bekommen wie durchschnittliche Lohnempfänger und sogar dreizehnmal mehr als Geringstverdienende. Die SD sagt, dass sie eine erstklassige steuerfinanzierte Gesundheitsversorgung betreiben möchte, während sie sich für starke Steuersenkungen einsetzt.“ (Heilert/Pelling 2018, S.22)

Die Frage, woraus Gelder für Steuererleichterungen und zusätzliche Leistungen mobilisiert werden sollen, ist naheliegend. Die befürworteten Steuererleichterungen und sozialpolitischen Mehrausgaben wollen die Schwedendemokraten durch spezifische, nahezu ausschließlich Inklusions- und Migrationsmaßnahmen betreffende Einsparungen gegenfinanzieren. Noch bis 2010 war überdies die Rede davon, Gelder durch einen EU-Austritt zu mobilisieren (Johansson 2010). Ob die fiskalpolitischen Konzepte der SD in sich stimmig sind, bleibt eine strittige Frage. Expert*innen des Thinktanks *Arena Idé* merkten an, dass das Budget zwar sehr knapp, aber trotz einiger Ungereimtheiten vermutlich umsetzbar sei (Heilert/Pelling 2018, S.20). Demgegenüber kritisierten Medienanalysen bereits 2011 Fehler in der Stichthaltigkeit der Finanzplanung der Partei. Berechnungsfehler im Planungsbudget führten damals dazu, dass die Partei ihre ursprünglichen Investitionsversprechen von fünf Milliarden Kronen in wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen nicht aufrechterhalten konnte (Baas 2011). Die Einnahmen sollten aus der Streichung von staatlich subventionierten Einstiegsstellen für Migrant*innen in den Arbeitsmarkt erfolgen. Eine Überprüfung der Budgetberechnung kam jedoch zu dem Ergebnis, dass die Summe aus der Vermischung mit anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entstanden war. Ungenauigkeiten in der Berechnung betrafen nachfolgend auch die Bereiche der Gesundheits-, Sozial- und Altersfürsorge. Nicht zuletzt in der versprochenen Finanzierung der Kommunen scheinen Widersprüche angelegt zu sein: Zur Finanzierung der Gesundheitsfürsorge will die SD kommunale Gelder verwenden, warnt aber zugleich vor der Verschuldung von Kommunen (primär durch Migration). In ihrem Haushaltsentwurf sollen Lücken durch eine staatliche Mehrförderung der Kommunen von bis zu 15 Milliarden Kronen (im Jahr 2022) ausgeglichen werden – bisherige Planungen laufen jedoch insgesamt auf eine Kürzung der kommunalen Finanzierung hinaus (Järliden Bergström 2017).

4.2.3 Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen: Verteidigung des Gent-Systems?

Die SD beansprucht als „Hüterin der schwedischen Arbeiter“ und einzige „wirkliche Arbeiterpartei“ (SD [Facebook] 2019), ein „modernet folkhem“ („modernes Volksheim“) für die schwedischen Arbeiter*innen zu schaffen. Die Annahme liegt nahe, dass das Vorhaben der Schwedendemokraten, Finanz- und Arbeitssicherheit (SD 2011a) zu kreieren und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, massiv auf arbeitsmarkt- und arbeitspolitische Reformen setzt, um eine Besserstellung von Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz und eine gestärkte sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit zu erreichen. Schaut man sich allerdings das parlamentarische Antrags- und Abstimmungsverhalten der Partei an, so spielt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder der strukturellen Machtposition der Arbeitnehmer*innen keine Rolle. Jesper Bengtsson (2017, S.3) führt aus:

„Bei wichtigen Themen, bei denen es um eine ideologische Abgrenzung geht, stimmen die SD nahezu ausschließlich wie die bürgerlichen Parteien. Dies betrifft z. B. Fragen der Arbeitsumgebung, das Recht der Arbeitnehmer auf Vollzeitbeschäftigung, Anträge zur Begrenzung privater Gewinnerzielung im Wohlfahrtsbereich oder auf höhere soziale Anforderungen bei öffentlichen Ausschreibungen. Eine Untersuchung des Finanzministeriums ergab kürzlich, dass die Wirtschaftspolitik der SD – etwa durch Steuersenkungen – in erster Linie den Wohlhabenden in der Gesellschaft zu Gute kommt.“

Für eine Einordnung der Parlamentstätigkeit der SD kann unter anderem auf arbeitsmarktpolitische Analysen zurückgegriffen werden, die vor allem von – häufig gewerkschaftlich geförderten – Thinktanks herausgegeben werden (Melchior 2019; Lodenius 2018; Stilling 2018; Futurion 2018). Die arbeitspolitischen Forderungen der SD und die ihnen zugrunde liegende Ursachenbestimmung sind insgesamt hochgradig durch eine wohlfahrtschauvinistische, z. T. auch durch eine markt- bis neoliberale Perspektive geprägt. Im Folgenden gehen wir auf drei Dimensionen der Arbeitsmarktpolitik der SD näher ein: erstens auf die Ethnisierung arbeitsmarktpolitischer Probleme; zweitens auf die Rhetorik der „Verteidigung“ des schwedischen Arbeits- und Sozialpartnersystems; und drittens auf die arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme.

Erstens lässt sich beobachten, dass die in Schweden stark verankerten Konzepte der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung von der SD oft deutlich ethnisieren werden. Argumentationslogisch verkehrt sie damit – aus der Perspektive einer vermeintlichen Opferposition – deren Sinn in ihr Gegenteil. So werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die bislang die Einbin-

derung aller Menschen in den Arbeitsmarkt gewährleisten sollten, als Diskriminierung autochthon schwedischer Staatsbürger*innen interpretiert. Sie werden dafür verantwortlich gemacht, eine „Segregation des Arbeitsmarktes“ voranzutreiben (Motion till riksdagen 2016/17:3719). Die Migration wird auf diese Weise als zentrale Ursache für Arbeitslosigkeit, Strukturschwäche und fehlendes Wachstum dargestellt. Sie kriert der SD zufolge nicht nur ein Ausgaben-, sondern ein Strukturproblem:

„Die Schwedendemokraten glauben, dass der ineffiziente Arbeitsmarkt strukturelle Ursachen hat. Übermäßige Einwanderung in Verbindung mit erfolgreichen Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt hat in verschiedenen Sektoren sowohl zu einem Überangebot als auch zu einer Unterversorgung geführt. Hinzu kommt eine Wohnungsnot, die inzwischen so gravierend ist, dass die Menschen sich entscheiden, sich anderswo niederzulassen, obwohl sie die Möglichkeit haben, hier zu arbeiten. Bürokratisierung und ineffiziente Arbeitsmarktpolitik tragen zur steigenden Arbeitslosigkeit bei und erhöhen den Steuerdruck unnötig. Die 2008 eingeführte freie Arbeitsmigration hat den Arbeitsmarkt stark belastet. Sie hat zu erheblichen Verdrängungseffekten für die schwedischen Arbeiter*innen, aber nicht zu Lohndumping geführt. Wir gehen davon aus, dass es selbstverständlich ist, dass alle die gleichen Voraussetzungen/Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt haben sollten, und stellen uns gegen alle Arten der Diskriminierung. Als einzige Partei stellen wir fest, dass sogar schwedische Mitbürger auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden.“ (SD Stockholm 2019a)¹⁸

Die Vorschläge der SD zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden also mit Maßnahmen gegen Migration bzw. die Kürzung von Leistungen und Programmen für Migrant*innen verknüpft. Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit schlägt die SD bereits seit 2010 – neben der Forderung der „Nullmigration“ – vor, Einstiegsarbeitsstellen abzuschaffen, die autochthon-schwedische Staatsbürger*innen (mutmaßlich) diskriminieren (Johansson 2010; Motion till riksdagen 2015/16:3121). Alle Mittel – auch staatliche Subventionen für die kommunale Arbeitsmarktintegration und die Unterstützung asylsuchender Menschen (Motion till riksdagen 2017/18:3638) – sollen gestrichen werden. Es ist auffällig, dass die SD-Rhetorik trotz eines klar fremdenfeindlichen Impetus z. T. widersprüchlich bleibt und selbst für potenzielle Wähler*innen mit Migrationsgeschichte Identifikationsflächen bietet. So wird auf einer allgemeinen Ebene eine gerechtere Arbeitsmarktpolitik für „alle arbeitslosen Menschen, unabhängig davon, wo sie geboren sind“ (Roos 2018) gefordert.

18 Es ist davon auszugehen, dass Landes- und Stadtverbände lokalpolitisch zwar durchaus eigene Schwerpunkte setzen, grundlegend jedoch der nationalen politischen Linie folgen.

Entsprechend ambivalent wirken programmatische Forderungen zur Arbeitslosenversicherung. Die SD greift hier gezielt einige Missstände auf, die durch die Aushöhlung der Arbeitslosenversicherung seit den 1990er Jahren entstanden sind (SD 2011b, S.9). Die Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung (höhere Beiträge, geringere Förderhöhe, kein angemessenes Verhältnis von Ein- und Auszahlungen) werden von der SD als Diskriminierung gering verdienender Menschen verstanden (SD 2011b, S.9). Einige Forderungen, z. B. die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu erhöhen und die anrechenbaren Tage für Teilzeitbeschäftigte anzuheben, würden auf eine materielle Besserstellung der Zielgruppen hinauslaufen. Dies könnte auch für die programmatische Forderung gelten, einen Mindestlohn zu etablieren (Martinsson 2018a). In einem Interview 2018 zeigte sich der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson allerdings uninformiert und skeptisch gegenüber Mindestlohnforderungen (ebd.). Dies wirft die Frage auf, wie wichtig und präsent das Thema Mindestlohn auf der SD-Agenda tatsächlich ist.¹⁹ Maja Stilling weist in einer Studie des Thinktanks *Tiden* darauf hin, dass sich die SD in der Praxis bislang auch für die Erhöhung der Leistungen der *A-kassa* nicht konsequent eingesetzt hat (Stilling 2018, S.21).

In der Selbstdarstellung der SD geht nur allzu leicht verloren, dass die befürworteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ungeachtet mancher nostalgischen Anklänge darauf zielen, das bisherige System zu verändern. Dies betrifft den Status von Migrant*innen ebenso wie die Operationsweise der *A-kassa*. Sollte diese, wie von der SD seit 2010 gefordert, nationalisiert und verpflichtend werden, würde hierdurch ein wesentlicher Pfeiler der organisatorischen Macht der Gewerkschaften geschwächt werden. Nicht zuletzt über ihren politischen Einfluss auf die sozialdemokratische Partei konnten sich die schwedischen Gewerkschaften bislang einer derart weitreichenden Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung erwehren.

Zweitens versucht die SD durch die Besetzung arbeits- und sozialpolitischer Themen die abhängig Beschäftigten als Wähler*innenbasis zu gewinnen. Ihre programmatische Positionierung ist dabei auf einer allgemeinen Ebene durch eine positive, in mancher Hinsicht verteidigende wohlfahrts-nostalgische Perspektive auf die Operationsweise des schwedischen Modells gekennzeichnet.

19 Tatsächlich lässt sich die Funktion und Wirkungsweise eines Mindestlohns in Schweden nicht leicht bestimmen. Bislang können die tarifpolitischen Aushandlungssysteme – ähnlich wie in Österreich – noch eine sehr hohe, fast umfassende Tarifdeckung gewährleisten.

„Die konkurrierenden ausländischen Akteure sollten das Regelwerk des schwedischen Arbeitsmarktes nicht umgehen können. EU-Initiativen im Bereich des Arbeitsrechts bedrohen die nationale Selbstbestimmtheit und damit das schwedische Modell, das vielen schwedischen Arbeitnehmern gute Dienste geleistet hat. Die Schwedendemokraten werden diese Selbstbestimmtheit auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Übereinkommen zwischen den Sozialpartnern sind die Grundlage des schwedischen Modells, und dass dies anders geregelt werden soll als zwischen den Partnern, ist für uns unvorstellbar.“ (SD 2019a, S.26)

Die positive Bezugnahme auf das schwedische Modell impliziert zugleich eine sehr eindeutige Abwehr europäischer Einflussmomente. So wird eine supranationale Überregulierung für Probleme des Lohndumpings und der Lohnkonkurrenz verantwortlich gemacht (SD 2014). Darüber hinaus plädiert die SD für eine striktere nationale Regulierung der Arbeitsmigration und eine Ablehnung einer sozialen EU-Gesetzgebung, die mit nationalen Kompetenzen interferiert: So wird z. B. eine EU-Richtlinie zur zweimonatigen Elternzeit oder die EU-Gesetzgebung zur Harmonisierung von Pensionsystemen abgelehnt (Melchior 2019).

Jenseits der allgemein positiven Bezugnahme auf das schwedische Modell steht die SD einigen Formen der neokorporatistischen Politikaushandlung, vor allem dem politischen Einfluss der Gewerkschaften, kritisch gegenüber. So ging sie in der Vergangenheit wiederholt mit den Gewerkschaften in Konfrontation. Nachdem Åkesson 2008 die Sozialdemokraten als Hauptfeind identifiziert und die LO 2014 als „Kopf einer falschen Arbeiterbewegung“ bezeichnet hatte (zitiert nach Stilling 2018, S.9), hisste die SD 2017 auf dem jährlichen politischen Almedalen-Festival ein Banner mit der Aufschrift „Die richtige Arbeiterpartei“ an ihrem der LO gegenüberliegenden Zelt. Regelmäßig wirft Åkesson außerdem der LO vor, einen Propagandafeldzug gegen die SD führen. Nicht selten wird die organisationale und institutionelle Macht der Gewerkschaften – und deren Klientelpolitik – für bestehende Arbeitsmarktprobleme verantwortlich gemacht:

„Die ‚A-kassa‘ sollte ebenfalls entpolitisiert werden. Die Verbindung zu einzelnen Gewerkschaften und damit zu politischen Parteien ist heute zu stark. Darüber hinaus gibt es viele Beispiele dafür, dass Mitgliedern anderer politischer Parteien die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verweigert wird oder diese von ihr [der Gewerkschaft] ausgeschlossen werden.“ (SD 2011b, S. 10)

Die Streik- und Interventionsfähigkeit der Gewerkschaften auf betrieblicher Verhandlungsebene, die für den Abschluss von Tarifverträgen von grundlegender Bedeutung ist, wird von der SD seit 2015 immer wieder infrage ge-

stellt. Für Markus Wiechel (SD) ist sie geschichtlich überholt und beschränkt heute die „Fähigkeit von Unternehmen [im Folgenden als ‚Unschuldige‘ bezeichnet], zu wachsen und gesellschaftlich erfolgreich zu sein“ (Motion till riksdagen 2015/16:3100). Allgemeiner betrachtet, heißt es in einem Antrag der SD:

„Das Recht zu streiken ist von zentraler Bedeutung für eine freie Gesellschaft und ein sehr wichtiger Teil des schwedischen Modells. [...] In einigen Fällen sind alte Traditionen noch immer am Leben, die in vielerlei Hinsicht heute nicht mehr valide sind. Wir haben die industrielle Ära verlassen und leben in einer serviceorientierteren Gesellschaft. Viele der heutigen sogenannten Kampfmaßnahmen, die durch die Gewerkschaften verwendet werden, sind in vielen Fällen etwas, das nicht mehr in die heutige Gesellschaft gehört. Aus diesem Grund ist eine Überprüfung notwendig. Es sollte offensichtlich sein, dass Unschuldige nicht bestraft werden sollten.“ (Motion till riksdagen 2015/16:3100)

Solche Erwägungen stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zur öffentlich-medialen Positionierung der SD. In der medialen Öffentlichkeit präsentiert sich die SD gerne als Verteidigerin des schwedischen Arbeitsmarktmodells, die „den Schlag ins Gesicht der schwedischen Arbeiter“ (Åkesson 2019) abfängt und die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit unterstützt. Auf Forderungen nach mehr Mitbestimmungsrechten von Arbeitnehmer*innen – z. B. eine Stärkung der Verhandlungsposition von Pflegepersonal oder eine Mitsprache der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Fragen der Arbeitszeit (SD 2013, S. 5) – folgte bislang keine sichtbare parlamentarische Aktivität.

Drittens sollen die arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme der SD in Bezug auf verschiedene Wähler*innengruppen beleuchtet werden. Die oben angedeuteten arbeitsmarkt- und arbeitspolitischen Ambivalenzen lassen sich darin fortschreiben. So ist die SD, was Gleichstellungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt betrifft, bereits seit 2012 darauf bedacht, mehr weibliche Wahlberechtigte für sich zu mobilisieren. Obgleich die meisten Gleichstellungsmaßnahmen im Bereich der Familienpolitik erfolgen, sind ihre Auswirkungen für die Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt höchst relevant (zur ausführlichen Reflexion der SD-Mobilisierungsstrategien für Wählerinnen vgl. Lodenius 2018). Durch die Fokussierung auf spezifische Branchen – und die damit verknüpften Muster der geschlechtlichen Arbeitsteilung und die Schließung von Versorgungslücken – verknüpft die SD die positive Bezugnahme auf Geschlechtergerechtigkeit mit nationalkonservativen Positionen. So sollen durch arbeitspolitische Reformen im Gesundheits-

sektor – ein besseres Arbeitsumfeld, Fortbildungsmöglichkeiten für Gesundheitspersonal, eine bessere Entlohnung und verbesserte Ausbildung – gezielt Frauen für die Partei mobilisiert werden (Heimersson 2018b).

„With the explicit aim of securing stronger electorate support from women, the party advanced some new policies. A specific proposal centred on the right of auxiliary nurses and others (mainly women) employed in welfare services to full-time employment (as women are often directly or indirectly forced to take part-time jobs). This was a paradoxical proposal, as it included a large share of racialised nurse’s aides, who are often disproportionately overrepresented among part-time and temporary employees.“ (Mulinari/Neegaard 2017, S. 271)

Genauer betrachtet bleiben das Versprechen, „Frauen zu stärken und ihnen zu helfen, ihren Platz zu finden“ (Femrell 2019), oder Aussagen wie „[wir] sagen nein zur Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der Religion“ (SD Stockholm 2019b) vieldeutig. Konkrete oder spezifische genderpolitische Maßnahmen sind, wie die SD-Beauftragte für Geschlechtergerechtigkeit Paula Bieler 2017 im Interview anmerkt (Jakobsson 2017), nicht vorgesehen. Überdies werden strukturelle Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt – wie etwa geringere Löhne und Arbeitszeiten von Frauen – nicht anerkannt.

„Tatsache ist, dass die SD auch große Anstrengungen unternimmt, um der von anderen geleisteten Gleichstellung der Geschlechter entgegenzuwirken. Darüber hinaus werden Bemühungen mit feministischer Ausrichtung oder mit Elementen der Geschlechterpädagogik, die darauf abzielen, geschlechterspezifische Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen und zu bekämpfen, verspottet und lächerlich gemacht.“ (Lodenus 2018, S. 13)

Ausdruck dieser Grundhaltung ist, dass die SD grundsätzlich gegen alle Parlamentsanträge stimmt, die durch Quoten versuchen, mehr Geschlechtergleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu realisieren, wie im folgenden Antrag der Partei dargelegt wird:

„Die Schwedendemokraten lehnen politische Anreize, Quoten und andere Maßnahmen ab, die versuchen, Machtpositionen auf Basis von Geschlecht oder anderen für die Position irrelevanten Merkmalen zu verteilen.“ (Arbeitsmarktnadsutskottets betänkande 2016/17:AU5, S. 40)

Die SD fordert unter anderem, dass die Quote für nicht übertragbare Betreuungszeiten von 90 Tagen für Männer und Frauen abgeschafft wird – d. h. eine Quote, die darauf zielt, bessere Konditionen für die langfristige Arbeitsmarktintegration, berufliche Karriere und gleichberechtigte Gehaltsentwicklung von Frauen zu gewährleisten (Stilling 2018, S. 18).

Jenseits der zumeist nur vordergründig „sozial“ orientierten arbeitspolitischen Aktivitäten bleibt die SD vielfach markt- bis neoliberal orientiert. Dies illustrieren nicht zuletzt die Bestrebungen, die Arbeitgeber*innenrechte zu stärken und auszuweiten: so etwa durch die seit 2010 wiederholt eingebrachten Änderungsanträge der SD zum Arbeitsschutz. In der Kampagne zu den Reichstagswahlen 2018 forderte die SD zudem eine Liberalisierung des Kündigungsschutzes (Markusson 2018). Die angestrebte Änderung betrifft die Turn-around-Regel: Entlassungen aus Gründen des Beschäftigungsmangels erfolgen bislang nach einem First-in-Last-out-Prinzip. Schwedischen Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten sind nach der Turn-around-Regel bis zu zwei Ausnahmen von dieser Kündigungsreihenfolge gestattet. Die von der SD vorgeschlagene Anhebung von zwei auf fünf Ausnahmen würde den Arbeitsschutz von Langzeitbeschäftigten in kleinen Unternehmen maßgeblich mindern. Die Forderung ist schärfer als die bestehende christdemokratische Position (Anhebung auf vier Ausnahmen). Sie wird programmatisch damit begründet, dass die derzeitige Arbeitsschutzgesetzgebung (Lag om anställningsskydd, LAS) das Betriebswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert, junge Arbeitnehmer*innen diskriminiert und der heutigen Mobilität auf dem Arbeitsmarkt keine Rechnung trägt (SD 2011b, S. 8). Mit der programmatisch geforderten „Sicherheit in Zeiten der Arbeitslosigkeit“ sowie „sicheren Arbeitsplätzen“ scheint diese Praxis jedoch nicht vereinbar zu sein (SD 2019c). Ebenso lehnt die SD als bislang einzige Partei Parlamentsanträge ab, die zum Ziel haben, den Missbrauch von Zeitarbeitsverträgen nach EU-Richtlinien einzudämmen (Arbetsmarknadsutskottets betänkande 2015/16:AU5).

Was die älteren Beschäftigten betrifft, so lässt sich die Arbeitspolitik der SD nicht klar einordnen. Gemäß dem Altersprogramm (SD 2018a) sollen Senior*innen möglichst lange im Arbeitsleben gehalten werden, um die sozialpolitischen Ausgaben – und die damit verbundenen Belastungen für die Arbeitgeber*innen – zu reduzieren. Hierbei sollen auch fiskalische Anreize gesetzt werden.

„Anstelle von Sanktionen konzentrieren sich unsere Vorschläge auf finanzielle und andere Anreize: Sie erleichtern es älteren Menschen (die möchten und können), noch einige Jahre auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben. Wir senken ihre Steuern, machen es für Unternehmen billiger, ältere Menschen zu beschäftigen, und ermöglichen es älteren Menschen, in Teilzeit zu gehen, sofern sie es möchten.“ (SD 2018a, S. 3)

Eine allgemeine Anhebung des Renteneintrittsalters wird von der SD mit Verweis auf die gesundheitlichen Belastungen im Alter jedoch abgelehnt

(Sjöstedt 2019). Befürwortet wird hingegen die Förderung von mehr Altersteilzeit, die wiederum mit den positiven Effekten für die Wirtschaft begründet wird (ebd.).

4.2.4 Reform der sozialen Sicherungssysteme

Die Vorschläge zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und andere sozialpolitische Maßnahmen sind von wohlfahrtschauvinistischen Argumentationslinien durchzogen. Sie drücken sich in Forderungen zur Beschränkung der Migration aus oder auch in dem Versuch, Migrationsinvestitionen für den Reformstau in den sozialen Sicherungssystemen verantwortlich zu machen. Der Antagonismus von Migration und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wird in der sozialpolitischen Rhetorik der SD schon lange deutlich sichtbar, wie etwa im 99-Punkte-Papier im Wahlkampf 2010:

„In unserem Schweden helfen wir Menschen in Not, aber das schwedische Wohlergehen und das Wohlergehen des Landes stehen an erster Stelle. In unserem Schweden gibt es eine verantwortungsvolle Einwanderungspolitik.“
(SD 2010)

Johan Nordensvard und Markus Ketola (2015, S.372) entwickeln in ihrer Analyse der Wohlfahrtsrhetorik der SD das Argument, dass durch die Partei Vorstellungen von Gleichheit und Umverteilung zwar propagiert, durch die spezifischen Inklusions- und Exklusionsregeln letztlich jedoch vor allem wohlfahrtschauvinistische Elemente gefördert werden. Diese bringen einen Zuwachs der sozialen Rechte der autochthonen schwedischen Gemeinschaft mit sich. Wie im Fall der arbeitsmarkt- und arbeitspolitischen Regulierung stellt sich auch mit Blick auf die Sozialpolitik die Frage, ob und inwiefern sich im parlamentarischen Antrags- und Abstimmungsverhalten der SD die wohlfahrtschauvinistischen Orientierungen niederschlagen.

Seit Jimmie Åkesson 2017 erklärte, die SD würde die „neue Gesundheitspartei“ Schwedens werden (Öjemark/Öhrn 2017), haben die gesundheitspolitischen Initiativen viel Aufmerksamkeit erregt (vgl. auch Heimersson 2018b). Ob die SD diesen Anspruch erfüllen kann, wurde im Wahlkampf gesellschaftlich breit diskutiert. Bereits 2016 hatte die Partei im „County Council Political Program“ eine Reihe gesundheitspolitischer Reformen gefordert (vgl. Heilert/Pelling 2018, S. 10):

- Verbesserung der Erreichbarkeit und Wartezeiten in der Notfallversorgung durch a) Entwicklung und Einführung kürzerer Amtswege im Gesundheitswesen und b) Erhöhung der Anzahl von Pflegeplätzen;

- Investition in mobile Röntgengeräte;
- Abschaffung der Gebühr für die stationäre Versorgung älterer Menschen ab 85 Jahren;
- Verbot von Beschneidungen ohne Vorliegen medizinischer Gründe;
- Einsatz von Videodolmetschern, um Geld und Zeit zu sparen;
- Anspruch auf drei kostenlose Fruchtbarkeitsbehandlungen für ungewollt kinderlose Paare;
- region- und landkreisseitige Entwicklung eines Modells zum Ausgleich von Gehaltsverlusten aufgrund von Wartezeiten im Krankheitsfall für Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich;
- Zusammenarbeit der Landkreise mit den Gemeinden sowie Ermutigung der Gemeinden durch die Landkreise, ein größeres Angebot an Kurzzeitunterkünften für die Regeneration von Patient*innen bereitzustellen, damit diese die Krankenhäuser schneller verlassen können;
- Erwägung des Baus von Personalunterkünften seitens der Bezirksregierungen/Landkreise, um die Einstellung von Personal im Gesundheitswesen zu erleichtern

Im Wahlkampf 2018 standen die Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung (im ländlichen Raum), lange Wartezeiten („Europas längste Betreuungswarteschlangen“, SD 2018b, S.3), eine unzureichende Kinderfürsorge und die Qualität der (Alters-)Pflege im Mittelpunkt. Neben nostalgischen Bezügen darauf, dass Schweden einstmals „das beste europäische Gesundheitssystem hatte“ (ebd.), verweist die SD in ihrem Gesundheitsprogramm von 2019 auf die Notwendigkeit, private Gesundheitsanbieter*innen in die Pflicht zu nehmen. In der parlamentarischen Praxis lehnte die SD – häufig in Kooperation mit der Allianz-Partei – bislang all jene Anträge ab, die sich gegen die Privatisierung des Gesundheitssektors wendeten (vgl. z. B. Motion till riksdagen 2016/17:3713). Zugleich spricht sie sich dafür aus, die Versorgungsstandards zu verbessern: z. B. durch eine Behandlungsgarantie innerhalb von 30 Tagen (bei schweren Krankheiten 14 Tage) oder eine bessere Absicherung von Patient*innenrechten (SD 2019d, S.2). Programmatisch bleibt es weiterhin ein grundlegendes Ziel der SD, die Gesundheitsfürsorge zu nationalisieren (Motion till riksdagen 2016/17:754) und die Ungerechtigkeit der Bezahlssysteme, in denen sich Patient*innenkosten von Region zu Region unterscheiden, aufzuheben (z. B. Motion till riksdagen 2016/17:754; Motion till riksdagen 2017/18: 1063). Eine vergleichende Studie des parlamentarischen Verhaltens der SD in Reichstag und Kommunalparlamenten von 2011 bis 2018 kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass bislang wenige Anträge der SD erkennen las-

sen, dass die eigenen Versprechen ernsthaft umgesetzt werden sollen (vgl. Heilert/Pelling 2018).

Der Eindruck, dass die SD autochthone Schwed*innen bei der Nutzung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme privilegieren will, ist keineswegs überall erkennbar. Es gibt sogar Erklärungen der SD, die das Gegenteil behaupten, etwa wenn – unabhängig von Herkunft – eine grundlegende Verteilungsgerechtigkeit bei Gesundheitsleistungen erreicht werden soll. So wird betont, dass „Faktoren wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung und sozioökonomische Bedingungen“ die „Qualität der Behandlung [im Gesundheitssystem] nicht beeinträchtigen sollten“ (SD 2013, S. 5). Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch oft spezifische Exklusionslinien. So soll die Versorgung von Erwachsenen mit vorübergehender oder unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung auf eine Notfallversorgung beschränkt werden (SD 2013, S. 5), wenngleich allgemein ein „humaneres Gesundheitssystem“ (SD 2019d, S. 2) eingefordert wird:

„Für asylsuchende Erwachsene und Kinder sollte eine Notfallversorgung angeboten werden, während die andere Versorgung aus eigenen Mitteln finanziert wird. Personen, die sich illegal im Land aufhalten, sollten nur Zugang zu einer Notfallversorgung haben und darüber hinaus die Zahlungsverantwortung dafür tragen. Mit einem klaren Rechtsrahmen für das Recht von Nichtbürgern auf Fürsorge wird eine übermäßige Belastung der Gesundheitsversorgung vermieden, was zu einer besseren Zugänglichkeit für diejenigen beiträgt, die tatsächlich uneingeschränkte Rechte auf Fürsorge und Betreuung haben. Es hilft auch, den Wert der Staatsbürgerschaft zu betonen.“ (SD 2019d, S. 2)

Wenn es konkret und praktisch wird, bleibt von der Absicht der SD, „die Sozialversicherung mit dem Fokus auf die Bedürftigen zu stärken“ (SD 2019b, S. 31), zuweilen nur wenig übrig. Nach Heilert und Pelling (2018, S. 8) ist seit 2011 einer von zehn parlamentarischen Anträgen auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik eng mit Antimigrationspolitik und der Diskriminierung von als nicht autochthon wahrgenommenen Bevölkerungsgruppen verknüpft. Die Forderung, religiöse (Kinds-)Beschneidungen zu verbieten oder Beschneidungen nur in medizinisch notwendigen Fällen zu erlauben, richtet sich klar gegen viele Migrant*innen und ethnische oder religiöse Minderheiten. Auch andere Vorschläge, die als Verbesserung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen dargestellt werden, haben einen ethnischen oder religiösen Subtext; so etwa, wenn die Anforderungen an das Gesundheitspersonal wie folgt definiert werden:

„Alle, die im Gesundheitssektor tätig sind, müssen in der Lage sein, sich in klarem Schwedisch auszudrücken. Dies ist nicht zuletzt wichtig, um sich Patien-

ten gegenüber zu verständigen, die selbst schlecht schwedisch sprechen. Wir werden keine Abweichungen von Hygiene- und Kleidungs Vorschriften aus religiösen Gründen akzeptieren, die in einem säkularen Staat keinen Platz haben.“ (SD 2017, S. 3)

In der Gesundheitspolitik richten sich die Vorschläge nicht nur gegen Migrant*innen und ethnische Minderheiten. Sie diskriminieren oft auch Frauen und enthalten homophobe Elemente. So sollen z.B. ledige oder gleichgeschlechtlich lebende Personen von der Option der künstlichen Befruchtung (In-vitro-Fertilisation, IVF) ausgeschlossen werden.

Die Ausgrenzung sozial prekärer Gruppen vollzieht sich auch in der städtischen Sozialpolitik. Arbeitslose und obdachlose Menschen werden vielfach diskriminiert. Anstatt die soziale Bedürftigkeit von Bettler*innen anzuerkennen und sie in das städtische Leben einzubinden, treiben die SD-Abgeordneten der Stadt Göteborg die Kriminalisierung von Bettler*innen voran, indem sie fordern, zusätzliche Ordnungskräfte zur Niederschlagung von „Bettelbanden“ einzustellen:

„Ihre Aufgabe wird es sein, die Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen, um das organisierte Betteln in Göteborg zu beenden. Diese Wachen werden auch benötigt, um das Problem sich herumtreibender Straßenkinder in der Innenstadt einzudämmen.“ (SD Göteborg 2019a)

Im Vergleich zu diesen Beispielen ist die Rentenpolitik der SD weniger von wohlfahrtschauvinistischen Erwägungen beeinflusst. Die meisten Forderungen würden im Falle der Umsetzung eine verbesserte soziale Absicherung für die jeweilige Bevölkerungsgruppe darstellen, so z. B. die Anhebung des Mindestrentensatzes um 1.000 Kronen pro Monat (Sjöstedt 2019). Das aktuellste, achtseitige Programm zur Alterspolitik (schwed. Äldreprogrammet) wurde 2018 veröffentlicht. Darin verankerte Forderungen nach besserem intergenerationellem Zusammenleben, nach einer größeren Selbstbestimmung im Pflegefall oder nach mehr Altersheimplätzen (vgl. auch Larsson 2017) könnten zusammen mit einer Anhebung der Rentensätze (Anhebung des niedrigsten Satzes um mindestens 10 Prozent, vgl. SD Göteborg 2019b) das Leben im Alter faktisch verbessern. Offen ist, ob sich die gleichzeitig im Programm angelegten Initiativen der SD zur – zunächst zusätzlichen – Privatisierung von Altersvorsorge verstetigen. Diese soll laut SD in Kombination mit einer Steuerreduktion für Investitionsanlagen („inveseringssparkonto“) auch „den 1990er-Jahrgängen die Möglichkeit eröffnen, eine gute finanzielle Sicherheit aufzubauen und ihrer Rente freudig entgegenzusehen“ (SD 2018a, S. 3).

In der Familienpolitik schließlich reflektiert sich die starke Orientierung der SD an traditionellen geschlechtlichen Rollenbildern. In erster Linie soll ein traditionelles Familienmodell, vor allem im Fall eines großen Kinderreichtums, gefördert werden. Das illustriert z. B. der SD-Vorschlag, staatlich subventionierte Mütterentlohnungen einzuführen. Im März 2018 forderte die SD eine Entlohnung von Erstgebärenden mit 20.000 Kronen. Die Maßnahme wird unter anderem von Sozialdemokraten als nationalistische Reproduktionspolitik kritisiert (Swedin 2018). Programmatische Forderungen der SD versprechen darüber hinaus, Unterhaltszahlungen durch eine stärkere Anpassung der Leistungen an allgemeine Preiserhöhungen zu verbessern (SD 2019d).

4.3 Gewerkschaftliche Problemwahrnehmung

Wenn nachfolgend skizziert und diskutiert wird, wie die programmatischen Initiativen und Diskurse der SD von den Gewerkschaften wahrgenommen werden, so ist zunächst in Erinnerung zu rufen, dass die drei großen Dachverbände unterschiedliche Gruppen der Beschäftigten organisieren. Die LO organisiert als Dachverband der Industriegewerkschaften vor allem die Blue-Collar-Worker; die TCO als Dachverband der Dienstleistungsgewerkschaften organisiert in erster Linie die Angestellten, also White-Collar-Worker; und die SACO versteht sich als Gewerkschaft der Akademiker*innen. Die drei Dachverbände sind ihrerseits wiederum in zahlreiche – insgesamt sind es 59 – sektorale Gewerkschaften untergliedert. Diese Fragmentierung erschwert es, seitens der Gewerkschaften eine einheitliche Positionierung gegenüber dem Rechtspopulismus vorzunehmen und/oder sich auf Richtlinien im Umgang mit den rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken zu verständigen.

Gleichzeitig sind die Gewerkschaften im öffentlichen (Arbeits-)Diskurs in Schweden sehr präsent. Sie haben eine beträchtliche mediale Reichweite. Um die gewerkschaftlichen Wahrnehmungen und Strategien zu erfassen, können daher nicht nur gewerkschaftseigene Dokumente, Studien (vgl. z. B. Lodenius/Wingborg 2010) und Medien (z. B. das LO-Magazin *Arbetet*) herangezogen werden, sondern auch zahlreiche Zeitungs- und Blogartikel, die seit 2010 den Umgang der Gewerkschaften mit der SD und die damit einhergehenden internen Diskussionen begleiten. Grundsätzlich lässt sich eine große Varianz an Haltungen und Strategien der Einzelgewerkschaften feststellen, deren Kontroversität sich nicht notwendigerweise in der Positionierung der

Dachverbände ausdrückt. Da es den Rahmen dieser vergleichenden Studie allerdings sprengen würde, detailliert auf die Positionen der 59 Einzelgewerkschaften einzugehen, verweisen wir nachfolgend nur dann auf Positionen von Einzelgewerkschaften, wenn deren Haltung von der des jeweiligen Dachverbandes deutlich abweicht, im Mediendiskurs besonders präsent ist oder in den erhobenen Interviews direkt diskutiert wurde.

4.3.1 Institutionelle Gefährdung: Angriffe auf Repräsentationsfähigkeit und Tarifautonomie

Trotz eines Rückgangs über die letzten Dekaden ist der Organisationsgrad der schwedischen Gewerkschaften noch immer sehr hoch (laut Studie der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) lag er 2016 bei 66,8 Prozent, vgl. OECD 2019; für eine detailliertere Beschreibung der Dynamik vgl. Kjellberg 2019b). Dies wird maßgeblich auf die Überschneidung von Wohlfahrtsstaat und industriellen Beziehungen im Gent-System zurückgeführt (Bandau 2018, S.98), so vor allem auf die durch den Staat finanziell unterstützte freiwillige Arbeitslosenversicherung, die eine gewerkschaftliche Mitgliedschaft erfordert (Leonardi 2006). Ein hoher Organisationsgrad ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Gewerkschaften, politischen Einfluss auszuüben (Tsarouhas 2017, S. 120):

„Weaker unions will have less impact on elections, ceasing to mobilise workers in favour of the SAP – In turn, the Social Democrats’ dependence on the unions will lessen, and this is likely to translate into yet more ‘centrist’ positions, disregarding the agenda of the labour movement.“

Die von der SD angestrebte Nationalisierung und Umstrukturierung der Arbeitslosenversicherung in ein verpflichtendes Versicherungssystem unter staatlicher – statt gewerkschaftlicher – Aufsicht setzt somit an der Wurzel gewerkschaftlich institutionalisierter Macht an. Die rechtspopulistische Anti-Gent-Programmatik greift präexistente Reformen und Ansätze auf, mit denen bereits die Mitte-rechts-Regierungen (1991–1994 und 2006–2014) seit Beginn der 1990er Jahre versuchten, das Gent-System abzuschaffen und die Arbeitslosenversicherung verpflichtend zu gestalten. Tatsächlich ist das System durch eine Verschärfung der Bezugskriterien und eine Kostenverlagerung auf die gewerkschaftlichen Mitgliederbeiträge geschwächt worden (Bandau 2018, S. 100–101). Der Rückgang der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen um ca. 8 Prozent in den Jahren von 2006 bis 2008 bildet für einige

eine existentielle „Bedrohung des schwedischen Modells und der gewerkschaftlichen Stärke“ durch einen Verlust der „Repräsentationsfähigkeit“, wie es der ehemalige TCO-Abteilungsleiter für Sozialpolitik Roger Mörtvik ausdrückt (zitiert nach Stilling 2018, S. 15).

Die Stimmengewinne der SD bei den Parlamentswahlen und die relativen Verluste der SAP (Jylhä/Rydgren/Strimling 2018) bringen – angesichts der starken personellen und organisatorischen Verquickungen von LO und SAP – eine nicht unerhebliche Schwächung des Einflusspotenzials der LO-Gruppe auf die Prozesse der sozial- und arbeitspolitischen Regulierung mit sich. Zudem haben sich auch gewerkschaftsintern die Kräfte verschoben. Im Vorfeld der Europawahlen haben Umfragen der LO zu den Wahlpräferenzen ergeben, dass 2019 32,2 Prozent (2014: 55 Prozent) der Mitglieder angaben, die Sozialdemokratie, und 26,5 Prozent (2014: 12,6 Prozent), die Schwedendemokraten wählen zu wollen (Nordenskiöld 2019).

Die veränderten Beziehungen von LO und SAP sind vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgeschichte zu betrachten: Die LO wurde von der sozialdemokratischen Partei gegründet und ihre Mitglieder waren bis 1991 noch automatisch mit der SAP affiliert. Sie zeigen sich in einer gelockerten, aber keineswegs aufgehobenen institutionellen und programmatischen Kooperation. Auch über die personellen Netzwerke wirken die Bindungen von LO und SAP weiter fort: Ministerpräsident Stefan Löfven, der seit Januar 2019 in seiner zweiten Amtszeit die Minderheitsregierung führt, war zuvor Vorsitzender der *IF Metall* (2006–2012). Die LO erkennt ideologische Zusammenhänge und organisationale Verquickungen regelmäßig an:

„Today trade union-political cooperation between LO and the Social Democratic Party is established and well-organised. Social Democratic policy and ideology are part of LO and its affiliates’ trade union education programmes. Organisational cooperation means that trade unions and the party participate in canvassing and other activities. The party also receives financial support from LO and its affiliates.“ (Eriksson 2011, S. 8)

Die LO-Organisationen sehen sich immer wieder Vorwürfen der SD ausgesetzt, eine klientelistische, zu eng an die SAP gekoppelte Interessenvertretungspolitik zu betreiben. Nicht selten versucht die SD durch eine stark verkürzte Gleichsetzung von Gewerkschaftspolitik und SAP, den gewerkschaftlichen Macht- und Repräsentationsanspruch als undemokratisch zu delegitimieren. Anfang Oktober 2019 wurde z. B. die Arbeit gewerkschaftlich unterstützter Gesundheitsexpert*innen für Arbeitssicherheit in den Unternehmen dadurch behindert, dass die SD fälschlicherweise behauptete, diese

Praxis sei undemokratisch, da man für dieses Amt SAP-Mitglied sein müsse und die Kooperation mit den Gewerkschaften zu eng und daher politisiert sei (Martinsson Waern 2019). Gewerkschafter*innen fürchten eine substantielle Bedrohung der Richtlinien zur Arbeitsplatzorganisation, die im schwedischen Modell bisher weitgehend flexibel ausgestaltet wurden. Sie betrachten insbesondere die Folgen einer geringen Verhandlungs- und Kontrollmacht der Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene sehr kritisch, da dies zu einem Zuwachs der Unternehmensmacht und verschlechterten Arbeitsbedingungen führen kann. Am Beispiel der Gesundheitskontrolle in Unternehmen argumentiert LO-Sekretärin Cyrene Martinsson Waern:

„Bei vielen [Kontrolleuren] handelt es sich um regionale Sicherheitsbeauftragte, die eingreifen und damit eine Gefahr für Leben und Gesundheit vermeiden, da sie aufgrund ihres fachspezifischen Wissens Risiken am Arbeitsplatz aufdecken können, über die die Inspektoren der Arbeitsschutzbehörde in Betracht mangelnder Ressourcen keine Kenntnis besitzen. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen den Posten des (regionalen) Sicherheitsbeauftragten übernehmen möchten, anstatt sie von der einzigen [der gewerkschaftlichen] Unterstützung zu trennen, die sie heute haben!“ (Martinsson Waern 2019)

Die Angriffe der SD auf die sozialpartnerschaftliche Tarifautonomie²⁰ könnte die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht nachhaltig schwächen und Solidaritäten zwischen den Beschäftigten durch Wettbewerb fragmentieren. Gefürchtet wird insbesondere der wachsende parlamentarische Einfluss der SD. Wie dargelegt hat die SD in den letzten Jahren in ihrer praktischen Parlamentsstätigkeit zumeist die unternehmensfreundliche, mitunter arbeiter*innenfeindliche Politik der konservativen Kräfte unterstützt.

Eine solche Praxis läuft jedoch den Bestrebungen der Gewerkschaften entgegen, neue Gruppen von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte in ihren häufig flexibel und stark variierenden Beschäftigungsverhältnissen zu organisieren. Dabei geht es nicht nur um den Schutz jener Menschen, die durch wohlfahrtchauvinistische Argumentationen der SD diskriminiert werden. Die Fähigkeit, für alle Beschäftigten stabile und gleichwertige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen aushandeln zu können, ist zentral dafür, die Tendenzen eines arbeitspolitischen Unterbietungswettbewerbs – insbesondere von Formen des Lohndumpings – abzuwehren und damit Ängste ab-

20 Im August 2017 forderte Mattias Bäckström Johansson (SD), die Tarifautonomie der Gewerkschaften zu begrenzen. Diese seien nicht repräsentativ, weil sie selbst entscheiden könnten, wer Gewerkschaftsmitglied wird und wer nicht.

zubauen, die für das Erstarren des Rechtspopulismus als ursächlich vermutet werden können, erklärt Tobias Baudin (LO):

„Wir haben Probleme in der Bauindustrie mit der Aufrechterhaltung des schwedischen Modells. Das Problem ist nicht, dass ausländische Arbeitnehmer*innen hierherkommen, sondern dass sie gleichberechtigt arbeiten können müssen. Schwedische Tarifverträge sollten in [ganz] Schweden gelten.“ (Wreder 2014)

4.3.2 Wandel öffentlicher Diskurse

Die Schwächung des institutionalisierten gewerkschaftlichen Einflusses wird durch die Wahlerfolge der SD forciert. Dies ist nicht nur – vielleicht noch nicht einmal primär – den veränderten parlamentarischen Mehrheiten geschuldet, sondern auch einem Wandel des gesellschaftlichen Diskursraums, der sich vor dem Hintergrund schwelender sozioökonomischer Probleme vollzieht:

„Was ich unter LO-Mitgliedern erlebe, ist eine große Unsicherheit. Wie werden meine Kinder die Schule bewältigen, wie werden meine alten Eltern versorgt und wie werde ich selbst versorgt, wenn ich krank werde? Es besteht die Sorge, dass selbst die eigenen Kinder eine schlechtere Schulbildung erhalten als andere, und dass diejenigen, die keine private Krankenversicherung haben, schlechter betreut werden. Die Wahl[ergebnisse] hängen davon ab, ob es unseren gewählten Vertretern gelingt, die Mitglieder davon zu überzeugen, dass die SD in diesen Fragen die völlig falschen politischen Linien verfolgt.“ (LO-Vorsitzender Karl-Petter Thorwaldsson im Nationalwahlkampf, zitiert nach Martos Nilsson 2018)

Noch vor einigen Jahren schienen sozioökonomische Faktoren wie Lohnungleichheit, Prekarität und erodierende wohlfahrtsstaatliche Leistungen für die Wahl rechtspopulistischer Parteien nur eine geringe und nachgeordnete Rolle zu spielen (Oesch 2008, S. 353). Inzwischen wird in gewerkschaftlichen Problemanalysen die Relevanz sozialpolitischer Dimensionen aber verstärkt hervorgehoben. Der frühere LO-Ökonom Dan Andersson konstatiert im Juli 2014 lapidar: „Sichere Menschen sind tolerant“ (ETC 2014). Umgekehrt lässt sich hieraus schlussfolgern, dass unsichere Menschen häufiger intolerant sind, oder, wie die Journalistin Maja Stilling im Januar 2019 in einem Meinungsartikel zu den Handlungsoptionen der Arbeiter*innenbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus formuliert: „Sichere Menschen [schwed. trygga människor] finden den Hass der Schwedendemokraten nicht attraktiv“ (Stilling 2019).

Die Gewerkschaften sehen in einer unzureichenden Sozial- und Wohlfahrtspolitik eine zentrale Ursache der rechtspopulistischen Mobilisierungserfolge. Häufig gilt hierbei weniger der Rechtspopulismus, im schwedischen Fall die SD, per se als Problem als vielmehr der Mangel an alternativen Deutungsangeboten und sozialpolitischen Lösungsstrategien. Dies ermöglicht es der SD, durch die Thematisierung und Problematisierung sozialer Prekarität, ökonomischer Strukturschwächen und Versorgungsengpässen viele Arbeiter*innen politisch zu mobilisieren. Tobias Baudin, der Vizevorsitzende der LO, merkte im Jahr 2014 an, die Wähler*innen der SD seien „stinksauer angesichts der hohen Arbeitslosenrate“ und „der wachsenden Lücken zwischen gesellschaftlichen Schichten“ und sehen, „dass die wohlfahrtsstaatliche Versorgung zusammenbricht“ (Wreder 2014).

Auch die von uns interviewten Vertreter*innen der Gewerkschaften gehen davon aus, dass Verteilungungerechtigkeiten durch markt deregulierende Maßnahmen in den vergangenen Jahrzehnten vorangetrieben wurden [S-12, Z. 202–210] und so den Nährboden für den aktuellen Erfolg der SD bereitet haben. Die sehr breite, das politische Spektrum übergreifende Unterstützung der derzeitigen Minderheitsregierung schwäche zusätzlich das politische Identifikationspotenzial:

„The Social Democrats have this agreement with the Liberals. And the Liberals WANT to do deregulations. [...] And THAT basically undermines the Swedish system. And we would say that what the Liberals are suggesting – that equals the [situation that] the Sweden Democrats [will] grow over time. Because that will continue people to feel, that they are being neglected on the countryside. That no one is talking for them. And then they will turn to the Sweden Democrats because they feel betrayed by the workers, by the Social Democrats. By those who should stick up for the workers.“ [S-12, Z. 202–210]

Vor diesem Hintergrund weisen Gewerkschafter*innen wiederholt auf die Notwendigkeit hin, nicht nur die Programmatik und Praxis der SD kritisch zu begleiten und ihr entgegenzuwirken, sondern auch sensibel für rechte Diskursverschiebungen insgesamt zu bleiben, d. h. für das Einfließen rechtspopulistischer Elemente in die Positionierung und die Aktivitäten anderer Parteien. Es besteht aus gewerkschaftlicher Sicht mithin das Problem der „Normalisierung“ der SD und ihrer Positionen im öffentlichen Diskurs. Hierbei handelt es sich um einen Prozess, der zugleich die Fragmentierung des linken politischen Lagers vorantreibt. Die linken Kräfte drohen sich in Fragen des Umgangs mit der SD zu spalten (Stenberg 2018). Damit gerät auch die politische Anschlussfähigkeit der Gewerkschaften unter Druck: Gerade die sozialdemokratisch, politisch eher links argumentierende LO könn-

te so ungewollt als „extremer linker Rand“ der politischen Skala wahrgenommen werden (ebd.).

Außerdem wirken die Dezentralisierung der Tarifpolitik und die Flexibilisierung strukturell nach. Durch die relative Schwächung der zentralen Aushandlung sind die Gewerkschaften im öffentlichen Raum weniger präsent. Oft wird es zudem schwieriger, den Zugang zu betrieblichen Argumentationsräumen aufrechtzuerhalten. Die LO ist zudem, anders als die parteipolitisch „neutralen“ Dachverbände TCO und SACO, im Dienstleistungssektor weniger präsent. So fällt es den Gewerkschaften oftmals schwer, sich am Arbeitsplatz, insbesondere in informellen Pausenräumen, in politische Debatten argumentativ einzumischen [S-I4, Z. 151–167]:

„The point is, that once the trade unions become weaker, the right-wings and the populist parties can argue even at the workplace. They can argue in another way than they could [with] a strong trade union.“ [S-I4, Z. 181–183]

4.3.3 Organisationspolitische Probleme

Dessen ungeachtet ist die Neigung, SD zu wählen, bei Arbeiter*innen nach wie vor stärker verbreitet als bei Angestellten und Akademiker*innen. Laut Statistik wählten bei der letzten Reichstagswahl (2018) 25,9 Prozent der LO-, 14 Prozent der TCO- und 10,2 Prozent der SACO-Mitglieder die SD (Martinsson 2018b). Die Fähigkeit der SD, auch Wahlstimmen der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten für sich zu gewinnen, birgt insofern organisationsinterne Probleme, als hierdurch die strategischen Ziele, die Diskussionskultur und Arbeitsweise und letztlich auch die solidarischen Grundlagen der Gewerkschaften beeinträchtigt werden. Zunächst wurden derartige Probleme aber oft verdrängt oder nicht erkannt:

„Let me say it like this: At the beginnings the unions, they didn't face the seriousness of right-wing populism for the trade unions. In the beginning, it was more the fact that: Ok, there were some idiots, some stupid people and it's not a turn. Not an organisational trend. And it was at first! But it was first in 2010 that the trade unions face[d] that here we have a problem. A problem IN the trade unions: we are losing density, we are more right-wing people – voting right-wing!“ [S-I4, Z. 59–64]

Genauer betrachtet ist der Sachverhalt, dass Gewerkschaften interne Probleme mit rechten Weltanschauungen haben, aber keineswegs gänzlich neu: „When we see the situation of right-wing populism in Sweden, it's not so new as a lot of people think. It has been there for the last 20 or 30 years, but not so

strong as it is today“, erklärte unser*e IF-Metall-Gesprächspartner*in [S-I4, Z. 49–51]. Die Wahlerfolge der SD sind seit einigen Jahren ein viel diskutiertes gewerkschaftliches Thema. In ihrem Positionspapier von 2015 erklärte die TCO, die Politik der Schwedendemokraten spiegele „eine menschliche Sichtweise wider, die in direktem Gegensatz zu den Grundwerten der TCO steht, wonach alle Menschen gleichwertig und richtig sind“ (TCO 2015).

Die Organisationen gehen davon aus, dass – auch latent – vorhandene, menschenfeindliche Einstellungsmuster der SD die humanistische Wertbasis der Gewerkschaften zu unterlaufen drohen. Unser*e Interviewpartner*in der schwedischen Polizeigewerkschaft (*Polisförbundet*) verdeutlichte, dass es schwierig bis ausgeschlossen ist, in der Praxis rechte Einstellungsmuster mit den gewerkschaftlichen Wertvorstellungen zu vereinbaren:

„I am fully aware that there are police officers who vote for the Sweden Democrats and obviously, that is a challenge for us because we need to get all our members with us in a position towards parties like the Swedish Democrats. And I think the reason why people in the Polisförbundet vote for a person of the Swedish Democrats is, because in their WORK, their everyday work, they experience the lack of integration, how people are treated, how people treat them [...]. So, I mean, yes! It IS a challenge obviously and at the same time the police should stand for human rights and everything. It is a challenging position.“ [S-I6, Z. 156–164]

Als ältester gewerkschaftlicher Dachverband ist nur die LO – inzwischen nicht mehr unmittelbar – mit der sozialdemokratischen Partei affiliert. Gerade weil sich sowohl TCO als auch SACO als politisch neutral positionieren, erzeugt die Abgrenzung gegenüber oder Ausgrenzung von politischen Akteuren und ihren Werten interne Kommunikationsprobleme: „Our member[s] don't expect us or regard us as political in that kind of way – as a political organisation“ [S-I3, Z. 180–182]. Die Gewerkschaften finden sich somit in einem Dilemma wieder: Zum einen ist es für die Effektivität ihrer Interessenvertretung wesentlich, über das politische Parteienspektrum hinweg Mitglieder zu binden und Konversationsräume offen zu halten; und zum anderen sind sie angehalten, diejenigen Werte und Positionen, die dem Ziel und Grundverständnis der eigenen Organisation entgegenlaufen, zu thematisieren und zu bekämpfen.

„We have to adopt and form strategies to discuss these kinds of questions in a political context. When it comes for example with the Pride.²¹ They [the uni-

21 Die Pride-Parade entspricht dem Christopher-Street-Day im deutschsprachigen Raum.

on-members] were calling me and they would look upset. But they were not totally confused. Because here I was standing with a rainbow flag and one came to me and would say: TCO isn't attached to a political party. And I said to him: No of course we are not. We are a political organisation but we are not attached to a political party. And he said to me: so it does not allow for you to stand with a rainbow flag. Because a rainbow flag is very political! And he was from the Sweden Democrats [...]. They are getting more and more aware of the very FUNDAMENTAL values that we stand behind. They are starting to get political – they are being politicised!“ [S-13, Z. 222–230]

Diese Formen der Politisierung wirken bis in die Betriebe hinein. Dort werden sie z. T. aber auch aufgefangen und durch die Praktiken und Erfordernisse einer „pragmatischen Zusammenarbeit“ und eines „betrieblichen Universalismus“ gebremst (Schmidt 2017). Auch in Schweden scheint die Fragmentierung von Solidaritäten im betrieblichen Kontext – zumindest partiell – aufgefangen zu werden: „As soon as you come out and work in a workplace, you go from anonymous refugee to become a workmate“, betont der LO-Vorsitzende Thorwaldsson im Jahr 2018 die persönliche und freundliche Betriebsatmosphäre. Es gebe keine Konflikte zwischen den jeweiligen Wähler*innen der unterschiedlichen Parteien, so Thorwaldsson weiter (Frisk 2018). Im Unterschied zu Österreich und auch Deutschland sind die Schwedendemokraten bislang nicht in (pseudo-)gewerkschaftlichen Listen organisiert und stellen daher keine unmittelbare organisatorische Konkurrenz dar, die sich der Kontrolle der Gewerkschaften entzieht.

Die Rechtspopulismusaffinität wurde in Gewerkschaften wie dem *Kommunal-*, dem *Transportarbetare-* oder dem *Polisförbundet* von unseren Interviewpartner*innen jedoch mittlerweile auf bis zu 40 Prozent geschätzt. Es ist daher keine leichte Aufgabe für die Gewerkschaften, ihre Normsetzungsfähigkeit gegenüber rechtspopulistischen Argumentationen aufrechtzuerhalten. Im Vorfeld der Europawahl 2019 klangen Stellungnahmen über die betriebliche Atmosphäre dann auch weit weniger versöhnlich. Von der Auseinandersetzung mit der SD, die sich den „Kampf um das LO-Kollektiv“ auf die Fahnen geschrieben hat, spricht Karl-Petter Thorwaldsson als einem „veritablen Stellungskrieg“ („veritabelt ställningskrig“) in den Betrieben (Nordenskiöld 2019).

Das Bewusstsein für die Relevanz, die die rechtspopulistische Mobilisierung für die innergewerkschaftliche Arbeitsweise und eigene Organisationsmacht hat, ist in den drei Dachverbänden unterschiedlich ausgeprägt. Lange wurde vermutet, dass nur in der LO ein rechtspopulistisches Milieu vorhanden ist und die damit verbundene Fragmentierung der solidarischen Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit nur sie betreffe. Dieser Eindruck hat sich in

zwischen jedoch gewandelt. Ein*e TCO-Vertreter*in berichtet von späten Erkenntnismomenten, in denen sich das Selbstbild, „that this was a problem for LO“ [S-I3, Z. 87–88], nach Einzug der SD in den Reichstag sukzessive aufzulösen begann:

„If you would have asked me three, four years ago, I would have said [the biggest challenge was] our self-insight! [...] It was always a feeling of another organisation's problem; of the LO-group. [...] And you know we have a stable growing part of the TCO members, with growing support [for SD].“ [S-I3, Z. 133–146]

Die Verdrängung des Rechtspopulismus seitens der TCO ist insofern überraschend, als sich diese bereits 2009 mit allen Teilgewerkschaften auf einen Cordon sanitaire verständigt hatte, der zur Nichtkooperation mit den Schwedendemokraten verpflichtet. Jenseits dieses Gebots operierte die TCO wie auch die SACO mit der Annahme, dass Beschäftigte im öffentlichen Sektor weniger wahrscheinlich rechte Einstellungen aufweisen. Einschätzungen, die von einer klaren Unterscheidbarkeit von Blue-Collar- und White-Collar-Arbeitnehmer*innen ausgehen, sind gängig. Das kann mitunter dazu führen, dass die Inkohärenz unterschiedlicher Werte und Interessen, die durch die Mitglieder vertreten werden können, nicht als Problem bei den Angestellten-gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wahrgenommen wird. So ist die Gewerkschaft *Unionen* (TCO) offiziell eine White-Collar-Gewerkschaft. Sie organisiert Beschäftigte in den Arbeitsbereichen der „manufacturing industry, the wholesale and retail trades, transport and forwarding, research and development, bureaus/contracting, call centres, the construction industry, the forestry and paper industries, telecom, the foodstuffs industry, the media, private dental care and many other sectors“ (Unionen 2019). Unser*e Interviewpartner*in aus der *Unionen* sieht zwar auch eine wachsende Bedeutung rechtspopulistischer Einstellungsmuster unter Gewerkschafter*innen, aber noch kein zentrales Problem für die eigene Organisation, da die Mitglieder nicht die klassische Zielgruppe der Rechtspopulist*innen darstellten:

„We have different challenges. I think for us the question is: How can we make it better? [...] Whereas other unions might have difficulties with their members, because they are more prone to be right wing than our members.“ [S-I7, Z. 54–58]

Zu einer solchen Perspektive trägt bei, dass die Teilgewerkschaften – trotz der hohen Zustimmungsraten auch in TCO und SACO – oft keine Zahlen zur rechtspopulistischen Mobilisierung unter ihren Mitgliedern zur Verfügung haben. Darüber, wie und warum Gewerkschafter*innen durch die SD

mobilisiert werden können, bestehen häufig nur Vermutungen: So geht z. B. Tobias Baudin – im Jahr 2018 Vorsitzender des *Svenska Kommunalarbetareförbundet*, der den Großteil an Care-Arbeiter*innen in Schweden organisiert – davon aus, dass die verstärkte Thematisierung gesundheitspolitischer Fragen durch die SD erheblich dazu beigetragen hat, ihren Anteil bei den weiblichen LO-Mitgliedern von weniger als 9 Prozent (2014) auf 19,6 Prozent (2018) zu erhöhen (Heimersson 2018a). Noch 2014 gingen Wähler*innenklientel-Analysen davon aus, dass hauptsächlich Männer (ca. jedes vierte männliche LO-Mitglied) die SD wählen (Wreder 2014).

LO-Vertreter*innen nehmen an, dass Mitglieder, die sich durch die SAP nicht repräsentiert fühlen, z. T. auch das Vertrauen in das Gewerkschaftshandeln verloren haben. Von rechtspopulistischer Seite sind die Gewerkschaften häufig mit der Kritik konfrontiert, elitär zu sein und den Bezug zu den Lebensrealitäten ihrer Mitgliederbasis verloren zu haben. Als Erklärungsmuster für innergewerkschaftliche Verständigungsprobleme wird diese Perspektive von den Interviewpartner*innen eher zurückgewiesen. Allerdings wird eingeräumt: „It CAN be a problem with the trade unions leadership“ [S-I4, Z. 148–153]. Wie ein*e TCO-Gewerkschafter*in berichtet, ist es vor allem die Wahrnehmung der Gewerkschaften als Versicherungsdienstleister [S-I3, Z. 166–174], die zu einer Entfremdung der Mitglieder führt. Sie basiere unter anderem auf fehlenden Beteiligungsstrukturen. Indem sie die Arbeitslosenversicherung tragen, sind schwedische Gewerkschaften tatsächlich in höherem Maße Dienstleister als andere Gewerkschaften im europäischen Vergleich.

Unter diesen Bedingungen scheint auch das Nichtkooperationsgebot der TCO mit der SD zu erodieren. Im März 2019 hinterfragte der *Journalistförbundet* die Richtlinie, indem er an die politische Unabhängigkeit appellierte, die in den Statuten der TCO verankert ist (Andersson 2019). Von der Fragilität der Nichtkooperation zeugt auch, dass es in der Gewerkschaft eine gewisse Uneinigkeit darüber gibt, wie deutlich Abgrenzungen sein sollen und wen sie betreffen. Solche Fragen haben auch die obersten strategischen Leitungskomitees der Gewerkschaften erreicht. Die Positionierung einiger TCO-Gewerkschaften wird derzeit diskutiert: Im Frühjahr und Sommer 2019 berieten sowohl die *Unionen* als auch der *Polisförbundet* über eine Neupositionierung – zum Abschluss dieser Studie ohne öffentliches Ergebnis. Gewerkschafter*innen, die für eine Beibehaltung des Nichtkooperationsgebots votieren, befürchteten, dass die SD hierdurch als normale Partei angesehen und weiter an Akzeptanz gewinnen könnte:

„A very new challenge is that 2009 we were forming a policy against the Sweden Democrats and [...] that policy has been very strong. But for like one year

ago our journalist union and the police union – not that surprising – started to question that policy! On the background that there are MORE [racist parties than the Sweden Democrats]. [...] So that [our policy] was a policy AGAINST the Sweden Democrats. But now we have a Nazi movement. [...] Last year we had big troubles with Nazis being in our area at the Almedalen. And you know they [the unions] think that as a ground to [the argument]: we have to revise. We have to have another [different] policy. [...] And I know that the biggest theme for the Sweden Democrats is to be SO established that their enemies are not pointing out THEM explicitly! [...] So, that is a tricky question. Personally, I am afraid of making a new policy. Because the Sweden Democrats will really be boiling up with the campaign then.“ [S-13, Z. 308–340]

4.4 Reaktionen und Strategien der schwedischen Gewerkschaften

Vor dem Hintergrund der skizzierten Programmatik der SD und der recht heterogenen gewerkschaftlichen Problemwahrnehmungen – zwischen wie auch innerhalb der Dachverbände – sind einheitliche Reaktionen und Strategien im Umgang mit der SD nicht zu erwarten. Tatsächlich gibt es eine nicht unerhebliche strategische und auch alltagspraktische Divergenz, in der sich die jeweils spezifische soziale Basis und politische Kultur der Gewerkschaften und nicht zuletzt ihre Rolle im schwedischen Modell und den institutionalisierten Arbeitsbeziehungen reflektiert.

Die LO ist – bei aller Kompromissbereitschaft – noch am ehesten durch eine klassenkämpferische Tradition geprägt, aber auch durch eine Mitgliedschaft, die ihre traditionell gesicherte soziale Position oft nicht mehr gewährleistet sieht und in den öffentlichen politischen Diskursen und realisierten Reformen zunehmend weniger Anerkennung findet. Es liegt daher nahe, dass das Selbstverständnis der LO durch die Hinwendung vieler Mitglieder zum Rechtspopulismus beträchtlich erschüttert ist und in der Organisation selbst ein großer Handlungsdruck besteht. Etwas anders stellt sich die Situation für die TCO dar. Diese hat einerseits viele kulturell aufgeschlossene, kosmopolitisch orientierte Mitglieder, die für rechtspopulistische Diskurse wenig empfänglich sind, organisiert andererseits aber auch einige dem Rechtspopulismus stark zugeneigte „Problemgruppen“, d. h. die sogenannten Uniform-Workers (polizei- und militärbedienstete Angestellte) [S-12, Z. 282–286]. Die trotz des Gebots der Nichtkooperation lange praktizierte Verdrängung des Rechtspopulismus als ein Problem der anderen lässt sich angesichts des starken Bedeutungsgewinns der SD – auch in den eigenen Reihen – zunehmend weniger aufrechterhalten. Ähnliches gilt grundsätzlich auch für die SACO. Diese war in der Vergangenheit aufgrund der eigenen

Kernstrategien der schwedischen Gewerkschaftsverbände

LO	TCO	SACO
Politikentwicklung für ein gerechtes Schweden; ideologische Konfrontation der Schwedendemokraten und ihrer nationalsozialistischen Wurzeln; Verständigung mit und (teils paternalistische) Information der Mitglieder über die Schwedendemokraten; Wahlkampf für und mit der SAP	Politikentwicklung mit Fokus auf Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarktpolitik; Arbeitsgruppe zu Diversität; arbeitsplatzbezogene Bildungsmodule zu Diversität und Multikulturalismus; vor allem reaktives Verhalten bei (diskriminierenden) Vorfällen – Ausschlüsse	Verständigung mit und Information von Mitgliedern über Rassismus und Diversitätsfeindlichkeit der Schwedendemokraten (vor allem) auf Betriebsebene; reaktives Verhalten bei (diskriminierenden) Vorfällen – bislang keine Ausschlüsse

Quelle: Eigene Darstellung

Mitgliederstruktur unter den schwedischen Gewerkschaften am wenigsten sensibilisiert für die Implikationen des Rechtspopulismus. Außerdem geht die SACO primär davon aus, dass sich die mit dem Rechtspopulismus verbundenen Probleme am ehesten auf dem Wege des Dialogs, d. h. einer aufgeklärten Kommunikation bewältigen lassen (zur groben Unterscheidung der Kernstrategien vgl. [Tabelle 9](#)).

4.4.1 Diskursiv-öffentlicher Handlungsraum: Zwischen Abgrenzung und Dialogbereitschaft

Lange haben die schwedischen Gewerkschaften die gesellschaftspolitische Relevanz des Rechtspopulismus entweder verdrängt oder im politischen Diskurs versucht, eine deutliche Linie der Abgrenzung gegenüber der SD zu ziehen. Nach wie vor verweist die LO unermüdlich auf die nationalsozialistischen Wurzeln der Partei, sei es in Wahlkampfvideos (Ländin 2015), Buchpublikationen zur SD-Geschichte oder Meinungsartikeln zu einzelnen Abgeordneten und deren Hintergründen in der Nazi-Szene. Ein mit diesen Beiträgen bespielter Facebook- und Twitter-Account erhöht dabei die Reichweite. Die LO versucht darüber hinaus, Journalist*innen regelmäßig mit neuen Informationen zu versorgen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen: „We tell

the reporters that: You should look at this! Because we are revealing some new facts!“ (LO-Kampagnenleiter Johan Ulvenlöv im Interview, Hochholzer 2017).

Diese scharfe Ausgrenzungsstrategie wird jedoch von den anderen Dachverbänden so nicht geteilt (vgl. [Tabelle 10](#)). Auch innerhalb der Einzelgewerkschaften der LO ist sie vermehrt umstritten. Ende 2017 kündigten die *IF Metall* und die *Kommunal* an, die öffentlichen Attacken auf die Schwedendemokraten zurückzufahren: „Wir haben Leute in Schubladen gesteckt, statt ihnen zuzuhören“, sagte Tomas With, der stellvertretende Vorsitzende der *IF Metall*, im Jahr 2017. *Kommunal* kündigte an, sich in Zukunft auf wohlfahrtsstaatliche Themen und Arbeitsmarktpolitik konzentrieren zu wollen – und sich weniger mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der SD auseinanderzusetzen (Sandström 2017).

Tabelle 10

Handlungsempfehlungen schwedischer Gewerkschafter*innen für den diskursiv-öffentlichen Handlungsraum

	zu empfehlen	nicht zu empfehlen
TCO	grundsätzliche Flexibilität von Positionen erhalten	Positionen trotz stark veränderter Umstände nicht überdenken
TCO und SACO	Offenheit und Ansprechbarkeit durch politische Neutralität bewahren	politische Positionierung
	universalistisch-solidarische Positionen auch angesichts rechter Diskursverschiebungen beibehalten	rechte Inhalte aufnehmen
LO	„stick to left politics“ – klare Verortung im politischen Spektrum verdeutlichen	vage Positionierungen
	wohlfahrtspolitische Diskussionen statt Migrationsdebatten führen	sich von Migrationsdebatten politisieren lassen
	nationalsozialistische Vergangenheit thematisieren	eine Normalisierung der Rechtspopulisten anerkennen
alle	inhaltliche Auseinandersetzung und Kritik der Programmatik; Entwicklung und Kommunikation alternativer Antworten	rechte Antwortszszenarien unbeantwortet lassen

Quelle: Eigene Darstellung

Inhaltliche Auseinandersetzung

Die Ausführungen zur Problemwahrnehmung haben gezeigt, dass in den Augen der schwedischen Gewerkschaften der SD-Erfolg überwiegend ökonomischen Unsicherheiten und fehlenden oder wenig überzeugenden politischen Antworten geschuldet ist. Es sei weniger die Fremdenfeindlichkeit, die gewerkschaftliche SD-Wähler*innen anziehe, als vielmehr eine „allgemeine Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Gesellschaft“, meinte LO-Vizepräsident Tobias Baudin bereits 2014 (zitiert nach Wreder 2014). Einen Schwerpunkt legen die schwedischen Gewerkschaften – auch die LO – deshalb auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit den arbeits- und sozialpolitischen Positionen der SD. Die diskursive und hochpolitisierte Verquickung von Arbeits- und Sozialpolitik mit Migrationsthemen wird in der Themenbearbeitung der LO allerdings vermieden: „Selbst wenn wir recht haben, ist es schwer, Debatten mit SD-Repräsentant*innen zu Migrationsthemen zu gewinnen“, konstatiert Tony Johansson, der lange für die LO-Initiative „Arbeiter*innen gegen Rassismus“ aktiv war. „Wir gewinnen die Debatten, wenn es um Klassenperspektiven geht. Das erfordert aber, dass die Sozialdemokratie auch klare Alternativen anbietet, auf die wir verweisen können“ (zitiert nach Lodenius/Wingborg 2010, S. 105; vgl. auch das Interview mit LO-Kampagnenleiter Johan Ulvenlöv, Hochholzer 2017). Die anderen Dachverbände gehen hier etwas anders vor und adressieren mitunter, so etwa die SACO-Gewerkschaften, die wohlfahrtschauvinistische Argumentation und Antimigrationsrhetorik der SD recht unmittelbar (Erkers/Berge 2018).

Allgemein versuchen die Gewerkschaften, durch die programmatische Reflexion und Kritik von SD-Positionen deren diskursiven Einfluss zurückzudrängen. Fehlerhafte oder problematische Vorschläge sollen „entlarvt“ und eigene normative Schwerpunkte gesetzt werden. Einige öffentlich zugängliche Dokumente – insbesondere der LO – sind Ausdruck einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung. So gibt es Themenpapiere zum Verhältnis von Gleichheit und Rechtspopulismus („Ungleichheit und radikal rechte Parteien“, Palm/Rydgren 2018) oder zur Arbeiter*innenfeindlichkeit der SD („SD – eine arbeiterfeindliche und gewerkschaftsfeindliche Partei“, LO 2014). Außerdem werden Positionspapiere zur gewerkschaftlichen Haltung gegenüber rechten Parteien und der zentralen Wertebene der LO publiziert („Jeder kann alles machen“, Wingborg/Lodenius/Ingesson 2012; „Antirassistisch – immer“, Wingborg/Thapper 2016) oder auch soziostrukturelle Studien, die den Einfluss und die Wirkung der SD im ländlichen Raum analysieren („Die Schwedendemokraten im ländlichen Raum“, Vestin 2018). Auch in Papieren zu Gleichstellungsfragen nimmt die LO häufig einzelne Kapitel

auf, die die Positionen der SD dekonstruieren. Im jährlich herausgegebenen „Gleichstellungsbarometer Schweden“ befindet sich z.B. ein Kapitel zu „rechtspopulistischen, konservativen und antifeministischen Bewegungen“ (Lorentzi/Vedin 2019). Anlassbezogen geht eine öffentliche LO-Positionierung über die Veröffentlichung von Papieren und Mitteilungen hinaus. Im Jahr 2015 fand sich der LO-Vorsitzende Karl-Petter Thorwaldsson sogar ausnahmsweise bereit, sich mit dem SD-Vorsitzenden Jimmie Åkesson in einem Talkshowformat auf dem Podium auseinanderzusetzen (de la Reguera 2015).

Gewerkschaftsfeindliche Positionen offenlegen

Eine gängige gewerkschaftliche Strategie ist es zudem, die SD als „rechte Alternative mit einer Antigewerkschaftshaltung“ und einer Antiarbeiter*innenhaltung zu markieren (Lodenius/Wingborg 2010, S.102); insbesondere seitdem die SD mit der Selbstbezeichnung als Arbeiter*innenpartei erfolgreich in die Mitgliederbasis der Gewerkschaften eindringt. Die fortbestehende Unterstützung der SD wird vor allem auf die Unwissenheit der Gewerkschaftsmitglieder zurückgeführt. Im Jahr 2010 war die Antigewerkschaftshaltung der SD, so *IF-Metall*-Chef Anders Ferbe, vielen Personen wenig bewusst; ebenso der Sachverhalt, dass die SD in sehr vielen Fragen in den Stadtverwaltungen die bürgerlichen Parteien unterstützt (zitiert nach Lodenius/Wingborg 2010, S. 102). In der Kritik der SD-Programmatik geht es den Gewerkschaften häufig darum, die eigenen Mitglieder über die Konsequenzen der SD-Politik zu informieren – vor allem darüber, dass eine Wahl der SD regierungspolitisch den liberalkonservativen Block stärkt. So schreibt die LO-nahe Journalistin Anna Danielsson Öberg kurz nach der Wahl im September 2018:

„Während des Wahlkampfes sind Fragen des Arbeitsschutzes oder der Gehaltsverhandlungen kaum an der Tagesordnung. Die Frage ist demnach auch: Wie bewusst sind sich die LO-Mitglieder, die für die Schwedendemokraten gestimmt haben, der Tatsache, dass die Partei dem bourgeoisen [politischen] Parteienblock in einer Bandbreite arbeitsmarktpolitischer Positionen sehr nahesteht?“ (Danielsson Öberg 2018)

Die LO bezieht im Unterschied zur TCO und zur SACO, die ihrerseits die LO kritisieren, parteipolitisch klar Stellung zugunsten der Sozialdemokratie. Für die Funktionär*innen ist eine solche politische Verortung eine zentrale Voraussetzung dafür, die eigenen Mitglieder langfristig normativ zu binden und eine Hinwendung zur SD abzuwehren. So schreibt etwa die LO-nahe Forscherin des Thinktanks *Tides*, Maja Stilling:

„Und es passiert genau dort, in der Abwesenheit einer klaren ideologischen Richtung, dass die Schwedendemokraten die Möglichkeit erhalten, Wechselwähler*innen für sich zu gewinnen. Die Reaktion der Arbeiterbewegung muss sein, für eine linke Politik zu mobilisieren, die Arbeiter*innen priorisiert.“ (Stilling 2019)

Die LO findet dabei inzwischen auch wieder eine stärkere Unterstützung seitens der SAP. Hatte die Sozialdemokratie sich im Wahlkampf 2014 noch vornehmlich darauf konzentriert, die nichtdemokratischen Grundwerte und das rassistische Menschenbild der SD zu kritisieren und die Migrationsfrage zu verdrängen, so geht es nun darum, „einen Keil zwischen die SD und ihre Wählerbasis zu treiben“ (Bengtsson 2017, S.7):

„Es geht darum zu zeigen, dass die SD eine Partei ist, die nicht nur in Bereichen wie Nationalismus oder der Haltung zu Flüchtlingen politisch rechts steht, sondern auch – oder vielleicht sogar vor allem – in der Wirtschaftspolitik. Zudem haben die Sozialdemokraten vor der Wahl 2018 die SD zum Hauptgegner der Wahl erklärt. Der Hintergrund besteht darin, dass die SD viele traditionelle Wähler aus der Arbeiterklasse anlocken konnte. Zum ersten Mal hat man also erkannt und anerkannt, dass die SD eine Partei darstellt, der man auf etwa dieselbe Weise begegnen muss wie anderen Parteien auch.“ (ebd. S.6)

Diese „Normalisierung“ wird von dem Eindruck getragen, dass sich potenzielle Wähler*innen der SD durch den Rassismusvorwurf in die Ecke gedrängt fühlen und diskursiv – möglicherweise auf Dauer – nicht mehr erreichbar sein könnten.

Politische Affinität und Wahlkampf

Die SAP und die LO bewegen sich im Umgang mit der SD in die gleiche Richtung. Dies ist wenig verwunderlich, ist die LO doch Teil des sozialdemokratischen Wahlkampfmanagements (zuletzt investierte die LO 30 Millionen Kronen in den Wahlkampf zur Reichstagswahl 2018). Im Vorfeld der Reichstagswahlen 2014 versuchte sie, durch die Mobilisierung auf Betriebsebene und eine Telefonkampagne mit über 150.000 Anrufen einen Wahlerfolg der Schwedendemokraten gezielt zu verhindern (Thorwaldsson et al. 2014). In einer gemeinsamen Pressenachricht erklärten LO-Vertreter*innen:

„Wir müssen mit unseren Arbeitskolleg*innen und Freund*innen sprechen. Schweden und die Arbeiter*innenbewegung können sich keine weiteren vier Jahre rechtsgerichteter Politik leisten. Besonders besorgt sind wir wegen der Schwedendemokraten. Die Schwedendemokraten sind nicht nur eine rassistische Partei. Sie sind eine rechte, arbeiterfeindliche Partei.“ (ebd.)

Mit der vielseitig kritisierten öffentlichen Kampagne „Ta tillbaka kontrolleren“ – zu deutsch: „gewinnt Kontrolle zurück“ – wandte sich die LO 2018 „insbesondere an die Gewerkschaften, die große Probleme mit Schwedendemokraten“ haben, so der LO-Vorsitzende Karl-Petter Thorwaldsson (Nordenskiöld 2019). Zu Anfang der SD-Parlamentstätigkeit wählten wesentlich mehr Männer die Partei. In den vergangenen Jahren erhöhte sich jedoch auch der Stimmanteil bei weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern von 9 Prozent (2014) auf 19,6 Prozent (2018) (Heimersson 2018a). Eigentlich wäre nun zu erwarten, dass die gewerkschaftlichen Strategien diese Entwicklung berücksichtigen. Entsprechende Reaktionen konnten wir in unserer Studie bislang jedoch nicht beobachten. Die zentralen Elemente der Wahlkampfstrategie der LO stellen sich wie folgt dar:

- inhaltlich verdeutlichen, dass die SD eine „Antiarbeiter*innenpolitik“ praktiziert;
- „Blockrelevanz“ verdeutlichen: Eine Stimme für die SD ist eine Stimme für den rechts-konservativen Block;
- klare Botschaften zu Wohlfahrts- und Verteilungsthemen, die sich politischen Blöcken zuschreiben lassen (links oder rechts);
- klassische Tür-zu-Tür-Strategie bei Mitgliedern

Kritik an der Umsetzung und Finanzierbarkeit sozialpolitischer Vorhaben

Im Vorfeld der Reichstagswahl 2018 gab der LO-Präsident eine Pressekonferenz und warnte in Pressemitteilungen vor der Verwirklichung des Wahlmanifests der SD, indem er auf die hohen geplanten Haushaltskürzungen (von 16,8 Milliarden Kronen) für die Kommunen hinwies (Thorwaldsson/Eriksson 2018). Die TCO und die SACO halten sich zwar parteipolitisch zurück, problematisierten zuweilen aber auch die Mach- und Finanzierbarkeit der sozialpolitischen Reformvorhaben der SD. Im Jahr 2014 wies der TCO-Gewerkschaftssekretär Mats Essemyr z. B. darauf hin, dass die SD-Finanzplanung zur Anhebung der Arbeitslosenversicherung eine „Spaßkalkulation“ darstelle, in der 3,6 Milliarden Kronen fehlen (Pettersson Normark/Jacobsson 2014). Argumentativ ist der Ton seitens TCO und SACO zumeist sachlich und nüchtern, selten pejorativ. Die SACO kritisiert die Arbeitsmarktpolitik der SD vor allem aus einer Diversitätsperspektive und thematisiert die Migrationsfeindlichkeit der Partei sehr direkt:

„Immigration überschattet alles im Umfeld der Schwedendemokraten. Genau wie die Partei es will. Aber wenn man das Parteiprogramm liest, sieht man, dass es ihnen um weit mehr geht. Es gibt einen starken separatistischen Flügel

im ökonomischen Denken der SD. Er steht in scharfem Kontrast zur Offenheit, die Schweden reich gemacht hat.“ (Wetterberg 2010)

Mit ihren arbeitsmarktpolitischen Forderungen befindet sich die SD zwar tendenziell am rechten Rand des Spektrums, ist hier aber weder allein noch am präsentesten: Es überrascht daher nicht, dass inhaltliche Kritik, wie sie z. B. vom TCO-Sozialressortvorsitzenden Samuel Engblom an der Änderung der Turn-around-Regelung im Frühjahr 2018 formuliert wurde, eher die Mitte-rechts-Parteien der Allianz (Moderate Sammlungspartei, Zentrumspartei, Christdemokraten, Liberale) adressiert (Engblom 2018).

Kooperationsverhalten

Die LO-Organisationen fahren eine harte und stark konfrontative Linie gegenüber SD-Funktionär*innen:

„We decided once and for all that we will not listen to the nationalist movements and we will not do meetings with them, because they are so far away from what we stand for.“ (Johan Ulvenlöv im Interview, Hochholzer 2017)

Andere Gewerkschaften lassen sich jedoch auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Parteipersonal der SD ein (Heimersson 2018a); zumindest in der Form, dass Vertreter*innen der SD auf Podien oder Veranstaltungen eingeladen werden, wenn alle anderen Parteien des Reichstags ebenfalls eingeladen sind. Separat finden jedoch keine Treffen statt:

„It’s only because we feel that we can’t exclude them, if we want to be with an entire [parliamentary committee] [...]. But we have decided not to try to influence them separately“,

erklärte unser*e Gesprächspart*in der Unionen [S-I7, Z. 240–241]. Über Fragen der unmittelbaren Beziehungen der Gewerkschaften zur SD hinausweisend, haben die Wahlerfolge der SD ein erhebliches Irritationspotenzial. Dies zeigen auch die Beziehungen und möglichen Formen der Zusammenarbeit mit Parteien, die rechte Kernforderungen übernehmen oder mit einer Koalition liebäugeln:

„They [the SD] try to influence all the other parties as well. [...] Can we still have discussions with the Christian Democrats and the Conservatives, if they start to move more and more into the direction of the Sweden Democrats?“ [S-I7, Z. 255–262]

Es ist kein Geheimnis, dass die LO sich eng mit der SAP abstimmt – auch wenn es um den Umgang mit rechtspopulistischen Positionen und Praktiken geht. Analysen führen die recht harte Linie der LO auf diese Kooperation

und die Ablehnung der SD durch die Sozialdemokrat*innen zurück. Auch die argumentativen Begründungen in der Auseinandersetzung werden zwischen der LO und der SAP abgeglichen (Heimersson 2018a).

Im Vergleich hierzu ist die Kooperation zwischen den gewerkschaftlichen Dachverbänden, was den Umgang mit dem Rechtspopulismus betrifft, nicht besonders entwickelt. Durch die strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt, insbesondere das Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor, sind die TCO und die SACO aufgewertet worden. Aufgrund der organisationspolitischen Rivalität wurden die zwischengewerkschaftlichen Solidaritäten z.T. geschwächt (Tsarouhas 2017, S.113). Immer wieder ist punktuell eine – zumindest leichte – Aversion zwischen den Gewerkschaften erkennbar: „We don’t have any cooperation with the LO and SACO“, erklärten unser*e Gesprächspartner*in der TCO,

„because we think we are too different. If we would have cooperation with the LO regarding diversified workplaces they would say: we need to educate our members. We would say: we need to inspire them. We don’t need to educate them. [...] We rather need to kick their asses to make them more active!“ [S-13, Z. 611–616]

Unterschiedliche Problemwahrnehmungen, Interessen und Präferenzen, aber auch wechselseitige Vorurteile und divergierende politische Kulturen erschweren eine enge Kooperation zwischen den Dachverbänden. Das tatsächliche Niveau der Kooperation im Umgang mit dem Rechtspopulismus wurde von allen Seiten als eher niedrig und abhängig von guten Kontakten auf der persönlichen Ebene eingeschätzt.

„In one way it is easier to cooperate with other trade unions in other countries than it is to cooperate with trade unions or parties in our own country. It is easier to listen and also to have a very good discussion, than to have this cooperation INSIDE your country.“ [S-14, Z. 483–489]

Wenn der zwischengewerkschaftlichen Kooperation ein zentraler Stellenwert zugeschrieben wird (Lodenus/Wingborg 2010, S.103–104), handelt es sich oft eher um ein Postulat als um eine realisierte Praxis. Dies gilt vor allem für die Kooperation zwischen den Dachverbänden. In den Sektoren arbeiten die Einzelgewerkschaften – z. B. die *IF Metall* (LO) und *Akademikerförbundet SSR* (SACO) – häufiger zusammen. Zugleich bewegen sich die schwedischen Gewerkschaften in internationalen Informationsnetzwerken und geben unter anderem an, von der Revitalisierungsstrategie des englischen *Trades Union Congress* (TUC) zu lernen. Schwedische Gewerkschafter*innen wie Johan Ulvenlöf (LO) oder Heike Erkers (*Akademikerförbundet SSR*) sind im-

mer wieder auf österreichischen oder deutschen Podien zu Gast, um über Strategien gegen den Rechtspopulismus zu sprechen (DGB-Jugend 2017). Alle unserer Interviewpartner*innen wussten von internationalen Kooperationen zu berichten. Der Austausch zwischen der LO und österreichischen Gewerkschaften wird sogar auf Mitgliederebene gefördert: In einem Blogbeitrag erzählt ein Teilnehmer eines Lehrgangs der Sozialakademie der *Arbeiterkammer* von seinem Besuch beim LO-Europa-Wahlkampfteam 2019 (Schwendtner 2019).

4.4.2 Institutionell-halböffentlicher Handlungsraum: Verteidigung des schwedischen Modells

Der Wahlerfolg der SD brachte im September 2018 nach der Reichstagswahl verhärtete politische Fronten mit sich. Die Bildung einer (Minderheiten-)Regierung gestaltete sich schwierig und zugleich schien die SD das Zünglein an der Waage zu spielen. Ursula Berge, Abteilungsleiterin der Sozialpolitik beim *Akademikerförbundet SSR (SACO)*, warnte:

„Es ist besonders besorgniserregend, dass es im Reichstag eine Mehrheit für den Antrag der Einstiegsstellen [schwed. inträdesjobb] gibt, der statische Gehälter vorsieht und gegen die Idee des schwedischen [Gehaltsverhandlungs-] Modells verstößt. Wenn sie wollen, können sie [die Parteien] das am ersten Tag der neuen Legislaturperiode des Reichstags beschließen – sollten die Allianz und die Schwedendemokraten die Regierung bilden, sogar noch schneller.“ (zitiert nach Persson 2018)

Den Gewerkschaften ist klar, dass eine Beteiligung an oder eine Tolerierung der Regierung durch die SD die – arbeits- und sozialrechtlich – institutionalisierte Macht der Gewerkschaften infrage stellen würde. Sie wirkten darauf hin, Kooperationen zwischen den Parteien des politischen Spektrums unter Ausschluss der SD zu erschließen (für Handlungsempfehlungen im institutionell-halböffentlichen Raum siehe [Tabelle 11](#)): die TCO durch einen Aufruf der Vorsitzenden Eva Nordmann zur Verantwortung für demokratische Werte; der SACO-Vorsitzende Göran Arrius durch den Aufruf zu einer „umfassenden Betrachtung der Möglichkeiten“; und die LO durch den Aufruf ihres Vorsitzenden Karl-Petter Thorwaldsson, dass „alles getan werden müsste“, um die Schwedendemokraten davon abzuhalten, regierungspolitisch „Einfluss“ zu gewinnen (zitiert nach Danielsson Öberg 2018).

Diese Aufrufe illustrieren, dass die Gewerkschaften in der Kritik einer neoliberal geprägten Einflussnahme rechter Parteien – insbesondere der SD,

Handlungsempfehlungen schwedischer Gewerkschafter*innen im institutionell-halböffentlichen Handlungsraum

	zu empfehlen	nicht zu empfehlen
TCO	regelmäßiges Risk-Assessment der schweden-demokratischen Einflusskraft – Reflexion der Verhältnismäßigkeit der Reaktionsstärke und der Notwendigkeit	Strategien anwenden, ohne die Verhältnismäßigkeit zu überprüfen
alle	regierungspolitischem Machtgewinn der Rechtspopulist*innen durch Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken	mögliche Regierungsbeteiligungen rechtspopulistischer Parteien ignorieren und unkommentiert lassen
	gezielte Einbindung und Organisation neuer Arbeitsmarktgruppen	ausschließlicher Fokus auf bereits organisierte (schwedisch autochthone) Arbeitnehmer*innen

Quelle: Eigene Darstellung

aber auch der konservativ-rechten Parteien – häufig an einem Strang zu ziehen vermögen. Noch in der Phase der Regierungsbildung versuchten sie drohende Einbußen institutioneller Gewerkschaftsmacht – unter anderem durch die geplanten Reformen des Arbeitsschutzgesetzes – abzuwehren (Persson 2018). Die Kritik blieb dabei nüchtern, sachlich und berief sich auf politische Neutralität. Die TCO-Vorsitzende Eva Nordmark vermerkte in der Debatte:

„Wir wollen keine Erosion des Arbeitsrechts sehen und die Autonomie der Sozialpartner muss respektiert werden. Was wir brauchen, sind bessere Wandlungsoptionen: Es geht darum, dem Bedarf an der Ausbildung fachkundigen Personals und an Möglichkeiten für Zusatzausbildungen über das Arbeitsleben hinweg gerecht zu werden. Es geht darum, dass soziale Sicherungssystem so anzupassen, dass auch selbstständige und teilselbstständige Menschen in der Lage sind, sich auf die Gesundheitsvorsorge und Arbeitslosensicherung zu verlassen.“ (zitiert nach Persson 2018)

Die Verteidigung des schwedischen Modells, einschließlich der dieses Modell stützenden Elemente der Arbeits- und Sozialpolitik, ist jedoch nicht eindeutig. Dies liegt zum einen daran, dass die eine oder andere Arbeitsmarktförderung der SD mit Positionen der Gewerkschaften inhaltlich durchaus kompatibel sein könnte, wäre sie nicht fremdenfeindlich aufgeladen. Zum anderen haben die schwedischen Gewerkschaften ihrerseits in der Vergangenheit wiederholt Positionen eingenommen, die sich gegen die Migration wendeten

und die Beschäftigung lokaler Arbeitskräfte privilegierten (Lodenus/Wingborg 2010, S.98). Da die SD in solchen Fragen jedoch sehr viel weiter geht und ihre arbeits- und sozialpolitischen Vorschläge in eine ansonsten primär arbeitgeber*innenfreundliche Gesamtstrategie einbettet, bleiben die Gewerkschaften in ihrer Abwehrhaltung relativ konsequent. Wie erläutert haben sie entsprechende Avancen der SD bisher weitestgehend abgelehnt; mehr noch: Sie haben sich auch offen gezeigt, den „undocumented immigrants“, d. h. Arbeitskräften ohne Dokumentation ihrer Staatsbürgerschaft oder sonstige Papiere, die gewerkschaftliche Mitgliedschaft zu ermöglichen (Lodenus/Wingborg 2010, S.98). Solche Gruppen sind für die Gewerkschaften der Putzkräfte, Hotel- und Restaurantangestellten zunehmend bedeutsamer geworden.

4.4.3 Innerorganisatorischer Handlungsraum: Zwischen Ausschluss und Einbindung

Der Ausschluss aus der Gewerkschaft gilt vielen Organisationen und allen Dachgewerkschaften in Schweden grundsätzlich als ein legitimes – auch gesetzlich abgesichertes – Mittel im Umgang mit extremen rechten Äußerungen, die klar den Statuten der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung, d. h. der Auffassung widersprechen, „dass alle Menschen unabhängig von Rasse und Ethnie gleichbehandelt werden sollen“ (Lodenus/Wingborg 2010). Auf manifeste rechte Weltbilder, die sich in diskriminierenden Äußerungen und Verhaltensweisen niederschlagen, kann entsprechend geantwortet werden. In der Praxis kommt es aber nur sehr selten zu Ausschlussverfahren, die von den unterschiedlichen Gewerkschaften zudem noch unterschiedlich gehandhabt werden (TT 2016). Bedenkt man, wie wenig der Ausschluss als eine sehr rigide und umstrittene Maßnahme bislang angewandt wurde – es handelt sich zumeist um einzelne Ausschlüsse im Laufe von mehreren Jahren²² –, überrascht die Breite der innergewerkschaftlichen und öffentlichen Diskussion. Die starke öffentliche Gegenwehr der SD sorgt dafür, dass sich die Gewerkschaften regelmäßig für einzelne Ausschlüsse öffentlich positionieren und rechtfertigen müssen.

Stärker prozedural angelegt ist eine Strategie, die versucht, der Verbreitung

22 Bis 2017 hatte die *IF Metall* eines von ca. 325.000 Mitgliedern für eine Verletzung des Gleichheitsgebots aus der Gewerkschaft ausgeschlossen (Johansson/Nilsson 2017). Der *Akademikerförbundet SSR* als größte Teilgewerkschaft der SACO gab Mitte 2019 im Interview an, bislang zwei Mitglieder ausgeschlossen zu haben.

Handlungsempfehlung schwedischer Gewerkschafter*innen im innerorganisatorischen Handlungsraum

	zu empfehlen	nicht zu empfehlen
alle	bei stark emotionalen Gesprächspartner*innen vor allem nachfragen und erzählen lassen	Positionen als „absolute Wahrheiten“ kommunizieren und mit Fakten überladen
	Diskussionen am Arbeitsplatz	
	Bildungsbausteine auf die Herausforderungen auf der lokalen Ebene anpassen	über Allgemeinplätze reden; die Sorgen/Wünsche der Belegschaften nicht thematisieren
		Personen über zu starke Zuschreibung als Rassist*innen verprellen
	Anerkennung von Wertinkohärenzen als Problem für die eigene Organisation	Ignoranz oder Verharmlosung möglicher Inkohärenzen
	Ansprechbarkeit und Zugänglichkeit von Personen in Leitungsfunktionen (auch betrieblich) gewährleisten	keine direkten und niedrigschwelligen Kontaktmöglichkeiten und Gesprächsräume mit Parteipersonal bieten
	gute Infrastruktur mit Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder schaffen bzw. (faktische) Teilhabemöglichkeiten bestehender Infrastrukturen überprüfen	Beteiligungsstrukturen ohne Reflexion und Mitgliedereinbindung als ausreichend befinden
	Mitglieder über die Statuten und Wertbasis der eigenen Organisationen aufklären und Widersprüche diskutieren	ohne Diskussion und/oder Aufklärung Mitglieder ausschließen
TCO	strukturell auch Beteiligung von Nichtmitgliedern ermöglichen, um mehr Personen zu mobilisieren	Nichtmitglieder grundlegend von Diskursen und Beteiligungsmöglichkeiten ausschließen

Quelle: Eigene Darstellung

rechtspopulistischer Einstellungen durch eine institutionalisierte Unvereinbarkeitsregelung entgegenzuwirken (für die entsprechenden Handlungsempfehlungen der schwedischen Gewerkschafter*innen siehe [Tabelle 12](#)). Politische Mandate für die Gewerkschaft und die SD dürfen in diesem Fall nicht gleichzeitig ausgeübt werden. Wird eine derartige Doppelung bekannt, wird

die gewerkschaftliche Leitungsposition entzogen.²³ In der LO gilt eine solche Regelung in allen 13 Einzelgewerkschaften (Heimersson 2018a). Die Transport-Gewerkschaft verbietet sogar eine Gewerkschaftsmitgliedschaft, wenn man eine Funktion bei der SD hält. Diese Strategie wird nicht nur dafür kritisiert, dass sie das – ohnehin häufig knappe – Personal für offizielle Posten beschränkt. Sie setzt auch voraus, dass die Gewerkschaften aktiv auf eine – mögliche – Parteitätigkeit bei der SD achten und diese dokumentieren. Aufgrund des Anspruchs der TCO und der SACO, parteilich nicht gebunden und parteipolitisch neutral zu sein, sind solche Erhebungen vor allem in deren Einzelgewerkschaften umstritten: „I don’t know how many active politicians as members are in our organisation“ [S-I6, Z. 265–266], erklärte unser*e Interviewpartner*in mit Leitungsfunktion in der Polizeigewerkschaft und unterstrich mit einem Verweis auf die Meinungs- und Redefreiheit eine Ablehnung entsprechender Kontrollmechanismen. Unser*e Gesprächspartner*in von der *Unionen* ergänzte: „We judge our elected representatives on the base what they DO, not if actually they’re members of the Sweden Democrats“ [S-I7, Z. 187–188]. Demgegenüber verdeutlichte unser*e Gesprächspartner*in des TCO-Dachverbands:

„Almost every union within the TCO has a strong policy that if you are an active representative in the Sweden Democrats, you can’t be an active [unionist]. But our biggest union, the Unionen, which is very influential in this matter: they have a much more pragmatic [approach]. They are like: you can be a representative at the Sweden Democrats AND be a representative in the union, if you [do] NOT manifest your Sweden Democrat sympathies at the working place. [...] But how can you say that you are a union for everyone at the working place when there are like 30 people [amongst the workers] who have another ethnic background are not voting for him [the representative]?“ [S-I3, Z. 367–391]

Auf die Normalisierung rechtspopulistischer Diskurse reagieren einige Einzelgewerkschaften der TCO mit der Aufweichung ihres bisher antagonistischen Verhaltens. Im März 2019 begründete Ulrika Hyllert, Vorsitzende der Journalist*innengewerkschaft, den Antrag ihrer Organisation an die TCO, die bisherigen Richtlinien der Nichtkooperation mit der SD abzuschaffen, wie folgt:

23 Beispiele hierfür sind ein gerichtlich umstrittener Fall des Amtsentzugs einer lokalen Vorsitzenden der Handelsgewerkschaft im Mai 2019 (Julius 2019) oder der Fall von Allan Jönsson in der *IF Metall* (Heimersson 2018a).

„So wie die politische Landkarte derzeit aussieht, sind wir der Meinung, dass man alte Strategien überdenken und im Lichte aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen neu betrachten sollte. Ich freue mich darauf zu diskutieren, wie wir als Organisation den Kampf gegen Populismus, antidemokratische Kräfte und Rassismus führen sollen. Und wir würden die [interne] Auseinandersetzung darüber, wie wir das am Besten angehen, am liebsten schon heute beginnen.“ (zitiert nach Andersson 2019)

Mit einer gewissen Vorsicht lässt sich diese Entwicklung als eine Diskursverschiebung in den Gewerkschaften insgesamt interpretieren. Noch 2014 erntete der Vorsitzende der Metallgewerkschaft Anders Ferbe auf der *IF-Metall*-Konferenz tosenden Applaus – und vor allem keinen öffentlichen Widerspruch – mit der Aussage, die SD sei eine rassistische, xenophobe Partei, gegen die man absolut immer kämpfen müsse (Pejer 2014). Im Juli 2019 appellierte die TCO-Vorsitzende Eva Nordmark (2019) dann jedoch öffentlich – und um die Konfliktfronten nicht weiter zu verhärten – an die Kooperations- und Kompromissfähigkeit ihrer Gewerkschaften.

Im Umgang mit den Gewerkschaftsmitgliedern wird allgemein für eine größere Sensibilität plädiert. Alle Gewerkschaftsverbände betonten in unseren Gesprächen die Notwendigkeit, „den Mitgliedern sorgfältig zuzuhören und sie ernst zu nehmen“ (Lodenus/Wingborg 2010, S. 57). So nehmen denn auch nicht nur die TCO, sondern auch die Einzelgewerkschaften der LO für sich in Anspruch, einen kooperativ-zivilen Modus der Auseinandersetzung zu praktizieren:

„We as a trade union [IF Metall], we have to face people, and to discuss with them with the same respect for those people who have a different view. And that’s a turn out of this strategy. Because we think, those people who are voting for the Sweden Democrats are ordinary people. They have problems we have to take care of in another way that we have done. So that’s the main strategy: to discuss this with many people that you can meet and be very, very open. Not talking about those right or those wrong. Just talk to them.“ [S-14, Z. 194–200]

Bei aller Abgrenzung setzen die Gewerkschaften auf das Instrument des produktiven Streits und Dialogs. Darüber hinaus nehmen sie regelmäßig an zivilgesellschaftlichen Demonstrationen (z. B. Pride-Paraden) teil, praktizieren stark konfrontative Formen der Auseinandersetzung aber nur im Notfall. Dies zeigt sich allgemein in einer insgesamt sehr geringen Streikaktivität (Kjellberg 2019a, S. 602), aber auch in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. In unseren Interviews wurde das Mittel des Streiks zu keinem Zeitpunkt als politische Option genannt. Stattdessen setzen die Gewerk-

schaften auf folgende, vornehmlich auf Dialog und Verständigung hin orientierte Strategieelemente:

Erstens geht es darum, die gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben zu steigern. Unser*e Gesprächspartner*in des *Akademikerförbundet SSR* verwies darauf, dass dessen Vorsitzende Heike Erkers regelmäßig durchs Land tourt, um mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen Mitgliedern eine Möglichkeit zu geben, Themen zu besprechen. Auch die LO versucht bereits lange, dem Erfolg der SD am Arbeitsplatz entgegenzuwirken, indem sie über den gleichen Wert der Menschen und die nationalsozialistischen Wurzeln der Schwedendemokraten in den Betrieben diskutiert (Martos Nilsson 2018).

Zweitens sollen die Mitglieder gezielt über die Grundwerte der Gewerkschaft informiert werden. Hierbei soll deutlich werden, warum diese Grundwerte nicht mit rechtspopulistischen Haltungen vereinbar sind. Dies kann kreativ geschehen, indem allen Mitgliedern ein Brief mit dem Grundsatzprogramm zugesendet wird – im Zweifel mit der Konsequenz eines Austritts, falls die Grundstatuten nicht anerkannt werden; so ein Vorschlag des *Akademikerförbundet SSR*. Die Prozesse der Information und Meinungsbildung sind in der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit weniger konfrontativ angelegt. Allerdings zielt die antirassistische Bildungsarbeit darauf ab, die politischen Einstellungen rechtspopulistischer affiner Mitglieder zu bearbeiten. Dies ist nicht nur sehr anspruchsvoll, sondern geht häufig auch mit Problemen der Erreichbarkeit der richtigen Zielgruppe einher. Die LO verweist auf das Kooperationsprojekt „Arbeiter*innen gegen Rassismus“. In Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen engagieren sich darin verschiedene LO-Organisationen (*SEKO, Bau, IF Metall und Kommunal*) gegen Fremdenfeindlichkeit und den Einfluss der SD am Arbeitsplatz.

Die TCO-Gewerkschaften arbeiten nicht mit dem negativ belegten und politisierten Begriff des Rechtspopulismus, sondern mit Begriffen der Vielfalt bzw. des Multikulturalismus. Im Format „Offener Arbeitsplatz“ beschäftigen sich Teilnehmende in drei Folgeseminaren zunächst mit ihrem Grundverständnis von Diversität als Menschenrecht und dessen Bedeutung für den eigenen Arbeitsplatz. Sie entwickeln einen Diversity-Plan für ihren Betrieb und besprechen anschließend nochmals die Bedeutung von Diversität für die Gesamtgesellschaft und den schwedischen Arbeitsmarkt. Das Format ist offen und kann niedrigschwellig in den Pausenräumen am Arbeitsplatz durchgeführt werden. Es hilft, Sorgen und auch Alltagsrassismen – wenn auch nicht immer mit erfolgreicher Entgegnung – sichtbar zu machen. Unsere TCO-Gesprächspartner*innen berichteten:

„In the group of 20 persons, there were at least five ambulance nurses. And the first thing – it was autumn 2015 where the migration crisis was at its peak from Syria – the five ambulance nurses and the ambulance officer said: well, we are not driving to the asylum houses. Because we don't know what will happen there. We would feel insecure. [...] We don't go there. [...] We are not free from this kind of racism. With that said, it has been a successful concept in SOME of our affiliates.“ [S-I3, Z. 425–433]

Drittens versuchen die schwedischen Gewerkschaften die Ansprechbarkeit ihres Funktionärskörpers – über Onlinekommunikation sogar die der Vorsitzenden – zu verbessern. Die TCO plant die Einführung neuer Onlineplattformen. So soll – nicht nur für Mitglieder – die Partizipation gestärkt werden: „We can leave the membership, you know. And just think of the engagement. Take care about the energy and the emphazise. We will work like this in the future a lot!“ [S-I3, Z. 592–593].

Viertens fördern die Gewerkschaften den organisationsinternen Austausch über bestehende Probleme und auch über den Umgang mit Mitgliedern. Unsere Interviewpartner*innen berichten, dass sie auf Kongressen der Einzel- und Dachgewerkschaften regelmäßig Panels und Workshops zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in Betrieben organisieren. Betont wird die Notwendigkeit, für den Umgang mit Rechtspopulismus Vorschläge aus der Belegschaft aufzunehmen und weiterzuarbeiten [S-I4, Z. 325–329]. Zum Teil finden solche Diskussionen auch in Kooperation mit internationalen Schwestergewerkschaften statt: „We are working very, very hard on these issues. [...] Because one of the conclusions from that discussion was: we are currently lacking strategies for the forces!“ [S-I3, Z. 214–217]. Als Reaktion auf die wachsenden Wahlerfolge der Schwedendemokraten gab es bereits 2007 erste Anläufe der TCO, eine interne Strategiegruppe zu gründen. 2010 nahm eine Arbeitsgruppe, die sich mit einer Begriffsdefinition von Multikulturalismus auseinandersetzen sollte, ihre Arbeit auf. Sie sollte langfristig Anknüpfungspunkte in den Gewerkschaften identifizieren, „to create some kind of work that was highlighting the question about the multicultural society and how to prevent the Sweden Democrats to get more support in the coffee rooms“ [S-I3, 97–100].

4.5 Schlussfolgerungen: Strategische Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Die schwedische Gewerkschaftslandschaft ist mehrfach fragmentiert. Nicht nur die drei Dachverbände haben unterschiedliche politische Orientierungen und strategische Präferenzen, auch die Einzelgewerkschaften innerhalb der Verbände agieren keineswegs gleichgerichtet. Entsprechend gibt es insgesamt eine recht große Bandbreite an Strategien im Umgang mit der SD, die zudem – kaum überschaubar – in sehr vielen Kommentaren und Meinungsartikeln gedeutet und reflektiert werden.

Im institutionell-halböffentlichen Raum reagieren die Gewerkschaften bislang zumeist nur sehr allgemein auf die Schwedendemokraten. Dies ist insofern wenig verwunderlich, als die SD bislang nicht operativ an den Regierungsgeschäften beteiligt ist und auch ihre Parlamentstätigkeit die gewerkschaftliche Praxis allenfalls indirekt beeinflusst hat. So beschränken sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten im institutionell-halböffentlichen Raum weitgehend darauf, vor der Umsetzung einer arbeitnehmer*innenfeindlichen Programmatik zu warnen, die eine weitere Schwächung der institutionellen Gewerkschaftsmacht mit sich bringen würde.

Deutlich aktiver sind die Gewerkschaften hingegen im öffentlichen Diskursraum. Die drei Dachverbände sind sich darin einig, dass in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt auf die Entwicklung sozialpolitischer Antworten gelegt werden muss, da bisherige Ausgrenzungsstrategien, wie sie vor allem die LO mit ihrem Blaming der SD als nationalsozialistische Partei betreibt, nicht mehr ausreichen. Aufgrund der Mobilisierungserfolge der SD bei Gewerkschafter*innen sind Letztere stark sensibilisiert worden. Nicht nur die LO befürchtet eine Erosion der solidarischen Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit, auch TCO und SACO sehen ihre normative Orientierung gleichsam „von innen“ infrage gestellt. Gleichzeitig grenzen sich Letztere von der LO deutlich ab. Die LO nimmt institutionell und auch in ihrer Mitgliederorientierung stärker konfliktive, häufig unverhandelbare Positionen ein und befürwortet eine deutliche Verortung im politischen Spektrum.

„Würden SD-Kandidaten in den Betrieben nominiert werden und Unterstützung erhalten, so dass sie [die SD] die Mehrheit in den meisten Gewerkschaften hätte, wäre die LO eine andere [Organisation]. Aber bis das passiert, werden wir nicht aufhören, für die Gleichwertigkeit aller Menschen zu kämpfen. Ich werde niemals einen Vertrag unterzeichnen, der für im Ausland geborene Menschen weniger Gehalt vorsieht.“ (LO-Vorsitzender Karl-Petter Thorwaldsson, zitiert nach Heimersson 2018a)

Seit einiger Zeit werden solch klare Positionierungen häufiger mit Verweis auf ihre mutmaßliche Unwirksamkeit kritisiert. Der schwedische Gewerkschaftshistoriker Björn Horgby merkt an, dass es zunehmend schwieriger wird, die Perspektiven der SD bei einem wachsenden Zuspruch der Wähler*innen auszuschließen:

„Ich denke, dass die Strategie, nur Sozialdemokraten für Gewerkschaftspositionen zu wählen, nicht länger funktioniert, weil die Marginalisierung neuer, unwillkommener Gruppen zunehmend schwierig wird.“ (Horgby, zitiert nach Heimersson 2018a)

Im Vergleich zur klaren Linie der LO positioniert sich die TCO deutlich moderater. Die Unterschiede betreffen dabei vor allem den öffentlichen Umgang mit Repräsentant*innen der SD. Während die LO nach wie vor auf Distanz, Abgrenzung und Kritik setzt, beschäftigt sich die TCO seit einiger Zeit mit der Frage, inwieweit Gespräche mit der SD stattfinden sollten, um deren Stärke im öffentlichen Diskurs Rechnung zu tragen. Sie orientiert sich dabei stärker an den bürgerlichen Parteien – den Moderaten und den Christdemokraten –, die seit 2017 vor politischen Entscheidungen mit der SD in Kontakt treten, ohne bislang allerdings eine mögliche Koalition in Erwägung zu ziehen (Bengtsson 2017, S.4).

Deutlich schwächer konturiert sind die strategischen Differenzen zwischen den Gewerkschaften, was die eigenen Mitglieder und die Adressierung latenter rechter Weltanschauungen betrifft. In diesen Fragen sprechen sich alle Gewerkschaften mittlerweile für eine eher offene, aufnehmende und kooperative Umgangsweise aus, die die Probleme und Sorgen ihrer Mitglieder ernst nimmt und thematisiert. Auch die LO-Gewerkschaften sind von einer eher erzieherischen Herangehensweise auf einen offenen dialogorientierten Umgang umgeschwenkt. Ihre öffentliche Positionierung bleibt – im Vergleich zur TCO und zur SACO – jedoch kämpferischer und der SD gegenüber kritischer.

5 NIEDERLANDE: RECHTSPOPULISTISCHE DESTABILISIERUNG DES POLDERMODELLS?

Rechtspopulistische Anti-Establishment-Parteien sind in den Niederlanden kein neues Phänomen. Bereits 1982 war mit den *Centrumdemocraten* von Hans Janmaat eine nationalistische Antimigrationspartei in die zweite Kammer gewählt worden (Cuperus 2017, S.2). Einige Zeit später, d.h. seit Anfang der 2000er Jahre, haben rechtspopulistische Parteien dann maßgeblich dazu beigetragen, die Fragmentierung des Parteiensystems zu erhöhen. Auf die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) im niederländischen Unterhaus 2002 folgten seit 2006 große Mobilisierungserfolge der *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders. Bei der Senats- und Europawahl 2019 ging die Zustimmung zur PVV zuletzt allerdings zurück. Profitiert hat hiervon eine neue rechtspopulistische Kraft: das *Forum voor Democratie* (FvD) von Thierry Baudet (NOS Nieuws 2019a).

In den Niederlanden gibt es mithin langjährige und vielfältige Erfahrungen im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien. Die Niederlande sind vor allem deshalb ein interessantes Fallbeispiel, weil – von einer scharfen Abgrenzung einmal abgesehen – „die hier etablierten Parteien und Medien bereits alle möglichen Szenarien durchprobiert haben, wie mit den Rechtspopulisten umzugehen ist“ (Cuperus 2017). Aus der Vielfalt rechtspopulistischer Parteien lassen sich nachfolgend unterschiedliche programmatische Stoßrichtungen identifizieren. Darüber hinaus eröffnet sich ein facettenreicher Blick darauf, wie auch die Gewerkschaften die rechtspopulistischen Parteien wahrnehmen und ihnen bislang begegnet sind. Dies gilt umso mehr, als die Zustimmung zur PVV aus dem Arbeitnehmer*innenmilieu lange Zeit – vor allem unter Männern – beträchtlich war und immer noch ist (Huygen/Wassens 2019). Die gewerkschaftliche Kritik und Abgrenzung von der PVV ist nicht immer eindeutig, zumal es auch im öffentlichen Diskurs „keinen ‚cordon sanitaire‘ gegenüber rechter Demokratiekritik“ gibt (Busch/Bischoff/Funke 2018, S.110). Gleichwohl ist zu erkennen, dass sich die niederländischen Gewerkschaften, vor allem der Niederländische Gewerkschaftsbund (*Federatie Nederlandse Vakbeweging*, FNV) – unter dem neuen Vorsitzenden Piet Fortuin zuletzt auch der Christliche Gewerkschaftsbund (*Christelijk Nationaal Vakverbond*, CNV) – um eine klare Linie im Umgang mit dem Rechtspopulismus bemüht.

Wie sich die gewerkschaftlichen Strategien und Praktiken entwickelt haben und wie sie organisationsintern und in der Öffentlichkeit wahrgenom-

men wurden, ist aus deutscher Perspektive sicherlich aufschlussreich. Die Niederlande verfügen mit dem Poldermodell – wie Österreich und Schweden – über spezifische Formen einer neokorporatistischen Interessenaus-handlung, die in den letzten Jahren zunehmend brüchig geworden sind. Zu-gleich ist zu berücksichtigen, dass es in den Niederlanden kein Modell der Einheitsgewerkschaft gibt, sondern nur eines der engen zwischengewerk-schaftlichen Kooperation (de Beer/Keune 2017). Um die Funktionsweise die-ses Modells zu verstehen, ist es zunächst erforderlich, die politökonomi-schen Grundlagen und institutionellen Elemente des Poldermodells und die mit diesem korrespondierenden Arbeitsbeziehungen zu rekonstruieren (Ka-pitel 5.1). Im Anschluss erläutern wir, wie sich die PVV und das FvD in der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik programmatisch und praktisch posi-tioniert haben (Kapitel 5.2). Wie in den vorangegangenen Fallstudien wird anschließend diskutiert, wie die Gewerkschaften die rechtspopulistischen Aktivitäten wahrgenommen (Kapitel 5.3) und auf sie politisch-strategisch re-giert haben (Kapitel 5.4). Jenseits aller Differenzen zwischen FNV und CNV fällt dabei auf, dass sich die durch den Rechtspopulismus generierten Gefahren – im Kontrast zu Österreich und Schweden – für die Gewerkschaf-ten als nicht besonders dramatisch darstellen und diese insgesamt sehr zu-rückhaltend reagieren (Kapitel 5.5). Dies ist unter anderem den Besonder-heiten der PVV als Nichtmitgliedpartei, genauer: als Einpersonenpartei geschuldet, aber auch dem grundsätzlichen Vertrauen in die Persistenz des Poldermodells.

5.1 Genese und Operationsweise des Poldermodells

Wie in Österreich und Schweden sind auch in den Niederlanden die Formen einer konsens- oder zumindest kompromissbasierten Politikgestaltung stark ausgeprägt. Die Beteiligung der Gewerkschaften und Beschäftigten stützt sich auf mehrere institutionelle Komponenten: auf mit dem deutschen System vergleichbare Betriebsräte; auf Flächentarifverträge, die vornehmlich auf Branchenebene abgeschlossen werden und eine recht hohe Deckungsquote aufweisen; und auf eine neokorporatistische Einbindung der Sozialpartner in den politischen Beratungs-, Aushandlungs- und Entscheidungsprozess. Vor allem der letztgenannte Aspekt führte dazu, dass das politische System der Niederlande bis in die 1970er Jahre hinein „als Konkordanz- oder Verhandlungsdemokratie mit korporatistischen Politikmustern im Rahmen einer ver-säulten Zivilgesellschaft“ (Kleinfeld 2012, S. 479) umschrieben wurde.

Die „Versäulung“ stellte sich so dar, dass in der Folge unterschiedlicher sozialer Bewegungen – der kalvinistisch-antirevolutionären Bewegung, der römisch-katholischen Bewegung und der sozialistischen Arbeiterbewegung – konfessionell oder weltanschaulich geprägte, sozial-räumlich segregierte „Säulen“ entstanden sind, die in sich jeweils spezifische „politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, Rundfunkvereinigungen, Wohngenossenschaften, Schulen, Zeitungen, Universitäten“ vereinten (ebd., S. 478). Die so geschaffenen Organisationsnetzwerke waren relativ beständig. Doch ab Ende der 1960er Jahre begannen sich diese drei Säulen – manchmal wird als vierte Säule noch die des liberalen Bürgertums genannt – allmählich aufzulösen. Durch die erhöhte soziale und regionale Mobilität, die kulturelle Liberalisierung der Gesellschaft und das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen schwand die Bindekraft der Säulen (Oberlechner 2005).

Der Erosionsprozess beschränkte sich nicht nur auf die politische Kultur und die gesellschaftlichen Organisationsformen. Auch die politökonomischen Grundlagen des niederländischen Kapitalismusmodells gerieten in den 1970er Jahren ins Wanken. Dieses hatte sich maßgeblich auf einige hochproduktive Konzerne in den Bereichen der chemischen und elektrotechnischen Produktion, der Metallurgie, Ölraffinerie, Nahrungsmittelindustrie und Papierindustrie sowie die große Bedeutung des internationalen Handels gestützt.²⁴ Eine tiefe Zäsur bildeten nicht nur die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 und das Ende der gewerkschaftlichen Lohndisziplin, sondern auch die sogenannte Holländische Krankheit (Dutch Disease) – die strukturelle Überbewertung des Gulden aufgrund der Entdeckung neuer Erdgasvorkommen, damit verbundener Exporte und zusätzlicher Deviseneinnahmen. Die Erwerbslosigkeit schnellte ebenso in die Höhe wie die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben und die Staatsverschuldung.

Um diese Krisenkonstellation zu überwinden, verständigten sich die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften im Jahr 1982 auf das Abkommen von Wassenaar. Das Abkommen enthielt vier allgemeine Zielsetzungen: keine staatliche Einmischung in die Tarifverhandlungen; eine Politik der Lohnzurückhaltung; die Bereitschaft zum Dialog und zur Kompromissfindung sowie eine umfassende Tarifdeckungsquote (de Beer/Keune 2017, S. 222). Für die Funktionsweise des Poldermodells war das Wassenaar-Abkommen vor al-

24 Noch heute entstammen die großen niederländischen Konzerne zumeist den genannten Branchen, so etwa: *Royal Dutch Shell* (Energie), *Philips* (Elektronik), *Unilever* (Nahrungsmittel), *LyondellBasell*, *DSM* und *Akzo Nobel* (Chemie), *Heineken* (Bier) und *ING* (Finanzprodukte).

lem in zweifacher Hinsicht grundlegend: Zum einen revitalisierte es die neokorporatistischen Strukturen einer sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, die in den Niederlanden bereits in den 1940er und 1950er Jahren mit der Stiftung der Arbeit (*Stichting van de Arbeid*) und dem Sozialökonomischen Rat (*Sociaal-Economische Raad*, SER) mit Unterstützung durch das Büro für wirtschaftspolitische Analysen (*Centraal Planbureau*, CPB) institutionell verankert worden waren und sich auch auf die Operationsweise der sozialen Sicherungssysteme erstreckten (Schmid 2010, S.203–221). Zum anderen bildete das Abkommen gleichsam den Startschuss für das sogenannte holländische Beschäftigungswunder (Visser 1998, S.285–290). Dieses wurde z. T. durch die Politik der Lohnzurückhaltung, die dadurch generierte Unterbewertung des Gulden – der fest an die Deutsche Mark gekoppelt worden war – und eine entsprechende Stimulierung der Exporte gefördert. Wichtiger war jedoch, dass die Sozialpartner die starke Expansion der Teilzeitbeschäftigung unterstützten, die zwar häufig schlechter entlohnt, aber im internationalen Vergleich arbeits- und sozialrechtlich einigermaßen abgesichert war, so dass mit dem 1,5-Job-Modell für Familien ein neues beschäftigungspolitisches Leitbild entstand.

Das „Beschäftigungswunder“ bestand maßgeblich darin, dass die in den Niederlanden vorhandene Arbeit umverteilt wurde, d. h. Erwerbslose den Weg zurück in die Beschäftigung fanden und sich – durch einen steilen Anstieg der Frauenerwerbsquote – die zuvor sehr niedrige Erwerbsquote von 52 Prozent (1983) auf 73,6 Prozent (2003) erhöhte (Becker 2005, S.1082).²⁵ Die Reformpolitik war damit jedoch noch längst nicht beendet. Ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und in den 1990er Jahren konzentrierten sich die Regierungen – zunächst die Mitte-rechts-Regierungen unter Ruud Lubbers (1982–1989), dann die Große Koalition des *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) und der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA) (1989–1994) und schließlich die sozialdemokratisch geführte Koalition unter Wim Kok (1994–2002) – vermehrt darauf, die Investitionsbedingungen zu verbessern (Visser 1998, S.290–293; Hemerijck/Manow 2001, S.226–268; Spieker 2008, S.99–102): durch eine Absenkung der Unternehmenssteuern, Leistungsrestriktionen des Wohlfahrtsstaats, die Liberalisierung und Privatisierung des öffentlichen Sektors und neue Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik.

25 Hinzu kam ein durch die private Verschuldung – vor allem Hypotheken – getriebener Konsumboom, der die Konjunktur zusätzlich stimulierte (Becker 2005, S.1086–1090).

Die skizzierte Reformpolitik wurde ab Mitte der 1990er Jahre zumeist als Beispiel für eine neosozialdemokratische Politik des „Dritten Wegs“ und eine erfolgreich umgesetzte neokorporatistische Konzertierung interpretiert (Visser/Hemerijck 1997; Hemerijck/van der Meer/Visser 2000). Tatsächlich sind die Sozialpartner im Rahmen ausgehandelter Sozialpakete in die wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Reformen miteinbezogen worden. Die Gewerkschaften haben das Poldermodell – vor allem in der Zeit einer sozialdemokratisch geführten Koalition oder Regierungsbeteiligung – aktiv gestützt und sind trotz einiger Konflikte und Widerstände gegen sozialpolitische Kürzungen letztlich immer wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt (de Beer/Keune 2017, S. 224). So sind denn auch die Beziehungen der FNV (als größter Dachverband mit knapp unter einer Million Mitgliedern) zur sozialdemokratischen PvdA noch relativ eng, während der deutlich kleinere CNV (ca. 270.000 Mitglieder)²⁶ stärker mit dem christdemokratischen CDA kooperiert. Allerdings handelt es sich hierbei in erster Linie um informelle und persönliche Bindungen. Dies ist z. T. der „Entsäulung“ der niederländischen Gesellschaft geschuldet, im Fall der FNV aber auch dem Sachverhalt, dass diese aus der 1976 vereinbarten Fusion der sozialistischen und der katholischen Gewerkschaft hervorgegangen ist und verabredet worden war, die formalen Beziehungen zu den Parteien zu kappen.

Zuletzt hat sich die Organisationsstruktur der FNV noch einmal geändert. Der Auslöser dieser Änderung war ein innergewerkschaftlicher Disput über die Zustimmung zu einer grundlegenden Reform des Rentensystems. Dieser Disput führte nicht nur zu einem Wechsel an der Spitze der FNV, sondern auch zu einer neuen hybriden Organisationsstruktur (de Beer/Keune 2017, S. 237). Ende 2014 fusionierten die drei größten Einzelgewerkschaften und die *FNV Sport* zu einer großen Gewerkschaft mit 900.000 Mitgliedern, während die restlichen 14, recht kleinen Einzelgewerkschaften mit insgesamt 200.000 Mitgliedern eigenständig blieben. So hat die FNV nunmehr sehr viele Direktmitglieder, fungiert ansonsten aber nach wie vor – vermittelt über die Einzelgewerkschaften – als Dachverband. Dies bringt ein operatives Spannungsverhältnis mit sich, das durch ein gemeinsames Gewerkschaftsparlament als Hauptentscheidungsgremium ausbalanciert werden soll.

Der innergewerkschaftliche Disput und die Reorganisation der FNV reweisen darauf, dass die Artikulation von Mitgliederinteressen in neokorporatistischen Arrangements oft sehr schwierig ist. Dies gilt vor allem dann,

26 Für genauere Zahlen vgl. ITUC (o. J.).

wenn die ausgehandelten Kompromisse zu arbeits- und sozialpolitischen Resultaten führen, die unterschiedlich wahrgenommen und kontrovers diskutiert werden. Daher stellt sich auch eine Zwischenbilanz des Poldermodells mehrdeutig dar: Auf der einen Seite ist es den Gewerkschaften trotz eines stetig gesunkenen Organisationsgrades – dieser fiel in den 2010er Jahren auf deutlich unter 20 Prozent – in den Niederlanden gelungen, ihren institutionellen Einfluss aufrechtzuerhalten. Im Zuge der Privatisierung und Reorganisation der sozialen Sicherungssysteme sind sie aus den Institutionen der sozioökonomischen Regulierung zwar partiell herausgedrängt worden (de Beer/Keune 2017, S.229), blieben ansonsten aber ein wichtiger politischer Konsultations- und Verhandlungspartner. Der institutionelle Einfluss der Gewerkschaften zeigt sich unter anderem darin, dass die Tarifdeckungsquote mit ca. 80 Prozent nach wie vor hoch ist und die Dezentralisierung der Tarifpolitik eingedämmt werden konnte. In Lodewijk Asscher, inzwischen PvdA-Vorsitzender, hatten sie von November 2012 bis Oktober 2017 einen wichtigen Kooperationspartner im zweiten Kabinett Rutte. Als Minister für Soziales und Arbeit hat Asscher im Sinne der Gewerkschaften eine Reihe arbeits- und sozialpolitischer Gesetze initiiert: unter anderem zum Kündigungsschutz, zur Ausweitung permanenter Beschäftigung oder zur Eindämmung fragwürdiger Beschäftigungsverhältnisse (de Beer/Keune 2017, S.234–235).

Auf der anderen Seite weisen diese Aktivitäten jedoch darauf hin, dass das Beschäftigungswunder in den Niederlanden – die Beschäftigungsquote liegt inzwischen bei über 74 Prozent – mit einer Diffusion sozialer Prekarität einhergeht (Busch/Bischoff/Funke 2018, S.117–119). Im Jahr 2015 ist der Anteil sogenannter atypischer Beschäftigungsformen – individuelle Selbstständigkeit (12,3 Prozent), geringfügige Beschäftigung (11,8 Prozent) und Teilzeitbeschäftigung (37 Prozent) – außerordentlich hoch (de Beer/Keune 2017, S.230–233; Afonso 2017, S.71). Die Zukunft erscheint vielen als unsicher, da es um die Solidität der sozialen Sicherungssysteme, vor allem der Alterssicherung, nicht gut bestellt ist und die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mieten, steigen (Busch/Bischoff/Funke 2018, S.119–120). Darüber hinaus gibt es aufgrund der Verteilungseffekte der lange praktizierten Lohnzurückhaltung und der steigenden Verschuldung der privaten Haushalte eine wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit mit der Operationsweise des Poldermodells. Vor diesem Hintergrund mehren sich seit etwa 2013 die Spannungen und Konflikte zwischen den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Während die Unternehmen die Flexibilisierung und Prekarisierung der Beschäftigung weitertreiben, nehmen die Gewerkschaften eine stärker konflikt-

orientierte Haltung ein. Dies gilt für die Tarifverhandlungen, für die Organising-Kampagnen und für den Kampf gegen die Prekarisierung.

5.2 Die Partei für die Freiheit, das Forum für Demokratie und die „soziale Frage“

Der Aufstieg und Bedeutungsgewinn des Rechtspopulismus in den Niederlanden ist im Kontext der oben dargestellten Entwicklungen zu verorten. Er wurde zum einen durch die zunehmende Unzufriedenheit mit dem Poldermodell – dem neokorporatistischen Politikmodell wie auch den Prozessen der sozialen Prekarisierung und Verunsicherung (Afonso 2017, S.72–73) –, zum anderen durch die Migration und Ressentiments gegenüber ethnischen Minderheiten stimuliert (Busch/Bischoff/Funke 2018, S.123–127). Der öffentliche Blick richtete sich dabei primär auf Geert Wilders' PVV, seit kurzem aber auch auf das FvD unter Thierry Baudet.

5.2.1 Merkmale und Profile der rechtspopulistischen Parteien

Die von Geert Wilders im Jahr 2006 gegründete PVV steht in der Tradition der rechtspopulistischen LPF (Lucardie/Voerman 2013). Diese hatte sich nach der Ermordung ihres Spitzenkandidaten Pim Fortuyn durch parteiinterne Kämpfe selbst zerlegt. Wilders wählte für die PVV daher eine alternative Organisationsstruktur. Diese stützt sich finanziell auf ein Spenden- und Freiwilligensystem und gibt den Bürger*innen keine Möglichkeit, Parteimitglied zu werden. Die Entscheidungsstrukturen der PVV sind demzufolge zentralistisch auf die Person Wilders als einziges Parteimitglied zugeschnitten: Berichten zufolge wurden Abgeordnete, die 2006 ins Parlament einzogen, von Wilders handverlesen und auf den Job vorbereitet (Vossen 2017, S.64). Wie andere rechtspopulistische Parteien präsentiert sich die PVV als nationalistisch, EU-kritisch und ablehnend gegenüber Migrant*innen und Minderheiten, insbesondere gegenüber Muslim*innen. Im Unterschied zu anderen Rechtspopulist*innen bezieht die PVV in Fragen von Geschlecht und Sexualität keine traditionalistischen Positionen.

Durch die stark polarisierenden Positionen – etwa die Forderung eines „Nexits“, also eines Austritts der Niederlande aus der EU, und eine Islamfeindlichkeit, die in ihrer Zuspitzung teils sogar rechtliche Grenzen überschritt und juristisch geahndet wurde (Wilp 2019, S.191–192) – erhielten

Wilders und die PVV eine große öffentliche Aufmerksamkeit.²⁷ Die radikale Islamfeindlichkeit wurde nicht zuletzt deswegen breit rezipiert, weil in den Niederlanden bereits in den 1990er Jahren die Konzeption der multikulturellen Gesellschaft zunehmend hinterfragt worden war (Lucardie/Voerman 2013, S. 189). In diesem Zusammenhang wurde nach Erklärungen dafür gesucht, warum große – zumeist wenig gebildete – Teile der niederländischen Bevölkerung sich als anfällig für wohlfahrtschauvinistische Argumentationen erwiesen (van der Waal et al. 2010; Kootstra 2016). Diese Anfälligkeit versuchte sich die PVV zunutze zu machen. Nachdem sie sich zunächst eher wirtschaftsliberal positioniert hatte, profilierte sich die Partei später – im Verlauf der Finanz- und Eurokrise – zumindest punktuell als Verteidigerin sozialer Anrechte für die einheimische Bevölkerung (van Kessel 2015). Damit hat eine wohlfahrtschauvinistische Perspektive bei der PVV zuletzt an Bedeutung gewonnen (Ennser-Jedenastik 2018; Schumacher/van Kersbergen 2016).

Der politische Einfluss der PVV war in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer Stellung als drittstärkste Parlamentspartei (2006: 5,9 Prozent; 2010: 13,2 Prozent) und ihrer Mandate auf Kommunalebene nicht unerheblich. Im Jahr 2010 unterzeichnete sie ein Duldungsabkommen mit der von Mark Rutte geführten Minderheitsregierung (2010–2012), die von einer Koalition aus konservativ-liberaler *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) und dem CDA getragen wurde (Vossen 2018, S. 265). Die Duldung endete, als die PVV die von der Regierung geplanten Rentenkürzungen nicht mittragen wollte (Busch/Bischoff/Funke 2018, S. 116). Obgleich sich Wilders schon seit den 1980er Jahren mit gesundheits- und sozialpolitischen Fragen befasst hatte (Vossen 2017, S. 63), stellt sich die programmatische Ausrichtung der PVV widersprüchlich dar. In einer ersten Annäherung lässt sich mit Markus Wilp formulieren: Wilders „verbindet ‚rechte‘ Inhalte bei soziokulturellen Themen mit ‚linken‘ Forderungen im ökonomischen Bereich und liberalen Standpunkten bei einigen ethischen Fragen“ (Wilp 2019, S. 206).

Nachdem die PVV bei nationalen Wahlen und EU-Wahlen zwischenzeitlich große Stimmenzuwächse hatte erzielen können, blieben die Ergebnisse

27 Geert Wilders stand mehrfach vor Gericht: für Volksverhetzung, für die Beleidigung einer Gruppe auf Grundlage ihrer Herkunft und für den Aufruf zur Diskriminierung. Nach einem Freispruch im Juni 2011 kam es Ende 2016 zu einer Verurteilung (vgl. ausführlich Wilp 2019, S. 197–198). Besonders umstritten war der von Wilders als „islamkritisch“ propagierte Film „Fitna“ (2008), in dem er vor islamistischem Extremismus warnt. Rundfunkanstalten weigerten sich, die Produktion auszustrahlen.

zuletzt hinter den Erwartungen zurück. Profitiert hat hiervon vor allem das FvD, das 2016 von dem in öffentlichen Debatten schon mehrfach hervorgetretenen Publizisten Thierry Baudet gegründet wurde, der als Initiator verschiedener Referenden (unter anderem zum EU-Austritt) schon mehrfach vor der zweiten Kammer des niederländischen Parlaments gesprochen hatte (Vossen 2017, S.275). Bei der Wahl des niederländischen Unterhauses 2017 konnte es sich zwar zunächst nur zwei Sitze (1,8 Prozent) sichern (die PVV erhielt als zweitstärkste Partei 13,06 Prozent). Doch bereits 2019 in der Europawahl erreichte es 11 Prozent (PVV: 3,53 Prozent) und in der Wahl der zweiten niederländischen Parlamentskammer (Senat) 15,9 Prozent der Stimmen (PVV: 6,54 Prozent). Bei den Regionalwahlen zu den zwölf Länderparlamenten wurde das FvD im März 2019 mit 14,53 Prozent sogar stärkste Kraft. Im Unterschied zur PVV mobilisiert das Forum auch viele jüngere, gut ausgebildete Wähler*innen, insbesondere zwischen 35 und 49 Jahren (I&O Research 2017, S.3).

Programmatisch ähnelt das FvD in vielen Punkten der PVV. Mit nativistischer Argumentation – also der Zurückführung von sozialen Verhaltensweisen auf angeborene Eigenschaften – fordert es neben einer strengen Migrationsbegrenzung vor allem die Abkehr vom korrupten politischen Establishment („dem Parteienkartell“, Baudet/Cliteur 2016), eine direktdemokratische Reform des politischen Systems, den Austritt der Niederlande aus der *Wirtschafts- und Währungsunion* (WWU) und der EU sowie die Stärkung der nationalen Identität und Kultur. Sozialpolitisch steht die Partei für eine Einschränkung der Sozialleistungen für Migrant*innen. Der Parteivorsitzende Thierry Baudet argumentierte in seiner Rede am Regionalwahlabend (20.03.2019) nachdrücklich nostalgisch mit der Rückorientierung auf eine goldene nationale Vergangenheit: „Die Idee, dass das, was tot erscheint, wieder blühen kann, ist unser Leitmotiv“, sagte Baudet. „Wir sind die Partei der Wiedererweckung, der Renaissance des Westens“ (NOS [YouTube] 2019; Baudet 2019). In seiner Rede wurden populistische Exklusionslinien – nach oben und nach außen – ebenso sichtbar wie neurechte Argumentationen (Pieters 2019; Rooduijn 2019). Baudet „(NOS [YouTube] 2019; Baudet 2019) verknüpfte in seiner Rede Migrant*innen mit „Vergewaltigern, Räubern und lebensbedrohlichen Personen.“ Besonders umstritten war seine Referenz auf die „boreale Gesellschaft“. Sehr deutlich wurde überdies die Ablehnung wertliberaler Orientierungen. Die extrem nationalkonservativen Positionen des FvD zeigen sich nicht zuletzt darin, dass Grundrechte wie die Religionsfreiheit hinterfragt, genauer: der Meinungsfreiheit untergeordnet werden (FvD 2019f). Im Unterschied zu Geert Wilders' überbordender Islamfeindlichkeit

ist das FvD nicht primär von antimuslimischen – wenn auch deutlich von antimigrantischen – Haltungen geprägt: In der zweiten Kammer stimmte es gegen den Antrag, alle Moscheen zu schließen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass das FvD deutlich neoliberal ausgerichtet ist. Dies zeigt sich z. B. in den Diskussionen über wohlfahrtsstaatliche Sicherungsleistungen (Mebius/Herderschee 2019).

5.2.2 Wirtschafts- und Finanzpolitik: Zwischen Wohlfahrtschauvinismus und Marktflexibilisierung

Auch die PVV war auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik anfangs stark neoliberal orientiert. Es dominierte die Auffassung, dass nur durch niedrigere Steuern und weniger Regulierungen ein stetiges Wachstum generiert werden kann:

„Um die niederländische Ökonomie stärker und vitaler zu gestalten und ökonomisches Wachstum und Wohlstand zu garantieren, muss die niederländische Regierung schrumpfen, nutzlose Ausgaben streichen und niedrigere Steuern implementieren. In den Niederlanden muss es mehr Raum geben für Freiheit, Selbstständigkeit [ndl. zelfredzaamheid], Kreativität und Entrepreneurship. [...] Dieser Plan für ein neues goldenes Zeitalter wird enorm positive ökonomische Effekte haben: mehr ökonomisches Wachstum und mehr Stellen. Jeder kann davon profitieren: Unternehmer, Arbeitnehmer, aktive und inaktive Personen. Dieses Wachstum wird zudem zur ökonomischen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen, die in sozialstaatlichen Maßnahmen noch immer überrepräsentiert sind.“ (PVV 2006b)

Im PVV-Grundsatzprogramm „En Nieuwe Gouden Eeuw“ („Ein neues goldenes Zeitalter“, PVV 2006b) lag ein thematischer Fokus mithin auf wirtschaftlicher Produktivität und Kaufkraft. Die Ausgabenkürzungen von 16 Milliarden Euro wurden allerdings schon damals mit Investitionen in den sozialen Sektor verknüpft: z. B. die Erhöhung der Pensionen um eine Milliarde Euro, Investitionen ins Schulsystem und die Anstellung von mehr Krankenpflegepersonal (vgl. auch PVV 2006a, S. 2). Auch die Argumentation des im selben Jahr veröffentlichten Wahlprogramms zielte darauf, die Bürger*innen materiell besser stellen zu wollen:

„Der Staat ist viel zu groß und es gibt eine viel zu hohe Besteuerung auf der nationalen und auch kommunalen Ebene, so dass Bürger monatlich zu wenig von ihrem verdienten Geld haben.“ (PVV 2006a, S. 1)

Die erforderlichen Investitionen sollten durch die Kürzung der Ausgaben für Politiker*innen, den EU-Austritt (Ausgabenentlastung um 185,5 Millionen Euro), eine Reduktion der Entwicklungshilfegelder (um 3,4 Milliarden Euro) und des Budgets des Finanzministeriums (um 5,5 Milliarden Euro) sowie Kürzungen im öffentlichen Dienst (um 3,1 Milliarden Euro) gegenfinanziert werden (PVV 2006b).

Die neoliberale Ausrichtung der PVV stand anfangs in einem Spannungsverhältnis zur Selbstrepräsentation als „Partei der gewöhnlichen Bürger“ (PVV 2006b). Im Laufe der Zeit hat sich die PVV in der politischen Praxis jedoch wiederholt von austeritätspolitischen Vorgaben distanziert, vor allem dann, wenn diese mit einer Kürzung der sozialpolitischen Ausgaben verbunden waren. Stattdessen rückten seit 2010 die Aufrechterhaltung und verbesserte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in den Vordergrund.

Noch in seiner Zeit als VVD-Parlamentarier hatte Geerd Wilders den Wohlfahrtsstaat und das korporatistische System stark kritisiert und deren Rückbau und Verschlankung befürwortet (Lucardie/Voerman 2013, S. 192). Im Kontrast hierzu forderte das PVV-Parteiprogramm von 2012 die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates für die „sozialen Niederlande“ (PVV 2012, S. 22–25). Die Partei verlangte zusätzliche Investitionen und eine Rücknahme der Kürzungen in der Altersfürsorge („für die alternden Menschen, die unser Land aufgebaut haben“, PVV 2010, S. 57). Gleiches gilt für den Gesundheitssektor, einschließlich der von der PVV geforderten Abschaffung der bisherigen Eigenbeteiligung im Gesundheitssystem von 385 Euro (PVV 2017).

Im Kontext dieses programmatischen Kursschwenks verwundert es wenig, dass die PVV die von der ersten Minderheitsregierung unter Mark Rutte (2010–2012) vorgeschlagenen Sparpakete ablehnte. Sie nahm sogar den Zusammenbruch der von ihr tolerierten Koalition in Kauf.

Dieses Ereignis, aber auch die seither erfolgten programmatischen Stellungnahmen veranlassten den langjährigen Premierminister Mark Rutte (VVD) zu der Äußerung, dass die PVV „in sozioökonomischen Fragen selbst linker ist als Emile Roemer“, ein führender Politiker der Sozialistischen Partei (SP) (Pelgrim/van Steenberghe 2017). Solche Einschätzungen seitens der politischen Konkurrenz sind natürlich mit Vorsicht zu betrachten. Letztlich lässt sich aber nur schwer bestreiten, dass für die PVV sozialpolitische Fragen bedeutsamer geworden und wohlfahrtschauvinistische Argumentationslinien seit 2010 zunehmend stärker hervorgetreten sind. Anfangs waren die Vorschläge noch eher nüchtern und verwiesen etwa auf die Möglichkeit,

den „Houdbaardheidssaldo“²⁸ durch einen Migrationsstopp auszugleichen (PVV 2010, S. 57). Inzwischen hat sich der Diskurs jedoch vielfach auf die Islamisierung als zentrale Ursache für sozialstaatliches Versagen und Finanzknappheit verengt. Im PVV-Wahlprogramm von 2017 heißt es:

„Millionen niederländischer Menschen haben genug von der Islamisierung unseres Landes. [...] Hier ist unser Plan: Anstelle der Finanzierung der gesamten Welt und der Menschen, die wir hier nicht wollen, geben wir das Geld gewöhnlichen niederländischen Menschen.“ (PVV 2017)

Neben der deutlichen Emphase auf „Antiislamierungsmaßnahmen“ – Nullmigration, Rücknahme von Asylerrlaubnissen und Aufenthaltsgenehmigungen – thematisiert die PVV immer wieder einen EU-Austritt. Begründet wird dies nicht selten mit einer mutmaßlichen finanziellen Ausbeutung des Landes durch die EU. Die PVV-Abgeordnete Vicky Maeijer erklärte in diesem Sinne:

„Die EU ist ein Monster. Wir müssen die EU verlassen. Gebt das Geld unseren alternden Menschen in den Niederlanden, investiert in die Gesundheitsversorgung und den Steuerabbau für alle niederländischen Bürger!“ (zitiert nach Wilders [Twitter] 2019a)

Im Vergleich zur PVV ist das Wirtschafts- und Finanzprogramm des noch sehr jungen FvD sichtlich klarer profiliert. Es teilt die eurofeindlichen Positionen, ist jedoch neben einigen nationalistischen Einschlügen, die die Privatisierung wichtiger Infrastrukturunternehmen oder die Kritik supranationaler Handelsverträge betreffen, insgesamt deutlich neoliberal aufgestellt. In mancher Hinsicht grenzt sich das FvD dabei entschieden von der Krisenpolitik des langjährigen Ministerpräsidenten Rutte ab, so z. B. Thierry Baudet in seiner Wahlsiegrede im März 2019:

„Der ökonomisch inkompetente Mark Rutte erhöhte die Steuern auf dem Höhepunkt der Krise, schwächte damit die Kaufkraft der Menschen und machte einen Inflationsausgleich [ndl. geïndexeerd] von Pensionen unmöglich – was heute zweieinhalb Millionen Niederländer in Armut zurücklässt. Sie leben unter der Armutsgrenze; arbeitslos – oder mit einem hohen Risiko, arbeitslos zu werden.“ (NOS [YouTube] 2019; Baudet 2019)

28 „Within the Dutch budgetary framework the so-called Houdbaardheidssaldo or sustainability gap, calculated by the CPB [Centraal Planbureau], is an important reference point for the multiannual budget planning and builds the basis for the SBR's advice [Standard Business Reporting]. A balanced or positive position implies that current policy can be sustained without increasing the government deficit and debt in the long-run. In case of a negative sustainability gap, the SBR would usually recommend taking consolidation measures over the next government period“ (Vierke/Masselink 2017, S. 4).

Jenseits dieser Kritik gibt es in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik aber viele Gemeinsamkeiten mit den bürgerlichen Parteien. Grundsätzlich steht das FvD für eine Agenda der Deregulierung und Flexibilisierung (FvD 2019b): „Die ökonomische Dynamik“ müsse „strukturell erhöht werden“ und das Unternehmer*innentum soll durch eine Ausweitung der Kreditmöglichkeiten für kleinere und mittelgroße Unternehmen gefördert werden. Befürwortet wird in diesem Sinne auch eine massive Senkung der Unternehmensteuern von 25 auf 15 Prozent. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer soll sogar gänzlich abgeschafft werden. Außerdem verspricht das FvD „alle unnötigen Regulierungen“ zu entfernen, die „Unternehmensgeist und -aktivität beschränken“, und „Steuern, wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Prämienzahlungen“ zu vereinfachen (ebd.). Die sozialen Konsequenzen der FvD-Agenda werden mit Verweis auf die Vermeidung einer Systemausnutzung gerechtfertigt. „Wir müssen selektiver sein im Angebot wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und anderer sozialer Vorteile“, liest sich das Programm des FvD auf deren Homepage. „Die Leistungen müssen ein Sicherheitsnetz sein – keine Hängematte“ (FvD 2019c).

Eine weitere Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit will das FvD durch die Annäherung der Brutto- an die Nettolöhne erreichen. Durch welche Maßnahmen diese Annäherung erreicht werden soll – z. B. niedrigere Lohn- und Einkommensteuern oder Absenkung der Lohnnebenkosten, also der Beiträge für soziale Sicherungsleistungen –, wird oft nicht genauer ausgeführt, sondern nur partiell angedeutet (FvD 2019c). So soll die Freibetragsgrenze für die Einkommensteuer auf 20.000 Euro angehoben werden – als Arbeitsermutigungsmaßnahme und Förderung geringverdienender Menschen. Kürzungen betreffen vor allem die staatliche Bürokratie, wobei unklar bleibt, inwieweit hierdurch auch die kommunale Verwaltung betroffen ist. Außerdem spricht sich das FvD dafür aus, die Anlagebedingungen für Pensionsfonds zu verbessern:

„Das Thema Pension ist für das Forum in der Tat sehr einfach. Die Verzinsung [ndl. rente] ist das Problem. Die Pensionsfonds müssen beginnen, den Marktzins, der sich auf einem historischen Tiefstand befindet, einzukalkulieren. Das ist der Grund, warum das Forum Anträge unterstützt, den versicherungsmathematischen Zinssatz [ndl. rekenrente] zu senken.“ (Mebius/Herderschee 2019)

Frappanterweise hat das FvD zu keiner der Forderungen bislang eine Kostenkalkulation vorgelegt. Es gibt nur grobe Schätzungen, wonach sich die steuerlichen Entlastungen auf insgesamt 129,1 Milliarden Euro belaufen, ohne dass deren Gegenfinanzierung geklärt ist (Frederik 2019). Bereits 2017 war

eine enorme Finanzierungslücke im FvD-Parteiprogramm aufgefallen (Fenwick 2017).

5.2.3 Reform der sozialen Sicherungssysteme

Zuweilen wird die programmatische Entwicklung der PVV so dargestellt, dass sie sich anfangs auf Fragen der Steuerpolitik und später auf sozialpolitische Themen fokussiert hat (Krause/Wilp 2018, S. 173). Eine solche Lesart erscheint uns vereinfachend. Schließlich spielten sozialpolitische Forderungen bereits im ersten Parteiprogramm und im Grundsatzprogramm von 2006 eine Rolle. Dieses hob hervor, dass „die wichtigsten Probleme in den Bereichen aufkommen, in denen der Regierungseinfluss am größten ist: Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Sicherheit, Wohnungswesen und Wohlfahrtsstaat“ (PVV 2006b). Die Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen durch die PVV hatte anfänglich eher einen sozialkonservativen, später einen deutlich chauvinistischen Charakter (Lucardie/Voerman 2013, S. 192). Trotz dieser deutlichen Verschiebungen fällt die Einordnung der parlamentarischen Praxis der PVV auch heute nicht ganz leicht (Veul/Flache/Venema 2016; Otjes/Louwerse 2015). Dies liegt unter anderem daran, dass diese in der Vergangenheit bei sozialpolitischen Themen häufig mit der SP stimmte. Wie eine Analyse der 860 Parlamentsanträge der PVV zu Gesundheit und sozialer Sicherung in der Zeit des zweiten Kabinetts Rutte darlegt, unterstützte die PVV aber auch regelmäßig Anträge der Gruppe Bontes/van Laven (VNL, VVD, CDA und SGP) (Pelgrim/van Steenbergen 2017).

Programmatisch setzt sich die PVV seit ihrer Gründung für kranke und alternde Menschen ein. Mehr „Menschen an Bord“ für eine verbesserte Altersfürsorge im Gesundheitssektor forderte die Partei bereits 2006 (PVV 2006a, S. 1). Besonders was die Altersfürsorge angeht, sind die Positionen von PVV und SP fast deckungsgleich. Neben der Anhebung der Rentensätze, die den Kaufkraftverlust der Rentenbezieher*innen ausgleichen soll, steht besonders die Gesundheitspolitik im Fokus (Wilp 2019, S. 195). Wiederholt versuchte die PVV die Schließung von Altersheimen parlamentarisch zu verhindern, um zu vermeiden, dass „Opa zu Hause allein krepirt“, wie es die PVV-Parlamentarierin Fleur Agema formulierte (zitiert nach Pelgrim/van Steenbergen 2017). Der programmatische Fokus auf alternde Menschen ist wenig überraschend: Tatsächlich mobilisiert die PVV im Schnitt vor allem ältere Menschen über 50 Jahre. Nur 5 Prozent der PVV-Wähler*innen sind unter 24 bzw. 8 Prozent unter 34 Jahre alt (Krause 2019, S. 479). Die Politik für

die Zielgruppe alternder Menschen erstreckt sich über die Pflegediskussionen hinaus auch auf die Rentenpolitik: So fordert die PVV eine Beibehaltung des Renteneintrittsalters von 65 Jahren – diese Position ist sogar radikaler als die gewerkschaftlich geforderten 66 Jahre. Diese für die Partei sichtlich unverhandelbare, parlamentarisch häufig verteidigte Position – „das Renteneintrittsalter muss bei 65 Jahren bleiben und keinen Tag länger“ (PVV 2012) – war auch das zentrale Wahlkampfthema 2017. Hinzu kommt: Während die PVV grundlegend gegen wohlfahrtsstaatliche Unterstützungszahlungen ins Ausland votiert, macht sie bei den Renten eine Ausnahme (PVV 2010, S.22).

Was die Gesundheitspolitik betrifft, so sind die Forderungen der PVV nicht nur auf alternde Menschen zugeschnitten, sondern allgemeiner angelegt. Die Partei will die staatlichen Kürzungen im Gesundheitssektor rückgängig machen und weitere verhindern: z. B. Kürzungen im Allgemeine Wet Bijzondere Ziektekosten (AWBZ), dem Gesetz für außerordentliche Krankheitskosten [Kamerstuk 26631–26] (Agema 2017). Sie plädiert dafür, mehr Personal einzustellen und die Eigenbeteiligung von 385 Euro in der Gesundheitsversorgung abzuschaffen. Die Glaubwürdigkeit dieser Vorschläge litt in der Vergangenheit insofern, als die PVV mehrfach gegen einen entsprechenden Antrag der SP stimmte. Pelgrim und van Steenberg (2017) kritisieren in ihrer Studie darüber hinaus eine starke Selektivität der PVV-Gesundheits-themen. Diese machen sie daran fest, dass die PVV in ihren Anträgen z. B. die geistige Gesundheit vernachlässigt.

In familienpolitischen Fragen ist die PVV allenfalls schwach profiliert. Dies ist insofern überraschend, als sich die meisten rechtspopulistischen Parteien entschieden auf die Unterstützung der Kernfamilie konzentrieren. Die PVV übernimmt auf diesem Gebiet allerdings einige kulturlibertäre Standpunkte, setzt sich z. B. für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ein und unterstützt die feministische und homosexuelle Emanzipationsbewegung (Vossen 2011). Nur beim Thema Bildung kommt die Präferenz für die nukleare Familienkonstellation zum Tragen. Sehr selektiv wird im Europawahlprogramm die Position vertreten, die wohlfahrtsstaatliche Förderung ab dem dritten Kind zu reduzieren:

„The PVV deploys a strategy of indirect welfare chauvinism to arrive at a similar end. In its 2012 manifesto it argues that benefits should only be paid for the first two children. Given that the fertility rate of native Dutch women is below two, while that of Turkish and Moroccan immigrant women is clearly above two, this measure would hurt the average immigrant family while not damaging the average native Dutch family.“ (Ennsner-Jedenastik 2018, S. 305)

Wohlfahrtschauvinistische Argumentationslinien sind in den Gesundheitsdebatten der PVV mit der Zeit stärker hervorgetreten. Sie prägen inzwischen die politischen Statements von Wilders ebenso sehr wie die Parteiprogramme. Im Jahr 2006 waren entsprechende Tendenzen zwar bereits angelegt, aber noch nicht ausbuchstabiert: In ihrem Programm forderte die PVV bereits damals, außerhalb der Notfallversorgung keine medizinischen Leistungen für illegale Migrant*innen zu finanzieren und innerhalb der ersten zehn Jahre auch keinerlei wohlfahrtsstaatliche Leistungen für legale Migrant*innen mit Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis zu gewähren. Argumentativ wurden die Migrant*innen jedoch nicht für die wohlfahrtsstaatliche Unterversorgung autochthoner Niederländer*innen verantwortlich gemacht. Markanter war ein populistischer Antielitismus, der die Verteilungsgerechtigkeiten im sozialen Fürsorgesystem auf die Bevorzugung von Politiker*innen zurückführte und „die gleichen Rechte der sozialen Sicherheit“ für alle Bürger*innen forderte (PVV 2006a, S. 4).

Seit 2010 sind die Debatten über die Funktionsweise der sozialen Sicherungssysteme in den Programmen der PVV durch nationalnostalgische Appelle an die glorreiche Geschichte der niederländischen Nation geprägt. Die dem Wohlfahrtschauvinismus zugrunde liegende Nullsummenlogik wird sehr direkt formuliert: „Het is kiezen of delen: of een verzorgingsstaat of een immigratieland“ – übersetzt heißt das so viel wie: „Man muss wählen zwischen Versorgungsstaat und Immigrationsland“ (PVV 2010, S. 21). Die Aussagen kulminieren häufig in islamfeindlichen Schlussfolgerungen:

„Unser Stolz, dass Niederländer seit Jahrzehnten Teile ihrer Gehälter an den Wohlfahrtsstaat abtreten, ist zum Magneten für Glückssuchende [ndl. gelukszoekers] aus islamischen Ländern geworden. Er ist kein Schild für die Schwachen mehr, sondern eine Selbstbedienungstheke für eine unverhältnismäßige Anzahl plündernder muslimischer Migranten. Henk und Ingrid zahlen für Ali und Fatima.“ (PVV 2010, S. 5)

Die Befürwortung einer xeno- und islamfeindlichen Exklusion aus den wohlfahrtsstaatlichen Systemen wird vor allem dann klar erkennbar, wenn sich die PVV dafür ausspricht, sowohl Burka tragenden Frauen als auch Menschen mit schlechten niederländischen Sprachkenntnissen sozialpolitische Leistungen zu verwehren (PVV 2012, S. 25).

Das FvD von Thierry Baudet nimmt ebenfalls eine diskriminierende Haltung gegenüber Migrant*innen ein, befürwortet ansonsten jedoch eine Verschlankung des Wohlfahrtsstaates, d. h. sozialpolitische Kürzungen. In der Programmatik werden auf Grundlage eines neoliberalen Gesellschafts- und

Arbeitsverständnisses, das vor allem den Marktbürger ins Zentrum stellt, individualistische und nationalkonservative Deutungsmuster kombiniert. Die Positionierung des FvD stützt sich nicht nur auf das Negativstereotyp der faulen Ausländer*innen – wohlfahrtsstaatliche Leistungen für Migrant*innen, die in den ersten zehn Jahren ihres Aufenthaltes nicht arbeiten, sollen pauschal gestrichen werden –, sondern auch auf Vorurteile gegenüber arbeitslosen Menschen. Diese, so die Annahme, neigen dazu, nicht arbeiten zu wollen und das System auszunutzen: „Das soziale Sicherungssystem ist für jene gedacht, die nicht können – nicht für jene, die nicht wollen“ (FvD 2019c).

Grundsätzlich kritisiert das FvD neben den hohen – privaten – Kosten auch die fehlende Zugänglichkeit zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen im Gesundheitssektor, der Sozialversicherung (WZL) und der Rentenversicherung (WMO). Sie macht hierfür jedoch nicht die neoliberalen Prozesse der sozialpolitischen Kürzung und Systemoptimierung, sondern die politische Misswirtschaft verantwortlich. Sie will mit einer Abschaffung von „zu vielen Regeln“, der Stärkung des allgemeinen Common Sense und Kürzungen Abhilfe schaffen (FvD 2019d). Außerdem spricht sich die Partei dafür aus, die Patient*innen finanziell zu entlasten, d. h. die Selbstbeteiligung von 385 Euro auf 200 Euro zu senken, und die Versicherten an Einkünften aus Marktspekulationen mit Rentenversicherungsgeldern zu beteiligen.

Weitere Optimierungsmöglichkeiten, die zu geringeren wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben führen, sieht das FvD auch in der Altersfürsorge im System der Altersheime. Der soziale Fürsorgegedanke scheint, hier anknüpfend an die Debatte um Sterbehilfe, in den Hintergrund zu treten:

„Angesichts höherer Lebenserwartung, der wachsenden Einsamkeit alternder Menschen und Problemen der langzeiterkrankten Menschen sollten alte Menschen, die ihr Leben als abgeschlossen betrachten, ein Anrecht auf die Beendigung ihres Lebens mit Würde haben.“ (FvD 2019e)

Im parlamentarischen Diskurs ist das FvD erst seit kurzem präsent und beteiligte sich bislang kaum an Care-Debatten. In Zustimmung zu einem Antrag der Partei *50Plus* sprach es sich allerdings gegen eine Absenkung der Pensionen aus, sofern sich genug Gelder im Pensionsfonds befinden (Mebius/Herderschee 2019).

Im Vergleich zur PVV wird der Wettbewerb um wohlfahrtsstaatliche Güter vom FvD rhetorisch weniger chauvinistisch aufgeladen. Die Partei orientiert sich stärker an den neoliberalen Überlegungen zur Unterstützungs(-un-)würdigkeit und Nützlichkeit von Personen im Wirtschaftssystem: So müsse die „Bevorzugung von Migrant*innen im sozialen Wohnungsbau“ aufhören,

um die Wohnungen „anderen Personen zu geben, die unverzichtbar sind für den öffentlichen Dienst“ (FvD 2019c). Diese vermeintlich „nüchterne“, ökonomisch bestimmte Positionsbestimmung nimmt mitunter sehr zynische Formen an. Einerseits spricht das FvD davon, die „soziale Seite der Gesellschaft zu stärken“, damit „niemand aus dem Boot fällt“ (FvD 2019c), andererseits geht es jedoch davon aus, dass das Geld, das in Migration investiert wird, besser bei Kindertagesstätten aufgehoben wäre (FvD 2019d). Damit gehen stark autoritäre Forderungen einher: nach der Abschiebung und Rückführung von Migrant*innen, der Kriminalisierung und justiziablen Bestrafung illegaler Migration sowie der autoritären Durchsetzung entsprechender Regelungen in der niederländischen Verwaltung, einschließlich eines Bestrafungssystems für ungehorsame oder abweichlerische Kommunen (FvD 2019d).

5.2.4 Arbeitsmarkt und Arbeitsbeziehungen: Aushöhlung des Poldermodells?

Sind in der sozialpolitischen Agenda der PVV durchaus Elemente des sozialen Ausgleichs zu finden, so gilt dies für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik nur bedingt, d. h. vor allem symbolisch. Programmatisch und auch rhetorisch setzt sich die Partei für die Verteidigung von Arbeitnehmer*innen ein und spricht sich gegen Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung oder eine Liberalisierung des Arbeitsschutzes aus (PVV 2010, S.57). Im öffentlichen Auftreten geht es Wilders immer wieder darum, als Vertreter der Arbeiter*innen zu erscheinen: Im Oktober 2019 fiel er durch seine Teilnahme an den Protesten der Bäuer*innen und der Bauindustrie gegen die von der Regierung geplanten Nitrogen-Regelungen auf (Schaart 2019; Wilders [Twitter] 2019b). Durch die Regelungen sehen die Bäuer*innen und Konstrukteur*innen ihre Lebensgrundlage in Gefahr. Die niederländische Bank *ABN Amro* geht davon aus, dass durch Verzögerungen aufgrund der Nitrogen-Problematik im Bausektor etwa 70.000 Stellen in Gefahr sind (Reuters 2019).

Jenseits derartiger öffentlichkeitswirksamer Aktionen war das Abstimmungsverhalten der PVV im Parlament in der Vergangenheit jedoch widersprüchlich. Obwohl die Partei z. B. 2013 Jobgarantien für Pflegepersonal in Privathaushalten forderte, stimmten die Abgeordneten im Januar 2015 gegen einen entsprechenden Jobabsicherungsantrag der SP (Pelgrim/van Steenberg 2017). Programmatisch macht sich die PVV auch für Fördermaßnahmen stark, die langzeitarbeitslose Menschen und vor allem junge Menschen unterstützen sollen, Arbeit zu finden.

Mit Blick auf die Arbeitsmigration hat die PVV eine klare Abwehrhaltung. Dies gilt für nichteuropäische Migrant*innen wie auch für die in-neuropäische Migration. Im Jahr 2012 versuchte die Partei gezielt Zuwanderer*innen aus mittel- und osteuropäischen EU-Ländern – insbesondere aus Polen, Rumänien und Bulgarien – den Zugang zum niederländischen Arbeitsmarkt zu verwehren (Wilp 2019, S. 195). Jenseits dieser Abwehrhaltung engagiert sich die PVV bislang nicht für Lohndumpingregelungen, die eine angemessene Bezahlung *aller* Arbeitnehmer*innen vorsehen. Die Argumentation der Partei verweist stattdessen in wohlfahrtschauvinistischer Manier auf sozialstaatliche Mehrkosten und eine schwindende soziale Sicherheit für autochthone Niederländer*innen (PVV 2010, S. 21).

Dem System der Arbeitsbeziehungen stand Geert Wilders in früheren Jahren kritisch gegenüber. In seiner Zeit als VVD-Abgeordneter hinterfragte er mehrfach die Legitimation und Repräsentativität der Gewerkschaften. Er verwies auf Gewerkschafter*innen als Teil einer konservativen Elite, die gesellschaftlichem Wandel aus Angst, Macht zu verlieren, ablehnend gegenüberstünden (vgl. Vermaas 2001). Auch 2005 sprach er davon, den verpflichtenden Charakter von Kollektivvertragsregelungen abzuschaffen und die Konsultationen mit dem SER und der *Stichting van de Arbeid* zu beenden (PVV 2005). In der Tradition dieser Argumentation schlug die PVV 2011 vor, auch Nichtmitgliedern der Gewerkschaften ein Stimmrecht bei Kollektivvertragsverhandlungen zu verschaffen – eine Maßnahme, die einem enormen Verlust gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Organisationsmacht gleichkäme. Punktuell kommt Wilders den Gewerkschaften aber auch entgegen und bietet eine Zusammenarbeit an, so z. B. im Kampf gegen die Erhöhung des Rentenalters (Vossen 2011). Zur Operationsweise des Poldermodells hält sich die PVV eher bedeckt. Gleichwohl lässt sich die Anti-Establishment-Programmatik der Partei auch als Kritik der Arbeitsbeziehungen verstehen:

„Dismantling it [the political cartel] is a way to undermine the cozy relationship between the mainstream parties and interest groups, and especially trade unions. Interestingly, trade unions typically represented the socio-economic clientele that the PVV is now mostly claiming, namely older, low-and-middle skilled working class workers. Weakening their influence can also be part of a strategy to become the only voice of this constituency.“ (Afonso 2017, S. 4)

Auch die FvD-Positionen können in dieser Anti-Establishment-Tradition verortet werden. Wenn die Partei davon spricht, die Macht des „Parteienkartells zu brechen“ (FvD 2019a) oder die „political job hunters on the board of

pension funds“ (FvD 2019e) abzusetzen, wird implizit auch die neokorporatistische Operationsweise des niederländischen Poldermodells hinterfragt.

Diese Haltung ist unter anderem in den arbeitsmarktpolitischen Positionen des FvD zu finden, die sich im Vergleich zur PVV als deutlich neoliberaler klassifizieren lassen. So soll die Arbeitslosigkeit vor allem dadurch bekämpft werden, dass das Arbeitsschutzrecht für kleine und mittelständische Unternehmen liberalisiert wird:

„Das Forum für Demokratie möchte die Regelungen bezüglich Krankheit und Kündigung für SMEs [kleine und mittlere Unternehmen] flexibilisieren. Wir möchten es SMEs ermöglichen, sich zu trauen, neue Leute anzustellen. Wir geben SMEs den Raum, Leute zu feuern, weil wir annehmen, dass sie das nicht ohne Notwendigkeit tun werden und, als Resultat, mit höherer Wahrscheinlichkeit Leute anstellen.“ (FvD 2019g)

Die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes fungiert auch als Leitbild in anderen Bereichen. So wird vordergründig zwar eine „relativ hohe Lohnersatzrate“ bei Arbeitslosigkeit befürwortet, um ansonsten aber eine „Optimierung“ der sozialen Sicherungssysteme einzufordern. Der Kündigungsschutz für Beamte*innen soll dem der übrigen Beschäftigten angeglichen und das allgemeine Pensionsalter auf 66 Jahre angehoben werden. Für ältere Arbeitnehmer*innen ist ein Anreizsystem vorgesehen, das ihnen eine flexible Beschäftigung nach der Pensionierung eröffnet. Im Fall einer körperlich schweren Beschäftigung ist eine Höchstarbeitsdauer von 40 Jahren vorgesehen (FvD 2019e). Im Januar 2019 überraschte das FvD, indem es für das stark umstrittene Gesetz „Arbeitsmarkt im Gleichgewicht“ (WAB) der dritten Rutte-Koalition stimmte. Dieses Gesetz sieht unter anderem vor, für Arbeitgeber*innen die Kosten für befristete Beschäftigungsverhältnisse zu erhöhen – etwa durch höhere Beiträge zur Arbeits- und Krankenversicherung –, um die Festanstellung zu fördern, gleichzeitig aber die unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse durch die Lockerung des Kündigungsschutzes weiter zu flexibilisieren (siehe detailliert Interfisc Group 2019).

5.3 Gewerkschaftliche Problemwahrnehmung

Die Niederlande haben nicht nur generell eine langjährige Erfahrung mit rechtspopulistischen Parteien. Die öffentlichen Diskurse sind zuletzt auch durch die Präsenz von *zwei* rechtspopulistischen Parteien beeinflusst worden, die sich in ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik sichtlich

unterscheiden. Wie der Rechtspopulismus präsentiert sich auch die Gewerkschaftslandschaft heterogen. Historisch hatte die gesellschaftliche „Versäuerung“ von konfessionell, liberal und sozialistisch orientierten sozialen Bewegungen die Genese einer Einheitsgewerkschaft verhindert (Kleinfeld 2012, S. 492). In den 1970er Jahren war es durch die Fusion der sozialistischen Gewerkschaft und der katholischen Gewerkschaft zur FNV zu einer organisatorischen und operativen Annäherung und Zentralisierung der Gewerkschaftsarbeit gekommen. In gewisser Weise kommt die FNV als mitgliederstärkste und politisch einflussreichste Gewerkschaft dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft relativ nahe. Jenseits dieser Entwicklung gibt es – neben der organisatorisch (ca. 60.000 Mitglieder) und politisch eher vernachlässigbaren *Vakcentrale voor Professionals* (VCP), die vor allem Akademiker*innen vertritt – mit dem CNV nach wie vor einen bedeutsamen christlichen Gewerkschaftsbund, der mitunter durch deutlich divergierende Präferenzen in der politischen Programmatik und Allianzbildung gekennzeichnet ist.

Die neokorporatistisch unterfütterte Verhandlungsdemokratie in den Niederlanden stellt sich aufgrund der doppelten Fragmentierung der wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Diskurse – seitens des Rechtspopulismus wie der Gewerkschaften – als komplex dar. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die Gewerkschaften die Probleme und Herausforderungen, die mit dem Bedeutungsgewinn des Rechtspopulismus verbunden sind, z. T. sehr unterschiedlich wahrnehmen und interpretieren. Das größte Problembewusstsein und Aktionspotenzial besteht in der FNV. Im Vergleich hierzu sieht der CNV in den rechtspopulistischen Diskursen bislang kein zentrales Problem für die eigene Operationsweise; allenfalls insofern, als der rechtspopulistische Nationalismus und Euroskeptizismus die internationalen Kooperationsformen infrage stellt. Die kleine VCP ging sogar noch einen Schritt weiter. Sie wies Gesprächsanfragen mit der Begründung ab, dass der Rechtspopulismus nur für die FNV und den CNV relevant sei und – so die Reaktion auf eine Interviewanfrage – „nichts ist, mit dem sich die VCP auseinandersetzen muss.“

5.3.1 Institutionelle Gefährdung: Relative Stabilität des Poldermodells

Der niederländischen Sozialpartnerschaft wird grundsätzlich eine hohe Stabilität attestiert. Das im Juni 2019 nach neun Verhandlungsjahren erreichte Rentenpaket scheint die These einer stabilen institutionellen Einbettung und

Handlungsmacht der Gewerkschaften zu bestätigen. Dennoch tragen strukturelle Wandlungsprozesse des Arbeitsmarktes und die enormen Mitgliederverluste der Gewerkschaften (bei der FNV ca. 2,5 Prozent pro Jahr, RLS 2017) sukzessive zur Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht bei. Im September 2019 fiel die Mitgliederzahl der FNV sogar unter die symbolische Grenze von einer Million (Dekker 2019). Diese Entwicklung ist für die arbeitspolitischen Diskussions- und Aushandlungsprozesse nicht folgenlos:

„Employers more often conclude collective agreements without the participation of the largest Dutch trade unions (FNV and CNV). Instead, they conclude agreements with smaller unions (such as De Unie and Alternatief voor de Vakbond), as they are perceived as more flexible in collective bargaining.“ (Dekker 2017, S.2)

Die Tatsache, dass die FNV wesentlich schneller schrumpft als erwartet, liefert all jenen politischen Akteuren zusätzliche Munition, die bereits seit längerem den Repräsentationsanspruch der Gewerkschaft kritisch hinterfragen (Dekker 2019). Für den starken Mitgliederverlust wird neben einer Überalterung der Gewerkschafter*innen – nur etwa zehn Prozent der Arbeitnehmer*innen unter 30 sind gewerkschaftlich organisiert – und der Reorganisation der FNV auch die Ausweitung von Tarifabschlüssen auf Nichtgewerkschafter*innen verantwortlich gemacht (RLS 2017). Die Allgemeinverbindlichkeit, so die Annahme, macht eine Mitgliedschaft weniger attraktiv. Der oben erwähnte Vorschlag der PVV, auch Nichtgewerkschaftsmitgliedern eine Stimme in den Tarifverhandlungen zuzugestehen, würde diesen Effekt noch verstärken. Sollte dieser Vorschlag politisch an Substanz und Unterstützung gewinnen, könnten die operativen Organisationsgrundlagen der Gewerkschaften, also ihre institutionalisierte Verhandlungsmacht, noch weiter geschwächt werden. Der Konflikt zwischen der FNV und der PVV scheint sich dabei zuzuspitzen. In Reaktion auf die innergewerkschaftliche Diskussion darüber, ob sich die FNV gezielter gegen die PVV und das FvD positionieren soll, rief Geert Wilders zuletzt die Gewerkschaftsmitglieder zum Austritt auf (Waterval 2019).

Jenseits dieser Zuspitzung sehen die Gewerkschaften in der Stärkung rechtspopulistischer Parteien bislang allerdings *keine* unmittelbare Gefährdung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit oder ihrer institutionellen Verankerung. Trotz der hohen Zustimmungswerte für die rechtspopulistischen Parteien ist in den Augen der von uns interviewten Expert*innen der politische Konsensus, demgemäß sozioökonomische Reformen nur unter Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innenvertretung

stattfinden sollten [vgl. N-2, Z. 109–114], bisher nicht erschüttert, sondern stabil. Die Wahrscheinlichkeit, dass infolge veränderter politischer Mehrheiten die sozialpartnerschaftliche Beteiligung eingeschränkt wird, schätzten unsere Gesprächspartner*innen aus Gewerkschaften und Wissenschaft als sehr gering ein.

Die weiterhin hohe Stabilität des Poldermodells scheint unter anderem der großen Diversität der politischen Haltungen innerhalb der Gewerkschaften geschuldet zu sein; vor allem der damit verbundenen lagerübergreifenden politischen Kontakte. Im Unterschied zur schwedischen *Landsorganisationen i Sverige* (LO) oder auch dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) konzentriert sich die FNV nicht primär oder gar ausschließlich auf die sozialdemokratische PvdA als politischen Bündnispartner. Trotz der abnehmenden Repräsentanz der PvdA in den niederländischen Parlamenten bleiben daher die bestehenden institutionellen Einflussmöglichkeiten erhalten.

„[O]ne might expect that the Dutch Labour Party’s defeat represented a devastating blow for the political role of trade unions in the Dutch political landscape. However, this is unlikely to be the case due to the corporatist style of policy-making in the Netherlands and the multi-faceted nature of union-party ties in this context. [...] Our research underlined that the Federation Dutch Trade Union Movement [FNV] and the PvdA no longer have an exclusive relationship and that there were similar relationships between the FNV and other political parties, such as the Socialist Party (SP) and the GreenLeft.“ (Otjes/Rasmussen 2017)

In der Frage, welche parteilichen Kontakte zur Stärkung eigener Positionen in der Sozialpartnerschaft genutzt werden, steht allerdings insbesondere die FNV vor einem Dilemma. Wie in den Ausführungen zur „sozialen Frage“ sichtbar wurde, sind sozialpolitische Forderungen der Geert-Wilders-Partei häufig kompatibel, manchmal deckungsgleich oder sogar weitreichender als gewerkschaftliche Positionen,²⁹ während die islam- und migrationsfeindliche Programmatik gewerkschaftlichen Gleichstellungsstatuten und Solidaritätsprinzipien entgegenläuft. Grundsätzlich betrachteten es unsere FNV-Gesprächspartner*innen als einen Gewinn bzw. Vorteil, wenn Parteien – gleich welchen politischen Spektrums – sich für gewerkschaftliche Positionen einsetzen. Schließlich eröffnen sich hierdurch Möglichkeiten, inhaltliche Synergien zu nutzen und gewerkschaftliche Positionen politisch zu etablieren. Gleichzeitig, so die Befürchtung, läuft die FNV hierdurch aber ebenso Ge-

29 Ein aktuelles Beispiel wäre die Pensionseinigung vom Juni 2019, die die PVV auf Grundlage von zu weitreichenden Unsicherheiten für Arbeitnehmer*innen zurückwies.

fahr, die (kultur-)rassistischen Elemente der Partei zu ignorieren, sie zu normalisieren oder schlimmstenfalls sogar zu legitimieren.

„Especially with the PVV there are socioeconomic views that don't differ greatly from the ones supported by the trade union. And that of course is a challenge: should [the trade union] get support from the populist parties for those themes to try to convince for example the government to change this policy? Or should she [the union] say: well, we will never cooperate with them. [...] We will never use the support we can get from that party?“ [N-12, Z. 29–34]

Während die FNV von häufigen Onlineattacken durch Mitglieder des FvD, manchmal selbst durch Abgeordnete der Partei berichtete [N-I6, 180–182], verwies unser*e Gesprächspartner*in des CNV darauf, dass Angriffe auf die institutionelle Macht der Gewerkschaften kein Phänomen rechtspopulistischer Parteien per se seien und in den vergangenen Jahren auch von Seiten der liberaldemokratischen Parteien ausgingen. „Maybe if they [the PVV] would be the largest party, we would have less influence on policy“, erklärte unser*e Gesprächspartner*in vom CNV [N-I1, Z. 68–69]. Solche Einschätzungen sind durch die langjährige Stabilität des Systems ebenso wie durch die kürzlich errungenen Verhandlungserfolge erklärbar. Von Seiten des CNV kommt hinzu, dass er die FNV in den vergangenen Jahren zunehmend als Verhandlungspartner ablöste:

„Manchmal schließt der CNV einen Kollektivvertrag ab, während die FNV wütend davonläuft. [...] Die Stärke des CNV ist, dass wir Dinge verhandelbar machen, ohne dass sie sofort vom Tisch gefegt werden.“ (CNV-Vorsitzender Maurice Limmen, zitiert nach Brandsma/Julen 2018)

Die Gefahrenperzeption rechtspopulistischer Diskurse wird darüber hinaus von Seiten des CNV häufig eindimensional auf das Themenfeld der „Migrationsfeindlichkeit“ beschränkt. Dieses wiederum wird mit den sogenannten sozial- und arbeitspolitischen Kernthemen nicht in Zusammenhang gebracht. Unser*e CNV-Gesprächspartner*in erklärte in diesem Sinne:

„I have not heard ANYTHING where an issue or a certain position on migrants has ANY effect on what's negotiated at the bargaining table for trade agreements.“ [N-I1, Z. 171–172]

5.3.2 Wandel öffentlicher Diskurse

In den Diskussionen zwischen den niederländischen Gewerkschaften gibt es keinen Konsens darüber, ob und inwiefern ihre politische Praxis durch die

rechtspopulistischen Diskurse und Initiativen beeinträchtigt wird. Die Positionierungen sind mitunter sehr unterschiedlich und unterliegen überdies im Zeitverlauf starken Schwankungen. Dies hat damit zu tun, dass einzelne Ereignisse die Öffentlichkeit zwischenzeitlich aufgeschreckt und verunsichert haben. Eine nachhaltige Wirkung haben nicht zuletzt die politischen Morde an Pim Fortuyn und dem Filmemacher Theo van Gogh im Jahr 2004 gezeigt (vgl. ausführlich van der Veer 2006). Sie erscheinen vielen, auch den Gewerkschaften, als Startpunkt einer von unterschiedlichen Seiten forcierten Radikalisierung und „Verrohung“ des öffentlichen Diskurses, die es heute zu bekämpfen gilt.

Gleichzeitig verdeutlichten diese Ereignisse, so die von uns interviewten FNV-Gewerkschafter*innen, dass auch die Gewerkschaften nicht umhinkommen, sich in den Diskussionen über die Probleme und angemessenen Organisationsformen einer multikulturellen Gesellschaft zu positionieren. Die Gewerkschafter*innen plädieren allgemein dafür, der Verbreitung rechtspopulistischer Ursachenanalysen entgegenzutreten, in denen die Migration für sozioökonomische Probleme verantwortlich gemacht wird, anstatt grundlegende sozioökonomische Missstände sichtbar zu machen, wie die Prekariisierung der Arbeitswelt, die Beschneidung von Sozialleistungen oder die Verfehlungen der Arbeitgeber*innen. Im Umgang mit den beiden rechtspopulistischen Parteien wird aus der Perspektive der FNV dabei klar differenziert:

„When it comes to islamophobia Geert Wilders is more extreme. On anti-migration, I think, Forum for Democracy is sometimes more extreme. Geert Wilders is on social economic issues no longer a right-wing party because he does support a lot of our ideas. [...] But FvD is on ALL scales a very right-wing party!“ [N-13, Z. 97–100, 114]

Die programmatische Einordnung der PVV und des FvD ist somit klar. Die Gewerkschaften sind auch allgemein darüber informiert, wie sich die Wähler*innen dieser Parteien sozialstrukturell voneinander unterscheiden. Sie schenken jedoch der Frage, warum die Rechtspopulisten relativ große Mobilisierungserfolge erzielen, die auch die eigene Mitgliedschaft erfassen, bislang keine große Aufmerksamkeit. Für beide Gewerkschaftsverbände, die FNV wie auch den CNV, spielt das Thema „Migration und Arbeitsmarkt“ in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus zwar eine zentrale Rolle, sie wählen hierbei jedoch, wie in ihrer strategischen Entgegnung deutlich wird, unterschiedliche Ansätze. Hierbei muss angemerkt werden, dass sich die Perspektiven des CNV – in Abhängigkeit von den jeweiligen Vorsitzenden, die

offenbar verschiedene Wahrnehmungs- und Meinungsstränge in der Organisation repräsentieren – wiederholt gewandelt haben.

Ein *erster* Wahrnehmungsstrang innerhalb des CNV geht davon aus, dass es sich bei der Migrations- und Arbeitspolitik – einschließlich der sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsprozesse – um separate Handlungsfelder handelt. Auf Grundlage dieser Annahme gilt die Beschäftigung mit Antimigrationsdiskursen nicht als Aufgabe der Gewerkschaften. Rechtspopulistische Diskurse werden in der Konsequenz nicht als gegensätzlich zu innergewerkschaftlichen Werten empfunden: „On paper you can see a clash. But I have not encountered any real life practical experience. I see it more as a difficulty than as a clash“ [N-I1, Z. 98–100], erklärte unser*e Interviewpartner*in vom CNV. Damit einher geht ein apolitisches gewerkschaftliches Selbstverständnis („we really try to stay out of the political arena as much as possible“, N-I1, Z. 317–318). Zivilgesellschaftliche Konflikte werden in dieser Perspektive nicht wahrgenommen oder als gewerkschaftspolitisch nicht relevant beiseitegeschoben. Dies ist insofern problematisch, als zugleich verdrängt wird, dass fremden- und migrationsfeindliche Diskurse durch Prozesse der Fragmentierung und Entsolidarisierung oft maßgeblich zu einer Schwächung einer klassenbewussten gewerkschaftlichen Interessenvertretung beitragen, die sich primär an den Interessen *aller* in den Niederlanden tätigen Arbeitnehmer*innen orientiert.

Ein *zweiter* Wahrnehmungsstrang innerhalb des CNV nimmt positiv Bezug auf nationalistische Elemente in der Arbeitsmarktpolitik – zumeist ohne diese mit rechtspopulistischen Diskursen zu verbinden. Der Verweis auf den Rechtspopulismus oder die Parteien PVV und FvD bleibt in öffentlichen Aussagen der Gewerkschaftsvertreter*innen immer implizit. Es gibt keine offiziellen Statements oder Dokumente, in denen sich der CNV mit den Parteien auseinandersetzt. Im Januar 2018 thematisierte der damalige CNV-Vorsitzende Maurice Limmen (2014–2018) das unzureichende Arbeitsangebot seitens niederländischer Arbeitnehmer*innen unter anderem in der Tourismusindustrie. Beschäftigungslücken würden durch Arbeitsmigration geschlossen. Limmens Forderung, die Arbeitsmigration zu begrenzen, um den Fokus auf inländische Arbeitnehmer*innen zu richten, wurde öffentlich scharf kritisiert und als Bruch der internationalen Arbeiter*innensolidarität eingeordnet (Leeuwarder Courant 2018). Die Stimulierung ethnischer statt klassenkampfbezogener Konfliktlinien erschien in jedem Fall untypisch für die gewerkschaftliche Argumentation (Tamminga 2018).

Wenig später sah der CNV unter dem Vorsitzenden Arend van Wijngaarden (Dezember 2018 bis Dezember 2019) ein zentrales Problem in der wach-

senden Bedeutung europafeindlicher Diskurse. Van Wijngaarden warnte im März 2019 davor, dass Anti-EU-Argumente innerhalb seiner eigenen Organisation verbreitet werden, die „unseren eigenen Mitgliedern schaden könnten“ (Julen/Waterval 2019). Gleichzeitig sprach er sich für die Unterstützung der Arbeitsmigration aus. Als Abkehr von den nativistischen Anklängen seines Vorgängers lässt sich der Beitrag allerdings nur bedingt deuten. Der CNV-Vorsitzende warnt zwar vor Euroskeptizismus und betont, dass die niederländische von der europäischen Ökonomie in hohem Maße abhängig ist, richtet seinen Blick letztlich aber ganz auf die niederländische Gesellschaft. Außerdem werden von ihm als negativ wahrgenommene EU-Richtlinien, die zur Zahlung von Arbeitslosenleistungen für im Ausland lebende Migrant*innen verpflichten, gegen die Armut niederländischer Arbeitnehmer*innen in Anschlag gebracht (Julen/Waterval 2019).

„Fast 200.000 Menschen leben noch immer unter der Armutsgrenze. 600.000 Menschen brauchen zwei Arbeitsstellen, um ihre Fixkosten zu zahlen. [...] Wenn die Dinge in unserem Land gut organisiert sind, empfinden die Menschen weniger Notwendigkeit, die EU zu abzulehnen.“ (van Wijngaarden, zitiert nach Julen/Waterval 2019)

Ein *dritter* Wahrnehmungsstrang im CNV wird seit der Wahl von Piet Fortuin zum Vorsitzenden im September 2019 sichtbar (Amtsantritt im Januar 2020). Kurz nach der Wahl veröffentlichte die Zeitschrift *Trouw* ein Interview mit Fortuin, in dem er die Interpretation übernimmt, dass Arbeitszeitflexibilisierung, fehlende Festanstellungen und niedrige Entlohnung zentrale gewerkschaftliche Themen und Handlungsfelder sind, um der allgemeinen gesellschaftlichen Unzufriedenheit zu begegnen. Im Unterschied zu seinen Vorgängern verweist Fortuin hierbei direkt auf extreme rechte – und auch linke – Parteien, die von den sozioökonomischen Missständen profitieren würden. Er distanziert sich deutlich von nativistischen und anderen populistischen Antagonismen: Menschen, so der neue CNV-Vorsitzende, verließen deshalb die politische Mitte, der sich der CNV zugehörig fühlt, weil sie unzufrieden mit ihren Löhnen und Arbeitsbedingungen seien. Sie würden dann extrem rechte oder linke Parteien wählen, die die niederländische Bevölkerung gegeneinander ausspielen: Junge gegen Alte und Migrant*innen gegen native Arbeitnehmer*innen (Waterval 2019). Neu war an dieser Position auch, dass Fortuin dem CNV die Verantwortung zuschreibt, in den gesellschaftspolitischen Deutungskämpfen eine aktive Rolle einzunehmen:

„Eine Mehrheit in den Niederlanden hat noch immer Vertrauen in die Gewerkschaftsbewegung. Mehr als in die Politik. Unsere 250.000 Mitglieder stel-

len einen guten Querschnitt der Gesellschaft dar. Daher verstehe ich uns als den Kitt, der alles zusammenhält. Um dafür zu sorgen, dass Wähler*innen nicht zu extrem linken oder extrem rechten Parteien driften.“ (Fortuin, zitiert nach Waterval 2019)

5.3.3 Organisationspolitische Probleme

Obwohl die Gewerkschaften in den Niederlanden eine langjährige Erfahrung mit rechtspopulistischen Diskursen und Aktivitäten haben, waren die Konflikte über einen angemessenen Umgang mit rechtspopulistisch affinen Mitgliedern bis ins Jahr 2019 überschaubar und nicht besonders intensiv. Dies ist *erstens* darauf zurückzuführen, dass sich die Frage einer Überschneidung von Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft bislang nicht stellte, da es sich bei der PVV um keine Mitgliederpartei handelt. *Zweitens* sehen die von uns interviewten Expert*innen eine große programmatische Distanz der Gewerkschaften zum FvD:

„In the trade union parliament there are people with backgrounds in all major Dutch political parties, except for the PVV and Christian parties. [...] And Forum for Democracy is programmatically so far away from that, that I don't know of anybody who is within the top or even the broader decision making body of the FNV and would support them [the FvD].“ [N-I3, Z. 273–280]

Seit der Senatswahl im Frühjahr 2019 scheint sich diese Situation zu verändern. Im März hatte insbesondere die FNV mit Mitgliederaustritten zu kämpfen, nachdem sie auf Antirassismusedemonstrationen (unter anderem dem internationalen Tag gegen Rassismus und Diskriminierung) Flagge gezeigt und sich in einer Rede von Zakaria Boufangacha (FNV-Koordination für Arbeitsbedingungen) klar antirassistisch, wenn auch ohne unmittelbaren Bezug auf die PVV oder das FvD, positioniert hatte (Julen/Waterval 2019). Die Rede entfachte eine hitzige Onlinediskussion – auf Facebook, in Youtube-Kommentarspalten und auf der Homepage der Antirassismusedemonstration – über die Frage, ob sich Gewerkschaften politisch positionieren dürfen. Die Diskussion war, wie unser*e FNV-Gesprächspartner*in erläuterte, deutlich von Hassrede geprägt. Im April 2019 griffen der Vorsitzende der Transportgewerkschaft (FNV) Roel Berghuis und der Manager der FNV-Mindestlohnkampagne Cihan Ugral diese Debatte in einem öffentlich weit rezipierten Meinungsartikel in der Zeitschrift *Trouw* auf: Sie warnten davor, dass eine steigende Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern rechten Ansichten anhängen, und forderten in Solidarität mit den Beschäftigten mit Migrationsgeschichte

eine klarere Positionierung der FNV gegen Faschismus und Rassismus (Berghuis/Ugural 2019).

Diese Beispiele deuten darauf hin, dass rechtspopulistische Orientierungen in den Gewerkschaften durchaus ein Problem darstellen und es Meinungsverschiedenheiten über einen angemessenen Umgang mit diesem Problem gibt. Die Ursachen und politischen Beweggründe, die sich hinter diesen Meinungsverschiedenheiten verbergen – sowohl innerhalb der Leitungsgremien als auch im Verhältnis zu den Mitgliedern –, lassen sich angesichts fehlender Studien und empirischer Daten allerdings nicht genauer spezifizieren:

„There might be an increasing gap between the views of the leadership of the unions and their members. For example, the leadership is very clear about that everyone should have equal rights [...]. They are actually strongly pro-European and pro-European Migration [...] while parts of the membership of the unions might have a different view. Actually, we don't know much about that because there is no recent information about the voting behaviour of the union-members.“ [N-12, Z. 205–212]

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften beziehen sich vor allem auf zwei Punkte: *Erstens* gibt es in den Verbänden offensichtlich unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Orientierungsmarke der „politischen Neutralität“ genau zu interpretieren ist. *Zweitens* divergieren die Positionen in der Frage, welche Beschäftigtengruppen die Gewerkschaften primär vertreten sollen.

Für die FNV stellt sich die Situation so dar, dass der Verband nach der Vereinigung der sozialistischen und katholischen Gewerkschaften keine offiziellen parteipolitischen Bindungen mehr hat, sich also in diesem Sinne als politisch autonom und nicht festgelegt versteht. Die jüngeren Diskussionen deuten darauf hin, dass viele Mitglieder die Grenzen der politischen Ungebundenheit sehr weit interpretieren und den politischen Charakter der Solidarnormen, die die gewerkschaftliche Interessenvertretung unterfüttern, als relativ beliebig wahrnehmen. Eine solche wert- und interessenneutrale Grundhaltung macht es schwer, sich klar gegen rassistische und andere diskriminierende Ziele und Praktiken des FvD und der PVV zu positionieren, obwohl diese den gewerkschaftlichen Solidarvorstellungen widersprechen.

Darüber hinaus hat insbesondere die FNV mit einem Repräsentationsdilemma zu kämpfen, das zwischen traditionellen, häufig als niederländisch autochthon verstandenen Arbeiter*innen auf der einen Seite und Arbeiter*innen mit Migrationsgeschichte auf der anderen Seite besteht. Der Disput entzündet sich an der zentralen Befürchtung, durch einen zu starken Einsatz für die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rechte von Migrant*innen

Mitglieder zu verlieren. Entsprechende Austritte würden den Einfluss und den Vertretungsanspruch der Gewerkschaften weiter schwächen. Im Interview erklärte unser*e FNV-Gesprächspartner*in, dass Konflikte zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen die Organisation zunehmend mit der Frage konfrontieren, wie der Fragmentierung innergewerkschaftlicher Solidarität entgegengewirkt werden kann:

„We focus on labour rights and labour issues. But among those [issues] there is of course also the fight against discrimination, including race and all forms of discrimination in the workplace and on the top floor. And in this political debate we have on the one hand members who feel that they are being threatened by globalisation, by migration and that their jobs may be on the line because of refugees coming to the Netherlands. But at the same time we also have a lot of members who actually ARE migrants or children of migrants. And they come to us and say: Look! We feel that we are being discriminated against.“ [N-15, Z. 14–22]

Die Zunahme rechtspopulistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen in ihrer Mitgliederbasis stellt die FNV-Gewerkschaften demnach vor die Herausforderung, die gewerkschaftlichen Solidaritätsnormen als Grundlage ihrer eigenen Organisationsmacht und Repräsentation der abhängig Beschäftigten neu zu begründen. Die Sorge um den Vertretungsanspruch und die politische Gestaltungsmacht speist sich aus den Tendenzen der internen Fragmentierung. Sie erklärt sich aber auch daraus, dass in der Vergangenheit rechtspopulistische ebenso wie liberalkonservative Parteien den gewerkschaftlichen Vertretungsanspruch mit Verweis auf eine geringe Organisationsdichte infrage gestellt haben.

In den gewerkschaftlichen Debatten gibt es grundsätzlich zwei unterschiedliche Zugänge zu der Frage, welche Faktoren und Prozesse die Erosion der solidarischen Grundlagen einer effektiven Interessenvertretung verantworten oder zumindest begünstigen. Die FNV sieht das Kernproblem maßgeblich im alltäglichen Rassismus und einer unzureichenden Kultur der sozialen Gleichheit und Diversität: „Faschismus gibt es selbst in der Politik. Und wir können nicht danebenstehen und zusehen. Wir müssen uns organisieren und Bewegungen beitreten, die für Gleichheit und den Kampf gegen Rassismus eintreten“, erklärte FNV-Direktor Zakaria Boufangacha (Julen/Waterval 2019; van der Gaag [Twitter] 2019). Berghuis und Ugural betonen im selben Tenor:

„[Die] FNV muss Stellung nehmen für ihre Kernwerte der Gleichheit, gegenseitigen Solidarität und gegen die Marginalisierung und Dämonisierung durch die extremen Rechten. Selbst wenn das bedeutet, dass die Gewerkschaft einen Teil ihrer Unterstützer*innen verprellt.“ (Berghuis/Ugural 2019)

Die FNV-Vertreter*innen sind sich durchaus der Gefahr bewusst, dass mitunter rechtspopulistische Othering-Prozesse in eigene Argumentation einfließen, etwa wenn antagonistische Gruppenverständnisse von Wir-Gruppen (den autochthonen niederländischen Arbeiter*innen) und Die-Gruppen (den Arbeiter*innen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte) reproduziert werden. Eher unterschwellig wird kritisiert, dass nicht alle Gewerkschaftsverbände diese Problematik sehen. So formulierte eine*r unserer FNV-Gesprächspartner*innen: „Other unions sometimes say we should protect OUR workers better and maybe we should restrict migration a little bit“ [N-I5, Z. 209–210].

Im Unterschied zur eher selbstkritischen Haltung der FNV distanziert sich der CNV bislang weitgehend davon, Teile der eigenen Mitgliederbasis als rechtspopulistisch affin zu bezeichnen, und nimmt auch migrationsfeindliche Einstellungen zuweilen rechtfertigend in Schutz. Der scheidende CNV-Vorsitzende Maurice Limmen erklärte Ende 2018:

„Unsere Mitglieder sind sehr divers. Von SP-Wähler*innen bis zu PVV-Unterstützer*innen. Ja, wir haben auch Menschen in unserer Mitgliederbasis, die besorgt sind über die Migration in die Niederlande. Aber die gibt es auch bei der FNV.“ (Brandsma/Julen 2018)

Ungeachtet der heterogenen politischen Präferenzen ist sich unser*e CNV-Gesprächspartner*in keines unmittelbaren Konfliktpotenzials in der Mitgliederbasis bewusst:

„I don't see how this should be a challenge. I mean: We know that members of our trade union might vote for these parties. But that doesn't mean that they are no longer member of the union or have a different position towards the union. We have no indication whatsoever that there is a link between the two.“ [N-I1, Z. 60–64]

5.4 Reaktionen und Strategien der niederländischen Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Diskussionen über den Rechtspopulismus in den Niederlanden sind nicht leicht zu charakterisieren. Weit entfernt von Tendenzen der Dramatisierung, dominiert zumeist eine sehr pragmatische bis verharmlosende Perspektive. Die Frage, ob und wie das Erstarken rechtspopulistischer Organisationen und Diskurse die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen beeinträchtigt, wird seitens der Dachverbände recht unterschiedlich be-

Kernstrategien der niederländischen Gewerkschaftsverbände

FNV	CNV	VCP
Konzentration auf soziale Gleichheit und Diversity-Richtlinien; keine Kooperation mit oder direkte Reaktion auf rechtspopulistische Parteien; Veröffentlichung inhaltlicher Gegenpositionen	Berufung auf politische Neutralität: keine (öffentliche) Bearbeitung rechtspopulistischer Diskurse und Praktiken; keine Kooperation mit rechtspopulistischen Parteien	keine Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken

Quelle: Eigene Darstellung

antwortet. Während der CNV nur punktuell und schwankend, d. h. abhängig vom öffentlichen Engagement einzelner Führungspersonen, ein ernsthaftes Problem und entsprechenden Diskussionsbedarf sieht, ist sich die FNV deutlich stärker bewusst, dass durch die soziokulturelle und politische Fragmentierung der Beschäftigten die Schwierigkeiten einer effektiven solidarischen Interessenvertretung eher zu- als abnehmen. Vor dem Hintergrund des divergierenden Problembewusstseins ist es wenig verwunderlich, dass sich die Gewerkschaftsverbände auch in ihren strategischen Reaktionen deutlich unterscheiden (vgl. [Tabelle 13](#)). Die Strategie der FNV weist noch am ehesten Merkmale der Abgrenzung und konfrontativen Auseinandersetzung auf. Im Vergleich hierzu passt sich der CNV den veränderten gesellschaftspolitischen Debatten vielfach an und bezieht keine klare Position. Noch passiver ist die Haltung der akademisch geprägten VCP, die eine Auseinandersetzung gänzlich meidet und hier daher nicht näher betrachtet werden muss.

5.4.1 Diskursiv-öffentlicher Handlungsraum: Zwischen Anpassung und Ausgrenzung

Der öffentliche gewerkschaftliche Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen gestaltete sich in den vergangenen Jahren komplex (vgl. Handlungsempfehlungen in [Tabelle 14](#)). Die FNV hat sich mehrfach öffentlich klar positioniert. Die Reaktionen und Strategien changierten dabei zwischen einer inhaltlichen – häufig eher indirekten – Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Kerndiskursen auf der einen und einer konfrontativen Ausgren-

Handlungsempfehlungen niederländischer Gewerkschafter*innen im diskursiv-öffentlichen Handlungsraum

	zu empfehlen	nicht zu empfehlen
FNV	direkten Angriffen auf die Gewerkschaft mit alternativen (positiven) Deutungen entgegenen	Angriffe unwidersprochen stehen lassen
	unabhängig eigene thematische Ursachen- deutung für sozioökonomische Probleme und entsprechende Herangehensweisen in den Diskurs einbringen	rechten Parteien und Diskursen Momentum und Aufmerksamkeit verleihen, indem direkt auf die Partei und Äußerungen eingegangen wird
	abgeschlossene (positive) Positionen be- ziehen	sich auf Relativierungen und Rechtferti- gungen einlassen und damit die eigene Bot- schaft verwässern
CNV	keine politische Position beziehen	das politische „Neutralitätsgebot“ verletzen

Quelle: Eigene Darstellung

zung rechtspopulistischer, diskriminierender Haltungen auf der anderen Seite. Im Unterschied hierzu hat der CNV eine öffentliche Profilierung im Umgang mit rechtspopulistischen Positionen zu vermeiden versucht. Die gewerkschaftliche Praxis lässt sich in diesem Fall als eine zurückhaltende, gegenüber Diskriminierungen tendenziell tolerante und auf Anpassung bedachte Umgangsweise charakterisieren.

Die öffentliche Diskursstrategie der FNV erscheint im Vergleich zum CNV als klar und politisch profiliert. Im internationalen Vergleich betrachtet, ist jedoch auch das Verhalten der FNV als sehr vorsichtig, behutsam und zurückhaltend einzuordnen, wenn es darum geht, sich zur PVV und zur FvD zu positionieren. Eine proaktive öffentliche Konfrontation wird zumeist gemieden. Nur wenn die FNV selbst unmittelbar angegriffen wird, bezieht sie Stellung:

„When the Baudet party mentions something about the Boreal-society³⁰ or whatever – we don’t react! It has no use. It’s just when our trade union officials

30 Hier wird Bezug genommen auf einen Wortlaut aus Thierry Baudets Wahlsiegrede vom März 2019 (NOS [YouTube] 2019; Baudet 2019). Seine Erwähnung einer „borealen Gesellschaft“ löste aufgrund ihrer rechtsextremen Konnotation eine polarisierte öffentliche Diskussion aus.

are attacked or the moment FNV is mentioned we discuss internally how to react.“ [N-I6, Z. 252–254]

In der Vergangenheit gab es immer wieder Attacken auf die Gewerkschaften in den sozialen Medien, so vor allem auf Facebook und Twitter. Mitunter wurde versucht, gewerkschaftliche Veranstaltungen zu unterlaufen und zu instrumentalisieren. Erst kürzlich machte Thierry Baudet mit dem Versuch von sich reden, eine Gewerkschaftsdemonstration zum Pensionsstreik am 29.05.2019 zu nutzen, um öffentlich Gewerkschaftsnähe zu signalisieren. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei eine sehr eigenwillige Selbstdarstellung: So präsentierte sich Baudet mit einer FNV-Weste und machte vor laufenden Kameras die Massenmigration und Klimapolitik für den Zusammenbruch des Rentensystems verantwortlich (Badi 2019; Willemsen 2019). Solchen Versuchen, Gewerkschaftsveranstaltungen für „Propaganda“-Zwecke [N-I3, Z. 88] zu missbrauchen, begegnet die FNV nach eigenen Angaben formal bislang gar nicht. Faktisch reagierte die Gewerkschaft dann aber doch: Obleich die FNV keine formale Pressemitteilung veröffentlichte, distanzierte sich die Organisation innerhalb weniger Stunden auf Twitter von Baudets Streikaktion (FNV [Twitter] 2019):

„Es ist bemerkenswert, dass Baudet die Forderungen nach #goodpensionen unterstützt. Das war seinem bisherigen Wahlverhalten im Unterhaus nicht anzumerken. Nicht Migration und Klimapolitik sind die Gründe für schlechte Pensionen, sondern eine ungleiche Verteilung von Reichtum. Die #FNV kämpft für Pensionen und Solidarität!“

Diese Stellungnahme ist für die FNV-Strategie charakteristisch. Sie übt Kritik an der wenig überzeugenden, unglaubwürdigen Rhetorik und Programmatik von Baudet, ohne diesen grundsätzlich zu kritisieren. Die inhaltliche Positionierung dient sichtlich nicht der Diskussion, sondern der Abgrenzung. Die Rückmeldungen in Onlinemeinungsartikeln waren z.T. sehr kritisch (z. B. Willemsen 2019 im Meinungsblatt *De Dagelijkse Standaard*). Tatsächlich erlauben die sozialen Medien, so auch Twitter, nur eine sehr knappe Darstellung und verkürzte Argumentation, die – hierüber war sich die FNV im Klaren – für eine tiefergehende Auseinandersetzung nicht geeignet ist. Indem sie auf Provokationen und Diskursbeiträge der rechtspopulistischen Parteien für gewöhnlich *nicht* eingeht, versucht die FNV zu verhindern, dass sie zur Verbreitung rechtspopulistischer Diskurse zusätzlich beiträgt. Dabei beschränken sich die gewerkschaftlichen Reaktionen nicht auf ein Ignorieren oder Auslagern von Debatten in gewerkschaftsinterne Diskussionen: Zugleich werden gezielt Gegenpositionen, also *eigene* Ursachenanalysen für sozioöko-

nomische Probleme (z. B. zum Thema Mindestlohn, Arbeitsmigration oder Lohngleichstellung) mit einem „positiven Ansatz“ in Meinungsartikeln in die Medien eingebracht. Ziel ist es, rechtspopulistischen Argumentationssträngen inhaltlich zu begegnen, ohne sich auf einen Schaukampf einzulassen. Als Beispiel können FNV-Meinungsartikel zur Arbeitsmigration dienen, die im Kontrast zu einer ethnisch kulturalisierenden Auseinandersetzung soziale Fragen und die Elemente eines Klassenkampfes hervorheben:

„Einseitige und scheinbar logische Lösungen, wie eine Regulierung intraeuropäischer Arbeitsmigration, zäumen das Pferd von hinten auf und gehen das wirkliche Problem der künstlich niedrigen Löhne und enormen [Arbeits-]Flexibilität nicht an. Von den genannten Missständen abgesehen, gibt es viele Sektoren, in denen es selbst bei besserem Lohn und verbesserten Umständen schlicht zu wenig nationale Arbeitskräfte gäbe. [...] Die Antwort ist nicht, Migration einzuschränken, sondern Verantwortung von Seiten der Arbeitgeber*innen und ihrer Organisationen einzufordern und die europäische Gesetzgebung anzupassen, die [...] Ausbeutung fördert.“ (Lucassen et al. 2019)

Die meisten öffentlichen Stellungnahmen der FNV sehen davon ab, migrationsfeindliche Positionen als rechtspopulistisch zu bezeichnen oder sich direkt auf die PVV oder das FvD zu beziehen. Eine unmittelbare konfrontative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen – etwa durch Richtigstellungen oder direkte Streitgespräche – wird seitens der FNV eher gemieden: „Just to make it quite clear: We don’t react as such but we publish a different position. [...] You can’t win this discussion in a negative way!“ [N-16, Z. 256–259]. Vor allem zwei Erwägungen leiten diese Vorgehensweise an: Zum einen sollen rechtspopulistisch affine Mitglieder nicht verprellt werden; und zum anderen soll die diskursive Einflussfähigkeit bewahrt werden, ohne den rechtspopulistischen Parteien eine allzu große Aufmerksamkeit zu schenken. Hierzu ist es wichtig, klare Botschaften ohne größeren Erläuterungsbedarf zu versenden. Gewerkschaftsvertreter*innen weisen entsprechend darauf hin, dass es zentral ist, sich nach einer Positionierung (z. B. in Onlinemedien) nicht auf relativierende oder negative Nachsätze einzulassen: „If something happens, you send a positive message out and you just stop there“ [N-16, Z. 292–293].

Diese Kommunikationsstrategie hat zur Folge, dass es über einen langen Zeitraum nur wenige öffentlich zugängliche Dokumente – etwa Strategiepapiere oder Pressemitteilungen – gibt, in denen sich die FNV mit den rechtspopulistischen Positionen und Organisationen systematisch auseinandersetzt. Anders als etwa die schwedische LO bewegen sich FNV und CNV mit ihren Reaktionen auf die PVV und das FvD bislang weitgehend unterhalb

der Schwelle öffentlicher Aufmerksamkeit. Ihr Ansatz konzentriert sich in erster Linie auf die eigenen Mitglieder: „What we actually do, is: re-engage in debate with our members on why people want to vote for those parties. Because it’s not a solution [for their problems]“ [N-13, 89–90]. Eine verstärkte Orientierung hin zu Organising-Ansätzen schlägt sich unter anderem im Anspruch der FNV nieder, nicht nur Gewerkschaftsmitglieder zu erreichen, sondern der Verbreitung rechter Diskurse durch Mobilisierung für sozioökonomische Forderungen auch auf lokaler Ebene gezielt entgegenzuwirken:

„For example, in neighbourhoods or in suburbs of big cities with a lot of migrants, people tend to vote for right-wing populist parties. Because the communities are feeling threatened by a large number of new members, of new immigrants in these areas. We try to find issues that actually unite people and try to organize them together. Not just on the top floor. [...] For example around issues like a minimum wage. A lot of people feel threatened in some neighbourhoods due to low income jobs. And a lot of the migrants have the same kind of jobs around the minimum wage limit. And we try to do community organizing to make them fight together for a higher minimum wage!“ [N-15, Z. 130–140]

Das zurückhaltende öffentliche Agieren der FNV ist zwar noch immer prägend. In den letzten Jahren – auch das Organising weist darauf hin – hat sich jedoch ein punktueller Wandel vollzogen, demzufolge sich die Gewerkschaft öffentlich stärker positioniert. Wie Catelene Passchier, Beraterin des FNV-Präsidenten, in einem Interview mit der schwedischen Zeitschrift *kann* darlegt, hat ein weit verbreiteter Videoclip aus dem Jahr 2014, in dem Geert Wilders Stimmung gegen die marokkanischen Einwanderer*innen macht, die FNV zu einer deutlicheren Abgrenzung veranlasst (de la Reguera 2017). Während die Gewerkschaften lange Zeit dem Grundsatz folgten, sich mit „core policy-issues“ zu beschäftigen, sich ansonsten aber „aus der politischen Debatte herauszuhalten“, wie unser*e Gesprächspartner*in auf Leitungsebene der FNV bestätigte [N-15, Z. 59–62], positioniert sich der Dachverband heute öffentlich klar antirassistisch und nimmt regelmäßig an entsprechenden zivilgesellschaftlichen Demonstrationen teil, unter anderem an der nationalen Antirassismusedemonstration am 21.03.2018 (vgl. unter anderem Lokaal FNV Amsterdam 2018). Regelmäßig halten dort Vertreter*innen der Leitungsgremien Reden zur Diskriminierung am Arbeitsmarkt (Jong 2018) und thematisieren die unzureichenden Bedingungen, unter denen Arbeitskräfte mit Migrationsgeschichte in den Niederlanden leben und arbeiten (Omroeplevoland 2019).

Im Kontrast zur FNV sucht man beim CNV vergeblich nach offiziellen Beschlüssen oder klaren öffentlichen Positionen zum Umgang mit der PVV

oder dem FvD. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass der CNV explizite Haltungen dieser Form als widersprüchlich zu seiner politischen Neutralitätsverpflichtung betrachtet. Die Organisation folgt daher der Strategie, keine öffentliche Position zu beziehen. Unser*e CNV-Interviewpartner*in ging sogar noch einen Schritt weiter und betonte nachdrücklich, dass die Organisation in rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken keine unmittelbare Gefahr erkenne und es daher auch keine internen Diskussionen oder Auseinandersetzungen gebe. Das Eingeständnis des CNV-Vorsitzenden Piet Fortuin, dass der CNV Verantwortung dafür trage, Wähler*innen von den extremen rechten (und linken) Rändern mittels einer gerechteren Arbeitspolitik in die politische Mitte zurückzuholen, ist in dieser Hinsicht ein Novum. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Äußerung als Rhetorik erweist, oder ob sich – wie sich sonst vermuten ließe – der CNV in Zukunft intensiver mit den sozioökonomischen Problemen als einer wesentlichen Ursache der rechtspopulistischen Erfolge auseinandersetzen wird (Waterval 2019).

Jenseits der expliziten Nichtpositionierung des CNV ist zuweilen durchaus erkennbar, dass die Organisation durch implizite Praktiken Stellung bezieht. So sind bislang weder die PVV noch das FvD zu öffentlichen Podiumsveranstaltungen oder zu Konsultationsgesprächen eingeladen worden. Allgemein wird dies mit folgenden Erwägungen begründet: *Erstens* gebe es zu viele Parteien, um mit allen zu kooperieren; *zweitens* sei die Christdemokratische Partei dem CNV inhaltlich näher; und *drittens* seien diese Parteien zu extrem:

„Indeed we could have invited the right-wing parties like Forum, but we didn't. And it was kind of implicit that they are not welcome. [...] Because they are not centre. We are not an extreme [organisation]. We try to get non-extreme viewpoints. [...] They don't really correspond with our values. But of course at the same time we need to try to be apolitical.“ [N-11, Z. 219–242]

Auch andere Praktiken – etwa Onlinereaktionen³¹ – lassen erkennen, dass die politischen Positionen der PVV und des FvD vom CNV nicht geteilt werden. Die offizielle Strategie der Nichtpositionierung und Nichtreaktion wird in diesem Sinne partiell durchbrochen.

Dies ist, genauer betrachtet, wenig verwunderlich. Schließlich können sich auch die Gewerkschaften den gesellschaftspolitischen Diskussionen nur

31 So z. B. ein Facebook-Post von 28.03.2019, in dem die Lehrer*innengewerkschaft *CNV Onderwijs* die FvD-Haltung kritisiert, dass das niederländische Schulsystem links indoktriniert sei (CNV Onderwijs [Facebook] 2019; vgl. ausführlich NOS Nieuws 2019b).

schwer entziehen, vor allem dann, wenn sie emotional und normativ stark aufgeladen sind. Die gewerkschaftlichen Funktionär*innen kommen häufig nicht umhin, sich in ihrer alltäglichen politischen Arbeit auch politisch zu positionieren. Die Botschaften weisen dabei allerdings nicht nur in eine Richtung. Unter dem Vorsitzenden Maurice Limmen wurde dem CNV im Januar 2018 zwischenzeitlich vorgeworfen, selbst migrationsfeindliche Positionen und einen „ökonomischen Nationalismus“ (Tamminga 2018) voranzutreiben, als sich Limmen dafür aussprach, die professionelle Arbeitsmigration zu begrenzen und bessere Arbeitsbedingungen, Festanstellungen und Fortbildungsmöglichkeiten für niederländische Arbeitnehmer*innen zu realisieren (van der Galien 2018). Durch diese Verengung, so der Vorwurf, unterlaufe der CNV die inklusiv-solidarische Orientierung der Arbeiter*innenbewegung (Tamminga 2018). Im Interview mit dem *Telegraph* sagte Limmen:

„Arbeitgeber*innen sollten nicht mit der Ausrede ankommen, dass sie Menschen aus dem Ausland brauchen, weil der Arbeitsmarkt zu eng ist [...]. Es gibt eine enorme Gruppe von 1,2 Millionen Menschen, die an den Seitenlinien des Staates stehen, wie die alternden Menschen, Menschen mit Behinderung und nichtwestliche Migrant*innen, die ihre Bereitwilligkeit zu arbeiten zeigen.“ (zitiert nach Leeuwarder Courant 2018)

Angesichts der disparaten Praktiken des Umgangs mit rechtspolitischen Organisationen und Diskursen stellt sich die Frage, ob und wie die Gewerkschaften ihre Strategien und Aktivitäten untereinander abstimmen und koordinieren. Die FNV ist seit einiger Zeit sehr darauf bedacht, über die vielfältigen internationalen Kontakte zu Schwestergewerkschaften – unter anderem zur LO und zur *Tjänstemännens Centralorganisation* (TCO) in Schweden, zum *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) sowie zu tschechischen und belgischen Gewerkschaften – neue Anregungen zu erhalten und vorhandenes Lernpotenzial auszuschöpfen (so z. B. Waterval 2019). Zugleich sind sich die Gewerkschafter*innen der niederländischen Besonderheiten – etwa des stark fragmentierten Parteiensystems und der fluktuierenden Mehrheitsverhältnisse – und damit der begrenzten Übertragbarkeit nationaler Strategien durchaus bewusst.

Im nationalen Kontext ist die zwischengewerkschaftliche Kooperation im Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen allenfalls schwach entwickelt. Dies liegt vor allem an den unterschiedlichen, mitunter konträren Strategien der FNV und des CNV und auch an einer gewissen organisationspolitischen Konkurrenz der beiden Dachverbände. Dennoch wirken auch Aspekte der zwischengewerkschaftlichen Solidarität und Verbundenheit. Mit Rücksicht

auf die gute Zusammenarbeit von FNV und CNV in anderen Politikfeldern halten sich die Gewerkschaftsvertreter*innen in der Beurteilung der jeweils anderen Strategie erkennbar zurück. So formulierte unser*e FNV-Gesprächspartner*in:

„There are of course difficulties and there are different types of opinions. [...] But I would say in general we are NOT letting that divide us. [...] And in my opinion: I don't think any public debate among trade unions on diversity, on equality, on closing your borders, or whatsoever will be in the interest of taking a stance against populist nationalist extremist parties. It only funds more discussion on these topics.“ [N-16, Z. 475–486]

5.4.2 Institutionell-halböffentlicher Handlungsraum: Ausgrenzung der rechtspopulistischen Parteien

Die Gewerkschaften gehen von einer großen Stabilität des Poldermodells aus. Sie befürchten kaum, dass durch die Diskurse und Praktiken rechtspopulistischer Parteien ihre institutionelle Einflussmacht geschwächt werden könnte. Entsprechend adressieren ihre – gegen den Rechtspopulismus gerichteten – Reaktionen und Strategien vor allem den öffentlichen und innergewerkschaftlichen Handlungsraum. Was den institutionell-halböffentlichen Handlungsraum betrifft, so stellt sich den Gewerkschaften primär die Frage, ob, und falls ja, in welcher Form es ihnen ratsam erscheint, mit der PVV oder dem FvD zu kooperieren.

Bislang war dies kaum der Fall. Die FNV vertrat zwar keine Politik des Cordon sanitaire, hegte aber doch erhebliche Vorbehalte. Sofern es in der Vergangenheit von Seiten der FNV-Führung doch einmal Überlegungen gab, mit der PVV punktuell gegen die Regierung zusammenzuarbeiten – so z. B. bei den Plänen zum Altersgesetz (Algemene Ouderdomswet, AOW) – regte sich großer innergewerkschaftlicher Widerstand (van Meteren 2009). Ansonsten war auch das Leitungsgremium der 16 Teilgewerkschaften grundsätzlich auf Distanz bedacht. Bereits 2009 wurde ein Austausch zwischen der Vorsitzenden Agnes Jongerius und Geert Wilders mit dem Argument abgelehnt, dass zwischen den beiden Organisationen fundamentale Wertkonflikte bestünden. Zuvor hatte Jongerius auf eine Einladung Wilders positiv und kooperativ reagiert und auch nach Verhinderung des Treffens verkündet, auf einem „niedrigeren Level“ mit der PVV sukzessive ins Gespräch kommen zu wollen. Die zunächst eher kooperativ-anpassende Grundorientierung wurde dann jedoch aufgegeben; spätestens nachdem Wilders gegen die marokkani-

schen Migrant*innen gehetzt hatte (de la Reguera 2017) und er für deren Diskriminierung wenig später gerichtlich verurteilt worden war. Die FNV nahm fortan eine eindeutig abgrenzende Haltung ein. Es gelang ihr, trotz einer programmatischen Nähe in sozioökonomischen Fragen durch Bezug auf die exkludierenden Solidarnormen der PVV politische Distanz zu halten:

„That’s when we decided: well, someone who is convicted for racism is someone we are not going to invite. We had invited him before but then we decided not to invite him or representatives of his party to any political trade union debate [...]. We made the decision that we are not going to give any podium to the party of Geert Wilders.“ [N-15, Z. 59–67]

Ein solcher Konsens ist in der Auseinandersetzung mit Thierry Baudets FvD allenfalls schwach ausgebildet. Angesichts des erst jüngsten Erstarkens der Partei überrascht es wenig, dass gewerkschaftsintern neue Diskussionen über die Zusammenarbeit angestoßen werden. Die FNV führte bislang allerdings weder Konsultationen mit der Partei durch, noch wurde das FvD zu gewerkschaftlichen Veranstaltungen eingeladen. Dennoch scheint der Umgang mit dem rechtspopulistischen Newcomer innergewerkschaftlich stark umstritten zu sein. Bislang gibt es dazu keine offizielle Policy oder Stellungnahme. Ähnlich stellt sich die Lage aus der Perspektive des CNV dar. Dieser verweist darauf, dass eine Zusammenarbeit mit der PVV und dem FvD aufgrund der großen inhaltlichen Distanz – auch bei sozioökonomischen Themen – bislang nicht stattgefunden hat. Zwar existiert auch hier kein offizieller, öffentlich zugänglicher Beschluss; faktisch grenzte der Gewerkschaftsverband die Parteien im institutionell-halböffentlichen Handlungsraum bisher jedoch aus.

5.4.3 Innerorganisatorischer Handlungsraum: Zurückhaltende Wachsamkeit und Sensibilität

Da der CNV die rechtspopulistischen Diskurse und Praktiken bislang nicht als innergewerkschaftliches Problem anerkannt hat, konnten die Gesprächspartner*innen auch nicht über spezifische innere Umgangsstrategien berichten. Daher können wir an dieser Stelle nur feststellen, dass der CNV weder das Wahlverhalten der eigenen Mitglieder erhebt noch Wahlempfehlungen ausspricht. Demgegenüber weist die FNV eine gewisse Bandbreite an Reaktionen, Strategien und Handlungsempfehlungen auf (vgl. [Tabelle 15](#)).

Noch im Jahr 2011 war die FNV fast an einem innerorganisatorischen Konflikt über die gewerkschaftliche Position zur Anhebung des Rentenalters

Handlungsempfehlungen niederländischer Gewerkschafter*innen im innerorganisatorischen Handlungsraum

	zu empfehlen	nicht zu empfehlen
FNV	Werte und Grundprinzipien der Diversität und Solidarität der Gewerkschaften auf täglicher Basis vermitteln	in direkte Konfrontation mit Mitgliedern hinsichtlich ihrer rechtspopulistisch affinen Einstellungen gehen
	Ängste, Sorgen und sozioökonomische Probleme der Mitglieder ernst nehmen und empathisch zuhören	versuchen, Fakten mit Fakten zu beantworten
	Missverständnisse über die Vorstellung „unpolitischer Gewerkschaften“ aufklären, indem die grundpolitische Natur der Gewerkschaftsarbeit aufgezeigt wird	Kritik, dass Gewerkschaften „unpolitisch“ sein sollen, unbeantwortet stehen lassen
	arbeitnehmer*innenfeindliche Praxis des FvD aufzeigen, um Unvereinbarkeiten zwischen dessen Rhetorik und Praxis zu verdeutlichen	Gründe für Rechtspopulismusaffinität ignorieren

Quelle: Eigene Darstellung

zerbrochen. Nur mühsam gelang es, diesen Konflikt zu bewältigen. Im Zuge dieses Prozesses vollzog sich eine Reorganisation der FNV, die auch eine Stärkung demokratischer Partizipationsformen mit sich bringen sollte. So wurde anstelle des Leitungsgremiums ein Gewerkschaftsparlament institutionalisiert, das den Vorsitz wählt und in dem die Einzelgewerkschaften kontingentbasiert nach Mitgliederstärke vertreten sind. Intern ist die FNV inzwischen recht plural aufgestellt. So sind neben den dominanten sozialdemokratischen und sozialistischen Kräften ebenso katholische und heute vielfach auch grüne und liberale Positionen in den FNV-Strukturen vertreten (RLS 2017).

Die fundamentale organisationspolitische Umstrukturierung und die Einbindung der größten Teilgewerkschaften haben auch Auswirkungen auf den Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken. Die vormals spezifischen Organisationskulturen der Einzelgewerkschaften treten in den Hintergrund. FNV-Gesprächspartner*innen berichteten davon, dass – abseits der Öffentlichkeit – interne Diskussions- und Aushandlungsprozesse an Bedeutung gewonnen haben, in denen die FNV ihre organisationsübergreifen-

den Positionen und Reaktionen entwickelt. Zahlreiche interne Diskussionen über einen angemessenen Umgang mit rechtspopulistischen Parteien hatte es – seit der Gründung der LPF – bereits zuvor gegeben:

„We had many, many discussions at that time: on how WE should react, in our lobby to parliament, should we speak with them or not, was a cordon sanitaire a way forward for us or not. And openly speaking there were two positions within our trade union. One was: as a trade union we deal with every worker. If a person is democratically elected, we have to deal with it. And the other position was: well, we have our statutes and principles of solidarity and equality. And you have to take that as the first principle and therefore not have ANYTHING to do with these parties.“ [N-I6, Z. 46–52]

Im Mai 2019 wurde die innergewerkschaftliche Debatte über die Positionierung gegenüber dem Rechtspopulismus neu entfacht. Verantwortlich hierfür waren die aktuellen Wahlerfolge des FvD, Beschwerden aus der Mitgliederbasis, die FNV agiere zu politisch, und vor allem die öffentlichen Stellungnahmen der beiden einflussreichen Gewerkschafter Roel Berghuis und Cihan Ugural. Bereits im Jahr 2015 hatte Ugural unter dem Titel „Rassismus wirkt nicht“ mehrere FNV-Mitgliedertreffen organisiert, auf denen Empfehlungen für den FNV-Vorsitz erarbeitet werden sollten, wie mit Rassismus in der Organisation umgegangen werden soll (Ugural [Twitter] 2015). Der im obigen Zitat thematisierte Zwispalt zweier Meinungsstränge innerhalb der FNV scheint sich auch in der aktuellen Debatte fortzusetzen. Der FNV-Vorsitzende Han Buskers betonte im Nachklang der Diskussion jedoch, dass unverändert auch weiterhin jede*r in der FNV willkommen sei, die*der den Grundsätzen der Gewerkschaft zustimme (Waterval 2019).

Die stark kooperative Grundhaltung lässt sich darauf zurückführen, dass die FNV in der Vergangenheit negative Erfahrungen mit klaren Positionierungen zum Rechtspopulismus gemacht hat: Mitglieder reichten Beschwerden ein, es gab öffentliche Angriffe auf Facebook und immer wieder Austritte. Die derzeitige Strategie des Dachverbands vermeidet daher sowohl öffentlich als auch gewerkschaftsintern einen harten Konfrontationskurs. Im Umgang mit ihrer eigenen Mitgliederbasis konzentriert sich die FNV-Strategie auf folgende Aspekte:

Erstens übt der Verband keine scharfe Kritik an rechtspopulistischen Diskursen, sondern konzentriert sich in erster Linie darauf, grundlegende gewerkschaftliche Solidarnormen – mit Bezug auf soziale Rechte, Diversität und Gleichstellung – tiefer im betrieblichen Alltag zu verankern, um eine „positive Atmosphäre“ zu schaffen und Alltagsrassismus zu verhindern [N-I6, Z. 151–165]. Dies erfolgt unter anderem über ein offizielles Diversity-Gremi-

um, Diversity-Richtlinien, Informationswebsites zu Diskriminierung (z. B. FNV 2019: „Pesten, intimidatie, discriminatie“), Policy-Paper und betriebliche Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen. Es wird auch ein „Diversity-Award“ für Betriebe vergeben, die sich durch Vielfalt auszeichnen. Mit diesen Debatten erhofft sich die FNV, auch Nichtmitglieder zu erreichen, solidarische Beziehungen zwischen den Arbeitnehmer*innen zu stärken und wichtige gewerkschaftliche Prinzipien alltagspraktisch wirksam werden zu lassen:

„Our balancing act is to make it quite clear to our members, EVERY day, what our principles are. [...] Whatever colour, whatever background: if you work in Dutch workplace, you are to be protected, as is your colleague. And we feel that that is very important: not to go in a negative position. [...] We know that the moment we take our position, it will cost us members and our membership decline is of course a basis for broad concern.“ [N-I6, Z. 123–132]

Teil des „positiven Ansatzes“ ist es, Verständnis für individuelle Situationen und Ängste oder andere Emotionen der Mitglieder zu entwickeln, statt diese mit Fakten zu überhäufen. Letzteres habe in der Vergangenheit nicht funktioniert: „Ten years ago we decided to combat facts with facts. The same mistake everybody made of course. [...] It doesn't work!“ [N-I6, Z. 403–405].

Zweitens hängt die FNV innergewerkschaftliche Konflikte und Ausschlussverfahren, die aufgrund der Verletzung von gewerkschaftlichen Statuten eingeleitet wurden, nicht „an die große Glocke“. Nach Angabe unserer FNV-Interviewpartner*innen werden derartige Prozesse außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit ausgetragen.

Drittens versucht die FNV Missverständnisse darüber aufzuklären, dass die organisatorische Eigenständigkeit und eine fehlende parteipolitische Affilierung von Gewerkschaften nicht bedeutet, dass die eigenen Positionen unpolitisch oder wertfrei sind. Damit begegnet die FNV nicht zuletzt jenen rechtspopulistischen Stimmen, die die Arbeiter*innensolidarität der Gewerkschaften von innen heraus zu schwächen versuchen:

„Some of their [PVV/FvD] voters in our membership complain that we as FNV are too political and should not be involved in political issues. That we should focus on wage bargaining etc. [...] So actually, they take the debate into our organisation. And then of course, we have to respond. And the response would be: ‚Of course we have to take a political position on this.‘ And we would explain why. We just give counter arguments basically why it is NORMAL that we take a political position.“ [N-I5, Z. 165–178]

In den Diskussionen mit den Mitgliedern wird aufgezeigt, wie arbeits- und sozialpolitische Kernthemen – z. B. der Mindestlohn oder Pensionseinigung-

gen – ganz grundsätzlich politischen Definitionen und Aushandlungsprozessen unterliegen und Gewerkschaftshandeln daher nie als unpolitisch verstanden werden kann. Allerdings versuchen weder die FNV noch der CNV eine Wahlempfehlung an die eigenen Mitglieder auszusprechen. Beide Verbände haben bislang auch keine Erhebungen zu deren Wahlverhalten vorgenommen.

Viertens suchen die FNV-Vertreter*innen das Gespräch mit jenen Mitgliedern, die eine Präferenz für rechtspopulistische Parteien offenbaren, um sich über die Gründe und Motive auszutauschen. Dabei versucht die FNV die arbeitnehmer*innenfeindliche – im Fall des FvD stark neoliberal geprägte – Praxis zu „entlarven“ und aufzuzeigen: „Look what these parties do. It’s actually not helping you!“ [N-15, Z. 125–126].

Fünftens sind die Gewerkschaften bestrebt, sich gerade auch mit Arbeitnehmer*innen mit Migrationsgeschichte solidarisch zu zeigen, indem deren Lebens- und Arbeitsbedingungen innergewerkschaftlich und auch öffentlich wiederholt explizit thematisiert werden. Im Juli 2019 hat z. B. die FNV in Zeewolde Arbeitnehmer*innen mit Migrationsgeschichte aktiv dabei unterstützt, eine Petition mit Beschwerden über unzulässige Arbeitsbedingungen an die Lokalverwaltung zusammenzustellen (Dijkstra 2019).

Was den Bereich der politischen Bildung betrifft, so sind die niederländischen Gewerkschaften wenig aktiv. Die Bildungsseminare – z. B. Schulungen zu Gehaltsverhandlungen oder Diversität im Betrieb – gehen bislang nicht über gewerkschaftliche Kernthemen hinaus. Weder die FNV noch der CNV berichten von bildungspolitischen Aktivitäten – z. B. Argumentationstrainings –, die darauf zugeschnitten sind, Mitglieder in der Diskussion mit rechtspopulistisch affinen Kolleg*innen zu unterstützen.

5.5 Schlussfolgerungen: Zögerliche Reaktionen der niederländischen Gewerkschaften

Die niederländische Parteienlandschaft ist stark fragmentiert. Immer wieder entstehen – relativ spontan – neue politische Parteien, um nicht selten rasch wieder von der politischen Bühne zu verschwinden. Eine noch relativ junge rechtspopulistische Partei ist das FvD. Es kommt daher nicht unerwartet, dass sich die niederländischen Gewerkschaften zu dieser Partei bislang noch kaum positioniert haben: Von einer offiziellen gewerkschaftlichen Strategie kann in der Auseinandersetzung mit dem FvD keine Rede sein. Anders verhält es sich mit der PVV von Geert Wilders. In den letzten Jahren haben die

Gewerkschaften nach anfänglicher Unsicherheit und Verdrängung nach außen eine Praxis der institutionellen Ausgrenzung und Marginalisierung gegenüber der PVV entwickelt. Nach innen, d. h. im Umgang mit rechtspopulistisch affinen Gewerkschaftsmitgliedern, wurden konfrontative Strategien demgegenüber bislang gescheut.

Gleichwohl ist die Praxis der institutionellen Ausgrenzung weder sonderlich offensiv noch öffentlichkeitswirksam angelegt. Ein Grund hierfür liegt darin, dass im institutionellen Raum der Einfluss der PVV auf die Gewerkschaften begrenzt ist. Obgleich die Gewerkschaften zumeist wenig Anlass hatten, sich in arbeits- und sozialpolitischen Fragen intensiv mit Geert Wilders auseinanderzusetzen, ist es durchaus erstaunlich, dass sie sich in der Benennung, Kritik und Ablehnung rechtspopulistischer Positionen insgesamt sehr zurückhaltend präsentieren. Dies gilt auch für die Frage, in welchem Ausmaß und warum Gewerkschaftsmitglieder dazu neigen, PVV oder FvD zu wählen. Dieses Thema wird eher kleingehalten oder verdrängt, jedenfalls nicht systematisch aufgegriffen und bearbeitet. Der innerorganisatorische Umgang mit rechtspopulistischen Haltungen orientiert sich daher in erster Linie an Konzepten der organisatorischen Einbindung und eines offenen politischen Dialogs. Eine konfliktorientierte Auseinandersetzung, die über die Betonung von gesellschaftlich anerkannten Normen der Gleichheit, Diversität und Nichtdiskriminierung hinausgeht, ist bislang kaum erkennbar.

Offenbar befürchten die niederländischen Gewerkschaften weitere Mitgliederverluste. Um diese zu verhindern, greifen die beiden Dachverbände allerdings zu deutlich divergierenden Strategieelementen. Die FNV konzentriert sich stärker darauf, über eine konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung in arbeits- und sozialpolitischen Fragen – z. T. verknüpft mit Organising-Kampagnen – die eigene Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft zu verbessern und effektive solidarische Alternativen zum Rechtspopulismus voranzubringen.

Der CNV neigt demgegenüber noch immer dazu, die Relevanz rechtspopulistischer Diskurse und Aktivitäten zu verdrängen. Die Organisation präsentiert sich zumeist passiv und abwartend. Die Möglichkeit und Gefahr, dass rechtspopulistische gesellschaftliche Spaltungslinien auch die Operationsweise der Gewerkschaften, d. h. eine effektive Interessenvertretungspolitik unterminieren, scheint innerhalb des CNV nur punktuell und allmählich erkannt zu werden.

6 AUSWERTUNG UND AUSBLICK

Die untersuchten Länder stehen für einen allgemeinen Trend in Europa. Fast überall hat sich der Rechtspopulismus als politische Bewegung verstetigt und institutionalisiert. Mehr noch: In den meisten Ländern bildet er eine politische Kraft, die seit den 1990er Jahren deutlich an Einfluss gewonnen hat. Das programmatische Profil und die politischen Diskurse der rechtspopulistischen Parteien haben sich dabei z. T. gewandelt. Gleiches gilt für die soziale Basis des Rechtspopulismus, zu der auch viele Gruppen der abhängig Beschäftigten gehören. In selbem Maße, wie sich diese rechtspopulistischen Positionen zuwenden, verändern sich auch die Handlungsbedingungen der Gewerkschaften: Ob und wie die Gewerkschaften diesen Wandel wahrnehmen und interpretieren und mit welchen Strategien und Maßnahmen sie hierauf reagieren, war Gegenstand der vorliegenden Studie.

In diesem abschließenden Kapitel sollen zentrale Befunde der Untersuchung zusammengefasst und vergleichend diskutiert werden (Kapitel 6.1), um danach zu reflektieren, ob und inwiefern sich aus den Befunden politische Empfehlungen für Gewerkschaften in anderen Ländern generieren lassen. Der Reflexionsprozess erfolgt zweistufig. Zunächst heben wir einige Zusammenhänge hervor, die auf Schwierigkeiten bei der Übertragbarkeit der erprobten Praktiken und Erkenntnisse verweisen. Diese ergeben sich aus der Art und dem Ausmaß der politischen Erfolge des Rechtspopulismus sowie den Differenzen zwischen den jeweiligen nationalen Handlungsbedingungen (Kapitel 6.2). Die anfangs gehegte Vermutung, dass sich im Ländervergleich möglicherweise Good Practices identifizieren lassen, erweist sich im Lichte der beobachteten Entwicklungen als zu gewagt. Allerdings lassen sich auf einer zweiten Reflexionsstufe – jenseits der fortbestehenden nationalen Unterschiede und politischen Misserfolge – in der gewerkschaftlichen Strategieentwicklung auch einige übergreifende Gemeinsamkeiten und gelungene Praktiken entdecken, die für die Diskussionsprozesse in anderen Ländern nutzbar gemacht werden können (Kapitel 6.3). Entsprechend endet dieses Kapitel damit, die Schwierigkeiten und Gefahren zu benennen, mit denen die Gewerkschaften im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Diskursen konfrontiert sind, und einige empfehlenswerte oder zumindest diskussionswürdige Strategieelemente und Praktiken festzuhalten (Kapitel 6.4).

6.1 Das programmatische Profil der rechtspopulistischen Parteien und die Reaktionen der Gewerkschaften

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung bildete die Beobachtung, dass rechtspopulistische Parteien in der EU deutlich an Gewicht und Einfluss gewonnen haben. Allerdings stellt sich diese Entwicklung in den Ländern der drei Fallstudien unterschiedlich dar. In Österreich ist ein relativ früher und wellenförmiger Aufstieg der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) zu beobachten. Sie erreichte bei den Nationalratswahlen bereits in den 1990er Jahren sehr hohe Ergebnisse (1990: 16,6 Prozent; 1994: 22,5 Prozent; 1995: 21,9 Prozent; 1999: 26,9 Prozent), die zu Regierungsbeteiligungen in den 2000er Jahren führten (2000–2003 und 2003–2005), aber auch die Spaltung der Partei und einen zwischenzeitlichen Absturz bei den nachfolgenden Nationalratswahlen begünstigten (2002: 10,0 Prozent; 2006: 11,3 Prozent). Es folgte eine zweite Erfolgswelle (2008: 17,5 Prozent; 2013: 20,5 Prozent; 2017: 25,9 Prozent), anschließend aber erneut eine Phase der Skandale – die sogenannte Ibiza-Affäre, Veruntreuung von Parteigeldern – und ein relativer Einbruch bei der Nationalratswahl 2019 (16,2 Prozent).

Im Laufe dieser Zeit hat sich die Operationsweise der FPÖ, die durch bürgerlich-burschenschaftliche Führungskader sowie eine breite, im ländlichen Raum und der Gruppe der Arbeiter*innen verankerte Wählerschaft gekennzeichnet ist, nur wenig verändert. Erkennbar ist allerdings ein gewisser programmatischer Wandel (Brait/Kranawetter 2018; Luther 2007), der sich recht gut an den jeweiligen Vorsitzenden in beiden Wellen – Jörg Haider (1986–2000) und Heinz-Christian Strache (2005–2019) – festmachen lässt. Während sich die FPÖ unter Haider durch eine eindeutig neoliberale Orientierung auszeichnete und sich gegen den Wohlfahrtsstaat, die umfassende Regulierung der Arbeitsmärkte und die starke Rolle der Gewerkschaften in den neokorporatistischen Arrangements wandte, stellte sich der programmatische Diskurs in der von Strache geführten Partei ambivalenter dar. Einerseits versuchte Strache, die FPÖ mit Rücksicht auf die Wählerschaft als „soziale Heimatpartei“ zu profilieren, z. B. indem Konzepte der sozialen Gerechtigkeit in die Programmatik und Rhetorik der Partei eingeflochten und deren Aktivitäten stärker in wohlfahrtschauvinistische und wohlfahrtsnostalgische Diskurse eingebettet wurden. In der Praxis andererseits ließ sich die FPÖ als Juniorpartner in der Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) unter Sebastian Kurz vielfach darauf ein, neoliberal geprägte Gesetzesinitiativen mitzutragen. Zu nennen ist hier der Beschluss, die Maximalarbeitszeiten flexibel auf Zwölfstundentage bzw. eine 60-Stunden-Woche zu erhöhen, den

die FPÖ – trotz offensichtlicher Schlechterstellung der Arbeitnehmer*innen – auch im Nachhinein noch als soziale Maßnahme zu präsentieren versuchte.

Im Fall der *Sverigedemokraterna* (SD) in Schweden stellt sich die Entwicklung etwas anders dar. Zwar lässt sich auch hier ein Bedeutungsgewinn der Partei beobachten. Dieser ist jedoch jüngerem Datums, liegt also noch nicht so lange zurück. Noch bei den Reichstagswahlen 2002 und 2006 bildete die SD mit 1,4 Prozent und 2,9 Prozent der Stimmen eine typische rechtsextreme Splitterpartei. Anschließend vollzog sich aber ein sehr rascher Aufschwung. So konnte der Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen sukzessive gesteigert werden: von 5,7 Prozent (2010) über 12,9 Prozent (2014) auf zuletzt 17,5 Prozent (2018). Diese Erfolge brachten die SD in eine komfortable parlamentarische Position. Sie fungierte als eine Art „strategic balancer“ (Mulinari/Neergaard 2017, S.263), der sowohl dem bürgerlichen Lager (2010–2014) als auch dem linken Lager (2014 bis heute) nur noch die Möglichkeit einer Minderheitsregierung – mit dem Zwang zur punktuell lagerübergreifenden Kooperation – übrig ließ.

Operativ und programmatisch gibt es zwischen der FPÖ und der SD viele Ähnlichkeiten (Beyersdorff 2012). So erstreckt sich die Wähler*innenbasis der SD inzwischen bis weit in die Arbeiter*innenschaft und damit in die Gewerkschaften hinein. Gleichzeitig unterstützt die SD in vielen wirtschaftspolitischen Fragen aber in erster Linie die bürgerlichen Parteien. Sie setzt sich in diesem Sinne für Steuersenkungen und eine verstärkte Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen ein. In Ergänzung hierzu ist ihr sozialpolitischer Diskurs stark wohlfahrtschauvinistisch geprägt. Die Partei plädiert sehr dafür, die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen – z. B. im Bereich von Alterssicherung und Gesundheitspolitik – für die autochthone Bevölkerung trotz verringerter Steuereinnahmen dadurch zu sichern oder sogar noch zu verbessern, dass die Leistungen für Migrant*innen und Personen mit Migrationsgeschichte beschnitten werden. Gleichzeitig setzt die SD darauf, die noch immer sehr entscheidende Rolle der Gewerkschaften im schwedischen Neokorporatismus zu schwächen.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in den Niederlanden fügt sich grundsätzlich ebenfalls sehr stimmig in das skizzierte Entwicklungsmuster ein. In gewisser Weise stellen die Niederlande einen Fall dar, der in mehrfacher Hinsicht zwischen Österreich und Schweden platziert ist und zugleich einige Besonderheiten aufweist. Die „Zwischenlage“ betrifft zunächst die zeitliche Entwicklung. Der Startschuss erfolgte mit der Gründung der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) und ihrem überraschenden Wahlerfolg im Jahr 2002 mit 17 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen. Danach trat die Partei sofort in eine

Regierungskoalition mit dem CDA (*Christen-Democratisch Appèl*) und der VVD (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*) ein und verschwand wenig später infolge der Ermordung des Parteigründers, innerparteilicher Konflikte und eines dramatischen Einbruchs bei nachfolgenden Wahlen wieder in der Versenkung. Hiervon profitierte die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders, die bei der Parlamentswahl 2006 bereits 5,9 Prozent und anschließend 15,5 Prozent (2010), 10,1 Prozent (2012) und 13,1 Prozent (2017) der Stimmen erreichte. Durch das 2015 von Thierry Baudet gegründete *Forum voor Democratie* (FvD) hat die PVV zuletzt rechtspopulistische Konkurrenz erhalten. War der Einstieg des FvD bei den Parlamentswahlen 2017 mit 1,7 Prozent der Stimmen noch sehr bescheiden gewesen, so erzielte die Partei bei den Wahlen zum EU-Parlament 2019 11,0 Prozent und bei der Senatswahl 2019 sogar 15,9 Prozent der Stimmen.

Obwohl die PVV stärker sozial orientiert ist, lassen sich letztlich beide rechtspopulistischen Parteien als grundsätzlich wirtschaftsfreundlich einordnen. Gegenüber dem Poldermodell und der relativ starken institutionellen Rolle der Gewerkschaften sind sie kritisch eingestellt. Obwohl es keine exakten Zahlen gibt, gehen die meisten Einschätzungen – so auch die unserer Interviewpartner*innen – davon aus, dass die Zustimmungswerte für die rechtspopulistischen Parteien seitens vieler abhängig Beschäftigter und auch Gewerkschaftsmitglieder erheblich sind. Während das FvD als durchweg neoliberal und fremdenfeindlich einzuordnen ist, hat die PVV einen programmatischen Wandel durchlaufen. Agierte sie während der Tolerierung der VVD-CDA-Regierung unter Rutte (2010–2012) noch eher neoliberal, rückte hernach die Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen für die autochthone niederländische Bevölkerung – vor allem auf dem Gebiet der Renten- und Gesundheitspolitik – zunehmend in den Vordergrund. Im Unterschied zur FPÖ und SD – wie auch den meisten rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern – ist die PVV, was die Rechte von Frauen und Homosexuellen betrifft, relativ liberal. Dies gilt jedoch nicht für viele Migrant*innen und ethnische, vor allem religiöse Minderheiten, genauer: Muslim*innen. Sie gelten der PVV als Gefahr für die Konzeption einer ethnisch-kulturell homogenen Gesellschaft. Das FvD stellt allgemeiner die grundsätzliche Inkompatibilität von „immigrierten Kulturen“ und deren mutmaßlich negative Folgen für das sozialstaatliche Zusammenleben heraus.

Die wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Diskurse und Praktiken der rechtspopulistischen Parteien sind in allen drei Ländern zwar durch einige Besonderheiten gekennzeichnet, folgen übergreifend jedoch einer ähnlichen Bewegung. Diese Bewegung besteht nicht zuletzt darin, dass die „sozia-

le Frage“ als ein wesentlicher Referenzpunkt im Kampf um politische Deutungsmacht und politische Mehrheiten identifiziert wird. Unter dem Terminus „soziale Frage“ lassen sich dabei unterschiedliche Probleme und Sachverhalte subsumieren, die sich – im Sinne einer groben Einordnung – folgendermaßen kategorisieren lassen: erstens *Verteilungsfragen*, die sich auf die soziale Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt oder in der Gesellschaft beziehen und auf eine unzureichende wohlfahrtsstaatliche Absicherung verweisen; zweitens *ordnungspolitische Fragen*, die sich auf die Möglichkeiten staatlicher und gesellschaftlicher Akteure beziehen, durch eine veränderte Organisation und Reichweite sozial- und arbeitspolitischer Instrumente korrigierend in die Ökonomie zu intervenieren; und drittens *Partizipationsfragen*, die auf eine ungenügende Teilnahme sozialer Gruppen an gesellschaftlichen Diskussions- und Aushandlungsprozessen hindeuten.

Die rechtspopulistischen Parteien neigen dazu, die unterschiedlichen Dimensionen der „sozialen Frage“ im Sinne ethnisch exkludierender Solidaritätskonzepte aufzugreifen und zu bearbeiten. So bringen sie in der Diskussion von Verteilungsfragen die Vorrechte autochthoner Bevölkerungsgruppen gegen Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund, oft aber auch gegen Gruppen in Anschlag, deren Lebensführung nicht dem eigenen Ideal entspricht. Ordnungspolitisch sind die rechtspopulistischen Parteien zwar zurückhaltend, z. T. aber auch offen für stärkere staatsinterventionistische Lösungen, sofern diese vor allem der einheimischen Bevölkerung zugutekommen. Im Kontext der den vier Parteien gemeinen EU-Feindlichkeit schreiben die Rechtspopulist*innen – wenig überraschend – nationalen staatsinterventionistischen Instrumenten zum „Schutz der autochthonen Bevölkerung“ eine große Bedeutung zu. Tendenziell ablehnend betrachten sie alle Überlegungen, die eine aktive soziale Partizipation und Mitwirkung der abhängig Beschäftigten und sozial schwacher Gruppen einfordern und bekräftigen. Die Institutionen der betrieblichen Mitbestimmung, der neokorporatistischen Interessenaushandlung und auch die kollektive gewerkschaftliche Interessenvertretung im öffentlichen Raum erscheinen den Rechtspopulisten als Ausdruck einer fehlgeleiteten Machtkonzentration, der ihrem eigenen – unmittelbaren – Anspruch auf politische Vertretung zuwiderläuft. Überhaupt neigen die rechtspopulistischen Parteien aufgrund des von ihnen vertretenen Politikmodells, das eine enge Kopplung von Parteilührung und Wahlvolk vorsieht, dazu, die gesellschaftliche Rolle und Legitimität von intermediären Organisationen – Verbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) etc. – infrage zu stellen und zu beschneiden.

Die Diskussion der „sozialen Frage“ seitens der rechtspopulistischen Parteien konzentriert sich vornehmlich auf ihre verteilungs- und ordnungspolitischen Dimensionen. Entsprechend gängig ist im sozialpolitischen Diskurs der Rechtspopulist*innen die Rede von der sozialen Gerechtigkeit. Vom FvD einmal abgesehen, setzten sich die Parteien vermehrt dafür ein, die bestehenden Verfahren und Niveaus der arbeits- und sozialpolitischen Regulierung zu verteidigen. In wichtigen Fragen wie der Begrenzung des Renteneintrittsalters oder einem besseren Leistungsniveau der Arbeitslosenversicherung vertreten vor allem die SD und die PVV nicht selten Positionen, die denen der Gewerkschaften recht nahekommen. Doch ungeachtet des rechtspopulistischen Aufgreifens der „sozialen Frage“ und der rechtspopulistischen Affinität vieler Gewerkschaftsmitglieder bleiben die Gewerkschaften auf Distanz. Hierfür gibt es mehrere Gründe:

- Erstens erscheint ihnen der sozialpolitische Diskurs der Rechtspopulist*innen oft als wenig substantiell und nicht ernst gemeint. Der Eindruck einer vornehmlich symbolischen Sozialpolitik oder eines „rechten Sozialopportunismus“ (Urban 2018, S. 107–108) stützt sich auf die Erfahrung, dass die Rechtspopulist*innen – so etwa die FPÖ, die SD oder die PVV – soziale Probleme zwar vermehrt programmatisch aufgreifen und thematisieren, in der politischen Praxis – als parlamentarische Kraft oder als Regierungspartei – aber oft auch markt- oder neoliberale Gesetzesvorhaben unterstützen.
- Zweitens bleiben die Gewerkschaften auf Distanz zu den Rechtspopulist*innen, weil deren sozialpolitische Vorschläge in eine wohlfahrtsnostalgische, vor allem aber eine wohlfahrtschauvinistische Weltsicht eingebettet sind. Fast immer geht es in den rechtspopulistischen Vorschlägen darum, Vorrechte der autochthonen Bevölkerung zu etablieren oder zu verteidigen. Im Sinne einer exkludierenden Solidarität gewinnen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung hierdurch an Bedeutung. Die Gewerkschaften verurteilen derartige Praxen nicht nur aus normativen Erwägungen, sondern auch, weil sie dem inklusiven sozialen Anspruch und einer starken Durchsetzungsfähigkeit der eigenen Interessenvertretung entgegenstehen.
- Drittens nehmen die Gewerkschaften – freilich in unterschiedlichem Maße – den Rechtspopulismus als eine Kraft wahr, die die eigene Operationsweise bedroht und infrage stellt: zum einen durch die bereits angesprochene strategische Schwächung der gewerkschaftlichen Solidarbeziehungen und zum anderen durch die positionale Schwächung der Beschäftigten und Gewerkschaften. Der rechtspopulistische Angriff zielt

insbesondere auf die institutionelle Gewerkschaftsmacht. Fast durchgängig geht es den rechtspopulistischen Parteien darum, den politischen Einfluss der Gewerkschaften zu beschneiden: etwa durch die Infragestellung neokorporatistischer Arrangements, die Schwächung der institutionalisierten Mitbestimmung oder die Problematisierung von kollektivrechtlichen Absicherungen und Flächentarifverträgen.

Die Wahrnehmung dieser Bedrohung durch die Gewerkschaften stellt sich keineswegs gleichförmig dar. Offenkundig gibt es deutliche zeitliche Schwankungen. So waren die Gewerkschaften in Österreich und Schweden insofern früh alarmiert, als in den rechtspopulistischen Parteien – FPÖ und SD – rechtsextreme bis neonazistische Positionen prägend waren und z. T. immer noch sind und den wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Konzepten anfangs eine deutliche neoliberale Komponente eingeschrieben war. In Schweden erfolgte eine aktive Auseinandersetzung aber erst ab dem Zeitpunkt, zu dem die SD zu einer einflussreichen politischen Kraft wurde; und in den Niederlanden wurde die vom Rechtspopulismus ausgehende Gefahr von den Gewerkschaften erst dann intensiver diskutiert, als eine Zusammenarbeit bezüglich sozialpolitischer Positionen mit der Partei im Raum stand und Wilders öffentlichkeitswirksam gegen die marokkanischstämmige Bevölkerung hetzte. Jenseits dieser zeitlichen Differenzen gibt es zwischen und auch innerhalb der untersuchten Länder deutliche Unterschiede, was den gewerkschaftlichen Umgang mit dem Rechtspopulismus betrifft.

Der *Österreichische Gewerkschaftsbund* (ÖGB) und dessen Einzelgewerkschaften haben über die Jahre eine gemeinsam vertretene Position entwickelt. Hierin reflektiert sich, dass sich der ÖGB als Einheitsgewerkschaft versteht und dass in die institutionalisierten Verfahren des zwischenparteilichen Interessenabgleichs verschiedene politische Strömungen – auch die FPÖ – miteinbezogen sind. Faktisch blieb der Einfluss der freiheitlichen Arbeitnehmer*innen bislang aber begrenzt und bildete keinen Störfaktor für organisationsinterne Positionsaushandlungen. Der ÖGB und die Einzelgewerkschaften sind in ihren Aktivitäten bestrebt, den primär symbolischen, aus Perspektive der abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen fragwürdigen Charakter der sozialpolitischen Agenda der FPÖ offenzulegen. Außerdem versuchen sie sich selbst als eine Kraft zu profilieren, die – in der Kooperation mit den anderen Parteien – die arbeits- und sozialpolitischen Herausforderungen sehr viel besser und substanzieller zu bearbeiten vermag. Die Auseinandersetzung mit der FPÖ ist demzufolge argumentativ angelegt, erfolgt allgemein aber nicht konfrontativ, sondern indirekt. Dieser indirekte Umgang ist nicht nur

den institutionalisierten Verfahren der Repräsentation und dem Gebot der parteipolitischen Zurückhaltung geschuldet. Ebenso entscheidend ist auch die Sichtweise, dass eine zu starke Fokussierung auf die FPÖ diese im öffentlichen Diskurs deutlich aufwertet.

Die schwedischen Gewerkschaften unterscheiden sich, was den strategischen Umgang mit der SD betrifft, in mehrfacher Hinsicht vom österreichischen Fallbeispiel. Die abweichenden Prioritäten und Formen ergeben sich z. T. aus der spezifischen Institutionalisierung und Operationsweise der Gewerkschaften. So ist die *Landsorganisationen i Sverige* (LO) als traditionell stärkster Gewerkschaftsbund, der aber nur für die Arbeiter*innen (Blue-Collar-Workers) zuständig ist, noch immer recht eng mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) verbunden. Sie hält sich, anders als der ÖGB, parteipolitisch demzufolge nicht zurück und mischt sich sehr direkt in die Wahlkämpfe ein. Trotz eines großen Anteils rechtspopulistischer Mitglieder nimmt die LO ein umfassend definiertes politisches Mandat ein. Dies kann für die Gewerkschaften der Angestellten und Akademiker*innen, d. h. die *Tjänstemännens Centralorganisation* (TCO) und die *Sveriges Akademikers Centralorganisation* (SACO), wiederum nicht behauptet werden. Diese beiden Gewerkschaftsverbände verstehen sich nicht nur als parteipolitisch neutral, sondern sind zuweilen auch der Auffassung, dass rechtspopulistische Orientierungen primär in der LO, nicht aber in ihren eigenen Organisationen relevant sind. Sie halten sich gesellschaftspolitisch weitgehend zurück und neigen dazu, ihre eigenen Aktivitäten in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus auf die allgemeine Förderung und Thematisierung von Diversitätsprogrammen in den Betrieben zu fokussieren. Wenn rassistische Aktivitäten öffentlich erkennbar und unmittelbar virulent werden, nehmen sie zu konkreten Ereignissen und Entwicklungen Stellung, thematisieren aber möglichst nicht die SD.

Die gewerkschaftspolitischen Diskussionen über den Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken stellen sich in den Niederlanden auf den ersten Blick recht ähnlich dar wie in Schweden. Auch in den Niederlanden gibt es mit der *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV) und dem *Christelijk Nationaal Vakverbond* (CNV) mehrere gewerkschaftliche Dachverbände, die sich jeweils spezifisch zur PVV und zuletzt auch zum FvD verhalten. Während die FNV noch gewisse Bindungen zur sozialdemokratischen und auch zur sozialistischen Partei aufweist, begreift sie sich grundsätzlich als parteiunabhängig. Demgegenüber hat der CNV noch am ehesten Beziehungen zur Christdemokratie, begrenzt seinen eigenen Kompetenz- und Handlungsbereich dessen ungeachtet jedoch eng auf die Ar-

beitswelt. Er ist weit davon entfernt, im Umgang mit den rechtspopulistischen Parteien ein politisches Mandat ausfüllen zu wollen. Im Vergleich hierzu ist sich die FNV der Dringlichkeit und Angemessenheit einer aktiven gesellschaftspolitischen Positionierung und Profilierung eher bewusst. Entsprechende Aktivitäten werden jedoch durch einige Besonderheiten der niederländischen Handlungskonstellation gebremst. Hierzu zählt, dass die PVV keine Mitgliederpartei ist und „nur“ über die Bereitschaft einzelner Gewerkschaftsmitglieder, rechtspopulistisch zu wählen, in die FNV und den CNV hineinwirkt. Zugleich erscheint das zuletzt erstarkte, aber neoliberal orientierte FvD als inhaltlich sehr weit von den Gewerkschaften entfernt, so dass es für diese nicht besonders schwierig ist, sich zu dieser neuen Kraft eindeutig politisch zu positionieren.

6.2 Probleme und Schwierigkeiten grenzüberschreitender Lernprozesse

Die hier nochmals zusammengefassten Erwägungen und Dimensionen der gewerkschaftlichen Strategien des Umgangs mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken sind aufschlussreich und enthalten zahlreiche Anregungen für die Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland. Gleichwohl kann die anfangs sehr vorsichtig angedeutete Hoffnung – wir waren von Beginn an skeptisch –, dass sich aus den empirischen Befunden eindeutige Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis andernorts ziehen oder vielleicht sogar Good Practices identifizieren lassen, nicht erfüllt werden. Gegen eine „Übertragung“ der in Österreich, Schweden und den Niederlanden erprobten gewerkschaftlichen Strategien sprechen vor allem folgende Entwicklungen und Faktoren:

Erstens ist es grundsätzlich sehr schwierig, sogenannte Good Practices identifizieren zu wollen, wenn die öffentliche Präsenz rechtspopulistischer Parteien nahezu ungebrochen ist und die Zustimmungswerte zu ihnen bestenfalls schwanken, sich allgemein aber auf einem durchgängig hohen Niveau befinden. Die Gewerkschaften haben sich zwar tendenziell intensiver mit dem Rechtspopulismus und ihren eigenen Strategien und Aktivitäten auseinandergesetzt, die Diskussion also aktiv und reflektiert vorangetrieben, aber keinen gesellschaftlichen Diskurswechsel und Stimmungsumschwung herbeizuführen vermocht. So positionierte sich der ÖGB vielfach sehr klar, charakterisierte etwa die Regierungspolitik der schwarz-blauen Koalition als arbeitnehmer*innenfeindlich und mobilisierte Mitte 2018 über 120.000 Per-

sonen zur Demonstration gegen das Arbeitszeitgesetz. Er konnte hierdurch jedoch nur begrenzte politische Effekte erzeugen. Es waren eher die internen Skandale der FPÖ, vor allem die sogenannte Ibiza-Affäre, die dafür sorgten, dass sich die ÖVP von der FPÖ distanzierte, die Koalition auseinanderbrach und ein starker Stimmeneinbruch bei der Nationalratswahl 2019 erfolgte (von 26,0 auf 16,2 Prozent).

In den anderen Ländern ist ebenfalls erkennbar, dass es die gewerkschaftlichen Strategien nicht vermocht haben, die politischen Mehrheitsverhältnisse und öffentlichen Diskurse nachhaltig zu verändern. So befindet sich die SD in Schweden nach wie vor im Aufwärtstrend (2018: 17,5 Prozent), wenngleich die Mobilisierungskampagnen der LO diese Entwicklung durch die Stärkung der SAP vermutlich etwas gehemmt haben. In den Niederlanden waren es (wie in Österreich) weniger die gewerkschaftlichen Aktivitäten als vielmehr die internen Streitigkeiten – dies galt vor allem für die LPF in den 2000er Jahren – und das problematische, ganz auf Geert Wilders zugeschnittene Parteimodell der PVV, die den Populismus wiederholt gebremst haben.

Jenseits des nach wie vor sehr großen oder sogar zunehmenden Gewichts rechtspopulistischer Parteien fällt *zweitens* auf, dass sich die jeweiligen nationalen Handlungskontexte in für die gewerkschaftliche Strategieentwicklung wesentlichen Punkten unterscheiden. Auch diese Differenzen sprechen gegen ein Good-Practice-Modell. Die Unterschiede betreffen dabei weniger den strukturellen politökonomischen Kontext oder den Charakter des politischen institutionellen Settings. Bezogen auf diese Dimensionen sind die jeweiligen Handlungskontexte sehr ähnlich (Rodrick 2018; Manow 2018). So haben alle Länder eine ähnliche Position in der europäischen Arbeitsteilung. Alle haben einen hohen Außenhandelsanteil und weisen Leistungsbilanzüberschüsse auf; und alle sichern die liberalen Außenwirtschaftsbeziehungen durch arbeits- und sozialpolitische Kompensationsleistungen für die abhängig Beschäftigten und relativ umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Arrangements ab. Mehr noch: In allen Ländern sind die Wohlfahrtsregime und Arbeitsbeziehungen neokorporatistisch organisiert, beruhen also auf einer umfangreichen Einbeziehung der Gewerkschaften und Arbeitgeber*innenverbände in die arbeits- und sozialpolitischen Entscheidungsprozesse.

Trotz dieser strukturellen Ähnlichkeiten, die die vergleichende Betrachtung und die Fallauswahl maßgeblich angeleitet haben, gibt es in den nationalen Handlungskontexten aber auch einige, für die gewerkschaftliche Strategiewahl wesentliche Besonderheiten. Diese betreffen vor allem folgende Aspekte: Ein zentraler Aspekt ist die jeweils spezifische soziale Basis, d. h. die

Mitgliedschaft der Gewerkschaften, die – je nach Sektor oder Industriezweig – oft sehr besondere Ängste, Sorgen und Interessen mit sich bringt. Wenn die Gewerkschaften traditionelle (schwer-)industrielle Arbeiter*innen organisieren (LO, FNV, ÖGB), sind sie tendenziell häufiger – zumindest in ihrer eigenen Wahrnehmung – mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken konfrontiert, als wenn sie eher Angestellte oder Akademiker*innen vertreten (TCO, SACO). Ein weiterer bedeutsamer Aspekt betrifft das Ausmaß, die Intensität und die Formen der institutionellen Mitgestaltungsmacht der Gewerkschaften. Ein hohes Ausmaß institutioneller Mitgestaltung oder auch eine ausführende Kompetenz der Gewerkschaften – so etwa in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung in Schweden oder der *Arbeiterkammern* in Österreich – bewirken, dass die Gewerkschaften durch ihre höhere Repräsentativität auch mit einer größeren rechtspopulistisch affinen Mitgliedschaft konfrontiert sind. Zugleich eröffnet ein hohes Ausmaß institutioneller Partizipation aber auch neue Optionen, sich in gesellschaftspolitische Diskussionen aktiv einzuschalten.

Außerdem – dies ist ein weiterer wichtiger Aspekt – haben die Gewerkschaften in den untersuchten Ländern oft historisch bedingt ein besonderes Verhältnis zur Gesellschafts- und Parteipolitik. In einigen Fällen sind die Bindungen zur Sozialdemokratie zwar gelockert, aber noch immer präsent (LO, FNV, ÖGB), so dass die Entwicklung, Definition und Nutzung eines „politischen Mandats“ im Umgang mit dem Rechtspopulismus grundlegend möglich ist und diese Möglichkeit vermehrt auch genutzt wird. Bei einigen Gewerkschaften, vor allem der FNV, differenzieren sich die parteipolitischen Bezüge stärker aus. Das heißt, neben sozialdemokratischen werden auch grüne und linke Bindungen gestärkt. Für andere Gewerkschaften (TCO, SACO, CNV) ist die (partei-)politische Neutralität dagegen ein zentrales identitätsbildendes Merkmal, das in Verbindung mit einer engen Definition des eigenen arbeits- und sozialpolitischen Kompetenzbereichs zu einer zurückhaltenden Umgangsweise mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken führt.

Vor dem Hintergrund dieser besonderen Aspekte und den hiermit korrespondierenden spezifischen (gewerkschafts-)politischen Kulturen sind in den untersuchten Ländern – im Sinne einer idealtypischen Unterscheidung – unterschiedliche Strategieprofile erkennbar: eine Verdrängungsneigung mit Status-quo-Orientierung, ein politisches Mandat und eine kulturelle Öffnung. Diese kommen in den betrachteten öffentlichen, halb-öffentlichen und innerorganisatorischen gewerkschaftlichen Handlungsräumen freilich auf besondere Art und Weise zur Anwendung.

Die Verdrängungsneigung mit Status-quo-Orientierung: Einige Gewerkschaften haben eine starke Status-quo-Orientierung. Sie sehen sich für eine aktive argumentative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Diskursen nicht zuständig, fühlen sich überfordert oder betrachten eine solche Auseinandersetzung – mit Rücksicht auf die eigene Mitgliedschaft – als gewerkschafts- und gesellschaftspolitisch wenig opportun. In der Praxis äußern sich derartige Erwägungen in einer Strategie der Verdrängung oder Ignoranz, die – je nach Situation und Person – durch Elemente der Anpassung, manchmal auch der Erziehung und Ausgrenzung angereichert wird. Die Auffassung, dass es schon „irgendwie weitergehen wird“ und sich die Gewerkschaften auf die Betriebe und die eigene Organisation fokussieren sollten, ist weitverbreitet. Eine solche Strategiediskussion lässt sich beim CNV, der TCO und der SACO, partiell aber auch beim ÖGB und der FNV beobachten.

Das politische Mandat: Ein konträres Strategieprofil besteht darin, die gewerkschaftliche Passivität im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und rechtspopulistisch affinen eigenen Mitgliedern aufzugeben, sich im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung klarer zu positionieren und sich aktiver und eindeutiger in gesellschaftspolitische Debatten einzuschalten. Ein solches „politisches Mandat“ umschließt inhaltlich – dies haben die Interviews sehr deutlich gemacht – eine erweiterte Thematisierung sozialer Fragen in den Betrieben und in der politischen Öffentlichkeit. Es stützt sich vor allem auf die Aufwertung von Strategieelementen der argumentativen Auseinandersetzung, punktuell aber auch auf die Ausgrenzung von rechtspopulistischen Mandatsträger*innen sowie die Aufklärung und Erziehung von rechtspopulistisch affinen Gewerkschaftsmitgliedern. Konkret ist ein solches Strategieprofil bei der LO und mit Abstrichen beim ÖGB und der FNV sowie beim *Akademikerförbundet SSR* erkennbar.

Die kulturelle Öffnung: In Ergänzung zu diesen beiden konträren Profilen lässt sich noch ein drittes – eher komplementäres – Strategieprofil identifizieren. Dieses betont als Gegenpol zur von Rechtspopulist*innen geforderten ethnischen Homogenität und Privilegierung autochthoner Gruppen vor allem die Prozesse der kulturellen Öffnung, d. h. die Akzeptanz der multikulturellen Gesellschaft und die verbreitete Anwendung und Durchsetzung von Diversitätskonzepten in den Betrieben und politischen Organisationen. Dieses dritte Strategieprofil kann – je nach Umsetzungsform – stärker individualistisch-liberale oder solidarische Elemente beinhalten. Es spielt bei eigentlich allen Gewerkschaften eine wichtige Rolle, besonders aber bei der FNV und der TCO. Letztere setzt die kulturelle Öffnung als dezidierte Strategie in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Diskursen ein.

6.3 Diskursive Impulse: Gemeinsamkeiten und gelungene Praktiken

Der relativ große Einfluss der rechtspopulistischen Kräfte und die z.T. sehr spezifischen Handlungsbedingungen machen es den Gewerkschaften nicht leicht, aus den Erfahrungen in anderen Ländern zu lernen und Schlussfolgerungen für die eigene Praxis herzuleiten. Aus einer veränderten Perspektive lassen sich die Entwicklungen in den untersuchten Ländern aber auch anders interpretieren. Zwei grundsätzliche Punkte legen einen solchen Perspektivwechsel nahe:

Erstens verweist die Beobachtung eines großen, zuweilen sogar noch zunehmenden Gewichts des Rechtspopulismus nicht nur auf eine gesellschaftspolitische Schwäche der Gewerkschaften, sondern auch auf die reduzierte Macht und Ausstrahlungsfähigkeit anderer politischer Organisationen – vor allem von sozialintegrativ orientierten Parteien, Verbänden und NGOs –, mit denen die Gewerkschaften in den öffentlichen Diskursen kooperieren und Allianzen bilden können. Mit anderen Worten birgt die Suche nach guten Praxen im Umgang mit dem Rechtspopulismus die Gefahr, die Gewerkschaften strukturell zu überfordern. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Vorsicht darin geboten sein sollte, die Erwartungen an die Gewerkschaften allein zu hoch zu schrauben. Unter den gegebenen Bedingungen werden solche Erwartungen nur allzu leicht enttäuscht. Anforderungen – so lassen sich zumindest unsere Ergebnisse interpretieren – können und sollten jedoch dort an die Gewerkschaften gestellt werden, wo es darum geht, die Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren zu stärken.

Die *zweite* Anmerkung betrifft die unterschiedlichen Handlungsbedingungen. Diese differieren aufgrund einiger besonderer institutioneller Kompetenzen, politischer Verfahren, Konventionen und z. T. auch aufgrund der besonderen Struktur der Mitgliedschaft. Ungeachtet ähnlicher Problemlagen variieren entsprechend die Wahrnehmungen der untersuchten Gewerkschaften. Welche Wahrnehmung und Strategie sich in den Gewerkschaften durchsetzt, ist überdies zwischen unterschiedlichen Gruppen und Strömungen umkämpft. Die gesellschaftspolitisch weniger ambitionierten Organisationen – TCO, SACO und CNV – neigen zur strategischen Zurückhaltung, während die größeren Gewerkschaften – ÖGB, LO und FNV – seit einiger Zeit intensiv versuchen, eine effektive politische Strategie zu entwickeln. Diese Strategie besteht allgemein darin, in den alltäglichen betrieblichen Auseinandersetzungen wie auch in den öffentlichen Debatten die verschiedenen Aspekte der „sozialen Frage“ – Verteilung, Ordnungspolitik und Mitbe-

stimmung – stärker zu fokussieren und herauszustreichen, welchen eigenen Beitrag die Gewerkschaften hierbei zu leisten vermögen.

Grob lassen sich in dieser strategischen Schwerpunktsetzung ein enger und ein weiter Ansatz unterscheiden. Der *enge* Ansatz konzentriert sich primär auf Fragen der Distribution, d.h. die tarifpolitische Aushandlung und Verteidigung von materiellen Gratifikationen und Sicherheiten. Einige Gewerkschafter*innen hegen die Erwartung, dass diese Konzentration auf den „Kernbereich“ der Gewerkschaftsarbeit den Interessen der eigenen Mitglieder am besten entspricht, mehr noch: dass die Gewerkschaften auf diese Weise den klassenbasierten Konflikt thematisieren und brüchige organisationsinterne Solidaritäten überbrücken können. Ob und in welchem Maße dies gelingt, können wir auf Grundlage der von uns erhobenen und ausgewerteten Empirie nicht beurteilen. Wir erkennen allerdings die Gefahr, dass ein enger verteilungspolitischer Ansatz eine gewisse „Entpolitisierung“ der Gewerkschaftsarbeit mit sich bringt und drängende gesellschaftspolitische Fragen – die merkbar auch in die Betriebe hineinwirken – weitgehend ausgeklammert werden. Dies schließt mit ein, dass sich rassistische und wohlfahrtsschauvinistische Einstellungen und Verhaltensweisen reproduzieren und von gewerkschaftlicher Seite nicht oder nur unzureichend problematisiert und bearbeitet werden.

Der *weite* Ansatz scheint vor solchen Effekten zwar nicht gefeit, aber doch besser auf sie vorbereitet zu sein. Dies liegt vor allem daran, dass sozialdarwinistische Prädispositionen – eine zentrale Grundlage rechtspopulistischer Perspektiven (Wiegel 2018) – in einem umfassenderen Sinne problematisiert werden, und dass in der erweiterten Agenda neben Verteilungsfragen im engeren Sinne auch Ordnungs- und Beteiligungsfragen, also die Stärkung wirtschaftsdemokratischer Elemente, eine Rolle spielen. Auch bilden alle abhängig Beschäftigten, nicht allein die Kernbelegschaften, den zentralen Referenzpunkt der Diskurse und Aktivitäten. Es wird mithin eine inkludierende Solidarität gefördert, die über die betrieblichen Problemlagen hinausreicht. Der politische Charakter der Gewerkschaftsarbeit wird nicht bestritten, sondern als grundlegend angenommen. Die Kooperation mit politischen Parteien, NGOs und sozialen Bewegungen erlaubt es dabei, klassenbasierte und zivilgesellschaftliche Formen der Solidarität miteinander zu verzahnen. Ein Beispiel hierfür wäre, den Kampf gegen Lohndumping, für eine solidarische Arbeitsmarktintegration und für eine faire Lohnpolitik auf Antirassismusedemonstrationen zu thematisieren, wie durch die FNV in den Niederlanden praktiziert.

Obleich die Erwartungen an die Gewerkschaften nicht zu hoch angesetzt werden sollten, kommt ihnen in der Auseinandersetzung mit dem

Rechtspopulismus eine ganz zentrale Bedeutung zu. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sich ihre eigene Klientel – vor allem die männlich geprägte Industriearbeiter*innenschaft – oft als anfällig für rechtspopulistische Deutungen präsentiert, zugleich aber auch die vom Rechtspopulismus angegriffenen Minderheiten stark darin vertreten sind. Die organisationsinternen Kämpfe und Prozesse können in diesem Sinne einen wichtigen Beitrag dazu leisten, der Diffusion rechtspopulistischer Diskurse entgegenzuwirken. Grundsätzlich sind die Chancen des Gegensteuerns solange gegeben, wie die Genese rechtspopulistischer Einstellungen und Normen in erster Linie in der Zivilgesellschaft und Lebenswelt erfolgt – so z. B. in der öffentlichen Diskussion über die Krise des Migrationsregimes (Georgi 2016) – und von dort in die Betriebe hineinwirkt. Die hier bestehenden Formen der Solidarität werden dadurch zwar beeinträchtigt, durch die Quellen und Strukturen eines betrieblichen Universalismus aber auch reproduziert (Schmidt 2017). Ob und in welchem Maße dieser Universalismus durch den erhöhten Wettbewerbsdruck und Stress am Arbeitsplatz sowie die Verbreitung von Unsicherheit und sozialdarwinistischen Einstellungen unterminiert wird, ist sicherlich eine zentrale Frage, deren Beantwortung sich auch auf die gewerkschaftlichen Strategien auswirkt (Sauer et al. 2018).

6.4 Empfehlenswerte Strategieelemente

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Gewerkschaften fällt es nicht leicht, empfehlenswerte Strategieelemente für den deutschen Handlungskontext zu identifizieren. In der Wahrnehmung der von uns interviewten Expert*innen und Gewerkschafter*innen war auffällig, dass die deutschen Gewerkschaften häufig als sehr informiert und aktiv – zumeist aktiver als die jeweiligen untersuchten Gewerkschaften – empfunden wurden. Die hier identifizierten Strategieelemente und Instrumente sind in der Verarbeitung und Reflexion der z. T. sehr persönlichen und sehr kontextabhängigen Empfehlungen unserer Gesprächspartner*innen entstanden. Zudem ist zu bedenken, dass die Herangehensweise der vorliegenden Studie vornehmlich explorativ ist. Die Erkenntnisse der Fallbeispiele lassen sich daher nur bedingt verallgemeinern. Dies gilt auch für die diskutierten gewerkschaftlichen Strategien. Wir sind daher sehr zurückhaltend, aus den gewonnenen Eindrücken Good Practices identifizieren zu wollen. Das Erfolgspotenzial der jeweiligen gewerkschaftlichen Zielsetzungen und Strategieelemente sollte entsprechend mit einer gewissen Vorsicht interpretiert

werden, zumal die Aufgabe unserer Studie nicht darin bestand, die faktische Wirksamkeit der Instrumente zu überprüfen. Eine solche Evaluation bleibt der weiteren Forschung überlassen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorbehalte möchten wir jedoch abschließend nicht ganz darauf verzichten, die von den Gewerkschaften mitunter als subjektiv empfundenen guten Handlungsweisen (Good Practices) wenigstens zu benennen. Die Auflistung kann für die weitere Verwendung auch im deutschen Kontext durchaus anregend und instruktiv sein.

In der hier vorliegenden Analyse haben wir verschiedene Reaktionen und Strategien der Gewerkschaften – insbesondere der gewerkschaftlichen Dachverbände – in Österreich, Schweden und den Niederlanden beleuchtet. Für die Entwicklung passender und effektiver Reaktionen und zielgerichteter Strategien ist – unabhängig vom Gegenstand – die Reflexion der Ausgangslage erforderlich. In diesem Kontext bildete die von uns vorgelegte Darstellung der gewerkschaftlichen Gefahrenperzeption in den unterschiedlichen Ländern den Ausgangspunkt, um die entwickelten und genutzten Instrumente im Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken zu verstehen. In der Gesamtschau der Fallbeispiele wird deutlich, dass die Wahrnehmung und strategische Interpretation der rechtspopulistischen Aktivitäten hochgradig durch den institutionellen und diskursiven Kontext bestimmt ist. Zu diesem Kontext zählen die rechtspopulistischen Gefahren und Bedrohungen, ebenso aber auch die gewerkschaftlichen Strategien und Prozesse der organisatorischen Revitalisierung (Turner/Cornfield 2007; Frege/Kelly 2004; Dörre/Holst/Nachtwey 2009).

Im Laufe der Ausführungen haben wir an verschiedenen Stellen – in den einzelnen Ländern und den jeweiligen gewerkschaftlichen Handlungsräumen – zu illustrieren versucht, welche Strategieelemente und Instrumente die Gewerkschaften entwickelt und angewendet haben. Zuweilen haben wir auch dargelegt, wie die praktizierten Strategien gesellschaftspolitisch einzuordnen sind. Schließlich gehen mit ihnen jeweils spezifische Effekte einher, die – je nach Perspektive – als vor- oder nachteilig bewertet werden können. [Tabelle 16](#) stellt den Versuch dar, die einzelnen in dieser Studie identifizierten Strategieelemente und Instrumente im Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken im Überblick zusammenzufassen.

Unsere Einordnung und Reflexion der Empfehlungen und Warnungen unserer Gesprächspartner*innen bildet nur einen ersten, keinesfalls abschließenden Versuch, das breite Feld möglicher gewerkschaftlicher Aktivitäten in den Blick zu bekommen. Auch die nachfolgenden Anmerkungen sind eher im Sinne vorläufiger Diskussionsthesen zu lesen und zu interpretieren:

Instrumente im gewerkschaftlichen Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken

Handlungsraum	angewandtes Instrument	zentrale Erwägungen	Vorteile
	Ziel	Nachteile	
Publikation	Ideologiekritik/-verortung der rechtspopulistischen Partei	primäre Normorientierung; z. T. keine eigene Positionierung/Forderung; primäre Erreichbarkeit von rechtspopulistisch nichtaffinen Wähler*innen	Informationsleistung
Kritik der Regierungs-/Parlamentspraxis	Arbeitnehmer*innenfeindlichkeit offenlegen; inhaltliche Kritik	unzureichende Thematisierung menschenfeindlicher Inhalte; ggf. Normalisierung durch Aufmerksamkeit	Erreichbarkeit rechtspopulistischer Wähler*innen, da kein Antagonismus zum Rechtspopulismus besteht
Veröffentlichung politischer Lösungsangebote (ohne Parteibezug)	Identifikationspotenzial durch „solidarische“ politische Antworten stiften	unzureichende Thematisierung menschenfeindlicher Inhalte; Übersetzungsleistung beim Lesen erforderlich, um den Zusammenhang mit rechtspopulistischen Diskursen zu erkennen	Gegenvorschläge ohne direkte Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Diskursen („positiver Ansatz“)
YouTube-Videos	Information über Gewerkschaftspositionen	geringe Erreichbarkeit höherer Altersgruppen; ggf. geringe Reichweite des Kanals	breites Zielpublikum; einteilbare Länge von Informationseinheiten
Positionierung	Teilnahme an Demonstrationen	ggf. Verlust des Images, „unpolitisch“ zu sein	Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke; Öffentlichkeitswirksamkeit

öffentlich

normative Relevanz	Wertevermittlung	ggf. Verlust der Wahrnehmung von Gewerkschaften als überparteilich	öffentliches Bekenntnis zu den Grundwerten der Gewerkschaftsstatuten; zivilgesellschaftliche Netzwerkbildung
thematische Relevanz	Inhaltsvermittlung	ggf. keine (gezielte) Identifizierung rassistischer oder anderer exkludierender Einstellungen	öffentlichkeitswirksame Vermittlung gewerkschaftlicher Forderungen; zivilgesellschaftliche Netzwerkbildung
Facebook, Twitter, Instagram, Snapchat	Stellungnahmen zu und Einordnung von rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken	Sofortreaktion möglich; kein Diskussionsformat – nur unzureichende Begegnungsmöglichkeit bei Nachfragen	hohe Reichweite; multimediale Veranstaltungsbegleitung
Diskussion			
Teilnahme an Talkshows mit Rechtspopulist*innen	überzeugen bzw. gewerkschaftliche Forderungen und Problemanalysen vermitteln	Generierung von Aufmerksamkeit für Rechtspopulist*innen; Erfolg von der rhetorischen Stärke der Diskussionspartner*innen abhängig	Reichweite
Einladung von Rechtspopulist*innen zu eigenen Veranstaltungen	Überparteilichkeit bewahren; Perspektiven berücksichtigen	Generierung von Aufmerksamkeit für Rechtspopulist*innen; Widersprüche zwischen gewerkschaftlichen und rechtspopulistischen Orientierungen gehen ggf. verloren; Normalisierung von Rechtspopulist*innen	Überparteilichkeit; offene Kommunikation und Auseinandersetzung
Informationsveranstaltungen über Rechtspopulist*innen	über Programmatik und Praxis der Rechtspopulist*innen informieren	Abschreckung rechtspopulistischer affiner Wähler*innen/Mitglieder	Information; Wissensaustausch
Wahlkampf und Wahlempfehlung	Wahlerfolg der (meistens sozialdemokratischen) Partei bewirken und so den Gewerkschaftseinfluss stärken	keine Überparteilichkeit (ggf. Verlust rechtspopulistischer affiner Mitglieder); Gefahr von Paternalismus/Belehrung	deutliche politische Verortung (Orientierungspunkt); Ermöglichung einer klaren Positionierung gegen Rechtspopulismus

Handlungsraum angewandtes Instrument

zentrale Erwägungen

Vorteile

Nachteile

Ziel

Kommunikation

öffentliche Androhung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen

Generierung öffentlichen Drucks; Rückkehr an den Verhandlungstisch

Öffentlichkeitswirksamkeit

Bewahrung der Balance zwischen Verhandlungsbereitschaft und Konsequenz

Vorlage inhaltlicher Politikangebote

durch Problemlösungskompetenz der Gewerkschaften eine arbeitnehmer*innenfeindliche Politik verhindern

Durchsetzbarkeit

Problemorientierung

Verabschiedung offizieller Resolutionen, Stellungnahmen, Forderungen

ggf. keine Wirksamkeit/Effekte für die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit

organisationspolitisch „geeinte Front präsentieren“;
ggf. Stärkung der innergewerkschaftlichen Solidarität;
Öffentlichkeitswirksamkeit

Kooperationsgesuche

mit nichtrechtspopulistischen Parteien

Ressourcen bündeln; gewerkschaftlichen Einfluss stärken; Gesetzesinitiativen einbringen

parteilpolitische Bindung und Festlegung

größere Ressourcen;
höheres politisches Einflusspotenzial

mit rechtspopulistischen Parteien

pragmatische Umsetzung sozialpolitischer Ziele

Gefahr der Anpassung/Aufgabe oder Ignoranz der Unvereinbarkeit gewerkschaftlicher Normen mit der rechtspopulistischen Ideologie und Praxis

Überparteilichkeit demonstrieren; Einfluss stärken

mit der Arbeitgeber*innenvertretung

Ressourcen bündeln; Verhandlungspotenzial ausschöpfen

geringe Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber*innenvertretung/unausgewogene Machtverhältnisse

Verhandlungskanäle offenhalten

juristische Mittel						
Verfassungsklage	Gesetze kippen	langwierig und ressourcenintensiv	im Zweifel unanfechtbar und bei Erfolg sehr effektiv			
Bildungsformate						
Befähigung zum Umgang mit rechtspopulistischen Diskursen	Stärkung von Kompetenzen rechtspopulistischer nichtaffiner Mitglieder	ggf. fehlende Reflexion eigener an Rechtspopulismus anschlussfähige Haltungen – z. B. von Alltagsrassismus	Kompetenz- und Wertvermittlung; Austausch; Zusammenhalt			
Diversität im Betrieb	Vermittlung von Diversitätsnormen	primär normative statt inhaltlich-politische Auseinandersetzung	indirekte Adressierung rechtspopulistischer Diskurse			
Bearbeitung rechter Einstellungsmuster mit arbeitsweltlichem Bezug	Bearbeitung rechter Weltbilder über arbeitsweltliche Themen	enger thematischer Fokus	Erreichbarkeit der Zielgruppe rechtspopulistischer affiner Mitglieder			
Erinnerungskultur	Erinnerungs- und Informationsarbeit zum Nationalsozialismus	kaum arbeitsweltlicher Bezug	Bildung; ggf. Betroffenheit und zeitgenössische Bezüge			
interne Strategieentwicklung	Erfahrungsaustausch und Sammlung von Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus	Vertiefung interner Brüche/Antagonismen mit rechtspopulistischer affinen Mitgliedern	Vernetzung; Ausschöpfung von Lernpotenzialen			
Präsenz						
personelle Präsenz in informellen (Pausen-)Räumen durch gezielte Besuche; informelle Bildungsformate	gezielte Ermöglichung politischer Diskussionen und Einbringung gewerkschaftlicher Deutungen/Antworten	ggf. Gefühl des „Kontrolliert“- oder „Belehrt“-Werdens seitens der Mitglieder	Mobilisierungseffekt; höheres Identifikationspotenzial mit der Gewerkschaft			
Belegschaftskonferenzen einberufen	Information und Meinungsfindung	ggf. offene Konfliktaustragung, Polarisierung	Mobilisierungs- und Einbindungseffekte; Öffentlichkeitswirksamkeit			

**Hand-
lungs-
raum**

zentrale Erwägungen

	Ziel	Nachteile	Vorteile
Agenda-Setting	Gefahren durch rechtspopulistische Diskurse und Praktiken regelmäßig in Gremien und Konferenzen behandeln	Vertiefung von organisationsinternen Spannungen	großes Problembewusstsein; Ausschöpfung von Lernpotenzialen
Konfrontation			
(organisations-)rechtliche Maßnahmen: Ausschlüsse; Kontrolle der zweifachen Mandatsträger*innen (Gewerkschaften und Partei)	deutliche normative Positionierung der Gewerkschaften gegen rechtspopulistische Positionen	Verlust der „Überparteilichkeit“; ggf. Verlust des arbeitsweltlichen Bezugs bei Ausschluss mit „normativer“ Begründung; parteilichpolitische Engführung	Begrenzung der Diffusion rechtspopulistischer Diskurse in die Gewerkschaften hinein
Kampfmaßnahmen; Streik; Demonstrationen	Generierung öffentlichen Drucks; Rückkehr an den Verhandlungstisch	ggf. Verlust der Überparteilichkeit; Vertiefung organisationsinterner Spannungen	Öffentlichkeitswirksamkeit; Aufbau starker zivilgesellschaftlicher Netzwerke; Mobilisierungseffekte

innerorganisatorisch

Quelle: Eigene Darstellung

Gute Erfahrungen haben die Gewerkschaften damit gemacht, zwischen rechtspopulistischen Amtsträger*innen oder Funktionär*innen und rechtspopulistisch affinen Wähler*innen bzw. Gewerkschaftsmitgliedern grundsätzlich zu unterscheiden. Die Unterteilung ist in der strategischen Kommunikation nicht immer ganz einfach zu vollziehen. Schließlich ist davon auszugehen, dass sich Wähler*innen, die sich mit rechtspopulistischen Haltungen und Parteipositionen identifizieren, aufgrund ihrer Parteipräferenz persönlich angegriffen fühlen, wenn die Parteiführung durch die Gewerkschaften kritisiert und angegangen wird. Ob Parteien offen als rechtsextrem oder rechtspopulistisch ausgegrenzt werden, bleibt also nicht ohne Konsequenzen für die Erreichbarkeit der rechtspopulistisch affinen Mitglieder/Wähler*innen.

Einige Gewerkschaften versuchen dieses Identifikationsdilemma zu lösen, indem sie sich nicht unmittelbar mit den Parteien auseinandersetzen, sondern deren parlamentarisches Abstimmungsverhalten oder die Implikationen einer rechtspopulistisch beeinflussten Regierungspolitik für die abhängig Beschäftigten diskutieren. Das hat den Vorteil, dass auch Verbände mit einem einheitsgewerkschaftlichen oder überparteilichen Selbstverständnis rechtspopulistische Positionen kritisieren können, ohne den Anschluss an ihre Mitglieder zu verlieren. Gewerkschafter*innen aus den Niederlanden empfehlen darüber hinaus der Vorstellung entgegenzuarbeiten, dass eine Überparteilichkeit der Gewerkschaften deren Apolitizität miteinschließt, sie also keine politischen Ziele haben und kein „politisches Mandat“ ausfüllen dürfen.

Fast alle Gewerkschaften berichten von Problemen mit einer sogenannten Blaming-Strategie, d. h. mit einer klassifizierenden Einordnung von Mitgliedern als rechts(-extrem) oder einem Verantwortlichmachen von Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien für die anschließend praktizierte Parteipolitik. Stattdessen empfehlen sie einen Umgang mit den Mitgliedern, der den Fokus auf deren arbeitsweltliche Probleme, Ängste und Missstände legt. Dies bedeutet, dass die zu Beginn der Studie in [Schaubild 1](#) aufgeführte Strategie der Ausgrenzung nur sehr bedingt auf Gewerkschaftsmitglieder angewandt wird – eigentlich nur dann, wenn es sich um rechtspopulistische Parteifunktionär*innen handelt. Gleichzeitig gehen die Gewerkschaften davon aus, dass weiterhin auf relativ stabile Solidaritäten auf betrieblicher Ebene zurückgegriffen werden kann. Dies eröffnet die Möglichkeit, der Verbreitung rechtspopulistischer Diskurse in informellen Räumen – z. B. Pausenräumen und in der Freizeit – begegnen zu können. Grundsätzlich gewährleistet eine „entstigmatisierende“ Herangehensweise – im Sinne der in

Schaubild 1 genannten Strategie der Auseinandersetzung – eine (ergebnis-) offene Ansprache der Mitglieder. Lebensweltliche Problemlagen als Grund rechtspopulistischen Wahlverhaltens können auf diese Weise ebenfalls adressiert und auf der Grundlage weiterhin starker innerbetrieblicher Solidaritäten bearbeitet werden. Diese Schwerpunktsetzung erlaubt es, arbeits- und lebensweltliche Programmalternativen zu entwickeln und Gewerkschaftsmitglieder im Kampf für die Rechte der Arbeit gegenüber dem Kapital zu mobilisieren. Besonders in Zeiten, in denen die institutionellen Rechte der Arbeitnehmer*innenvertretungen beschnitten werden, können die Gewerkschaften auf Kampfmaßnahmen in ihren klassischen Aktionsfeldern nicht verzichten.

Problematisch wird diese Herangehensweise allerdings dann, wenn sich die Gewerkschaften entpolitisieren und drängende gesellschaftspolitische Themen – etwa die Regulierung von Migration und integrationspolitische Aufgaben – aus dem gewerkschaftlichen Aufgabenfeld ausgeklammert werden. Gewerkschaften ziehen sich dann aus dem diskursiv-öffentlichen Raum zurück und laufen Gefahr, strategisch in den Modus der Anpassung einzuschwenken (vgl. **Schaubild 1**) und zentrale gesellschaftliche Konfliktthemen zu vermeiden. Eine aktive gewerkschaftspolitische Bearbeitung und Zurückweisung von exkludierenden Solidaritätsvorstellungen und menschenfeindlichen Einstellungen wird dann sehr schwierig oder erfolgt nur noch unzureichend. Die berühmten „klaren Kanten“ verschwimmen zu vagen Linien, die kaum zur Anwendung gebracht werden und mithin belanglos bleiben. Inhaltlich problematisch ist es auch, wenn die Kritik der neoliberalen Marktpolitik von der Kritik des Rechtspopulismus entkoppelt wird und aus dem Blick gerät, wie sich neoliberale, wohlfahrtchauvinistische und wohlfahrtsnostalgische Orientierungen in der wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Programmatik und Praxis rechtspopulistischer Parteien artikulieren.

Die Ausführungen haben deutlich gemacht, dass es nicht leicht ist, klare Kriterien und Merkmale eines erfolgreichen gewerkschaftlichen Umgangs mit rechtspopulistischen Diskursen und Praktiken zu benennen. Vor allem drei Faktoren scheinen für eine erfolgversprechende Strategie jedoch grundlegend zu sein: *erstens* die Fähigkeit, gegen die institutionellen Beschneidungen von Arbeitnehmer*inneninteressen politisch mobilisieren und öffentlichen Handlungsdruck auf die Parteien erzeugen zu können; *zweitens* eine stabile und erweiterte Kooperation mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um die eigenen Anliegen einer solidarischen Interessenvertretungspolitik in die öffentlichen Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzuspeisen; und *drittens* eine intensivierte Vernetzung mit sozialen Bewegun-

gen und NGOs, um Fragen einer solidarischen Gestaltung der Arbeits- und Lebenswelt als Voraussetzungen oder zumindest als zentrale Komponenten anderer politischer Handlungsfelder – etwa des Klimaschutzes oder der Digitalisierung – thematisieren zu können.

LITERATUR

Aalberg, Tori/Esler, Frank/Reinemann, Carsten/Strömbäck, Jesper/de Vreese Claes H. (Hrsg.) (2017): Populist political communication in Europe. London: Routledge.

Afonso, Alexandre (2015): Choosing whom to betray: Populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes. In: *European Political Science Review* 7, H. 2, S. 271–292.

Afonso, Alexandre (2017): Challenges for the Dutch polder model: Performance, populism and political economy. In: *Beleid en Maatschappij* 44, H. 1, S. 70–75.

Afonso, Alexandre/Rennwald, Line (2018): Social class and the changing welfare state agenda of radical right parties in Europe. In: Manow, Philip/Palier, Bruno/Schwander, Hanna (Hrsg.): *Welfare democracies and party politics. Explaining electoral dynamics in times of changing welfare capitalism*, Oxford: Oxford University Press, S. 171–194.

Agema, Fleur (2017): Inbreng VWS begroting: Fleur Agema, <https://www.pvv.nl/component/content/article/12-in-de-kamer/spreekteksten/1393-pv-woordvoerder-agema-knoet-voor-betere-zorg.html> (Abruf am 31.10.2019).

Åkesson, Jimmie (2019): SD är den svenska modellens sista hopp. In: *Aftonbladet* (1.5.2019), <https://www.aftonbladet.se/debatt/a/g7dMna/sd-ar-den-svenska-modellens-sista-hopp?fbclid=IwAR0V-fopfS5GAb0VerGlodASStyxIzVygE5o0xxkHsjXYUAbJKNgf49c-pk> (Abruf am 30.9.2019).

Akkerman, Tjitske/de Lange, Sarah L./Rooduijn, Matthijs (Hrsg.) (2016): Radical right-wing populist parties in Western Europe: Into the mainstream? London: Routledge.

Allern, Elin Haugsgjerd/Bale, Tim (Hrsg.) (2017): Left-of-centre parties and trade unions in the twenty-first century. Oxford: Oxford University Press.

Allmendinger, Björn (2017): Hetzer entlarven – Demagogen entzaubern. Handlungsoptionen gegen rechtspopulistische Agitationsversuche. In: Allmendinger, Björn/Fährmann, Joachim/Tietze, Klaudia (Hrsg.): *Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft*, Hamburg: VSA, S. 146–164.

Andersson, Maja (2019): Journalistförbundet ifrågasätter TCO: S hållning mot SD. In: *Altinget* (1.3.2019), <https://www.altinget.se/artikel/journalistforbundet-ifraagasatter-tcos-haallning-mot-sd> (Abruf am 30.9.2019).

Anxo, Dominique (2017): Turbulent times and beyond: The Swedish experience. In: *Guardiancich, Igor/Molina, Oscar (Hrsg.): Talking through the crisis. Social dialogue and industrial relations trends in selected EU countries*, Genf: ILO, S. 281–295.

Arbetsmarknadsutskottets betänkande 2015/16:AU5: Skärpta åtgärder mot missbruk av tidsbegränsade anställningar, <https://data.riksdagen.se/fil/BBF605D-348D-4932-A223-BA62CABC5B25> (Abruf am 30.9.2019).

Arbetsmarknadsutskottets betänkande 2016/17:AU5: Makt, mål och myndighet – feministisk politik för en jämställd framtid m.m., https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/arende/betankande/makt-mal-och-myndighet--feministisk-politik-for_H401AU5 (Abruf am 30.9.2019).

Astleithner, Franz/Flecker, Jörg (2017): From the golden age to the gilded cage? Austrian trade unions, social partnership and the crisis. In: *Lehndorff, Steffen/Dribbusch, Heiner/Schulten, Thorsten (Hrsg.): Rough waters. European trade unions in a time of crises*, Brüssel: ETUI, S. 173–195.

- Auzinger, Andreas (2018):** Stellungnahme der Linken Gewerkschaftsjugend zu den Querfront-Vorwürfen beim GLB. In: Redglobe (18.1.2018), <https://www.redglobe.de/europa/oesterreich/10732-stellungnahme-der-linken-gewerkschaftsjugend-zu-den-querfront-vorwuerven-beim-glb> (Abruf am 24.3.2020).
- Baas, David (2011):** SD tvingas backa efter miljardmiss. In: Expressen (27.11.2011), <https://www.expressen.se/nyheter/sd-tvingas-backa-efter-miljardmiss/>(Abruf am 30.9.2019).
- Badi, Lubna (2019):** FNV: Strijd tegen racisme met radicale politiek. In: Revolutie (31.8.2019), <https://marxisten.nl/nederland/326-fnv-strijd-tegen-racisme-met-radicale-politiek> (Abruf am 31.10.2019).
- Bandau, Frank (2018):** Nordische Gewerkschaften unter Druck. Der Angriff rechter Parteien auf das Gent-System in Schweden und Dänemark. In: WSI-Mitteilungen, H. 2/2018, S. 96–104.
- Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hrsg.) (2013):** Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. Köln: PapyRossa.
- Baudet, Thierry (2019):** Spreektekst Thierry Baudet, verkiezingsavond 20 maart 2019. In: Trouw (21.3.2019), <https://www.trouw.nl/nieuws/spreektekst-thierry-baudet-verkiezingsavond-20-maart-2019^be2a1539/>(Abruf am 24.3.2020).
- Baudet, Thierry/Ciiteur, Paul (2016):** Breek het partijkartel! De noodzaak van referenda. Amsterdam: Uitgeverij Prometheus.
- Bau-Holz (2017):** Ganz rechts im Netz, http://www.bau-holz.at/cms/D01/D01_999_Suche.a/1342574846133/suche/ganz-rechts-im-netz (Abruf am 24.3.2020).
- Becker, Joachim (2018a):** Neo-Nationalismus in der EU: Sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Becker, Joachim (2018b):** Der Wind weht von rechts. Die Sozialpolitik des Neonationalismus in der EU am Beispiel der Regierungen in Belgien, Ungarn und Polen. In: Arbeit & Wirtschaft 72, H. 6, S. 38–39.
- Becker, Joachim (2018c):** Schwarz-Blaues Regieren II: Orbánisierung in Rot-Weiß-Rot? In: Kurswechsel, H. 1/2018, S. 102–112.
- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.) (2018):** Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Frankfurt/New York: Campus.
- Becker, Uwe (2005):** An example of competitive corporatism? The Dutch political economy 1983–2004 in critical examination. In: Journal of European Public Policy 12, H. 6, S. 1078–1102.
- Bengtsson, Erik/Ryner, Magnus (2017):** Why no wage solidarity writ large? Swedish trade unionism under conditions of European crisis. In: Lehndorff, Steffen/Dribbusch, Heiner/Schulten, Thorsten (Hrsg.): Rough waters. European trade unions in a time of crises, Brüssel: ETUI, S. 271–288.
- Bengtsson, Jesper (2017):** Demontage. Die schwedischen Sozialdemokraten haben eine neue Strategie für den Umgang mit Rechtspopulisten entwickelt. In: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft (16.10.2017).
- Berghuis, Roel/Ugural, Cihan (2019):** De FNV moet stelling arbeidet tegen extreem-rechts. In: Trouw (20.4.2019), <https://www.trouw.nl/ opinie/de-fnv-moet-stelling-nemen-tegen-extreem-rechts^bed4f2892/>(Abruf am 31.10.2019).
- Berman, Sheri (2016):** Populism is not fascism. In: Foreign Affairs 95, H. 6, S. 39–44.
- Betz, Hans-Georg (1994):** Radical right-wing populism in Western Europe. Houndmills [u. a.]: Macmillan.
- Betz, Hans-Georg (1993):** The new politics of resentment. Radical right-wing populist parties in Western Europe. In: Comparative Politics 25, H. 4, S. 413–427.

- Cuperus, René (2017):** Holland in Not. In: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft (23.10.2017), <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/umgang-mit-rechtspopulismus/artikel/detail/holland-in-not-2381/>(Abruf am 31.10.2019).
- Dahlstedt, Magnus/Neergaard, Anders (2019):** Crisis of solidarity? Changing welfare and migration regimes in Sweden. In: Critical Sociology 45, H. 1, S. 121–135.
- Danielsson Öberg, Anna (2018):** Facklig regeringsstrategi är inte riskfri. In: Dagens Arena (13.9.2018), <https://www.dagensarena.se/opinion/facklig-regeringsstrategi-ar-inte-riskfri/> (Abruf am 30.9.2019).
- de Beer, Paul/Keune, Maarten (2017):** Dutch unions in a time of crisis. In: Lehndorff, Steffen/ Dribbusch, Heiner/Schulten, Thorsten (Hrsg.): Rough waters. European trade unions in a time of crises, Brüssel: ETUI, S. 221–244.
- de Koster, Willem/Achterberg, Peter/van der Waal, Jeroen (2013):** The new right and the welfare state: The electoral relevance of welfare chauvinism and welfare populism in the Netherlands. In: International Political Science Review 34, H. 1, S. 3–20.
- de la Reguera, Erik (2015):** Åkesson i bråkigt möte med LO. In: Arbetet (10.11.2015), <https://arbetet.se/2015/11/10/akesson-i-brakigt-mote-med-lo/>(Abruf am 31.10.2019).
- de la Reguera, Erik (2017):** „We need to speak out against this party“ [Interview mit Catelene Passchier]. In: Arbetet (3.11.2017), <https://arbetet.se/2017/03/11/fnv-geert-wilders/>(Abruf am 31.10.2019).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016):** Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dekker, Fabian (2017):** Challenges for the Dutch polder model. ESPN – Flash Report 2017/40. Brüssel: Europäische Kommission.
- Dekker, Wilco (2019):** Teruggang FNV gaat sneller dan verwacht: ledental nu onder 1 miljoen. In: De Volkskrant (14.9.2019), <https://www.volkskrant.nl/nieuws-achtergrond/teruggang-fnv-gaat-sneller-dan-verwacht-ledental-nu-onder-1-miljoen^b735294c/>(Abruf am 31.10.2019).
- Der Standard (o. V.) (2019):** AK Wahl 2019 zu Ende: FSG baut absolute Mehrheit aus (14.4.2019), <https://www.derstandard.at/story/2000101397080/ak-wahl-2019-zu-ende-fsg-baut-absolute-mehrheit-aus> (Abruf am 21.11.2019).
- DGB (2019):** Österreich: Die Regierung will Arbeitnehmerrechte schwächen (29.4.2019), <https://www.dgb.de/++co++868c883c-6a55-11e9-88f8-52540088cada> (Abruf am 24.3.2020).
- DGB-Jugend (2017):** Johan Ulvenlöv vom schwedischen LO: „Wir glauben, dass wir gewinnen“ (15.5.2017), https://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-soli/soli-archiv-2017/soli-aktuell-5-2017/++co++e31e49c4-3482-11e7-9077-525400d8729f (Abruf am 30.9.2019).
- Die Presse (o. V.) (2014):** ÖGB hat erstmals weniger als 1,2 Millionen Mitglieder (20.2.2014), <https://www.diepresse.com/1565431/ogb-hat-erstmalig-weniger-als-12-millionen-mitglieder> (Abruf am 21.11.2019).
- Die Presse (o. V.) (2016):** ÖGB-Foglar: „Regierung mit FPÖ nicht ausschließen“ (30.4.2016), <https://www.diepresse.com/4979084/ogb-foglar-regierung-mit-fpo-nicht-ausschliessen> (Abruf am 24.3.2020).
- Die Presse (o. V.) (2018a):** Metalller-KV: Gewerkschaft stellt Streik in den Raum (21.10.2018), <https://www.diepresse.com/5516964/metalller-kv-gewerkschaft-stellt-streik-in-den-raum> (Abruf am 27.3.2020).
- Die Presse (o. V.) (2018b):** Streik: ÖBB stoppten gesamten Bahnverkehr (26.11.2018), https://diepresse.com/home/wirtschaft/ekonomist/5536255/Streik_OeBB-stoppten-gesamten-Bahnverkehr (Abruf am 21.11.2019).

- Die Presse (o. V.) (2019):** Steuerreform: Regierung prüft Sonder- und Frühpensionen (2.5.2019), <https://www.diepresse.com/5621238/steuerreform-regierung-pruft-sonder-und-fruhpensionen> (Abruf am 21.11.2019).
- Dijkstra, Teake (2019):** Arbeitsmigranten roepen hulp in van FNV en burgemeester van Zeewolde. In: De Stentor (19.7.2019), <https://www.destentor.nl/zeewolde/arbeidsmigranten-roepen-hulp-in-van-fnv-en-burgemeester-van-zeewolde^afcd6bef/> (Abruf am 31.10.2019).
- Ditz, Johannes (2010):** Economic policies and economic change. In: Bischof, Günter (Hrsg.): The Schlüssel era in Austria, New Orleans: UNO-Press, S. 235–261.
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018):** Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie 28, H. 1–2, S. 55–89.
- Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Nachtwey, Oliver (2009):** Organising – a strategic option for renewal? In: International Journal of Action Research 5, H. 1, S. 33–67.
- Eckert, Roland (2010):** Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 44/2010, S. 26–33.
- Elgenius, Gabriella/Rydgren, Jens (2019):** Frames of nostalgia and belonging: The resurgence of ethno-nationalism in Sweden. In: European Societies 21, H. 4, S. 583–602.
- Engblom, Samuel (2018):** TCO: Ändrade turordningsregler löser varken problem eller vinner röster. In: Altinget (23.2.2018), <https://www.altinget.se/artikel/tco-andrade-turordningsregler-loser-varken-problem-eller-vinner-roster> (Abruf am 30.9.2019).
- Ennsner-Jedenastik, Laurenz (2016):** A welfare state for whom? A group-based account of the Austrian Freedom Party's social policy profile. In: Swiss Political Science Review 22, H. 3, S. 409–427.
- Ennsner-Jedenastik, Laurenz (2018):** Welfare chauvinism in populist radical right platforms: The role of redistributive justice principles. In: Social Policy & Administration 52, H. 1, S. 293–314.
- Eribon, Didier (2016):** Rückkehr nach Reims. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Eriksson, Mats (2011):** Together we are stronger. A method manual about trade union political cooperation. Stockholm: Olof Palme international center.
- Erkers, Heike/Berge, Ursula (2018):** SSR-facket: Därför ska vi stå upp för ett öppet Sverige. In: Dagens Arena (3.7.2018), <https://www.dagensarena.se/opinion/ssr-facket-darfor-ska-vi-sta-upp-ett-oppet-sverige/> (Abruf am 30.9.2019).
- ETC (o. V.) (2014):** Ötrygga väljare röstar på Sverigedemokraterna (1.7.2014), <https://www.etc.se/intervju/otrygga-valjare-rostar-pa-sverigedemokraterna> (Abruf am 30.9.2019).
- Evers, John (2017):** Kein Geld mehr für unsere Leute? Das neue freiheitliche Wirtschaftsprogramm sieht massive Sozialkürzungen vor. In: Arbeit & Wirtschaft 71, H. 8, S. 16–17.
- Fadler, Astrid (2019):** Unsichere Modelle. In: Arbeit & Wirtschaft 73, H. 1, S. 14–15.
- Feigl, Georg/Breiteneder, Sandra/Greif, Wolfgang (2016):** Österreich: Erfolgreiche Sozialpartnerschaft in der Krise. In: Bsirske, Frank/Busch, Klaus/Höbel, Olivier/Knerler, Rainer/Scholz, Dieter (Hrsg.): Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien, Hamburg: VSA, S. 93–107.
- Femrell, Krista (2019):** SD-kvinnor, <https://goteborg.sd.se/hej-och-valkommen-till-sverigedemokraterna-i-goteborg-2/sd-kvinnor/> (Abruf am 30.9.2019).
- Fenger, Menno (2018):** The social policy agendas of populist radical right parties in comparative perspective. In: Journal of International and Comparative Social Policy 34, H. 3, S. 188–209.

- Fenwick, Roderick (2017):** Baudets financiële onderbouwing ramelt aan alle kanten: FvD zorgt voor begrotingsgat van €62 miljard! In: De Dagelijkse Standaard (9.1.2017), <https://www.dagelijksestandaard.nl/2017/01/baudets-financiele-onderbouwing-ramelt-aan-alle-kanten-fvd-zorgt-voor-begrotingsgat-van-e62-miljard/> (Abruf am 31.10.2019).
- Fercher, Sonja (2018):** Lohnverhandlungen sind immer ein Verteilungskampf. Interview mit Bernhard Achitz. In: Arbeit & Wirtschaft 72, H. 8, S. 16–19.
- Ferner, Anthony/Hyman, Richard (Hrsg.) (2001):** Changing industrial relations in Europe. London: Blackwell.
- Flecker, Jörg/Altreiter, Carina/Schindler, Saskja (2018):** Erfolg des Rechtspopulismus durch exkludierende Solidarität? Das Beispiel Österreich. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt/New York: Campus, S. 245–255.
- Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun/Grajczjar, István/Altreiter, Carina/Schindler, Saskja (2019):** Extreme und populistische Rechtsparteien und die soziale Frage – Entwicklungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und den Niederlanden. In: WSI 72, H. 3, S. 212–219.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine (2007):** Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Berlin: edition sigma.
- Fleisch, Matthias (2019):** Der Umbau des Volksheims. Ursachen und Dimensionen der Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaats seit den 1990er Jahren. Tübingen: Institut für Politikwissenschaften.
- FNV (2019):** Pesten, intimidatie, discriminatie. Je hebt recht op een veilige werkplek, <https://www.fnv.nl/werk-inkomen/veilig-gezond-werken/pesten-intimidatie-discriminatie> (Abruf am 31.10.2019).
- FNV [Twitter] (2019):** Opvallend dat Baudet ... (30.5.2019), <https://twitter.com/fnv/status/1134053662999949312?lang=de> (Abruf am 31.10.2019).
- FPÖ (2009):** 1. Mai: HC Strache – Zitate. In: Apa-OTS (1.5.2009), https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090501_OTS0063/1-mai-hc-strache-zitate (Abruf am 21.11.2019).
- FPÖ (2017):** Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm Nationalratswahl 2017, https://www.fpo.ee/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_8_9_low.pdf (Abruf am 14.6.2019).
- FPÖ TV [YouTube] (2019):** Ziel der Mindestsicherung NEU: Bekämpfung der Zuwanderung in unser Sozialsystem! (14.3.2019), <https://www.youtube.com/watch?v=uNAr7Azf7FO> (Abruf am 26.3.2019).
- FPÖ-Bildungsinstitut (2017):** Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm. Fairness. Freiheit. Fortschritt, https://www.fpo.ee/fileadmin/user_upload/2017_freiheitliche_wirtschaftsprogramm_web.pdf (Abruf am 24.3.2020).
- Fransson, Josef/Bäckström Johansson, Mattias/Molinder, Marcus (2015):** Bondfångeri av regeringen gällande industrin. In: Arbetarbladet (12.10.2015), <https://www.arbetarbladet.se/artikel/bondfangeri-av-regeringen-gallande-industrin-1> (Abruf am 24.3.2020).
- Frederik, Jesse (2019):** Dit kosten de plannen van Forum voor Democratie. In: De Correspondent (29.3.2019), <https://decorrespondent.nl/9336/dit-kosten-de-plannen-van-forum-voor-democratie/561665887464-c4f39e34> (Abruf am 31.10.2019).
- Frege, Carola M./Kelly, John E. (Hrsg.) (2004):** Varieties of unionism. Strategies for union revitalization in a globalizing economy. Oxford: Oxford University Press.
- Frisk, Martina (2018):** LO: Stenhård fjäkt på arbetsplatserna om S eller SD. In: Arbetet (30.8.2018), <https://arbetet.se/2018/08/30/lo-stenhard-fjakt-pa-arbetsplatserna-om-s-eller-sd/> (Abruf am 30.9.2019).

Fritzl, Martin (2018): Angriff auf die SOZIALPARTNER. In: Die Presse (9.11.2018), <https://www.diepresse.com/5527367/angriff-auf-die-sozialpartner> (Abruf am 21.11.2019).

Futurion (2018): Populismens verkliga orsaker – om automatisering och andra förändringar i arbetslivet, https://futurion.se/wp-content/uploads/2018/03/Futurion_Rapport_2018-1_webb.pdf (Abruf am 30.9.2019).

FvD (2019a): Kartelbestrijding, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/kartel-bestrijding> (Abruf am 31.10.2019).

FvD (2019b): Economie, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/economie> (Abruf am 31.10.2019).

FvD (2019c): Social voorzieningen, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/sociale-voorzieningen> (Abruf am 31.10.2019).

FvD (2019d): Zorg, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/zorg> (Abruf am 31.10.2019).

FvD (2019e): Ouderen & pensioenen, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/ouderen-pensioenen> (Abruf am 31.10.2019).

FvD (2019f): Wet Bescherming Nederlandse Waarden, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/wet-bnw> (Abruf am 31.10.2019).

FvD (2019g): MKB, <https://forumvoordemocratie.nl/standpunten/mkb> (Abruf am 31.10.2019).

Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus: Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 46, H. 2, S. 183–203.

Gidron, Noam/Hall, Peter A. (2017): The politics of social status: Economic and cultural roots of the populist right. In: The British Journal of Sociology 68, H. 1, S. 57–84.

GLB (2018): GLB-Erklärung zum GLB-GdG-Ausschluss (10.12.2018), <http://www.glb.at/article.php/20181210194309873> (Abruf am 21.11.2019).

GPA-djp (2016): Flucht und Asyl: Fortsetzungsworkshop, https://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_999_Suche.a/1342564819405/suche/flucht-und-asyl-fortsetzungsworkshop?d=Touch (Abruf am 21.11.2019).

Hafez, Farid (2014): Shifting borders: Islamophobia as common ground for building pan-European right-wing unity. In: Patterns of Prejudice 48, H. 5, S. 479–499.

Haipeter, Thomas/Dörre, Klaus (Hrsg.) (2011): Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden: Springer VS.

Handelsblatt (o. V.) (2017): FPÖ fordert Steuersenkung um zwölf Milliarden Euro (23.8.2017), <https://www.handelsblatt.com/politik/international/oesterreich-fpoe-fordert-steuersenkung-um-zwoelf-milliarden-euro/20230520.html?ticket=ST-2685951-BjFgY5XrknvEWzzFEOP-ap4> (Abruf am 21.11.2019).

Häusermann, Silja/Picot, Georg/Geering, Dominik (2013): Review article: Rethinking party politics and the welfare state – recent advances in the literature. In: British Journal of Political Science 43, H. 1, S. 221–240.

Heilert, Frida/Pelling, Lisa (2018): Inte ett parti som andra. En analys av Sverigedemokraternas sjukvårdspolitik. Stockholm: Arena Idé.

Heimersson, Alicia (2018a): LO:s SD-strategi: „Fungerar inte“. In: Dagens Arena (5.9.2018), <https://www.dagensarena.se/innehall/los-sd-strategi-fungerar-inte/> (Abruf am 30.9.2019).

Heimersson, Alicia (2018b): Är Sverigedemokraterna Sveriges nya vårdparti? In: Dagens arena (28.8.2018), <https://www.dagensarena.se/innehall/sverigedemokraternas-nya-front-varden/> (Abruf am 30.9.2019).

- Heinisch, Reinhard (2003):** Success in opposition – failure in government. Explaining the performance of right-wing populist parties in public office. In: *West European Politics* 26, H. 3, S. 91–130.
- Hellström, Anders/Nilsson, Tom/Stoltz, Pauline (2012):** Nationalism vs. national-ism: The challenge of the Sweden Democrats in the Swedish public debate. In: *Government and Opposition* 47, H. 2, S. 186–205.
- Hemerijck, Anton/Manow, Philip (2001):** The experience of negotiated welfare state reform. In: Ebbinghaus, Bernhard/Manow, Philip (Hrsg.): *Comparing welfare capitalism. Social policy and political economy in Europe, Japan and the USA*, London/New York: Routledge, S. 217–238.
- Hemerijck, Anton/van der Meer, Marc/Visser, J. (2000):** Innovation through co-ordination – two decades of social pacts in the Netherlands. In: *Fajertag, Guiseppa/Pochet, Philippe (Hrsg.): Social pacts in Europe. New dynamics*, Brüssel: ETUI, S. 257–278.
- Heute (o. V.) (2018):** ÖGB-Chef Katzian ortet eine „Jagd auf Kranke“ (17.9.2018), <https://www.heute.at/s/katzian-pressestunde-er-ortet-hetzjagd-auf-krank-nehammer-widerspricht-43800184> (Abruf am 21.11.2019).
- Hillebrand-Brem, Corinna (2015a):** Schweden: Die Krise der Anderen? In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hrsg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 111–136.
- Hillebrand-Brem, Corinna (2015b):** Zur Bedeutung von Gewerkschaftsstrukturen und Framing-Prozessen für Gewerkschaftsentscheidungen gegenüber Rechtspopulismus in Schweden, http://www.polis.uni-tuebingen.de/wp-content/uploads/2012/07/BA_HillebrandBrem.pdf (Abruf am 30.9.2019).
- Hinterseer, Tobias (2017):** Totgesagte leben länger: Stabilität und Kontinuität der Sozialpartnerschaft in Österreich. In: *Momentum Quarterly* 6, H. 1, S. 28–46.
- Hochholzer, Sandra (2017):** Interview mit LO Kampagnenleiter Johan Ulvenlöf. In: *Cultural Broadcast Archive* (31.4.2017), <https://cba.fro.at/342091> (Abruf am 30.9.2019).
- Huygen, Maarten/Wassens, Rik (2019):** Vooral mannen kiezen voor Forum voor Democratie. In: *NRC.nl* (21.3.2019), <https://www.nrc.nl/nieuws/2019/03/21/fvd-aantrekkelijk-voor-klimaatsepticus-a3954192> (Abruf am 31.10.2019).
- I&O Research (2017):** Analyse Forum voor Democratie. Vervolganalyse, <https://docplayer.nl/58898116-Analyse-forum-voor-democratie.html> (Abruf am 24.3.2020).
- Ignazi, Piero (1992):** The silent counter-revolution. In: *European Journal of Political Research* 22, H. 1, S. 3–34.
- Interfisc Group (2019):** Änderungen im niederländischen Arbeitsrecht zum 1. Januar 2020 (7.10.2019), <https://www.interfisc.de/anderungen-im-niederlandischen-arbeitsrecht-zum-1-januar-2020/> (Abruf am 31.10.2019).
- ITUC (o. J.):** List of affiliated organisations, https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/18_02_02_list_of_affiliates_17th_gc.pdf (Abruf am 24.3.2020).
- Jakobsson, Hanna, (2017):** SD-toppen om nazisterna: „Hatar mig extremt mycket.“ In: *Expressen* (19.11.2017), <https://www.expressen.se/nyheter/paula-bielers-mal-ta-over-efter-akesson/> (Abruf am 30.11.2019).
- Järliden Bergström, Åsa-Pia (2017):** Sverigedemokraternas orealistiska kommunpolitik. In: *LO Bloggen* (12.6.2017), <https://loblog.lo.se/2017/06/sverigedemokraternas-orealistiska-kommunpolitik/> (Abruf am 30.11.2019).
- Jirez, Alexa/Meister, Dietmar (2018):** Das Wunschkonzert der Industrie. In: *Solidarität*, H. 977/2018, S. 5–6.
- Jochem, Sven (2010):** Wandel und Zukunftsaussichten des schwedisch-sozialdemokratischen Modells. In: *Leviathan* 38, H. 2, S. 227–249.

Johansson, Lasse (2010): Sverigedemokraterna vill ändra i las (17.4.2010), <https://sverigesradio.se/sida/artikel.aspx?programid=83&artikel=3634776> (Abruf am 30.9.2019).

Johansson, Mikael/Nilsson, Mikael (2017): SD är ett hot mot den svenska modellen. In: Östra Småland Nyheterna (18.12.2017).

Jong, Kitty (2018): Speech Kitty Jong, <http://21maartcomite.nl/?p=185> (Abruf am 31.10.2019).

Julen, Jeannine/Waterval, Dirk (2019): Voorzitter CNV: 'Zonder Europa geen Nederlandse welvaart'. In: Trouw (27.3.2019), <https://www.trouw.nl/nieuws/voorzitter-cnv-zonder-europa-geen-nederlandse-welvaart^b9aa5a65/> (Abruf am 31.10.2019).

Julius, Staffan (2019): SD-politiker får inte tillbaka fackligt uppdrag i Handels. In: Arbetet (22.5.2019), <https://arbetet.se/2019/05/22/sd-politiker-far-inte-tillbaka-fackligt-uppdrag-i-handels/> (Abruf am 30.9.2019).

Jylhä, Kirsti M./Rydgren, Jens/Strimling, Pontus (2018): Sverigedemokraternas väljare. Vilka är de, var kommer de ifrån och vart är de på väg? Stockholm: Institutet för Framtidsstudier.

Kasper, Barbara (2018): Jugend. Mitbestimmung. Jetzt. Es liegt in der Natur des Menschen, mitbestimmen zu wollen. Wenn die Regierung der Jugend ihre Stimme nimmt, wird sie laut. Denn das lässt sie sich nicht gefallen. In: Arbeit & Wirtschaft 72, H. 8, S. 22–23.

Kierkegaard, Susanna (2018): SD lär vara världens sämsta arbetarparti Sverigedemokraterna har en arbetarfientlig politik. In: Aftonbladet (3.9.2018), <https://www.aftonbladet.se/ledare/a/6nRnyQ/sd-lar-vara-varldens-samsta-arbetarparti> (Abruf am 30.9.2019).

Kjellberg, Anders (1998): Sweden: Restoring the model? In: Ferner, Anthony/Hyman, Richard (Hrsg.): Changing industrial relations in Europe, Oxford: Blackwell, S. 74–117.

Kjellberg, Anders (2019a): Sweden: Collective bargaining under the industry norm. In: Müller, Torsten/Vandaele, Kurt/Waddington, Jeremy (Hrsg.): Collective bargaining in Europe: Towards an endgame, Bd. III, Brüssel: ETUI, S. 583–603.

Kjellberg, Anders (2019b): Den svenska modellen i fara? Fack, arbetsgivare och kollektivavtal på en föränderlig arbetsmarknad. Statistik och analyser: Facklig medlemsutveckling, organisationsgrad och kollektivavtalsäckning 2000–2023. Stockholm: Arena Idé.

Klein, Julia (2016): Europapopulismus – ein genuines Phänomen im europäischen Krisenkontext? In: integration 39, H. 4, S. 283–303.

Kleine Zeitung (o. V.) (2016): Grüne Gewerkschaft kritisiert ÖGB-Chef Foglar (1.4.2016), https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/4979541/Richtungsstreit_Gruene-Gewerkschaft-kritisiert-OeGB-Chef-Foglar (Abruf am 21.11.2019).

Kleine Zeitung (o. V.) (2017): Das Säbelrasseln der Sozialpartner (19.10.2017), https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5305556/Resolution-und-boese-Worte_Das-Saebelrasseln-der-Sozialpartner (Abruf am 21.11.2019).

Kleine Zeitung (o. V.) (2018a): Ministerin Hartinger beim ÖGB: Zwischen Fairness und „Narrensaum“ (13.6.2018), https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5446191/Gewerkschaftskongress_Hartinger-beim-OeGB_Zwischen-Fairness-und (Abruf am 21.11.2019).

Kleine Zeitung (o. V.) (2018b): AK und ÖGB drohen mit Streik, die Wirtschaft frohlockt (14.9.2018), https://www.kleinezeitung.at/politik/5496520/Reaktionen-auf-Kassenreform_AK-und-OeGB-drohen-mit-Streik-die (Abruf am 21.11.2019).

Kleinfeld, Ralf (2012): Niederlande. In: Werner Reutter (Hrsg.): Verbände und Interessensgruppen in den Ländern der Europäischen Union. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 477–520.

- Knopp, Sandra/Seelhofer, Udo (2019):** Sozialpartnerschaft als stabilisierender Faktor. In: *Arbeit & Wirtschaft* 73, H. 1, S. 18–21.
- Kootstra, Anouk (2016):** Deserving and undeserving welfare claimants in Britain and the Netherlands: Examining the role of ethnicity and migration status using a vignette experiment. In: *European Sociological Review* 32, H. 3, S. 325–338.
- Koppetsch, Cornelia (2018):** Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung. In: *WSI-Mitteilungen* 71, H. 5, S. 382–391.
- Koppetsch, Cornelia (2019):** Die Gesellschaft des Zorns: Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.
- Krastev, Ivan (2017):** Europadämmerung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Krause, André (2019):** Rechtspopulismus in den Niederlanden. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 67, H. 3, S. 476–485.
- Krause, André/Wilp, Markus (2018):** Die Stimme der Unzufriedenheit: Die Partij voor de Vrijheid. In: Wielenga, Friso/Van Baalen, Carla/Wilp, Markus (Hrsg.): *Eine zersplitterte Landschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart niederländischer politischer Parteien*. Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 157–180.
- Kriesi, Hanspeter (2014):** The populist challenge. In: *West European Politics* 37, H. 2, S. 361–378.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschieer Simon/Frey, Timotheos T. (2008):** *West European politics in the age of globalization. Six countries compared*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kriesi, Hanspeter/Pappas, Takis S. (Hrsg.) (2015):** *European populism in the shadow of the great recession*. Colchester: ECPR Press.
- Kurz, Sebastian [YouTube] (2018):** Sebastian Kurz im Interview zur Mindestsicherung in der ZIB 2. (29.11.2018), <https://www.youtube.com/watch?v=wAwIE73BkGw> (Abruf am 28.3.2019).
- Kymlicka, Will (2015):** Solidarity in diverse societies: Beyond neoliberal multiculturalism and welfare chauvinism. In: *Comparative Migration Studies* 3, H. 17/2015, <https://doi.org/10.1186/s40878-015-0017-4> (Abruf am 24.3.2020).
- Ländin, Birgitta (2015):** Sverigedemokraternas historia i LO-film. In: *Arbetet* (27.11.2015), <https://arbetet.se/2015/11/27/sverigedemokraternas-historia-i-lo-film/> (Abruf am 30.9.2019).
- Larsson, Arne (2017):** SD: Låt vakter mota bort tiggare. In: *Göteborgs-Posten* (7.6.2017), <https://www.gp.se/nyheter/g%C3%B6teborg/sd-l%C3%A5t-vakter-mota-bort-tiggare-1.4349171> (Abruf am 24.3.2020).
- Leeuwarder Courant (o. V.) (2018):** CNV will rem op arbeidsmigranten (15.1.2018), https://www.lc.nl/binnenland/CNV-wil-rem-op-arbeidsmigranten-22820511.html?harvest_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (Abruf am 30.9.2019).
- Lefkofridi, Zoe/Michel, Elie (2014):** *Exclusive solidarity? Radical right parties and the welfare state*. Florenz: European University Institute.
- Lefkofridi, Zoe/Michel, Elie (2017):** *The electoral politics of solidarity: The welfare agendas of radical right parties*. In: Banting, Keith G./Kymlicka, Will (Hrsg.): *The strains of commitment. The political sources of solidarity in diverse societies*. Oxford: Oxford University Press, S. 233–267.
- Lehndorff, Steffen/Dribbusch, Heiner/Schulten, Thorsten (Hrsg.) (2017):** *Rough waters. European trade unions in a time of crises*. Brüssel: ETUI.
- Leonardi, Salvo (2006):** *Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat. Das Gent-System*. In: *WSI-Mitteilungen*, H. 2/2006, S. 79–85.
- Lévesque, Christian/Murray, Gregor (2010):** *Understanding union power: Resources and capabilities for renewing union capacity*. In: *Transfer: European Review of Labour and Research* 16, H. 3, S. 333–350.

LO (2014): SD – ett arbetarfientligt och antifackligt parti, https://www.6f.se/contentassets/9d0943e1710540c7b71436438922e6e2/lo_rapport.pdf (Abruf am 30.11.2019).

Lodenius, Anna-Lena (2018): Antifeministerna Sverigedemokraterna och jämställdheten. Stockholm: Arena Idé.

Lodenius, Anna-Lena/Wingborg, Mats (2010): Arbetarrörelsens strategier för att motverka främlingsfientliga och högerpopulistiska partier – erfarenheter från Danmark, Norge och Sverige. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lokaal FVN Amsterdam (o. V.) (2018): Geen racisme in de raad: Demonstreer mee op zondag 18 maart vanaf de Dam in Amsterdam (5.3.2018), <https://lokaalfnv.nl/regio/amsterdam/activiteiten/2018/03/geen-racisme-in-de-raad> (Abruf am 31.10.2019).

Lorentzi, Ulrika/Vedin, Ulrika (2019): Sveriges jämställdhetsbarometer 2019. Tid, makt och pengari ett förändrat politiskt landskap. Stockholm: Landsorganisationen i Sverige.

Lucardie, Paul/Voerman, Gerrit (2013): Geert Wilders and the Party for Freedom. In: Grabouw, Karsten/Hartleb, Florian (Hrsg.): Exposing the demagogues: Right-wing and national populist parties in Europe, Brüssel/Berlin: Centre for European Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 187–204.

Lucassen, Leo/van Gardingen, Imke/Kleinknecht, Alfred/Vermeulen, Linda (2019): Pak schijnconstructies bij arbeidsmigratie aan. In: De Volkskrant (15.5.2019), <https://www.volkskrant.nl/columns-opinie/pak-schijnconstructies-bij-arbeidsmigratieaan^bf434060/> (Abruf am 31.10.2019).

Luther, Kurt Richard (2007): Electoral strategies and performance of Austrian right-wing populism 1986–2006, <https://www.keele.ac.uk/media/keeleuniversity/group/kepru/KEPRU%20WP%2024.pdf> (Abruf am 24.3.2020).

Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Markusson, Simon (2018): Så vill partierna ändra anställningsskyddet (12.6.2018), <https://www.arbetsvarlden.se/sa-vill-partierna-andra-anstallningsskyddet/> (Abruf am 30.9.2019).

Martinsson, Karl (2018a): Jimmie Åkesson: Partipolitik i facket är direkt fel. In: Arbetet (17.4.2018), <https://arbetet.se/2018/05/17/jimmie-akesson-partipolitik-i-facket-ar-direkt-fel/> (Abruf am 30.9.2019).

Martinsson, Karl (2018b): Så röstade medlemmarna i LO, TCO och Saco. In: Arbetet (10.9.2018), <https://arbetet.se/2018/09/10/sa-rostade-medlemmarna-i-lo-tco-och-saco/> (Abruf am 30.9.2019).

Martinsson Waern, Cyrene (2019): Hylla skyddsombuden istället för att stympa dem, SD! In: LO-Bloggen (21.10.2019), <https://loblog.lo.se/2019/10/hylla-skyddsombuden-istallet-for-att-stympa-dem-sd/> (Abruf am 31.10.2019).

Martos Nilsson, Mårten (2018): LO: Arbetare vlljer mellan S och SD i valet. In: Arbetet (20.6.2018), <https://arbetet.se/2018/06/20/lo-arbetare-valjer-mellan-s-och-sd-i-valet/> (Abruf am 30.9.2019).

Mayer, Stefania/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit (2014): Intersections and inconsistencies. Framing gender in right-wing populist discourses in Austria. In: NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research 22, H. 4, S. 250–266.

McGann, Anthony J./Kitschelt, Herbert (2005): The radical right in the Alps: Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ. In: Party Politics 11, H. 2, S. 147–171.

Mebius, Dion/Herderschee, Gijs (2019): Wat wil Forum voor Democratie? Het stemgedrag van Thierry Baudet en Theo Hiddema onder de loep. In: De Volkskrant (29.3.2019), <https://www.volkskrant.nl/nieuws-achtergrond/wat-wil-forum-voor-democratie-het-stemgedrag-van-thierry-baudet-en-theo-hiddema-onder-de-loep^b425e97f/> (Abruf am 31.10.2019).

Melchior, Sigrid (2019): Slaget om arbetsmarknaden – en granskning av de svenska Europaparlamentarikerna 2014–2019. Stockholm: Arena Idé.

Michelsen, Kai (1997): Schweden: Luxus-anierung des ‚Volksheims‘? In: Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, Opladen: Leske & Budrich, S. 185–216.

MKÖ (2019): Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Viele Einzelfälle = Ein Muster, <https://www.mkoe.at/sites/default/files/files/aktuelles/MKOE-Broschuere-Neue-brisante-Dokumentation-Viele-Einzelfaelle-Ein-Muster.pdf> (Abruf am 21.11.2019).

Mosimann, Nadja/Rennwald, Line/Zimmermann, Adrian (2019): The radical right, the labour movement and the competition for the workers' vote. In: Economic and Industrial Democracy 40, H. 1, S. 65–90.

Motion till riksdagen 2015/16:3100 av Markus Wiechel (SD): Rättvist förfarande vid arbetstvister, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/rattvist-forfarande-vid-arbetstvister_H3023100 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2015/16:3121 av David Lång och Mikael Jansson (båda SD): Diskriminering av svenskar, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/diskriminering-av-svenskar_H3023121 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2016/17:3713 av Per Ramhorn m.fl. (SD): Med anledning av prop. 2016/17:167 Driftsformer för universitetssjukhus, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/med-anledning-av-prop-201617167-driftsformer_H4023713 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2016/17:3719 av Paula Bieler och Sven-Olof Sällström (båda SD): Med anledning av prop. 2016/17:175 Ett nytt regelverk för nyanlända invandrares etablering i arbets- och samhällslivet, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/med-anledning-av-prop-201617175-ett-nytt_H4023719 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2016/17:754 av Olle Felten m.fl. (SD): Jämlika patientavgifter, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion-jamlika-patientavgifter_H402754 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2017/18:1063 av Olle Felten och Per Ramhorn (båda SD): Vård på lika villkor för hela befolkningen – likvärdiga patientavgifter, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/vard-pa-lika-villkor-for-hela-befolkningen--_H5021063 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2017/18:3638 av Fredrik Eriksson (SD): Avskaffa den statliga ersättningen till kommunerna för mottagande av nyanlända och asylsökande ungdomar, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/avskaffa-den-statliga-ersattningen-till_H5023638 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2018/19:164 av Mattias Bäckström Johansson m.fl. (SD): En tillväxtorienterad politik för industrilandet Sverige, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/en-tillvaxtorienterad-politik-for-industrilandet_H602164 (Abruf am 30.9.2019).

Motion till riksdagen 2018/19:1956 av Ludvig Aspling m.fl. (SD): Sverigedemokraternas biståndspolitik, https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/motion/sverigedemokraternas-bistandspolitik_H6021956 (Abruf am 30.9.2019).

Mudde, Cas (2007): Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Mulinari, Diana/Neergaard, Anders (2017): From racial to racist State? The Sweden Democrats reimagining the nation. In: Ålund, Aleksandra/Schierup, Carl-Ulrik/Neergaard, Anders (Hrsg.): Reimagining the nation. Essays on twenty-first-century Sweden, Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 257–285.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Mulley, Klaus-Dieter (2017): Die Kammern für Arbeiter und Angestellte. Wien: Verlag des ÖGB.

Nachrichten.at (2018): Metaller-KV: Warnstreiks laufen weiter. In: ÖÖNachrichten (13.11.2018), <https://www.nachrichten.at/wirtschaft/Metaller-KV-Warnstreiks-laufen-weiter;art15,3063239> (Abruf am 30.11.2019).

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Neuwalcom [YouTube] (2017): 12 – FPÖ: Wirtschaft – 12 Stundentag – #parlament2017 (28.3.2017), https://www.youtube.com/watch?time_continue=7&v=ChLiN3rJ6nk (Abruf am 28.3.2017).

Nordenskiöld, Tomas (2019): Löfvens ras hos LO-väljarna – SD går kraftigt framåt. In: Expressen (23.5.2019), <https://www.expressen.se/nyheter/eu-valet-2019/lofvens-ras-hos-lo-valjarna-sd-gar-kraftigt-framat/> (Abruf am 30.9.2019).

Nordensvard, Johan/Ketola, Markus (2015): Nationalist reframing of the Finnish and Swedish welfare states – the nexus of nationalism and social policy in far-right populist parties. In: Social Policy and Administration 49, H. 3, S. 356–375.

Nordmark, Eva (2019): TCO: Framtidens politik behöver fler kompromisser. In: Altinget (1.7.2019), <https://www.altinget.se/artikel/tco-framtidens-politik-behoever-fler-kompromisser> (Abruf am 30.9.2019).

Norocel, Ov Christian (2016): Populist radical right protectors of the folkhem: Welfare chauvinism in Sweden. In: Critical Social Policy 36, H. 3, S. 371–390.

NOS [YouTube] (2019): FORUM VOOR DEMOCRATIE: Bekijk hier de hele speech van Thierry Baudet (20.3.2019), <https://www.youtube.com/watch?v=HsSkkuE0Ea4> (Abruf am 24.3.2020).

NOS Nieuws (o. V.) (2019a): Forum voor Democratie-kiezers komen vooral van PVV en VVD (21.3.2019), <https://nos.nl/artikel/2276940-forum-voor-democratie-kiezers-komen-vooral-van-pvv-en-vvd.html> (Abruf am 31.10.2019).

NOS Nieuws (o. V.) (2019b): Onderwijs en politiek vallen hard over meldpunt indoctrinatie (27.3.2019), <https://nos.nl/artikel/2277889-onderwijs-en-politiek-vallen-hard-over-meldpunt-indoctrinatie.html> (Abruf am 31.10.2019).

Oberlechner, Manfred (2005): Strukturelle Versäulungen in Österreich und den Niederlanden. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Auswirkungen. In: ÖZP – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 34, H. 2, S. 191–206.

OECD (2019): OECD Stat. Trade unions and collective bargaining, <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TUD> (Abruf am 21.11.2019).

OEGBOnline [YouTube] (2019): ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian: Die Initiative Arbeitszeitrecht (9.4.2019), https://www.youtube.com/watch?v=PsHwvNk_PNg (Abruf am 24.3.2020).

Oesch, Daniel (2008): Explaining workers' support for right-wing populist parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. In: International Political Science Review 29, H. 3, S. 349–373.

ÖGB (2014): StammtischApp gegen Rassismus. „Politische Luft verbessern“ – ÖGB unterstützt Projekt (28.10.2014), https://www.betriebsraete.at/cms/S06/S06_999_Suche_300_a/1342552882053/suche/stammtischapp-gegen-rassismus (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2017): Resolution des ÖGB-Bundesvorstandes im Wortlaut (18.10.2017), https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171018_OTS0087/resolution-des-oegb-bundesvorstands-im-wortlaut (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2018a): Regierungsprogramm 2017–2022. Ersteinschätzung ÖGB, http://www.bau-holz.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22%25C3%2596GB-Ersteinsch%25C3%25A4tzung_des_Regierungsprogramms.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342641971843&ssbinary=true&site=D01 (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2018b): Entwurf eines Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes (18.10.2018), https://www.oegb.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22%25C3%2596GB-Stellungnahme_zur_SV-Reform%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342659626154&ssbinary=true&site=S06 (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2018c): Sozialversicherung. ÖGB-Katzian: „Das ist keine Reform, das ist ein Anschlag auf die Versorgung der Versicherten“, https://www.oegb.at/cms/S06/S06_1.10.a/1342598381887/themen/sozialversicherung (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2018d): Arbeitnehmer sind keine Untertanen. https://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342591623281/home/arbeitnehmer-sind-keine-untertanen (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2018e): Bundesvorständekonferenz am 23. Mai 2018. Resolution, https://www.oegb.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Resolution_Keinen_Schritt_weiter%2521.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342649889886&ssbinary=true&site=S06 (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2018f): Widerstand beginnt – Wimmer kündigt Betriebsversammlungen an (8.6.2018), https://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342591950541/home/widerstand-beginnt-wimmer-kuendigt-betriebsversammlungen-an?d=Touch (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB (2019): ÖGB wächst um 5.767 Mitglieder (1.3.2019), https://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342606874214/home/oegb-waechstum-5-767-mitglieder?d=Touch (Abruf am 21.11.2019).

ÖGB Burgenland (2019): Wahlangebote im Check. Was brauchen Berufstätige in Burgenland wirklich? (26.9.2019), https://www.oegb.at/cs/Satellite?blobcol=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Wahlangebote_im_Check.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342695262548&ssbinary=true&site=S06 (Abruf am 21.11.2019).

ÖGJ (2017): Antrag 12. Solidarität – Einheit – Stärke. In: Revolution! 35. Bundesjugendkongress 2017, <https://www.oegj.at/cs/Satellite?urldata=urldata&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Antragshft.pdf%22&blobkey=id&blobnocache=false&blobtable=MungoBlobs&blobwhere=1342626285477&ssbinary=true&site=S01> (Abruf am 21.11.2019).

Öjemar, Fredrik/Öhrrn, Linda (2017): Åkesson: SD ska bli vårdpartiet. In: Dagens industri (2.5.2017), <https://www.di.se/nyheter/akesson-sd-ska-bli-vardpartiet> (Abruf am 30.9.2019).

Olschanski, Reinhard (2015): Ressentiment: Über die Vergiftung des europäischen Geistes. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag.

Olson, Mancur (1968): Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen: Mohr.

OmroepFlevoland (2019): FNV: huisvesting arbeidsmigranten niet op orde (24.10.2019), <https://www.omroepflevoland.nl/nieuws/175237/fnv-huisvesting-arbeidsmigranten-niet-op-orde> (Abruf am 31.10.2019).

ORF (2013): Die Alten retten die Altparteien (29.9.2013), <https://orf.at/v2/stories/2200423/2200417/> (Abruf am 21.11.2019).

Oskarson, Maria/Demker, Marie (2013): Another kind of class voting. The working-class sympathy for the Sweden Democrats. In: Rydgren, Jens (Hrsg.): Class politics and the radical right, New York: Routledge, S. 173–189.

Österreich zuerst [YouTube] (2018a): Gerhard Kaniak – Sozialversicherungs-Organisationsgesetz – 13.12.2018 [Nationalratsdebatte] (13.12.2018), <https://www.youtube.com/watch?v=G3GCdR38Zsc> (Abruf am 21.11.2019).

Österreich zuerst [YouTube] (2018b): Beate Hartinger-Klein – Pensionsanpassungsgesetz – 20.12.2018. [Nationalratsdebatte] (20.12.2018), https://www.youtube.com/watch?v=qH_x-5pr848 (Abruf am 21.11.2019).

Otjes, Simon/Louwerse, Tom (2015): Populists in parliament: Comparing left-wing and right-wing populism in the Netherlands. In: *Political Studies* 63, S. 60–79.

Otjes, Simon/Rasmussen, Anne (2017): No longer going steady, but playing the field: Trade unions and the decline of social democracy (31.5.2017), <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/05/31/trade-unions-and-the-decline-of-social-democracy/> (Abruf am 31.10.2019).

ÖVP/FPÖ (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022, https://www.oeh.ac.at/sites/default/files/files/pages/regierungsprogramm_2017–2022.pdf (Abruf am 24.3.2020).

Palm, Johanna/Rydgren, Jens (2018): Ojämlikhet och radikala högerpartier. Stockholm: Landsorganisationen i Sverige.

Patzelt, Werner J. (2018): Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49, H. 4, S. 885–895.

Pejer, Mats (2014): Skannk möttes av jubel. In: *Arbetet* (16.5.2014), <https://arbetet.se/2014/05/16/sd-attack-mottes-av-jubel/> (Abruf am 21.11.2019).

Pelgrim, Christiaan/van Steenberg, Enzo (2017): De PVV is best sociaal, maar wel selectief. In: *NRC.nl* (12.3.2017), <https://www.nrc.nl/nieuws/2017/03/12/de-pvv-is-best-sociaal-maar-wel-selectief-7328509-a1549996> (Abruf am 31.10.2019).

Pelinka, Anton (2019): Rechtspopulismus in Österreich. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 133–158.

Pernicka, Susanne/Hefler, Günter (2015): Austrian corporatism – erosion or resilience? In: *ÖZP – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 44, H. 3, S. 39–56.

Pernicka, Susanne/Stern, Sandra (2011): Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedererwerbungsstrategien österreichischer Gewerkschaften. In: *ÖZP – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 40, H. 4, S. 335–355.

Persson, Ela (2018): S-röster & fack om mittenregering: Rör inte LAS! In: *Dagens Arena* (12.9.2018), <https://www.dagensarena.se/innehall/s-roster-fack-om-mittenregering-ror-inte-las/> (Abruf am 30.9.2019).

Peter, Claudia/Brecht, Michael (2019): Rechtspopulismus in Betrieben und Regionen: Eine Herkulesaufgabe für die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik. In: *WSI-Mitteilungen* 72, H. 3, S. 220–224.

Pettersson Normark, Frida/Jacobsson, Torbjörn (2014): SD:s a-kasseförslag ifrågasätts. In: *SVT Nyheter* (27.8.2014), <https://www.svt.se/nyheter/val2014/sd-s-a-kasseforslag-ifragasatts-fran-fler-hall> (Abruf am 30.9.2019).

Pfeiffenberger, Alfred (2018): Die Sozialpartner sind in Bedrängnis. In: *Salzburger Nachrichten* (3.4.2018), <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/die-sozialpartner-sind-in-bedaengnis-26195158> (Abruf am 21.11.2019).

Pieters, Janene (2019): Nationalist Baudet's election victory speech „worrying and threatening“, Tilburg professor says. In: *NLTimes.nl* (22.3.2019), <https://nltimes.nl/2019/03/22/nationalist-baudets-election-victory-speech-worrying-threatening-tilburg-professor-says> (Abruf am 31.10.2019).

Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 62, H. 5/6, S. 3–9.

PRO-GE (2019): Skandal im Nationalrat: FPÖ fällt um, keine Verbesserungen für NachtschwerarbeiterInnen (2.7.2019), https://www.proge.at/cms/P01/P01_0.a/1342613821681/home/skandal-im-nationalrat-fpoe-faellt-um-keine-verbesserungen-fuer-nachtschwerarbeiterinnen (Abruf am 21.11.2019).

PVV – Partij voor de Vrijheid (2005): Onafhankelijkheidsverklaring, <https://www.pvv.nl/index.php/component/content/article/30-publicaties/684-onafhankelijkheidsverklaring> (Abruf am 31.10.2019).

PVV (2006a): Verkiezingspamflet, http://dnpprepo.ub.rug.nl/473/1/pvv_pamflet06.pdf (Abruf am 24.3.2020).

PVV (2006b): Plan voor een nieuwe gouden eeuw (26.4.2006), <https://www.pvv.nl/30-visie/publicaties/703-een-nieuwe-gouden-eeuw.html> (Abruf am 31.10.2019).

PVV (2010): De agenda van hoop en optimisme. Een tijd om te kiezen: PVV 2010–2015, https://www.parlement.com/9291000/d/2010_pvv_verkiezingsprogramma.pdf (Abruf am 31.10.2019).

PVV (2012): Hún Brussels, óns Nederland. Verkiezingsprogrammema 2012–2017

PVV (2017): Concept – verkiezingsprogramma PVV 2017–2021. Nederland weer van ons! <https://www.pvv.nl/images/Conceptverkiezingsprogramma.pdf> (Abruf am 24.3.2020).

Reinfeldt, Sebastian (2017): Österreich. Die Normalisierung des Rechtspopulismus. In: Ehmsen, Stefanie/Scharen, Albert (Hrsg.): Die Radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa, New York: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 75–84.

Rennwald, Line (2015): Partis socialistes et classe ouvrière. Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970–2008).

Neuchâtel: Editions Alphil-Presses Universitaires Suisses.

Rensmo, Mattias (2014): SD: Jobbskatteavdrag och minskad invandring ska ge fler jobb (17.4.2014), <https://sverigesradio.se/sida/artikel.aspx?programid=112&artikel=5891652> (Abruf am 21.11.2019).

Reuters (2019): Dutch government to spend millions on limiting nitrogen emissions (4.10.2019), <https://www.reuters.com/article/us-netherlands-government-emissions/dutch-government-to-spend-millions-on-limiting-nitrogen-emissions-idUSKBN1WJ1VB> (Abruf am 31.10.2019).

Rodrick, Dani (2018): Populism and the economics of globalization. In: Journal of International Business Policy 1, H. 1, S. 12–33.

Rooduijn, Matthijs (2019): De ideologie van Forum voor Democratie. In: SRV -Stuk Rood Vlees (21.3.2019), <http://stukroodvlees.nl/de-ideologie-van-forum-voor-democratie/> (Abruf am 31.10.2019).

Roos, Jimmy (2018): Så här vill Sverigedemokraterna jobba mot arbetslösheten. In: SVT Nyheter (19.4.2018), <https://www.svt.se/nyheter/val2018/sahar-vill-sverigedemokraterna-jobba-mot-arbetslosheten> (Abruf am 21.11.2019).

RLS (2017): How the Dutch trade union confederation got itself out of the crisis. A far-reaching process of restructuring that did not come without difficulties, <https://www.rosalux.eu/en/article/1279.how-the-dutch-trade-union-confederation-got-itself-out-of-the-crisis.html> (Abruf am 24.3.2020).

Röth, Leonce/Afonso, Alexandre/Spies, Dennis C. (2017): The impact of populist radical right parties on socio-economic policies. In: European Political Science Review, April/2017, S. 1–26.

Rovny, Jan (2013): Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition. In: European Political Science Review 5, H. 1, S. 1–26.

Russell Hochschild, Arlie (2016): Strangers in their own land: Anger and mourning on the American right. New York: The New Press.

Rybak, Jan (2010): GPA-djp-Jugend für Ausschluss von FPÖlern aus ÖGB! (29.3.2010), <https://www.slp.at/artikel/gpa-djp-jugend-f%C3%BCr-ausschluss-von-fp%C3%B6lern-aus-%C3%B6gb-3045> (Abruf am 21.11.2019).

Rydgren, Jens (2002): Radical right populism in Sweden: Still a failure, but for how long? In: Scandinavian Political Studies 25, H. 1, S. 27–56.

Rydgren, Jens (2006): From tax populism to ethnic nationalism: Radical right-wing populism in Sweden. New York: Berghahn Books.

Rydgren, Jens (Hrsg.) (2014): Class politics and the radical right. London: Routledge.

Rydgren, Jens/van der Meiden, Sara (2016): Sweden, now a country like all the others? The radical right and the end of Swedish exceptionalism. Working Paper Series. Stockholm: Departement of Sociology, Stockholm University.

Rydgren, Jens/van der Meiden, Sara (2018): The radical right and the end of Swedish exceptionalism. In: European Political Science 18, H. 3, S. 439–455.

Sager, Maja/Mulinari Diana (2018): Safety for whom? Exploring femonationalism and care-racism in Sweden. In: Women's International Forum 68, S. 149–156.

Samtiden (o. V.) (2015): SD presenterar „Industrilandet Sverige“ (5.4.2015), <https://samtiden.nu/2015/05/sd-presenterar-industrilandet-sverige/> (Abruf am 30.9.2019).

Sandström, Sebastian (2017): Tunga LO-förbund självkritiska om SD-strategi. In: Dagens Arena (7.11.2017), <https://www.dagensarena.se/innehall/tunga-lo-forbund-sjalkvritiska-om-sd-strategi/> (Abruf am 30.9.2019).

Sannerstedt, Anders (2014): Sverigedemokraternas sympatisörer. In: Bergström, Annika/Oscarsson, Henrik (Hrsg.): Mittfåra & marginal, Göteborgs universitet: SOM-institutet, S. 445–458.

Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/ Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg: VSA.

Schaart, Eline (2019): The Netherlands struggles with nitrogen headache. In: Politico (2.10.2019), <https://www.politico.eu/article/netherlands-nitrogen-headache-pollution/> (Abruf am 31.10.2019).

Schalauske, Jan/Streb, Sebastian (2008): Schweden: „Wettbewerbsmodernisierung“ im Wohlfahrtsstaat. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa: Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 215–244.

Schierup, Carl-Ulrik/Scarpa, Simone (2017): How the Swedish model was (almost) lost. Migration, welfare and the politics of solidarity. In: Ålund, Aleksandra/Schierup, Carl-Ulrik/Neergaard, Anders (Hrsg.): Reimagining the nation. Essays on twenty-first-century Sweden, Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 41–83.

Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: Industrielle Beziehungen 21, H. 3, S. 217–237.

Schmid, Josef (2010): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer VS.

Schmid, Josef/Kohler, Harald (Hrsg.) (2009): Arbeitsbeziehungen und Sozialer Dialog im alten und neuen Europa. Baden-Baden: Nomos.

Schmidt, Werner (2017): Die Integration von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten in der Arbeitswelt. Betrieblicher Universalismus unter Druck. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 67, H. 26, S. 34–39.

Schnetzer, Matthias/Rehm, Miriam (2018): Ablenkungsmanöver. In: Arbeit & Wirtschaft (12.3.2019), <https://www.arbeit-wirtschaft.at/ablenkungsmanoever/2/>(Abruf am 30.11.2019).

Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Elsen, Jennifer Ten/Heller, Lukas (2019): Rechtspopulistische Aktivitäten in betrieblichen Kontexten und gewerkschaftliche Reaktionen. In: WSI-Mitteilungen 72, H. 3, S. 185–192.

Schumacher, Gijs/van Kersbergen, Kees (2016): Do mainstream parties adapt to the welfare chauvinism of populist parties? In: Party Politics 22, H. 3, S. 300–312.

Schwendtner, Gerlinde (2019): EU-Wahlkampf – Blick hinter die Kulissen (14.5.2019), <https://sozak68.ichwardabei.at/2019/05/14/eu-wahlkampf-blick-hinter-die-kulissen/> (Abruf am 21.11.2019).

SD (1989): Partiprogram 1989, <https://helapingsten.files.wordpress.com/2018/06/fc3b6f-sveriges-bc3a4sta-sds-program-antaget-vid-c3a5rsmc3b6te-10-juli-1989.pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2010): 99 förslag för ett bättre Sverige, <https://snd.gu.se/sv/vivill/party/sd/v/2010> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2011a): Sverigedemokraternas principprogram 2011, <https://snd.gu.se/sv/vivill/file/sd/c/2014/pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2011b): Sverigedemokraternas inriktningsprogram för arbetsmarknad

SD (2013): En tillgänglig vård i världsklass. Sverigedemokraternas sjukvårdspolitiska inriktningsprogram, <https://jonkopingslan.sd.se/wp-content/uploads/sites/159/2013/03/Sjukv%C3%A5rdspolitiska-inriktningsprogram.pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2014): „Mindre EU mer Sverige!“ Sverigedemokraternas valmanifest i EU-valet, https://www.europaportalen.se/sites/default/files/dokument/sverigedemokraterna_eu-manifestet2014.pdf (Abruf am 24.3.2020).

SD (2017): Sverigedemokraternas sjukvårdspolitiska inriktningsprogram. En tillgänglig vård i världsklass, <https://sd.se/wp-content/uploads/2018/08/Sjukv%C3%A5rdspolitiskt-inriktningsprogram.pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2018a): Äldreprogrammet 2018

SD (2018b): Valmanifest. Sverigedemokraterna valmanifest 2018, <https://sd.se/wp-content/uploads/2018/08/Valmanifest-2018-1.pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2019a): Valplattform Europaparlamentsvalet 2019, <https://sd.se/wp-content/uploads/2019/03/EU-Valplattform-2019.pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2019b): Budgetproposition för 2019. Motion till riksdagen 2018/19 av Oscar Sjöstedt m.fl. (SD), <https://sd.se/wp-content/uploads/2018/11/Budgetmotion-2019.pdf> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2019c): Ett Sverige i arbete, <https://sd.se/vad-vi-vill/arbetsmarknadspolitik/> (Abruf am 30.9.2019).

SD (2019d): Ett Sverige för familjen, <https://sd.se/vad-vi-vill/familjepolitik/> (Abruf am 30.9.2019).

SD [Facebook] (2019): Jimmie Åkesson: – Vi ... (30.5.2019), https://www.facebook.com/sverigedemokraterna/posts/2173336842784549?comment_id=2173451856106381&reply_comment_id=2174324676019099 (Abruf am 30.9.2019).

SD Göteborg (2019a): Budgetförslag 2019, <https://goteborg.sd.se/budgetforslag-2016/> (Abruf am 30.9.2019).

SD Göteborg (2019b): Välkommen till SD Seniorer, <https://goteborg.sd.se/hej-och-valkommen-till-sverigedemokraterna-i-goteborg-2/sd-senior/>(Abruf am 30.9.2019).

SD Stockholm (2019a): Arbetsmarknad. Sverigedemokraterna Stockholms stad vill, <https://stockholmsstad.sd.se/arbetsmarknad/> (Abruf am 30.9.2019).

SD Stockholm (2019b): Sjukvård. Sverigedemokraterna Stockholms stad vill, <https://stockholmsstad.sd.se/sjukvard/> (Abruf am 30.9.2019).

Silver, Beverly J. (2005): Forces of labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin: Assoziation A.

Sjöstedt, Oscar (2019): SD: „Höj inte pensionsåldern“. In: Dagens Samhälle (11.6.2019), <https://www.dagensamhalle.se/debatt/sd-hoj-inte-pensionsaldern-28076> (Abruf am 30.9.2019).

Solidarität (o. V.) (2019): AUVA kommt nicht zur Ruhe. Kritische Stimmen sind unerwünscht, BetriebsrätInnen lassen sich aber nicht einschüchtern. In: Solidarität 981, S. 18.

SORA/ISA (Hrsg.) (2017): Wahlanalyse Nationalratswahl 2017, https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Wahlanalyse.pdf (Abruf am 21.11.2019).

SORA/ISA (Hrsg.) (2019): Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse. Nationalratswahl 2019, https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf (Abruf am 21.11.2019).

Spieker, Christoph (2008): Ebbe und Flut: Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in den Niederlanden, In: Bieling, Hans-Jürgen/ Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 96–125.

Staudacher, Anita (2018): Metaller-Streik: Die längsten Arbeitsniederlegungen gab es 1962. In: Kurier (9.11.2018), <https://kurier.at/wirtschaft/metaller-streik-die-laengsten-arbeitsniederlegungen-gab-es-1962/400318938> (Abruf am 24.3.2020).

Staudacher, Anita (2019): Kritik an „Millionen-geschenk“ für Zeitarbeitsfirmen. In: Kurier

(19.3.2019), <https://kurier.at/wirtschaft/kritik-an-millionengeschenk-fuer-zeitarbeitsfirmen/400440178> (Abruf am 21.11.2019).

Stelzer-Orthofer, Christine/Tamesberger, Dennis (2018): Die arbeitsmarktpolitische Agenda der schwarz-blauen Regierung: Symbolische Politik oder radikaler Umbau? In: WISO 41, H. 3, S. 15–43.

Stenberg, Lina (2018): Till skillnad från SD är V kannokratiskt och rumsrent. In: Arbetet (17.12.2018), <https://arbetet.se/2018/12/17/till-skillnad-fran-sd-ar-v-bade-demokratiskt-och-rumsrent/> (Abruf am 30.9.2019).

Stilling, Maja (2018): Arbetarparti eller arbetarfiende? En granskning av Sverigedemokraternas arbetsmarknadspolitik. In: Tankesmedjan Tiden (22.2.2018), <https://tankesmedjantiden.se/bulletpoint/arbetarpartier-arbetarfiende/> (Abruf am 30.11.2019).

Stilling, Maja (2019): „Trygga människor är toleranta“. In: Frihet! (28.1.2019), <https://www.frihet.se/trygga-manniskor-ar-toleranta> (Abruf am 30.9.2019).

Stingl, Josef (2019): Täglich grüßt das Murmeltier (13.7.2019), <http://www.glb.at/article.php/20190713154251516> (Abruf am 21.11.2019).

Stöss, Richard (2017): Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Swedin, Daniel (2018): SD:s familjepolitik leder till otruggighet. In: Aftonbladet (17.3.2018), <https://www.aftonbladet.se/ledare/a/A2QKaM/sds-familjepolitik-leder-till-otruggighet> (Abruf am 30.9.2019).

- Talós, Emmerich/Stromberger, Christian (2004):** Verhandlungsdemokratische Willensbildung und korporatistische Entscheidungsfindung am Ende. In: *ÖZP – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33, H. 2, S. 157–174.
- Tamminga, Menno (2018):** Europa weet goed hoe je het populisme voedt. In: *NRC.nl* (19.11.2018), <https://www.nrc.nl/nieuws/2018/11/19/europa-weet-goed-hoe-je-het-populisme-voedt-a2755721> (Abruf am 31.10.2019).
- TCO (2015):** TCO värnar allas lika värde i ett demokratiskt samhälle, <https://www.tco.se/globalassets/rapporter/2015/tcos-forhallningsatt-mot-sd-2015.pdf> (Abruf am 30.9.2019).
- Teichmann, Ulf/Tischner, Josephin/Venohr, Kai (2017):** Rechtspopulismus als Herausforderung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Erfahrungen aus dem DGB-Projekt zu Aufklärung und Unterstützung von aktiven Gewerkschafter_innen (PAU). In: Allmendinger, Björn/Fährmann, Joachim/Tietze, Klaudia (Hrsg.): *Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft*, Hamburg: VSA, S. 164–173.
- Thamm, Carmen (2019):** Der Kampf um Transnationalisierung. Gewerkschaftliche Krisenpolitik in Deutschland, Österreich und Slowenien, Wiesbaden: Springer VS.
- Therborn, Göran (2019):** Sweden's turn to economic inequality, 1982–2019. In: *Structural Change and Economic Dynamics* 52, S. 159–166.
- Thorwaldsson, Karl-Petter et al. (2014):** „Visa att Sverige kan bättre!“ In: *Arbetet* (11.9.2014), <https://arbetet.se/2014/09/11/visa-att-sverige-kan-battre/> (Abruf am 30.9.2019).
- Thorwaldsson, Karl-Petter/Eriksson, Anna (2018):** LO: Sverigedemokraternas budget och välfärden – så här illa ser det ut. In: *Allehanda* (7.9.2018), <https://www.allehanda.se/artikel/lo-sverigedemokraternas-budget-och-valfarden-sa-har-illa-ser-det-ut> (Abruf am 30.9.2019).
- Traxler, Franz (1998):** Austria: Still the country of corporatism. In: Ferner, Anthony/Hyman, Richard (Hrsg.): *Changing industrial relations in Europe*, Oxford: Blackwell, S. 239–261.
- Tsarouhas, Dimitris (2017):** A new Swedish model? Swedish social democracy at the crossroads. In: Callaghan, John/Fishman, Nina/Jackson, Ben/Mclvor, Martin (Hrsg.): *In search of social democracy*, Manchester: Manchester University Press, S. 112–128.
- TT (2016):** Facken stoppar sverigedemokrater. In: *SVT Nyheter* (18.6.2016), <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/facken-stoppar-sverigedemokrater> (Abruf am 30.9.2019).
- Turner, Lowell (2006):** Globalisation and the logic of participation: Unions and the politics of coalition building. In: *Journal of Industrial Relations* 48, H. 1, S. 83–97.
- Turner, Lowell/Cornfield, Daniel B. (2007):** Labor in the new urban battlegrounds: Local solidarity in a global economy. Ithaca: Cornell University Press.
- Ugural, Cihan [Twitter] (2015):** Racisme werkt niet ... (30.11.2015), <https://twitter.com/cihanugural/status/671444326002630656> (Abruf am 31.10.2019).
- Unionen (2019):** Invest in your working life – join Unionen, <https://www.unionen.se/in-english> (Abruf am 30.9.2019).
- Urban, Hans-Jürgen (2018):** Kampf um Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 63, H. 3, S. 103–112.
- van der Gaag, Sanne [Twitter] (2019):** Ook de FNV ... (23.3.2019), https://twitter.com/sanne_070/status/1109521594584580098?lang=de (Abruf am 31.10.2019).
- van der Galien, Michael (2018):** Vakbond CNV blijkt club racistische, xenofobische buitenlandhaters te zijn. In: *De Dagelijkse Standaard* (15.1.2018), <https://www.dagelijksestandaard.nl/2018/01/vakbond-cnv-blijkt-club-racistische-xenofobische-buitenlandhaters-te-zijn/> (Abruf am 31.10.2019).

van der Veer, Peter (2006): Pim Fortuyn, Theo van Gogh and the politics of tolerance in the Netherlands. In: *Public Culture* 18, H. 1, S. 111–124.

van der Waal, Jeroen/Achterberg, Peter/Houtman, Dick/de Koster, Willem/Manevska, Katerina (2010): Some are more equal than others. Economic egalitarianism and welfare chauvinism in the Netherlands. In: *Journal of European Social Policy* 20, H. 4, S. 350–363.

van Kessel, Steijn (2015): Dutch populism during the crisis. In: Kriesi, Hanspeter/Pappas, Takis S. (Hrsg.): *Populism in the shadow of the great recession*, Colchester: ECPR Press, S. 109–124.

van Meteren, Wilma (2009): FNV-bonden blokkeren gesprek met Geert Wilders. In: *Trouw* (12.10.2009), <https://www.trouw.nl/nieuws/fnv-bonden-blokkeren-gesprek-met-geert-wilders^b256b6a4/> (Abruf am 31.10.2019).

Vermaas, Peter (2001): „Nooit de politiek in“ [Interview mit Lodewijk de Waal]. In: *De Groene Amsterdammer* (3.3.2001), <https://www.groene.nl/artikel/nooit-de-politiek-in> (Abruf am 31.10.2019).

Vestin, Erik (2018): Sverigedemokraterna i den svenska geografien. Stockholm: Landsorganisationen i Sverige.

Veul, Ilva/Flache, Andreas/Venema, Simon (2016): PVV en SP: Ideologische tegenstanders met dezelfde voedingsbodem. De effecten van gemeentelijke factoren op verkiezingsuitslagen voor een rechtse en een linkse populistische partij in 403 gemeenten in 2010. In: *MEM* 91, H. 1, S. 27–52.

Vierke, Hauke/Masselink, Maarten (2017): The Dutch budgetary framework and the European fiscal rules, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/eb027_en.pdf (Abruf am 31.10.2019).

Visser, Jelle (1998): The Netherlands: The return of responsive corporatism. In: Ferner, Anthony/Hyman, Richard (Hrsg.): *Changing industrial relations in Europe*, Oxford: Blackwell Publishers, S. 283–314.

Visser, Jelle/Hemerijck, Anton (1997): ‚A Dutch miracle‘. Job growth, welfare reform and corporatism in the Netherlands. Amsterdam: Amsterdam University Press.

VÖGB (2015): Ich bin kein Rassist, aber ... – Rassismen im Betrieb und Alltag, https://www.voegb.at/cms/S08/S08_999_Search.a/1342552587687/suche/ich-bin-kein-rassist-aber (Abruf am 21.11.2019).

VÖGB (2019): Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Erfolgreiche Gesprächsstrategien, https://www.voegb.at/cms/S08/S08_1.a/1342598171985/seminare/argumentationstraining-gegen-stammtischparolen (Abruf am 21.11.2019).

Voss, Kim/Sherman, Rachel (2000): Breaking the iron law of oligarchy: Union revitalization in the American labor movement. In: *American Journal of Sociology* 106, H. 2, S. 303–349.

Vossen, Koen (2011): Das Phantom Wilders. In: Wielenga, Friso/Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster: Waxmann, S. 77–103.

Vossen, Koen (2017): The power of populism. Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands. New York: Routledge.

Vossen, Koen (2018): Ein Paradies für Parteien. Die Niederlande und ihre kleinen politischen Parteien. In: Wielenga, Friso/van Baalen, Carla/Wilp, Markus (Hrsg.): *Eine zersplitterte Landschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart niederländischer politischer Parteien*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 263–278.

Waterval, Dirk (2019): CNV: De opkomst van het populisme is ook onze schuld. In: *Trouw* (24.9.2019), <https://www.trouw.nl/economie/cnv-de-opkomst-van-het-populisme-is-ook-onze-schuld^bb92af23/> (Abruf am 31.10.2019).

- Wetterberg, Gunnar (2010):** Separatism i SD:s ekonomiska tänkande. In: SACO Debatt (24.8.2010), <https://www.saco.se/press/aktuellt-fran-saco/debatt/separatism-i-sds-ekonomiska-tankande/> (Abruf am 30.9.2019).
- Widfeldt, Anders (2016):** Extreme right parties in Scandinavia. New York: Routledge.
- Wiegel, Gerd (2018):** Die modernisierte radikale Rechte in Europa. Ausprägungen und Varianten. In: Candeias, Mario (Hrsg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 5–15.
- Wilders, Geert [Twitter] (2019a):** Wat is ze goed ... (29.10.2019), <https://twitter.com/geertwilderspvv/status/1189218670297395201> (Abruf am 31.10.2019).
- Wilders, Geert [Twitter] (2019b):** Wilders: „Wat een ... (30.10.2019), <https://twitter.com/geertwilderspvv/status/1189521991407194113> (Abruf am 31.10.2019).
- Wilfingseder, Karin (2018):** ÖGB-Vorstände-konferenz sagt Schwarz-Blau den Kampf an. In: Linkswende jetzt! (23.4.2018), <http://linkswende.org/oegb-vorstaendekonferenz-sagt-schwarz-blau-den-kampf-an/> (Abruf am 21.11.2019).
- Willemsen, Wout (2019):** FNV distantieert zich van Baudet in FNV-hesje: ‚niet merkbaar in stemgedrag‘, terwijl FVD juist veel steunt! In: De Dagelijkse Standaard (31.5.2019), <https://www.dagelijksestandaard.nl/2019/05/fnv-distantieert-zich-van-baudet-in-fnv-hesje-niet-merkbaar-in-stemgedrag-terwijl-fvd-juist-veel-steunt/> (Abruf am 31.10.2019).
- Wilp, Markus (2019):** Konfrontation statt Konsens: Der Aufschwung des Nationalpopulismus in den Niederlanden. In: Brinkman, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften, Wiesbaden: Springer, S. 197–215.
- Wingborg, Mats/Lodenius, Anna/Ingesson, Thord (2012):** Alla kan göra något. Stockholm: Landsorganisationen i Sverige.
- Wingborg, Mats/Thapper, Keth (2016):** Antirasist – alltid. Stockholm: Landsorganisationen i Sverige.
- Wixforth, Susanne (2018):** Abschied von der Sozialpartnerschaft in Österreich? (27.6.2018), <https://www.dgb.de/++co++bd/78511e-79ec-11e8-aaba-52540088cada> (Abruf am 21.11.2019).
- Wodak, Ruth (Hrsg.) (2013):** Right-wing populism in Europe: Politics and discourse. London: Bloomsbury.
- Wreder, Johanna (2014):** SD drar LO-väljare från M. In: Arbetet (5.9.2014), <https://arbetet.se/2014/09/05/sd-drar-lo-valjare-fran-m/> (Abruf am 30.9.2019).
- Wright, Erik Olin (2000):** Working-class power, capitalist-class interests, and class compromise. In: American Journal of Sociology 105, H. 4, S. 957–1002.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011):** Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zürn, Michael/de Wilde, Pieter (2016):** Debating globalization: Cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies. In: Journal of Political Ideologies 21, H. 3, S. 280–301.

AUTOR*INNEN

Sylvia Maria Erben M.A. arbeitete von November 2018 bis September 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Eberhard Karls Universität in Tübingen am Institut für Politikwissenschaft. Sie ist seitdem Doktorandin am Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“. Ihre Arbeitsgebiete liegen in der Gewerkschafts- und Populismusforschung, der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Forschung zu Rechtsextremismus und politischer Bildung.

Hans-Jürgen Bieling ist seit Oktober 2011 Professor für Politik und Wirtschaft/Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Arbeitsgebiete: Internationale Politische Ökonomie und Europäische Integration (Finanzmärkte, Arbeitsbeziehungen, Wohlfahrtsstaaten, Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus). Darüber hinaus interessiert er sich für gesellschafts-, staats- und politiktheoretische Fragestellungen.

Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in Europa ist für die Gewerkschaften arbeits- und gesellschaftspolitisch folgenreich. Die vorliegende Studie will dazu beitragen, den grenzüberschreitenden Informations-, Erfahrungs- und Strategiewaustausch anzuregen. In drei Fallstudien – zu Österreich, Schweden und den Niederlanden – wird rekonstruiert, wie sich die programmatischen Strategien und politischen Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien und die von den Gewerkschaften selbst identifizierten Gefahren und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften entwickelt haben.

WWW.BOECKLER.DE

ISBN 978-3-86593-356-0